Plenarprotokoll 14/144

Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

144. Sitzung

Berlin, Freitag, den 19. Januar 2001

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 15:

Abgabe einer Regierungserklärung **zu den Ergebnissen des Europäischen Rates Nizza** ... 14111 A

in Verbindung mit

Zusatztagesordnungspunkt 9:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union zu der Unterrichtung durch das Europäische Parlament: **Entschließung des Europäischen Parlaments mit seinen Vorschlägen für die Regierungskonferenz (14094/1999 – C5-0341/1999 – 1999/0825 (CNS))**
(Drucksachen 14/3723 Nr. 1.1, 14/4980) 14111 A

Gerhard Schröder, Bundeskanzler ... 14111 B

Friedrich Merz CDU/CSU ... 14114 D

Joachim Poß SPD ... 14117 C

Dr. Helmut Haussmann F.D.P. ... 14119 D

Joseph Fischer, Bundesminister AA ... 14121 B

Roland Claus PDS ... 14125 A

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger F.D.P. 14126 A

Joseph Fischer, Bundesminister AA ... 14126 B

Peter Hintze CDU/CSU ... 14126 D

Günter Gloser SPD ... 14128 C

Dr. Gerd Müller CDU/CSU ... 14130 B

Markus Meckel SPD ... 14131 B

Tagesordnungspunkt 16:

Erste Beratung des von den Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Sozialgesetzbuchs – Neuntes Buch – (SGB IX)** Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen
(Drucksache 14/5074) ... 14133 B

Walter Riester, Bundesminister BMA ... 14133 C

Claudia Nolte CDU/CSU ... 14134 C

Katrin Göring-Eckardt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ... 14136 C

Dr. Heinrich L. Kolb F.D.P. ... 14138 C

Dr. Ilja Seifert PDS ... 14140 B

Silvia Schmidt (Eisleben) SPD ... 14141 A

Matthäus Strebl CDU/CSU ... 14142 C

Karl-Hermann Haack, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange der Behinderten 14144 A

Dr. Irmgard Schwaetzer F.D.P. ... 14145 A

Jürgen Koppelin F.D.P. ... 14145 D

Peter Weiß (Emmendingen) CDU/CSU ... 14147 C

Tagesordnungspunkt 17:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Verteidigungsausschusses

– zu dem Antrag der Abgeordneten Paul Breuer, Ulrich Adam, weiterer Abgeordneter und der Fraktion CDU/CSU: **Zukunft der Bundeswehr**

– zu dem Antrag der Abgeordneten Günther Friedrich Nolting, Hildebrecht Braun (Augsburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion F.D.P.: **Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr sichern – Wehrpflicht aussetzen**

– zu dem Antrag der Abgeordneten Heidi Lippmann, Wolfgang Gehrcke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion PDS: **Zukunft durch Abrüstung – Für eine grundlegende Reform der Bundeswehr**

(Drucksachen 14/3775, 14/4256, 14/4174, 14/5087, 14/5088, 14/5089) . . . . 14149 B

in Verbindung mit

Zusatztagesordnungspunkt 10:

Antrag der Abgeordneten Günther Friedrich Nolting, Dirk Niebel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion F.D.P.: **Wehrpflicht aussetzen**
(Drucksache 14/5078) . . . . 14149 C

Reinhold Robbe SPD . . . . 14149 C

Kurt J. Rossmanith CDU/CSU . . . . 14151 A

Angelika Beer BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 14152 C

Günther Friedrich Nolting F.D.P. . . . . 14154 B

Heidi Lippmann PDS . . . . 14156 B

Manfred Opel SPD . . . . 14157 C

Kurt J. Rossmanith CDU/CSU . . . . 14158 C

Günther Friedrich Nolting F.D.P. . . . . 14159 B

Heidi Lippmann PDS . . . . 14159 C

Thomas Kossendey CDU/CSU . . . . 14160 C

Winfried Nachtwei BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN . . . . 14162 C

Günther Friedrich Nolting F.D.P. . . . . 14163 D

Paul Breuer CDU/CSU . . . . 14164 B

Rudolf Scharping, Bundesminister BMVg 14166 A

Hildebrecht Braun (Augsburg) F.D.P. . . . . 14167 C

Tagesordnungspunkt 18:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch **(Erstes SGB IV-Änderungsgesetz)**
(Drucksachen 14/4053, 14/5095) . . . . 14169 C

Tagesordnungspunkt 21:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Tourismus zu dem **Entschließungsantrag** der Abgeordneten Hildebrecht Braun (Augsburg), Ernst Burgbacher, weiterer Abgeordneter und der Fraktion F.D.P. zu der Großen Anfrage der Abgeordneten Ernst Burgbacher, Klaus Haupt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion F.D.P.: **Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Tourismuswirtschaft im Euro-Land**
(Drucksachen 14/591, 14/1079, 14/1159, 14/4704) . . . . 14170 A

Ernst Burgbacher F.D.P. . . . . 14170 A

Birgit Roth (Speyer) SPD . . . . 14171 B

Ernst Hinsken CDU/CSU . . . . 14173 A

Sylvia Voß BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 14175 B

Birgit Roth (Speyer) SPD . . . . 14176 B

Ernst Hinsken CDU/CSU . . . . 14176 D

Tagesordnungspunkt 23:

Antrag der Abgeordneten Dr. Uwe-Jens Rössel, Dr. Christa Luft, weiterer Abgeordneter und der Fraktion PDS: **UMTS-Milliarden für die Einführung einer kommunalen Investitionspauschale des Bundes**
(Drucksache 14/4557) . . . . 14177 D

Dr. Uwe-Jens Rössel PDS . . . . 14177 D

Nächste Sitzung . . . . 14179 C

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten . . . . . 14181 A

Anlage 2

Nachträglich zu Protokoll gegebene Rede zur Beratung der Unterrichtung: 4. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 1999 (143. Sitzung, Tagesordnungspunkt 12)

Dr. Rita Süssmuth CDU/CSU . . . . 14181 D

Anlage 3

Zu Protokoll gegebene Reden zur Beratung des Entwurfs eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch (Erstes SGB IV – Änderungsgesetz – 1. SGB IV-ÄNdG) (Tagesordnungspunkt 18)

Renate Jäger SPD . . . . 14183 A

Heinz Schemken CDU/CSU . . . . 14184 C

Ekin Deligöz BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN . . 14185 B

Dr. Irmgard Schwaetzer F.D.P. . . . . 14186 A

Pia Maier PDS . . . . 14186 D

Anlage 4

Zu Protokoll gegebene Rede zur Beratung des Entschließungsantrags: Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Tourismuswirtschaft in Euro-Land (Tagesordnungspunkt 21)

Rosel Neuhäuser PDS . . . . 14187 D

Anlage 5

Zu Protokoll gegebene Reden zur Beratung des Antrags: UMTS-Milliarden für die Einführung einer kommunalen Investitionspauschale des Bundes (Tagesordnungspunkt 23)

Hans Georg Wagner SPD . . . . 14188 B

Peter Götz CDU/CSU . . . . 14188 D

Antje Hermenau BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 14190 C

Gerhard Schüßler F.D.P. . . . . 14191 C

Anlage 6

Amtliche Mitteilungen . . . . 14192 A

(A) (C)

144. Sitzung

Berlin, Freitag, den 19. Januar 2001

Beginn: 9.00 Uhr

Präsident Wolfgang Thierse: Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist eröffnet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 15 sowie Zusatzpunkt 9 auf:

15. Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung

zu den Ergebnissen des Europäischen Rates Nizza

ZP 9 Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (22. Ausschuss) zu der Unterrichtung durch das Europäische Parlament

(B)

Entschließung des Europäischen Parlaments mit seinen Vorschlägen für die Regierungskonferenz (14094/1999 – C5-0341/1999 – 1999/0825 (CNS))

– Drucksachen 14/3723 Nr. 1.1, 14/4980 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Michael Roth (Heringen)
Peter Altmaier
Christian Sterzing
Dr. Helmut Haussmann
Manfred Müller (Berlin)

Zur Regierungserklärung liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung eineinviertel Stunden vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung hat der Bundeskanzler Gerhard Schröder.

Gerhard Schröder, Bundeskanzler: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Europäische Rat von Nizza hatte ein überragendes Ziel, nämlich die Europäische Union fähig zur Aufnahme von neuen Mitgliedstaaten zu machen. Wir Deutschen sind mit der festen Absicht nach Nizza gegangen, genau dies zu leisten. Ich stelle heute fest: Wir haben erreicht, was wir wollten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Europäische Union wird zum Jahresbeginn 2003 in der Lage sein, erste Neumitglieder aufzunehmen.

Nach der Schaffung des finanziellen Rahmens durch die **Agenda 2000** unter deutscher Präsidentschaft hat die Europäische Union die zweite und damit letzte noch ausstehende Vorbedingung für die Beitritte neuer Mitglieder erfüllt. Damit tritt der Erweiterungsprozess in ein neues Stadium. Wir verlassen die Ebene, die bislang aus abstrakten Deklarationen und dem technischen Abgleich von Verhandlungspositionen bestand. Von nun an geht es darum, konkrete und für beide Seiten tragfähige Lösungen in teilweise sehr schwierigen Sachfragen zu finden.

(D)

Ich bin am Tag vor dem Beginn des Gipfels in Nizza sehr bewusst zu unseren polnischen Nachbarn und Freunden nach Warschau gefahren. Gemeinsam haben wir da an das Lebenswerk von **Willy Brandt** erinnert. So wie Adenauer der Architekt der Aussöhnung mit unseren westlichen Nachbarn war, so ist die Öffnung der Europäischen Union nach Mittel- und Südosteuropa ohne die Friedenspolitik Willy Brandts nicht denkbar.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der F.D.P. und der PDS)

Er hat den Grundstein dafür gelegt, dass heute in Europa, wie er es in einem anderen Zusammenhang einmal formuliert hat, zusammenwachsen kann, was zusammengehört. Unsere Nachbarn in Mittel- und Osteuropa haben die deutsche Einigung von Beginn an mit Sympathie begleitet. Ohne ihre Mithilfe wäre sie wohl erst viel später und unter sehr viel schwierigeren Bedingungen Wirklichkeit geworden. Niemand in Mittel- und Osteuropa hat dafür von uns Deutschen jemals Dankbarkeit oder eine Gegenleistung eingefordert. Trotzdem haben wir Deutsche nicht vergessen, was unsere Nachbarn und Freunde zur staatlichen Einheit unseres Landes beigetragen haben.

Bundeskanzler Gerhard Schröder

(A)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Nicht zuletzt deshalb weiß Deutschland um seine besondere Verantwortung für das Gelingen des **Erweiterungsprozesses.** Die Freunde und Partner in Mittel- und Osteuropa können also auf uns zählen.

Im Bewusstsein dieser Verantwortung bin ich im Dezember von Warschau nach Nizza gefahren und habe mich dort mit aller Kraft für eine faire Behandlung gerade auch jener Länder eingesetzt, die nicht mit am Verhandlungstisch saßen. Glaubwürdig und wirkungsvoll konnte ich das nur tun, weil wir Deutsche in Nizza eben nicht die nationale Karte gespielt, sondern ein für alle Beteiligten akzeptables und gutes Ergebnis für Europa gewollt haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Dass wir mit dieser Haltung auch im Hinblick auf deutsche Anliegen gleichwohl ein sehr befriedigendes Ergebnis erzielt haben, unterstreicht nur, dass dieser Ansatz richtig war.

Meine Damen und Herren, nicht alle Hoffnungen, mit denen wir nach Nizza gegangen sind, haben sich am Ende erfüllt. Wir hätten uns durchaus ein weiter reichendes Ergebnis etwa beim Übergang zu **Mehrheitsentscheidungen** im Rat vorstellen können. Dass das nicht gelungen ist, ist bedauerlich. Gleichwohl muss man anmerken, dass auch wir in einigen Punkten politischen Grund hatten, zu sagen, dass Mehrheitsentscheidungen noch nicht möglich seien. Insofern haben wir nicht mit dem Finger auf andere zu zeigen, sondern auch uns selbst zu sehen.

(B)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Dr. Helmut Haussmann [F.D.P.]: So ist es!)

– Sie können ja gleich von dieser Stelle aus erklären, dass Sie etwa in der Asylfrage sofort zu Mehrheitsentscheidungen übergehen wollen. Ich bin sehr gespannt darauf, Herr Haussmann, ob Sie das wirklich wollen.

(Michael Glos [CDU/CSU]: Sie müssen sagen, wenn es originell gemeint ist, damit Ihre Kameraden auch lachen!)

– Es reicht mir ja, wenn Sie lachen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Trotzdem fällt meine Bewertung des Gesamtergebnisses von Nizza positiv aus. Ich wiederhole, dass das entscheidende und zentrale Ziel erreicht wurde: Die Europäische Union ist ab 2003 erweiterungsfähig. Nun liegt es an den Kandidatenländern selbst, das Ziel, beitrittsfähig zu werden, durch eigene Anstrengungen zu erreichen. Diese Anstrengungen können und werden wir unterstützen; wir können sie aber nicht ersetzen.

Auf deutsch-italienische Initiative hin hat die Regierungskonferenz außerdem den Rahmen für die Zeit nach Nizza abgesteckt. Damit ist klargestellt, dass die Diskussion über Europa weitergehen wird. Viele Fragen stellen sich in diesem Zusammenhang. Ich nenne nur die Kompetenzabgrenzung zwischen nationaler und europäischer Ebene, die Gewaltenteilung zwischen den Brüsseler Institutionen, den künftigen Status der **Grundrechte-Charta,** die Vereinfachung der Verträge oder auch die Rolle der nationalen Parlamente.

(C)

Niemand muss uns darüber belehren, wie wichtig die Beantwortung dieser Fragen ist. Gerade deshalb haben wir uns in Nizza und auch davor so hartnäckig und schließlich erfolgreich für eine umfassende Regierungskonferenz 2004 eingesetzt. Wenn wir diesen Fragen – es handelt sich um europäische Verfassungsfragen – schon in Nizza hätten noch näher treten wollen oder sie gar hätten lösen wollen, dann säßen wir wohl heute noch dort und dann würden die Beitrittskandidaten mit Fug und Recht an unserer Bereitschaft zweifeln, die Türen der Europäischen Union für neue Mitglieder tatsächlich aufzustoßen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Es ist nur fair und redlich, die Kandidaten an der Diskussion über diese und andere Zukunftsfragen und an der Regierungskonferenz 2004 zu beteiligen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Zur Debatte steht nämlich die Ausgestaltung der Europäischen Union, der auch diese Länder in wenigen Jahren angehören werden.

Aber nicht nur die Kandidatenländer müssen wir einbeziehen. Die Brücke zur Regierungskonferenz 2004 kann nur eine breite öffentliche Diskussion im Vorfeld dieser Konferenz schlagen. Es ist schlicht wahr, dass die Menschen immer weniger etwas mit einem Europa auf Rezept, verordnet von der Weltgeschichte, anfangen können. Sie wünschen sich stattdessen ein Europa der besseren Argumente, die man ihnen auch nahe bringt. Wir brauchen also eine europäische Öffentlichkeit. Dafür müssen wir neue Formen der Beteiligung und der politischen Debatte finden. Erste Vorarbeiten hierfür werden schon unter schwedischem Vorsitz beginnen, der hierfür – und natürlich für seine Arbeit überhaupt – unsere volle Unterstützung hat. Dies habe ich dem amtierenden Ratspräsidenten Persson zugesagt, als ich ihn über meine Reise nach Moskau und das Treffen mit Präsident Putin unterrichtet habe.

(D)

Die Europäische Union ist ein realer und wichtiger Faktor bei der Ausgestaltung der internationalen Ordnung. In diesem Sinne werden wir auch das **transatlantische Verhältnis** mit dem neuen amerikanischen Präsidenten George W. Bush gut und fruchtbar weiterentwickeln. Das steht für uns fest und daran ist auch nicht zu rütteln.

Die europäische Einigung ist kein abstraktes Großprojekt mehr, das sich hinter verschlossenen Türen im fernen Brüssel oder in den Köpfen einiger Technokraten abspielt. Spätestens mit dem Übergang zum Euro im nächsten Januar wird Europa für die Menschen im wahrsten Sinne des Wortes greifbar werden. Der Euro in Gestalt von Münzen und Scheinen wird das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger, zu einem Europa zu gehören, vielleicht stärker prägen als jeder Integrationsschritt vorher.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Bundeskanzler Gerhard Schröder

(A) Das wird natürlich – das ist auch verständlich – dazu führen, dass die Menschen noch mehr Rechenschaft darüber verlangen werden, wer in Europa was auf welcher Grundlage und mit welchem Recht entscheidet. Die Verantwortlichkeiten im Geflecht zwischen den Brüsseler Institutionen, den nationalen Regierungen und Parlamenten und den Regionen müssen klar und zurechenbar sein. Die jüngsten Erfahrungen im Umgang mit BSE unterstreichen diesen Ansatz ausdrücklich.

(Dr. Peter Struck [SPD]: Das stimmt!)

Unser Drängen auf eine klare Abgrenzung der Kompetenzen zwischen der europäischen Ebene und den Mitgliedstaaten ist deshalb alles andere als eine vertragstechnische Fleißarbeit. Es geht im Kern darum, das Fundament der Legitimität europäischer Entscheidungen freizulegen und, wo nötig, neu zu bestimmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Übrigens freue ich mich, dass in dieser Frage sehr weitgehend Übereinstimmung zwischen der Bundesregierung und den Ländern besteht, und zwar unabhängig von der Frage, wie sie, parteipolitisch gesehen, regiert werden. Wir werden die Zusammenarbeit in dieser Frage weiter vertiefen und werden im Vorfeld der Regierungskonferenz 2004 und sicherlich auch während dieser Konferenz in engem Kontakt mit den deutschen Ländern operieren. Wir wissen, es muss nicht alles und jedes in Brüssel entschieden werden. Wo es Sinn macht, Entscheidungen auf die nationale oder auch regionale Ebene zurückzuholen, (B) darf es kein Tabu sein, auch darüber nachzudenken und entsprechend zu verfahren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Umgekehrt muss aber auch klar sein: Kompetenzabgrenzung ist keine Einbahnstraße. Wo die europäischen Lösungen bessere sind, müssen die europäischen Lösungen auch verwirklicht werden. Das **BSE-Problem** zum Beispiel hat eine europäische Dimension. Aber wir stehen zugleich in nationaler Verantwortung. Dies gilt für den Bund; aber das gilt auch für die Länder.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Bundesregierung hat erste notwendige Konsequenzen gezogen. Diesen klaren Kurs einer verbraucherorientierten Ausrichtung der Landwirtschaft werden wir auch auf europäischer Ebene weiter vertreten.

Die Politik muss Befürchtungen und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen. Zwar ist es so, dass eine breite Mehrheit in unserem Land die Erweiterung der Europäischen Union unterstützt. Sie wissen, dass die Erweiterung uns politisch wie wirtschaftlich immense Chancen bietet.

(Dr. Helmut Haussmann [F.D.P.]: Das ist richtig, wenn man sie richtig macht!)

Alle in Europa werden von der Erweiterung profitieren, ich füge hinzu: erst recht wir Deutschen.

(C) Auf der anderen Seite wird die Erweiterung aber, zeitlich begrenzt und bezogen auf bestimmte Regionen, auch Verwerfungen mit sich bringen – auch das muss man aussprechen –, Verwerfungen, die wir nicht mit dem Verweis auf die Großartigkeit des Projektes wegdrücken, verdrängen oder auch nur verharmlosen dürfen; vielmehr müssen diese Verwerfungen und die daraus resultierenden Belastungen klar bezeichnet werden und dafür müssen Handlungsoptionen entwickelt werden. Wir müssen konsequent und frühzeitig gegensteuern und Verwerfungen abfedern. Gerade auf die Grenzregionen kommen Anpassungsprozesse zu. Wir wollen dabei helfen, diese zu bewältigen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber nicht nur die Bundesregierung will helfen, sie zu bewältigen; in Nizza ist es auf deutsche und österreichische Initiative hin gelungen, die Möglichkeiten zur Förderung der Grenzregionen festzuschreiben. Ich denke, das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Von ausschlaggebender Bedeutung für den Arbeitsmarkt und für den Strukturwandel wird aber sein, dass wir das Problem der Freizügigkeit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern richtig lösen. Käme es im Zuge der Erweiterung zu sofortiger umfassender **Arbeitnehmerfreizügigkeit,** wären wir mit verstärktem Zuzug nach Deutschland konfrontiert. Angesichts der noch immer viel zu hohen Arbeitslosigkeit wird die Aufnahmefähigkeit des deutschen Arbeitsmarktes bis auf weiteres erheblich eingeschränkt sein.

(D) Wir wissen aber auch, dass in den nächsten Jahren immer mehr Arbeitnehmer aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden werden. Im nächsten Jahrzehnt wird diese demographisch bedingte Verringerung des Erwerbspersonenpotenzials bei uns zunehmend spürbar werden. Spätestens dann werden wir Zuwanderung dringend benötigen, um unseren Lebensstandard zu halten, aber auch um unsere sozialen Sicherungssysteme zu finanzieren.

Die richtige Lösung für das aktuelle Problem der Freizügigkeit kann also nur eine **befristete Übergangsregelung** sein. Vernünftige Übergangsregelungen liegen aber genauso im Interesse der Beitrittskandidaten. Sie verhindern soziale Spannungen und gewährleisten, dass Kandidatenländer ihre dringend benötigten qualifiziertesten Fachkräfte nicht verlieren.

Eine derartige Übergangsregelung ist übrigens nichts Neues in Europa. Auch bei der Erweiterung der Union um Spanien und Portugal 1985 gab es die Sorge um eine zu hohe Einwanderung billiger Arbeitskräfte. Damals wurde, ebenso wie im Fall Griechenlands, eine siebenjährige Übergangsfrist bis zur Gewährung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit beschlossen.

Der Investitions- und Wachstumsschub, den Spanien und Portugal durch den Beitritt erhielten, führte dann dazu, dass die spanischen und portugiesischen Arbeitskräfte zu Hause dringender gebraucht wurden als im Ausland. Ich bin überzeugt: Eine ähnliche wirtschaftliche Dynamik kann es in Mittel- und Osteuropa nach dem Beitritt wieder geben.

Bundeskanzler Gerhard Schröder

(A) Die Erfahrungen aus den damaligen Beitritten sind eindeutig: Wir brauchen Übergangsregelungen mit nicht weniger, sondern mit mehr **Flexibilität,** und zwar einer Flexibilität zugunsten der alten und zugunsten der neuen Mitgliedstaaten. Dabei gilt der Grundsatz: Kein Kandidatenland darf diskriminiert werden, aber Differenzierungen müssen möglich sein.

Ich habe deshalb am 18. Dezember 2000 für die Erweiterungsverhandlungen ein Fünf-Punkte-Konzept zur Freizügigkeit vorgeschlagen:

Erstens. Eine angemessene Übergangsfrist mit einer Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für sieben Jahre.

Zweitens. Ein flexibles Modell, das die Verkürzung der Übergangsfrist für einzelne Beitrittsländer zulässt. Hierzu sind Pflichtüberprüfungen, also eine Art von Besichtigungsterminen, nach fünf Jahren erforderlich.

Drittens. Auf Antrag könnte bei geeigneten Kandidaten, wenn die Voraussetzungen vorliegen, bereits vorher eine Aufhebung der Beschränkungen erfolgen.

Viertens. Bei allgemeinem und fachlichem Arbeitskräftemangel in den alten Mitgliedstaaten können diese gemäß jeweiligem nationalen Recht bereits während der Übergangszeit kontrollierte Zugangsmöglichkeiten schaffen; das heißt: Flexibilität auch für unsere EU-Partner.

Fünftens. Parallel dazu brauchen wir schließlich für die Dauer der Übergangsfrist eine Einschränkung der Dienstleistungsfreiheit in einigen Teilbereichen, insbesondere in der Bauwirtschaft und im Handwerk.

(B) Die Reaktion der Bürgerinnen und Bürger auf diese Vorschläge bestärkt mich in der Überzeugung, dass wir sehr wohl Unterstützung für den Erweiterungsprozess finden, wenn wir die Anliegen und Sorgen der Menschen in der eben gekennzeichneten Weise auch wirklich ernst nehmen. Genau das tut die Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denjenigen, die dieses Konzept kritisiert haben oder weiterhin kritisieren, sage ich: Wir brauchen eine Legitimation für den Erweiterungsprozess. Das gilt vor allen Dingen für die **Grenzregionen.** Ohne diese Legitimation und ohne Übergangsfristen wird es wirklich sehr schwierig werden, die notwendige Zustimmung zu finden. Wir alle miteinander haben nichts davon, wenn wir die Erweiterung nicht mit den Bürgerinnen und Bürgern, sondern gegen die vor allen Dingen Betroffenen durchsetzen würden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Übrigens sind auch die ersten Reaktionen der Partner in der Europäischen Union, einiger Beitrittskandidaten und der Kommission durchaus ermutigend. Das ist wahrscheinlich auch deshalb so, weil die Beitrittskandidaten selbst für Bereiche, die ihnen besondere Sorgen machen, Übergangsfristen einfordern werden, vielleicht sogar weiter reichende als diejenigen, die ich genannt habe. In diesem Punkt zueinander zu kommen ist Aufgabe des Verhandlungsprozesses, den der deutsche Kommissar Günter (C) Verheugen für die Kommission und damit für den Rat zu führen hat. Ich bin zuversichtlich, dass wir auf der Basis dieses Konzeptes eine Lösung finden können und werden.

Meine Damen und Herren, Beitrittsverhandlungen und Verfassungsdiskussion, Erweiterung und Vertiefung – das sind die großen Themen, die die Europa-Diskussion in den kommenden Jahren prägen werden. Am Ende dieses Jahrzehnts werden wir in einem anderen Europa leben. In Nizza hat das alte Europa die Tür aufgestoßen zum neuen Europa. Dieses Europa wird in der Welt mit einer Stimme sprechen und auf dem Fundament einer gemeinsamen und stabilen Währung ruhen. Es wird größer sein, muss aber zugleich auch politisch enger verflochten sein und nach meiner Überzeugung über eine verfassungsmäßige Grundlage verfügen. Der Weg dorthin ergibt sich keineswegs zwangsläufig. Wir werden um dieses neue Europa wirklich weiter kämpfen müssen. Unser entscheidender Partner dabei war und ist **Frankreich.** Wir werden uns also auch in den kommenden Wochen und Monaten eng mit Paris abstimmen.

Warum geht es im Kern? Ich will es zuspitzen: Erweiterung und Vertiefung sind kein Gegensatz. Im Gegenteil, die Erweiterung ist ohne weitere Integrationsschritte auf Dauer nicht machbar. Ich bin fest davon überzeugt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur die weitere konsequente Vertiefung wird den zentrifugalen Kräften in einer größeren Union entgegenwirken können. Deutschland ist dazu bereit, Frankreich auch. (D) Präsident Chirac hat dies in seiner großen Rede hier im vergangenen Jahr sehr deutlich gemacht. Wir brauchen also weitere mutige Integrationsschritte. Zugleich müssen wir die Kommission stärken. Diese Aufgabe ist nur im deutsch-französischen Schulterschluss zu lösen.

(Dr. Helmut Haussmann [F.D.P.]: Schön wär's!)

Mit diesem Ziel werden Außenminister Fischer und ich am 31. Januar nach Straßburg zum Treffen mit unseren französischen Freunden fahren. Europa, denke ich, zählt auf Deutschland und zählt auf Frankreich. Diese Erwartungen werden wir nicht enttäuschen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich erteile das Wort dem Kollegen Friedrich Merz, CDU/CSU-Fraktion.

Friedrich Merz (CDU/CSU) (von der CDU/CSU mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erwartungsgemäß haben Sie, Herr Bundeskanzler, das Ergebnis des Europäischen Rates von Nizza positiv bewertet.

(Dr. Helmut Haussmann [F.D.P.]: Schöngeredet!)

Friedrich Merz

(A) Wir schließen uns demgegenüber dem Urteil an, das fast alle europapolitisch erfahrenen und sachkundigen Beobachter abgegeben haben und das auch in den Medien – nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa – ganz überwiegend abgegeben worden ist.

Die Vorbereitungen dieses Treffens der europäischen Staats- und Regierungschefs waren so schlecht wie selten zuvor. Die Verhandlungen waren geprägt von egoistischen, nationalen Interessen, und das Ergebnis ist ernüchternd; fast könnte man sagen: Es ist geradezu deprimierend.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Susanne Kastner [SPD]: Oje!)

Noch nie hat ein Gipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs so lange gedauert und noch nie ist so wenig dabei herausgekommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Peter Hintze [CDU/CSU]: So ist es!)

Herr Bundeskanzler, Sie haben gerade von dieser Stelle aus mit treuherzigem Gesicht all die Aufgaben beschrieben, die Sie in Nizza eigentlich erledigen wollten.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Sie haben uns zu dem, was alles gemacht werden muss, heute Morgen genau dasselbe gesagt, was Sie uns vor Nizza gesagt haben. Im Abstand von einigen Wochen könnte man es so zusammenfassen: Der kleinste gemeinsame Nenner der **Einzelinteressen** bestimmt Inhalt, Umfang und Grenzen dessen, was in Europa zurzeit möglich (B) ist. Europa ist gegenwärtig erkennbar ohne politische Führung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Nun sind die Ursachen dafür sicherlich sehr vielfältig. Fortschritt in Europa zu erreichen, Erweiterung und Vertiefung gleichzeitig zu begründen fällt offenkundig schwer; vielleicht fällt es sogar schwerer als in früheren Zeiten. Aber wäre es angesichts dieses Befundes nicht notwendig gewesen, die Gründe für die Probleme, die wir in der Europäischen Union gegenwärtig haben, etwas sorgfältiger zu untersuchen, als dies heute Morgen in Ihrer Regierungserklärung geschehen ist? Wäre es nicht gerade nach den Erfahrungen von Nizza angezeigt gewesen, auch über die Methode des Fortschritts für Europa nachzudenken und konkrete Vorschläge für die Zukunft zu machen?

Herr Bundeskanzler, Sie sind, so meine ich jedenfalls, über mindestens zwei Ursachen der Probleme, die die Europäische Union gegenwärtig hat, einfach hinweggegangen. Fortschritt in Europa – das wissen wir aus jahrzehntelanger Erfahrung – ist immer nur dann möglich, wenn Deutschland und Frankreich gemeinsame Schritte gehen und dabei auch Initiativen ergreifen. Jedenfalls müssen sich diese beiden Gründungsländer der Europäischen Union einig sein. Aber seit Ihrem Regierungsantritt vor zwei Jahren ist das deutsch-französische Verhältnis so schlecht, wie es seit Abschluss des Elysée-Vertrages vor 38 Jahren nicht gewesen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

(C) Zu allem Überfluss haben Sie, Herr Bundeskanzler, zehn Tage vor Nizza hier im Deutschen Bundestag in einer Regierungserklärung ein größeres Stimmengewicht im Rat gegenüber Frankreich zur entscheidenden Frage – nicht zu einer von vielen, sondern zur entscheidenden Frage – des institutionellen Gleichgewichts und der institutionellen Reformen gemacht. Sie mussten damit scheitern und Sie sind damit gescheitert und haben damit den Gipfel in Nizza ohne Not belastet und überfrachtet.

Die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, sind doch klar: Es gibt überall enttäuschte Erwartungen, der Verdruss über Europa weicht nicht etwa einer neuen Zuversicht, sondern europäisches Handeln findet offenkundig immer mehr gegen den erklärten Willen eines größeren Teils der Bevölkerung statt. Müssen wir uns nicht darüber im Klaren sein, dass gerade in offenen und demokratischen Gesellschaften solche fundamentalen Veränderungen nicht gegen die, sondern nur mit den Menschen zu erzielen sind?

Nun sprechen Sie in Ihrer Regierungserklärung – sicherlich mit guten Gründen – von der Notwendigkeit, eine **europäische Öffentlichkeit** herzustellen. Ich stimme Ihnen ausdrücklich zu, dass dies notwendig ist. Aber, Herr Bundeskanzler, wie wollen Sie denn Öffentlichkeit herstellen, die doch ein Mindestmaß an Verstehen wenigstens der interessierten Öffentlichkeit voraussetzt, wenn die handelnden Akteure in Nizza zum Schluss selbst gar nicht mehr wussten und auch nicht mehr verstanden, was sie da eigentlich beschlossen haben?

(Beifall bei der CDU/CSU – Hans-Peter Repnik [CDU/CSU]: Bis heute nicht!)

(D) Bis zum heutigen Tage, fast sechs Wochen nach Abschluss des Vertrages, streiten die Beteiligten um Einzelheiten, die sie doch in Nizza so einvernehmlich beschlossen haben wollen.

Unser Fazit lautet daher: Die Fragen bezüglich der **institutionellen Reform,** die in Nizza auf der Tagesordnung standen und deren Beantwortung von der Bundesregierung als Voraussetzung für das Funktionieren einer Union mit 25 oder 27 Mitgliedern bezeichnet worden ist, sind nicht wirklich beantwortet worden. Wir haben es auch nach Nizza leider mit so genannten „leftovers“, mit nicht gelösten großen Problemen, zu tun.

Lassen Sie mich konkrete Beispiele nennen, Herr Außenminister. Das Abstimmungsverfahren im Rat ist komplizierter denn je zuvor,

(Hans-Peter Repnik [CDU/CSU]: Das kann man nicht bestreiten!)

sodass es der interessierten europäischen Öffentlichkeit nicht einleuchtend erklärt werden kann. Rund 70 Gegenstände müssen im Rat nach wie vor einstimmig entschieden werden. Dabei waren wir uns doch einig, dass gerade bei der Abkehr vom Erfordernis der Einstimmigkeit ein Durchbruch notwendig gewesen wäre. 20, möglicherweise bis zu 27 Kommissare werden in Zukunft in der Europäischen Kommission Verantwortung tragen.

(Joachim Poß [SPD]: Das hätten Sie alles bestimmt verhindert, wenn Sie verhandelt hätten!)

Friedrich Merz

(A) Was aber aus meiner Sicht noch schwerwiegender ist: Das Europäische Parlament wird möglicherweise bis zu 900 Mitglieder haben. Es wird der Fall auftreten, dass größere Staaten, die neu hinzukommen, weniger Mandate erhalten als kleinere Staaten, die heute schon Mitglied der Europäischen Union sind. Sie können doch nicht im Ernst behaupten, dass dies nun der große Erfolg war, den wir uns alle von Nizza erhofft hatten und der auch nötig gewesen wäre.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Bei aller notwendigen und berechtigten Kritik will ich die wenigen positiven Ergebnisse des Europäischen Rates von Nizza nicht verschweigen.

(Gernot Erler [SPD]: Aha! Jetzt wird es realistischer!)

Wenn es diese Ergebnisse nicht gäbe und wenn wir die Tragweite von Nizza für die Erweiterung der Europäischen Union nicht zu bedenken hätten, dann wäre die Entscheidung über Zustimmung oder Ablehnung der Ratifikation des Vertrages längst gefallen. Es ist in diesem Zusammenhang natürlich positiv festzustellen, dass die **Proklamation einer Europäischen Grundrechte-Charta** gelungen ist. Wir bewerten es auch durchaus positiv, dass die verstärkte Zusammenarbeit vereinfacht worden ist. Ich bin auch mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, der Auffassung, dass es richtig war, den Zeitplan und den Inhalt eines **Post-Nizza-Prozesses** festzulegen.

Ich will Ihnen zu dem Zeitplan aber ausdrücklich sagen: Wir halten es für einen großen politischen Fehler, (B) dass die Staats- und Regierungschefs in Nizza beschlossen haben, diesen Prozess erst im Jahre 2004 zu beginnen.

(Gernot Erler [SPD]: Wann denn sonst?)

Die weitere Diskussion in der Europäischen Union und die Vorbereitungen für einen nächsten Schritt lassen uns aber keine Zeit bis zum Jahre 2004. Diese Arbeiten müssen heute, im Jahre 2001, beginnen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P. – Joachim Poß [SPD]: Sie beginnen ja auch!)

Das Minimalergebnis von Nizza bedeutet zunächst, dass die Europäische Union ihr Versprechen, bis zum 1. Januar 2003 die notwendigen institutionellen Reformen für die **Aufnahme neuer Mitglieder** anzupacken, nicht vollständig eingelöst hat. Wir dürfen aber die Versäumnisse von Nizza nicht auf dem Rücken der neuen Beitrittsländer austragen. Wenn also der Erweiterungsfahrplan eingehalten werden soll – wir von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wollen ihn einhalten, weil wir nicht nur um die ökonomische, sondern auch um die politische Dimension der Osterweiterung der Europäischen Union wissen –, dann sind Nachbesserungen unverzichtbar.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Es geht dabei nicht nur um die ungelösten institutionellen Fragen. Es geht eben auch um die seit dem Berliner EU-Gipfel vom März 1999 bis heute nicht wirklich umgesetzten Reformentscheidungen in der gemeinsamen (C) Agrarpolitik. Es geht auch um die finanzielle Absicherung der Osterweiterung.

Lassen Sie mich aber noch einmal auf den so genannten Post-Nizza-Prozess zurückkommen, also auf das, was nach dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs von Nizza nun zu geschehen hat. Nach der Reform ist vor der Reform. Dies ist eine der wenigen positiven Botschaften von Nizza. Wir begrüßen daher die Erklärung zur Zukunft der Union. Wir begrüßen insbesondere den Beschluss, eine weitere Konferenz durchzuführen, um die Zuständigkeitsverteilung zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedstaaten, die Neugestaltung der Verträge, die Rolle auch der nationalen Parlamente in der Architektur Europas und den Status der Charta der Grundrechte festzulegen.

Europa braucht, wie wir es seit langem fordern, einen **Verfassungsvertrag.** Aber welche Inhalte soll denn ein solcher Verfassungsvertrag haben? Die Antwort auf die Frage nach den Inhalten eines solchen europäischen Verfassungsvertrages sind die Staats- und Regierungschefs in Nizza ebenfalls schuldig geblieben.

Die wichtigste Frage lautet: Wozu brauchen wir Europa und wie viel Europa wollen wir? Es geht um das genetische Programm der Europäischen Union. Welches Selbstverständnis, welches Ziel soll die Europäische Union haben und wie sollen ihre Grenzen definiert werden? Ist eine Union mit möglicherweise 27 oder gar mehr Mitgliedern als ein homogener Staatenverbund mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten für alle überhaupt noch zusammenzuhalten? (D)

(Gernot Erler [SPD]: Deine Leute schlafen ja ein!)

Der Hinweis auf **Kerneuropa,** den Wolfgang Schäuble und Karl Lamers schon 1994 gegeben haben, ist damals bei vielen auf große Vorbehalte gestoßen.

(Zuruf von der PDS: Zu Recht!)

Heute ist uns allen klar, dass das Europa der sechs Gründungsmitglieder nicht nur institutionell und politisch, sondern auch in seiner Werteorientierung ein anderes Europa war als das heutige oder das künftige. Unsere Frage lautet: Muss der Kerneuropagedanke nicht zwingend zum unverzichtbaren Strukturmerkmal einer Europäischen Union der Zukunft werden?

Ein weiterer Baustein wird die Kompetenzabgrenzung sein. Europa ist dort stark, wo es sich auf die Aufgaben konzentriert, die im gemeinsamen Handeln der Europäer besser gelöst werden können als im nationalen Alleingang. Maßstab für uns bleibt dabei das **Subsidiaritätsprinzip.** Zu den wesentlichen Aufgaben der Europäischen Union gehören zum Beispiel die Sicherung des Binnenmarktes, aber ganz gewiss auch die Außenpolitik, die Sicherheitspolitik und die Verteidigungspolitik, außerdem, Herr Bundeskanzler, die Asyl- und Flüchtlingspolitik und grenzüberschreitender Umweltschutz. Demgegenüber gehören – das müsste uns doch eigentlich klar sein – Bereiche wie zum Beispiel Beschäftigung, Bildung, Gesundheit, Sport, Fremdenverkehr, Raumordnung – alles

Friedrich Merz

(A) Bereiche, um die sich die Europäische Kommission zum Teil sehr intensiv kümmert – eindeutig in die nationale Verantwortung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P. – Gernot Erler [SPD]: Du musst Antworten geben und nicht immer Fragen stellen!)

Nach den Erfahrungen mit Regierungskonferenzen – Nizza steht da nicht allein – mehren sich die Stimmen, die fordern, das Projekt des europäischen Verfassungsvertrages nicht erneut den Regierungen zu übertragen.

(Dr. Helmut Haussmann [F.D.P.]: Konvent!)

Aus dem Europäischen Parlament hören wir sogar die Forderung, den Regierungen die Verantwortung für alle künftigen europäischen Reformprojekte zu entziehen. Herr Bundeskanzler, auch das ist ein Hinweis auf das Ergebnis von Nizza und darauf, welchen Eindruck Sie dort bei den Parlamentariern hinterlassen haben.

(Zuruf von der SPD: Und was sagen Sie?)

Ich sage jedenfalls: Für die Ausarbeitung eines europäischen Verfassungsvertrages macht es Sinn, darüber nachzudenken, ob denn nicht etwa nach dem Vorbild des Grundrechtekonvents erneut ein Projekt auf die Tagesordnung gesetzt wird, das für eine umfassende Beteiligung der Parlamente, natürlich der Regierungen, aber auch der Nichtregierungsorganisationen und vor allem der Bürger der Europäischen Union genügend Raum schafft.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Wenn wir uns einem solchen Verfassungsvertrag nähern, dann will ich doch daran erinnern, wie die ersten Worte der amerikanischen Verfassung lauten. Dort steht: „We, the people“ – wir, das Volk – und nicht: „We, the government“, wir, die Regierung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Rezzo Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oje!)

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal darauf hinweisen: Diese Aufgaben der Europäischen Union dulden keinen Aufschub bis in das Jahr 2004. Wir wollen ein starkes, ein handlungsfähiges Europa dort, wo die europäische Handlungsfähigkeit unseren gemeinsamen europäischen Interessen entspricht. Je besser und je früher dies gelingt, umso mehr wird Europa die Zustimmung der Menschen gewinnen, sie auch dort zurückgewinnen, wo sie verloren gegangen ist, und umso besser wird es in Zukunft um Demokratie, Freiheit, Frieden, Wohlstand und Gerechtigkeit in Europa bestellt sein.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Gernot Erler [SPD]: Nur eine Schlaftablette wirkt besser! Das hätte mein kleiner Bruder besser gemacht!)

(C) **Präsident Wolfgang Thierse:** Ich erteile das Wort dem Kollegen Joachim Poß, SPD-Fraktion.

Joachim Poß (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute Morgen sollte es eigentlich um die Zukunft Europas gehen, nicht um eine Polemik gegen die Bundesregierung, Herr Merz.

(Lachen bei der CDU/CSU)

Ich weiß nicht, wie man nach der Regierungserklärung des Bundeskanzlers so grundlegend das Thema verfehlen kann.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber Sie haben schon im letzten Satz Ihrer Rede im Dezember angekündigt, woran Sie die Bundesregierung, insbesondere den Bundeskanzler, messen würden. Das haben Sie hier einzulösen versucht. Sie haben damals zu verstehen gegeben, dass Sie möglicherweise unzureichende Fortschritte ausschließlich der Bundesregierung zur Last legen würden. Herr Merz, Sie übertünchen damit die Orientierungslosigkeit Ihrer Partei. Wir werden ja sehen, ob auf Ihrem Landesparteitag in Nordrhein-Westfalen der Antrag gegen die Ratifizierung der Beschlüsse von Nizza eine Mehrheit erhalten wird. Das wird eine ganz spannende Frage sein, Herr Merz. Wir werden genau beobachten, wie Sie dort agieren werden, ob Sie zum Beispiel ein solches Risiko in Kauf nehmen werden.

Sie brauchen, was die Haltung der CDU/CSU angeht, nur die Tickermeldungen vom 11. Dezember zu nehmen: „Nach Nizza geht es voran“, das war die Reaktion der CSU, und zwar von Herrn Goppel. Bei Reuters war zu lesen: „Gipfelergebnis löst in der Union gegensätzliches Echo aus. Während CSU-Chef Edmund Stoiber von einem entscheidenden Schritt nach vorn sprach, übte die CDU-Vorsitzende Angela Merkel scharfe Kritik. Der große Wurf für Europa ist nicht gelungen, sagte Frau Merkel.“

(D)

(Michael Glos [CDU/CSU]: Da hat Sie Recht!)

Herr Merz hat sich damals in dem Sinne geäußert, wie es heute Morgen hier wieder zu hören war.

Nein, meine Damen und Herren von der CDU/CSU, bei den unbestreitbaren Verdiensten, die Sie und insbesondere der ehemalige Bundeskanzler in der Europapolitik haben, machen Sie es sich mit einer solchen Rede, wie sie Herr Merz heute Morgen hier gehalten hat, viel zu einfach. Das ist eigentlich unter Ihrem Niveau.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Gernot Erler [SPD]: Peinlich, peinlich!)

Sie kritisieren den Zeitpunkt 2004, Herr Merz. Wir sind mitten im Post-Nizza-Prozess. Jeder Schritt, der dazu stattfindet – der Bundeskanzler hat von einigen gesprochen –, ist Bestandteil dieses Prozesses. So viel hätten Sie in der Tat im Europaparlament lernen können, Herr Merz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Joachim Poß

(A) Sie wiederholen die strategischen Fehler, die Sie schon im letzten Jahr gemacht haben.

Zunächst einmal ist doch festzuhalten: Die Bundesregierung hat in Nizza gut verhandelt, und zwar im europäischen wie im deutschen Interesse.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Helmut Hausmann [F.D.P.]: Falsch! Weder noch!)

– Herr Hausmann, Sie und andere wissen es doch: Sie hat das erreicht, was in dieser konkreten Verhandlungssituation möglich war. Leider konnte auch die Bundesregierung nicht verhindern, dass das Ergebnis von Nizza hinter unseren Erwartungen zurückgeblieben ist. Aber ohne das große Engagement von Bundeskanzler Gerhard Schröder wären die Fortschritte noch geringer gewesen. Das wird allmählich überall in Europa anerkannt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDSNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Helmut Haussmann [F.D.P.]: Wo denn?)

– Ich komme darauf noch zurück.

Man muss so ehrlich und realistisch sein anzuerkennen, dass nur durch die Einigung in letzter Minute ein Scheitern des Gipfel von Nizza verhindert werden konnte. Die Strategie der Bundesregierung und der anderen Regierungen, ein Scheitern des Gipfel auf jeden Fall zu verhindern, war richtig. Ein Scheitern hätte niemandem genutzt und der europäischen Integration mit Sicherheit (B) geschadet.

In der Tat haben die Ergebnisse, wenn man sie sich konkret anschaut, nicht die nötige umfassende **institutionelle Reform der EU** gebracht, und der Bundeskanzler hat das in seiner Regierungserklärung überhaupt nicht verschwiegen. Insoweit haben die Kritiker des Ergebnisses von Nizza sicherlich Recht. Aber die Ergebnisse von Nizza werden ausreichen, um die **Vertiefung und Erweiterung** der Europäischen Union voranzutreiben. Wenn diese Änderungen ratifiziert werden, gibt es keine formellen Hindernisse auf dem Weg zur Erweiterung der EU mehr.

Also: Das drängendste Ziel des Gipfels von Nizza, die Voraussetzungen für die Erweiterung zu schaffen, wurde damit erreicht. Das wird in den Beitrittsländern so gesehen und auch entsprechend beurteilt. Deswegen wird der Gipfel insgesamt positiv bewertet. Insbesondere in Osteuropa wird die Verhandlungsführung der Bundesregierung und des Bundeskanzlers sehr gewürdigt, nicht zuletzt in Polen. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die im Einzelnen erzielten Ergebnisse sind differenziert zu betrachten. Die Fortschritte beim Übergang zu Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit im Rat werden die Arbeit der EU befördern und uns ohne Frage weiterbringen,

(Dr. Helmut Haussmann [F.D.P.]: Wohin denn?)

(C) sind aber insgesamt zu gering, Herr Haussmann. Insbesondere in den Bereichen Steuern, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik,

(Dr. Helmut Haussmann [F.D.P.]: Handel!)

Sozialpolitik, bei den Strukturfonds und der gemeinsamen Handelspolitik sind die erzielten Ergebnisse nicht ausreichend.

(Dr. Helmut Haussmann [F.D.P.]: Leider! Leider!)

Dass die Anwendung der **verstärkten Zusammenarbeit,** das heißt die Möglichkeit, dass Mitgliedstaaten im Rahmen der EU Integrationsfortschritte machen können, ohne dass alle Mitgliedstaaten daran mitwirken, verbessert worden ist, ist zu begrüßen. Hier sind wir einen Schritt weitergekommen. Das werden Sie sicherlich akzeptieren.

Beschlüsse im Ministerrat werden durch die neuen Entscheidungsverfahren nicht einfacher. Aber hierzu sage ich – Herr Merz hat sich schon darauf eingelassen –: Eine fundierte Bewertung dieser Frage ist erst dann möglich, wenn erste Erfahrungen mit den modifizierten Entscheidungsprozeduren gesammelt worden sind.

Die Tage von Nizza haben uns allen im Parlament, unseren Kollegen im Europäischen Parlament wie auch den Bürgerinnen und Bürgern in Europa mit fast schmerzhafter Deutlichkeit gezeigt, wie schwierig es ist, in der Europäischen Union derzeit substanzielle Fortschritte zu erzielen. Dabei ist es nur bedingt eine Entschuldigung, (D) dass es in Nizza um nichts Geringeres als die Teilung bzw. Neuaufteilung von Macht und Einfluss zwischen den Mitgliedstaaten und den unterschiedlichen Institutionen ging.

Leider – das hat Nizza gezeigt, das will niemand wegdiskutieren – spielen nationale Egoismen immer noch eine zu bestimmende Rolle, während eigentlich die Einsicht in die Notwendigkeit einer schnellen grundlegenden Reform der Europäischen Union und ihrer Institutionen vorherrschen müsste.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb werden wir zunächst einmal mit den erzielten Ergebnissen leben müssen. Vor diesem Hintergrund ist es mit Sicherheit nicht hilfreich, aus Unzufriedenheit das Ergebnis von Nizza als unzureichend abzulehnen. Ich glaube nicht, dass sich der Europäische Rat durch eine Nichtratifizierung der Nizza-Ergebnisse zu größeren Fortschritten beim Umbau der Europäischen Union und ihrer Institutionen bewegen ließe.

(Dr. Helmut Haussmann [F.D.P.]: Man muss es versuchen!)

Im Gegenteil: Divergierende Tendenzen in der EU würden, Herr Haussmann, vermutlich weiter gestärkt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Noch schlimmer ist, dass eine Nichtratifizierung ein historisch verheerendes Signal an die Beitrittsländer

(A) wäre. Auch Sie von der F.D.P. können das nicht wollen, Herr Haussmann,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Helmut Haussmann [F.D.P.]: Im Gegenteil!)

weil dies mit Sicherheit einen Aufschub des **Erweiterungsprozesses** nach sich ziehen würde. Angesichts von Nizza in Larmoyanz zu verfallen oder Europaskepsis zu kultivieren ist keine Haltung, die den Herausforderungen der Zukunft gerecht würde. Die Beitrittskandidaten haben ein Recht darauf, dass die Europäische Union den Beitrittsprozess mit Vernunft, Augenmaß, aber auch mit ganzer Kraft weiterführt.

Die Ergebnisse von Nizza sind nicht das letzte Wort. Der Prozess der inneren Reform der Europäischen Union muss weitergehen. Dies war nicht nur der ausdrückliche und einvernehmliche Wille der Staats- und Regierungschefs in Nizza, sondern manifestiert sich in der Vereinbarung einer weiteren **Regierungskonferenz im Jahre 2004** über die notwendige Weiterentwicklung der europäischen Verträge. Darüber sind wir uns im Parlament doch fast alle einig. Auch diesen Teil der Beschlüsse müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen und würdigen. Die Forderungen, die hier aufgenommen wurden, sind doch auch aus Ihren Reihen gekommen. Sie untergraben mit dem, was Herr Merz hier heute Morgen gesagt hat, in der Substanz Ihre eigenen Forderungen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(B) Die Vereinbarung dieser Regierungskonferenz, bei der die Grundfragen der europäischen Integration im Vordergrund stehen sollen, war unser Ziel und ist damit ausdrücklich als Erfolg zu werten. Dem bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber ist zuzustimmen, wenn er die große Relevanz des Post-Nizza-Prozesses und der Regierungskonferenz von 2004 für die deutschen Länder und den deutschen Föderalismus betont.

(Dr. Theodor Waigel [CDU/CSU]: Nehmen Sie diesen Vorwurf zurück!)

– Herr Waigel, dass Ihnen das nicht passt, kann ich nachvollziehen angesichts der inneren Gemengelage und Gefühlslage, die bei Ihnen bzw. in der CSU sehr wahrscheinlich nach wie vor anzutreffen ist.

Ohne die umfassende Klärung der Frage, welche Aufgaben die Europäische Union in Relation zu ihren Mitgliedstaaten überhaupt haben soll, könnte sich die EU überfordern. Denn die Erweiterung macht eine **Überprüfung des Aufgabenzuschnitts** dringend erforderlich. Die Europäische Union – auch da sind wir uns fast einig; das wird im Konkreten aber noch zu diskutieren sein – muss sich auf die Aufgaben konzentrieren, die einen europäischen Mehrwert mit sich bringen, also auf die Aufgaben, die die Nationalstaaten in einer globalisierten Welt allein nicht mehr zufriedenstellend bewältigen können. Die derzeitige Gewaltenteilung zwischen Europäischer Kommission, Europäischem Rat, Europäischem Parlament und den nationalen Parlamenten ist keine Basis für ein bürgernahes und umfassend demokratisches Europa.

(C) Auch hier müssen wir 2004 den Durchbruch schaffen, um die augenfälligen Defizite in Bezug auf die demokratische Legitimierung und die Bürgernähe der EU endlich abzubauen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es wäre ein großer Fehler, davon auszugehen, dass die grundlegende Frage, wie die Europäische Union in Zukunft aussehen soll, nur die Flure in Brüssel und Straßburg sowie die europapolitischen Zirkel und nicht auch die Köpfe und Herzen der Bürgerinnen und Bürger in Europa immer stärker beschäftigt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Menschen beschäftigen sich damit. Sie haben aber eine Wahrnehmung von Europa, die nicht in unserem gemeinsamen Interesse liegen sollte. Ich jedenfalls hielte es – darauf weise ich nach der heutigen Rede von Herrn Merz hin; ich dachte eigentlich, das Problem sei ausgestanden – für verfehlt und unverantwortlich, wenn die hier im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien die vor uns liegenden europapolitischen Aufgaben nicht als gemeinsame Verantwortung auffassen würden und wenn die in der Bevölkerung existierenden Unsicherheiten und Ängste über den weiteren Weg Europas zu Wahlkampfzwecken instrumentalisiert würden. Das wäre unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(D) Was wir brauchen – dem stellen wir uns; das tun der Bundeskanzler, der Bundesaußenminister und hoffentlich alle Parteien –, ist ein breiter **europapolitischer Diskurs,** der die Regierungskonferenz von 2004 und die notwendigen grundlegenden Richtungsentscheidungen konstruktiv vorbereitet. Wir sind aufgerufen, für Europa mit Worten, aber auch und vor allem mit Taten nachhaltige Überzeugungsarbeit zu leisten. Denn ohne Bürgerinnen und Bürger, die von Europa wirklich überzeugt sind, wird ein vereintes, demokratisches und solidarisches Europa nicht entstehen können.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal an den Ausruf von Jean Monnet erinnern: „Wir einigen keine Staaten; wir führen Menschen zusammen." Ich bitte Sie: Lassen Sie uns das gemeinsam in den nächsten Jahren hier vom deutschen Parlament aus umsetzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich erteile das Wort dem Kollegen Helmut Haussmann, F.D.P.-Fraktion.

(Peter Hintze [CDU/CSU]: Jetzt wird's besser!)

Dr. Helmut Haussmann (F.D.P.): Sehr verehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Damit es überhaupt keinen Zweifel an der Haltung der Freien Demokraten gibt: Ich spreche hier für die Fraktion, die

Dr. Helmut Haussmann

(A) seit Jahrzehnten unbeirrt für die **Wiedervereinigung Europas** eingetreten ist. Wir haben in der Ära Brandt/Scheel gegen den Widerstand vieler Konservativer in Deutschland die neue Ostpolitik mit durchgesetzt. Wir haben in der Ära Kohl/Genscher ohne wirkliche Unterstützung von Sozialdemokraten und Grünen die einheitliche europäische Währung durchgesetzt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Unser liberaler Außenminister Klaus Kinkel hat in der letzten Beitrittsrunde gezeigt, dass sich die Erweiterung und die Vertiefung Europas nie ausschließen dürfen. Ich kann mit Stolz feststellen: Keine Fraktion im Deutschen Bundestag hat sich in den letzten zehn Jahren so konsequent, aber auch so aktiv für die Osterweiterung der Union, also für die Wiedervereinigung Europas, eingesetzt.

(Beifall bei der F.D.P.)

An dieser unserer Überzeugung, dass wir die Osterweiterung der Europäischen Union pünktlich brauchen und dass wir mit den vagen Zeitplänen der Bundesregierung unzufrieden sind, hat sich kein Jota geändert und wird sich kein Jota ändern.

Gerade weil wir so aktiv für die **Osterweiterung der Europäischen Union** eintreten, ist das Ergebnis von Nizza für uns so enttäuschend. Richtig ist: Wer für die Erweiterung ist, kann dem Vertragsentwurf von Nizza in der bisher bekannten Form nicht einfach zustimmen.

(Gernot Erler [SPD]: Sondern? Was wollen Sie denn machen?)

(B) Wenn Sie heute in der „FAZ" lesen, dass der frühere Präsident des Europäischen Parlaments, der von mir hoch geschätzte SPD-Kollege Hänsch, wörtlich sagt: „Seit vielen Jahrzehnten gab es in Europa keinen so miserablen Vertragsentwurf", sollten Sie mit Ihrem Jubel der Zustimmung vorsichtig sein.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Joachim Poß [SPD]: Wir haben das doch auch gesagt. Ich habe die Mängel doch erwähnt!)

Es ist eine schwache Leistung, die bereits in Berlin schwach begann. Die wirklichen Anhänger der europäischen Integration – bei Ihnen, letztlich auch bei den Grünen und der Union – wissen das auch ganz genau. Herr Fischer, Sie haben das völlig zu Recht im Sonderausschuss gesagt. Wenn Sie heute noch in der Opposition wären, wären Sie doch der Erste gewesen, der diesen Vertrag in der vorliegenden Form scharf angegriffen hätte, und zwar aus europäischer Überzeugung zu Recht.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Joachim Poß [SPD]: Etwas differenzierter, Herr Haussmann!)

Der Gipfel von Nizza war zunächst eine große Chance für Vertiefung und Erweiterung. Sie wurde vertan und man muss heute fragen – das hat sich schon in Berlin abgezeichnet –: Was ist aus dem wirklich positiven deutschen Markenzeichen „europäische Integration" der früheren Regierung Kohl/Kinkel inzwischen geworden?

(C) Das ist nicht nur eine nationale Betrachtung, sondern auch eine internationale.

Das gemeinsame Ziel im Europaausschuss des Parlaments war: Nizza muss gleichzeitig **Handlungsfähigkeit und Effizienz** verbessern sowie die **demokratische Legitimation** stärken. Diese Ziele wurden definitiv nicht erreicht. Entscheidend war, dass manche Staats- und Regierungschefs – zuletzt auch Bundeskanzler Schröder im Deutschen Bundestag – leider die Bevölkerungszahlen der Mitgliedsländer in den Vordergrund gestellt haben. Wer die Situation in Frankreich ein bisschen beurteilen kann, weiß, was dies in Frankreich bedeutet. Herr Merz, Sie sind zu Recht darauf eingegangen. Jeder Regierungschef ließ sich für kleinliche nationale Erfolge feiern. Es gab in Nizza niemanden, der für wirkliche Integrationsfortschritte nationale Egoismen aufgegeben hätte.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In der Bundesrepublik Deutschland, dem größten Land Europas, richtet sich ein solcher Vorwurf naturgemäß gegen die Bundesregierung. Sie ist der besonderen Verantwortung der Deutschen für die Wiedervereinigung der Europäer nicht gerecht geworden. Herr Fischer, Sie erhalten hier die Quittung dafür, dass Sie sich in europäische Visionen verstiegen und um das harte Brot der täglichen Arbeit in Europa zu wenig gekümmert haben, sodass das **deutsch-französische Verhältnis** gestört ist.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf von der SPD: Waren Sie mit Westerwelle im Container, sodass auch Sie nichts mehr sehen?)

(D) Mehr als ein Schulterzucken von Außenminister Fischer oder Bundeskanzler Schröder darüber, dass sich nicht alle Hoffnungen erfüllt hätten, war nicht drin. Das zeigt, dass man zu wenig Hoffnungen hatte. Zu der Bemerkung von Bundeskanzler Schröder, nicht alle Hoffnungen hätten sich erfüllt, muss man sagen: Es waren von Anfang an schwache Hoffnungen und nicht einmal die haben sich erfüllt.

Bezüglich der Osterweiterung sage ich Ihnen Folgendes voraus: Die Gegner der Osterweiterung werden den mangelnden Einstieg in **Mehrheitsentscheidungen** zu weiteren Verzögerungen missbrauchen. Darin liegt die große Gefahr für die Osterweiterung.

(Beifall bei der F.D.P.)

Antieuropäische Kräfte sowohl in den derzeitigen als auch in den künftigen Mitgliedstaaten werden ermuntert, über das Vetorecht ihrer Regierungen europäische Entscheidungen zu blockieren. Die Erweiterung Europas braucht gleichzeitig den Übergang zu Mehrheitsentscheidungen. Sie können Europa mit 25 Mitgliedstaaten nicht voranbringen, wenn im Prinzip das Vetorecht gilt.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Lösung kann nur darin liegen, dass man die Ergebnisse von Nizza verbessert. Im Europäischen Parlament gibt es nur ein Thema: Was kann man tun, um den

Dr. Helmut Haussmann

(A) Vertrag von Nizza zu verbessern und ihn so zustimmungsfähig zu machen?

Mit dieser kritischen Haltung, Herr Fischer – Sie werden ja gleich reden –, sind wir nicht alleine. Wir befinden uns in allerbester Gesellschaft führender europäischer Integrationsforscher, aller wesentlichen Vertreter im Europaparlament, aber auch der Kommissare, die wie Verheugen mutig sind und sagen: Das Ergebnis von Nizza reicht nicht aus. Der Versuch, uns in die Ecke derjenigen zu stellen, die die Erweiterung angeblich verzögern oder gar verhindern wollen, ist daher absolut grotesk.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das Gegenteil ist der Fall: Gerade weil wir eine schnelle Erweiterung wollen, können wir den Ergebnissen von Nizza nicht zustimmen. Wir werden uns zusammen mit dem Europäischen Parlament an dem Post-Nizza-Prozess beteiligen, um den Vertrag von Nizza durch Nachbesserungen zustimmungsfähig zu machen.

Nun ist politische Führung in der Europapolitik mehr denn je gefragt. Herr Bundeskanzler, Herr Außenminister, Sie als Vertreter des wichtigsten und größten Staates in Europa müssen dieser Verantwortung gerecht werden. Deutschland muss auch in Zukunft der Anwalt der europäischen Wiedervereinigung bleiben. Stellen Sie sich bitte in die Tradition ehemaliger Bundeskanzler, aber auch ehemaliger Außenminister, denen wir so viele Fortschritte in Europa verdanken. Bringen Sie zunächst das Verhältnis zu Frankreich wieder in Ordnung.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(B) Wir alle sollten hier ein kritisches Zeichen setzen, dass wir mit dem Ergebnis von Nizza im Interesse Europas nicht zufrieden sind. Beteiligen wir uns an der Verbesserung des Vertrages von Nizza, damit er zustimmungsfähig wird!

Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich erteile das Wort dem Außenminister Joseph Fischer.

Joseph Fischer, Bundesminister des Auswärtigen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es entspricht der Tradition des Hauses, dass in einer Europadebatte – bei anderen Debatten lässt sich anhand des klaren Pro und Kontras genau verfolgen, wo die Fraktionsgrenzen verlaufen – ein Stück weit quer zu den politischen Lagern diskutiert wird, weil das Europathema kein parteipolitisches Thema ist. Herr Merz, ich finde es schade, dass Sie hier im Grunde genommen versuchen, Innenpolitik zu machen. Deshalb lassen Sie mich bei der Bewertung der Ergebnisse von Nizza eine klare Gegenposition zu Ihnen beziehen: „Der Gipfel von Nizza war ein wichtiger und entscheidender Schritt auf dem Weg zur europäischen Einigung. Insofern war er durchaus ein Erfolg."

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Friedrich Merz [CDU/CSU]: Starker Beifall!)

(C) – Ja, das sagte Edmund Stoiber in der 758. Sitzung des Bundesrates am 21. Dezember 2000.

Sie können nicht kritisieren, dass es in Europa an politischer Führung mangele. Fragen Sie sich lieber einmal selbst, wie es um die Führung in Ihrer Fraktion bestellt ist, wenn Sie sich anschauen, welche Haltung die CDU/CSU einnimmt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Kollege Haussmann, ich komme auf die Frage zurück, weshalb man eigentlich das Ergebnis von Nizza kritisiert. Kritisiert man das Ergebnis, weil es einem in dem einen oder anderen Punkt nicht zusagt oder weil man meint, dass es nicht ausreichend sei? Kritisiert man es und lehnt man es unter dem Gesichtspunkt ab: Wir wollen es nicht? Wäre es nicht angemessener – das Parlament kann in seiner Kritik weiter gehen als die Bundesregierung, die in die europäische Kompromissstruktur eingebunden ist –, konstruktiv zu kritisieren? Ich möchte Sie nur darauf hinweisen, dass der Bundesrat und die Ministerpräsidenten offensichtlich die klügere Variante gewählt haben und dies auch zu entsprechenden Erträgen im Vorfeld von Nizza geführt hat. Das ist der entscheidende Unterschied.

Gestatten Sie mir, an diesem Punkt klipp und klar zu sagen: Der europäische Einigungsprozess entscheidet über die Zukunft aller Mitgliedstaaten im 21. Jahrhundert. Deswegen wird es ganz entscheidend darauf ankommen, dass wir diesen Einigungsprozess unter dem Gesichtspunkt der großen historischen Herausforderung der Erweiterung voranbringen. Das hatte der Gipfel von Nizza zu leisten und er hat es auch geleistet. (D)

(Dr. Helmut Haussmann [F.D.P.]: Aber nicht in ausreichendem Maße!)

– Das werde ich Ihnen gleich noch erklären. – Nizza hat entscheidende Fortschritte gebracht – der Bundeskanzler hat diese dargestellt –, nämlich in der Frage einer wesentlich handhabbarerer verstärkten Zusammenarbeit und in der Definition des Post-Nizza-Prozesses inklusive der Abschlussperspektive für das Jahr 2004.

Wenn man dann noch den ersten Schritt hinzunimmt, nämlich die Annahme der Grundrechte-Charta auf der politischen Ebene, die Erwartung, dass der Beschluss, der gefasst wurde, 2004 faktisch auf einen Verfassungsprozess zur Kompetenzfrage hinausläuft – in Verbindung mit der Grundrechte-Charta –, und wenn man dann noch die Komponente der verstärkten Zusammenarbeit hinzunimmt und sieht, dass wir am 1. Januar des kommenden Jahres die Euro-Einführung haben, dass wir die beginnende Erweiterung haben und dass wir im Vorfeld von 2006 auch die Notwendigkeit eines neuen Finanzkompromisses haben werden, dann kann ich Ihnen nur sagen: Wenn Sie diese Parameter anlegen und betrachten, was Nizza geleistet hat, gleichzeitig aber fordern, dass wir das **deutsch-französische Verhältnis** wieder in Ordnung bringen und Nizza ablehnen sollen, dann müssen Sie mir einmal erklären, wie Sie das jenseits des Zustands der Schizophrenie zusammenbringen wollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Bundesminister Joseph Fischer

(A) Sie zitieren Herrn Hänsch – ich habe den Artikel heute Morgen auch gelesen –, Sie zitieren aber nicht den französischen Außenminister. Wenn wir sagen würden, Nizza ist gescheitert, und wenn wir die Position der F.D.P. übernehmen würden, wir wollten einen neuen Gipfel, weil Nizza gescheitert sei, wäre das für das deutsch-französische Verhältnis so ziemlich das Schlimmste, was eine Bundesregierung machen könnte.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Haussmann, Sie sind viel zu klug, um so etwas zu fordern. Das gilt auch für Ihre Fraktion; es gibt bei Ihnen genügend erfahrene Außenpolitiker. Herr Kollege Kinkel weiß nur zu gut, worauf so etwas hinauslaufen würde und dass es jenseits oppositioneller Rhetorik und Forderungen schlichtweg eine Katastrophe wäre, wenn wir so vorgehen würden. Insofern ist diese Forderung nicht nur nicht klug, sondern sie ist gegen die Interessen Deutschlands, sie ist gegen das Interesse, ein gutes deutsch-französisches Verhältnis zu haben, und sie ist gegen die europäischen Interessen gerichtet. Daher lehnen wir sie ab.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Widerspruch bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, was hatte Nizza tatsächlich zu leisten? Herr Kollege Merz, es tut mir Leid: Nizza hatte all das, was Sie dem Bundeskanzler vorgeworfen haben – was die Vertiefungsperspektive betrifft –, nicht zu leisten. Was Nizza zu leisten hatte, war die Abarbeitung der **„leftovers“,** die Sie genannt haben. Sie sind aber nicht auf ein einziges „leftover“ eingegangen. Gehen wir einmal

(B) die einzelnen Punkte durch; ich möchte mich nicht in Polemik erschöpfen, sondern wirklich diskutieren.

Sie haben den Punkt der **Mehrheitsentscheidung** genannt. Der Bundeskanzler hat in der Abschlusspressekonferenz gesagt – er hat es wiederholt und ich habe es in der Sondersitzung des Europaausschusses auch gesagt –, wir hätten uns in diesem Punkt durchaus ein ambitionierteres Ergebnis gewünscht.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Da bestätigen Sie mich!)

– Nein, ich bestätige Sie nicht, sondern ich möchte, dass wir jetzt ernsthaft über das Problem diskutieren. Zwei große Problembereiche standen dem entgegen. Das können Sie nicht bei der Bundesregierung abladen; denn wir waren willens, hier weiter zu gehen, haben aber keine Einstimmigkeit dafür bekommen.

Der erste große Problembereich ist das, was man mit Finanz- und Steuerpolitik beschreiben kann. Großbritannien hat von Anfang an und auch schon im Vorfeld klargemacht, dass seine Bewegungsspielräume auf diesem Gebiet minimal sind. Das ist ein Faktum, das Sie nicht bei der Bundesregierung abladen können. Ein zweites Ziel von uns war, Mehrheitsentscheidungen in der Außenhandelspolitik zu bekommen. Das wiederum wurde von anderen Partnern an die Bewegung in der Steuerfrage geknüpft. Das war die Situation.

Die Bundesregierung war im europäischen Interesse bereit, bei beiden Punkten weiter zu gehen und Bewegung

(C) hineinzubekommen und auch in anderen Bereichen noch draufzulegen. Der Bundeskanzler hat dies in verschiedenen Gesprächen angeboten. Dass wir das nicht durchsetzen konnten, können Sie jetzt als Versagen der Bundesregierung kritisieren. Aber das ist doch irreal. Man kann sich die Dinge doch nicht sozusagen schöner träumen, als sie tatsächlich sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Dr. Helmut Haussmann [F.D.P.]: Früher gab es größere Fortschritte!)

– Herr Haussmann, kommen Sie mir jetzt nicht mit „früher“.

(Dr. Helmut Haussmann [F.D.P.]: Was war denn mit Maastricht?)

Sie können natürlich sagen: Wenn eine christlich-liberale Koalition in Nizza gewesen wäre, dann hätte Gott der Herr ein Einsehen gehabt und ein Wunder gewirkt, sodass sich die steuerpolitischen Positionen anderer Mitgliedstaaten plötzlich verändert hätten.

(Peter Hintze [CDU/CSU]: Schon besser!)

– Herr Kollege Hintze, ich sehe, dass uns die christliche Herkunft verbindet. Uns Katholiken ist der Wunderglaube in der Theologie durchaus zu Eigen, aber nicht in der Politik. Glauben Sie mir! Das wissen Sie doch auch.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Der zweite Punkt, den Sie, Herr Kollege Merz, angesprochen haben, war die **Größe der Kommission.** Die

(D) Bundesregierung hat gemeinsam mit der französischen Regierung von Anfang an gesagt, wir wünschen uns eine kleinere Kommission. Aber das ist kein „leftover“. Die kleinen Länder haben sich mit ihrer Forderung durchgesetzt. Sonst hätte es in Nizza kein Ergebnis gegeben. Die F.D.P. bezieht ja diese Position: Kein Ergebnis ist besser als dieses Ergebnis. Das ist die Konsequenz der Position der F.D.P. in Bezug auf die Ablehnung. Das muss man wissen.

(Joachim Poß [SPD]: So ist es!)

Die Europäische Volkspartei wird dies ja als größte Fraktion im Europaparlament mit entscheiden.

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Insofern: Herr Kollege Merz, man begegnet sich, auch hier im Deutschen Bundestag, immer zweimal. Eine entsprechende Rede werden Sie nach der Ratifizierung noch einmal halten müssen.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Ja, Sie bestätigen alles, was ich gesagt habe!)

Ich gehe davon aus, dass die EVP und auch Sie, die CDU/CSU, der Ratifizierung als gute Europäer und getragen von der europäischen Orientierung trotz aller Kritik, die Sie äußern und die wir teilweise auch nachvollziehen können, zustimmen werden. Davon gehe ich fest aus.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

(A) Insofern möchte ich hier den konstruktiven Ansatz fortsetzen.

Wir hätten uns eine kleinere Kommission gewünscht. Aber das war mit den kleinen Mitgliedstaaten nicht machbar. Nun wird der Bundesregierung vorgehalten: Ihr müsst die kleinen Mitgliedstaaten pflegen. Das ist richtig. Der Bundeskanzler hat wirklich sehr viele Reisen gemacht.

(Dr. Helmut Haussmann [F.D.P.]: Österreich war gut!)

– Mit Österreich besteht eine schöne Initiative in Bezug auf die Grenzregionen. Herr Haussmann, wären Sie dabei gewesen, hätten Sie richtig gestört, als wir da zusammengesessen haben.

(Dr. Helmut Haussmann [F.D.P.]: Ja! Ja!)

Wenn Sie da immer wieder gesagt hätten, ihr mögt euch nicht, hätten sie bei diesem Gipfel richtig gestört.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Denn die Kooperation zwischen der österreichischen und der deutschen Delegation war hervorragend, durch keine Sprachbarriere getrübt und von vielen gemeinsamen Interessen getragen und geprägt.

(Zuruf von der F.D.P.: Das ist wochenlang in den Zeitungen berichtet worden!)

(B) Dies ist in einer gemeinsamen Initiative zum Ausdruck gekommen, an deren Verwirklichung wir gemeinsames Interesse haben.

(Dr. Theodor Waigel [CDU/CSU]: Herr Präsident, der lügt!)

– Herr Waigel, vergessen wir es.

(Hans-Peter Repnik [CDU/CSU]: Ja, bitte, sagen Sie etwas!)

– Nein.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Machen Sie keine Show, sondern reden Sie mal richtig!)

– Ich mache doch keine Show, sondern ich versuche, auf Ihre Argumente einzugehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Friedrich Merz [CDU/ CSU]: Sie bestätigen mich in jedem Argument! Der Rest ist Show!)

– Herr Merz, immer, wenn Ihnen nichts mehr einfällt und wenn Ihnen in einer lebendigen parlamentarischen Kontroverse die Sachargumente ausgehen, dann sprechen Sie von Show.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Rezzo Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil er bei seiner Rede eingeschlafen ist! – Friedrich Merz [CDU/CSU]: Nein!)

(C) **Präsident Wolfgang Thierse:** Herr Minister, gestatten Sie eine kleine Zwischenbemerkung.

Zwischenrufe sind erlaubt. Aber, Herr Waigel, zu rufen: „Herr Präsident, der lügt!“, ist jenseits der zwischen uns vereinbarten Regeln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Joseph Fischer, Bundesminister des Auswärtigen: Herr Präsident, ich habe diesen Zwischenruf in diesem Fall nicht als aggressiv und ernst gemeint empfunden. Insofern halte ich selbst ihn für nicht rügenswert. Aber das ist meine ganz persönliche Meinung.

(Heiterkeit bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Mehr habe ich dazu nicht zu sagen.

Herr Merz, in den europäischen Fragen geht es mir – das wissen Sie – wirklich nicht um Show. Sie mögen das, was wir erreicht haben, kritisieren. Aber werfen Sie mir in diesen Punkten nicht Show vor, nur weil ich nicht dieselbe langweilige Rhetorik wie andere habe, die hier vorgetragen haben. Hören Sie doch auf!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Hans-Peter Repnik [CDU/CSU]: Kritisieren Sie etwa den Bundeskanzler?)

(D) – Nein, ich meine Ihren Oppositionsführer. Ich habe viele Jahre Regierungserklärungen von dem in europäischen Fragen von mir sehr geschätzten Dr. Helmut Kohl als Bundeskanzler morgens um 9 Uhr miterlebt. Daher weiß ich, wie lebendig diese Regierungserklärung heute Morgen war. Mein Gedächtnis funktioniert sehr gut.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Rezzo Schlauch [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zweieinhalb Stunden meinen Sie?)

Zur Sache: Der entscheidende Punkt ist doch, dass die kleinen Mitgliedstaaten je einen Sitz wollten. Daher war eine kleinere Kommission nicht durchsetzbar. Auch hier handelt es sich also nicht um ein „leftover“.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Das ist doch kein Widerspruch zu dem, was ich gesagt habe!)

– Aber Sie haben gesagt, dies sei ein „leftover“.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Das Problem ist ungelöst!)

– Nein, das Problem ist nicht ungelöst. Wir werden eine Kommission in der Größenordnung der Mitgliedstaaten haben, das heißt mit maximal 27 Mitgliedern. Dies läuft zwar auf eine größere innere Differenzierung hinaus, aber es ist – im Gegensatz zu Amsterdam – kein „leftover“, wie Sie es behauptet haben. Das ist für mich der entscheidende Punkt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Bundesminister Joseph Fischer

Der dritte Punkt betrifft das **Abstimmungsverfahren.** Ich kann Ihnen sagen: Die Bundesregierung hätte sich das Verfahren der doppelten Mehrheit gewünscht. Das war unsere Position,

(Dr. Helmut Haussmann [F.D.P.]: Hätte, hat aber nicht!)

und zwar deswegen, weil die Prinzipien der Staatenmehrheit – das Prinzip des Staatenverbundes – und der Bevölkerungsmehrheit – das demokratische Prinzip des Bürgereuropas in der Europäischen Union – die Mehrheitsregeln eines sich integrierenden bzw. eines, wie ich hoffe, eines Tages die politische Einheit erreichenden Europas bestimmen. Die Position der Bundesregierung war, die beiden Grundprinzipien – Staatengleichheit und Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger – zur Geltung zu bringen.

(Friedrich Merz [CDU/CSU]: Sie beschreiben doch nur, was ich gesagt habe!)

Das setzt angesichts der Größendifferenzen eine gewisse Gewichtung voraus. Das konnten wir nicht durchsetzen.

(Dr. Helmut Haussmann [F.D.P.]: Auch nicht!)

Auf der anderen Seite wird gesagt – wir teilen diese Auffassung –, dass das deutsch-französische Verhältnis für die Bundesregierung und für die Koalition – dasselbe gilt für die Vorgängerregierungen – unverzichtbar ist.

(Walter Hirche [F.D.P.]: Dann darf man das nicht vor Nizza durch öffentliche Erklärungen belasten!)

Es ist das Schwungrad der europäischen Einigung.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der F.D.P.)

Insofern müssen wir für Positionen unseres Partners Verständnis haben, selbst wenn sie nicht die unsrigen sind, und wir müssen einen gemeinsamen Weg finden.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir hielten den Vorschlag der französischen Präsidentschaft für das Abstimmungsverfahren – es beinhaltet ein entsprechendes Sicherheitsnetz – für einen Kompromiss, der unter dem Gesichtspunkt der Funktionalität, aber auch des Staatenprinzips und des Demokratieprinzips nicht nur vertretbar ist, sondern auch unsere Billigung gefunden hat. Dieses Abstimmungsverfahren ist kein „leftover“. Die Voraussetzungen, um die Erweiterung jetzt beginnen zu können, sind damit geschaffen worden.

Allein die Reaktion in den Kandidatenstaaten macht doch klar, wie viel Hoffnung damit verbunden wird. Deswegen werbe ich emphatisch für die Ratifizierung. Als überzeugter Integrationist, als überzeugter Europäer weiß ich selbst, dass viele Hoffnungen in Nizza nicht in Erfüllung gegangen sind. Gleichzeitig hat Nizza aber eine entscheidende Voraussetzung für den Erweiterungsprozess geschaffen, den wir jetzt zügig vorantreiben müssen. Es ist zu lange gewartet worden. Gerade die F.D.P. hat immer wieder zu Recht darauf hingewiesen, dass endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden müssen, das heißt, dass Erweiterung stattfindet.

(Dr. Helmut Haussmann [F.D.P.]: Aber mit Köpfen!)

– Herr Haussmann, wir werden keine Erweiterung bekommen, wenn dieser Vertrag abgelehnt wird. Das ist doch die Konsequenz.

Ich komme auf die Chancen des **Post-Nizza-Prozesses** zu sprechen, was die Vertiefung betrifft. Herr Merz, Sie haben dem Bundeskanzler offensichtlich nicht zugehört. In der Rede des Bundeskanzlers steckte eine programmatische Orientierung im Hinblick auf die nächsten Schritte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Peter Hintze [CDU/CSU]: Sehr verborgen!)

– Nicht „sehr verborgen“! – Ich sage Ihnen: Gerade perspektivisch gesehen sind die weiteren Schritte hin zur politischen Integration von entscheidender Bedeutung. Das gilt zum Beispiel für die Frage der Kompetenzabgrenzung. Darüber Einigkeit zu erzielen wird im Post-Nizza-Prozess ein verdammt schweres Unterfangen werden. Kompetenzabgrenzung lässt sich leicht fordern, aber die Umsetzung ist – man denke an die unterschiedlichen nationalen Traditionen und Interessen – alles andere als einfach. Gerade die großen Fraktionen im Europaparlament werden merken, wie schwierig es in der Praxis sein wird, dieses Thema durchzudeklinieren.

Als letzten Punkt möchte ich das **deutsch-französische Verhältnis** ansprechen. Ich habe vorhin schon gesagt – der Bundeskanzler hat es nachdrücklich unterstrichen –: Ich finde es unfair, was alles in den Medien und von Teilen unserer Öffentlichkeit bei der französischen Präsidentschaft abgeladen wurde. Es gab einen Widerstreit der nationalen Interessen.

Manches in Nizza erinnerte gerade uns Deutsche an den Versuch der alten Westbundesländer, sich im Prozess der Erweiterung – es ging damals um den Länderfinanzausgleich – zu arrondieren. Mir kam das alles, was in Nizza geschah, sehr bekannt vor, weil ich damals selbst Mitglied einer Landesregierung war. Die alte Union hat versucht, sich gewissermaßen ihrer selbst vor der großen historischen Aufgabe der Erweiterung zu vergewissern. Als die alten Westbundesländer versuchten, ihre Interessen zu arrondieren, hat das den Einigungsprozess nicht aufgehalten. Es war ein Schritt, der vollzogen wurde. Diesem Schritt folgten weitere. Wie wir gesehen haben, war dieser Prozess – bei allem, was es zu kritisieren gibt – sehr erfolgreich.

Das alles bei der französischen Präsidentschaft abzuladen finde ich unfair. Die französische Präsidentschaft hatte eine extrem schwierige Aufgabe in einem extrem schwierigen Umfeld zu erfüllen. Das muss man wissen.

Wenn uns an einem guten deutsch-französischen Verhältnis liegt, müssen wir auch und gerade in einer solchen schwierigen Situation zu unseren französischen Freunden und Partnern stehen. Die Bundesregierung tut dies. Für uns ist das deutsch-französische Verhältnis ein unver-

Bundesminister Joseph Fischer

(A) zichtbares Fundament des europäischen Einigungsprozesses, an dem wir weiterarbeiten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich erteile dem Kollegen Roland Claus, PDS-Fraktion, das Wort.

Roland Claus (PDS): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erinnern wir uns an die letzte Regierungserklärung des Bundeskanzlers vor dem Gipfel in Nizza: Er hat hier vor dem Deutschen Bundestag sehr behutsam und bedächtig seine Erwartungen formuliert. Das brachte ihm dann den Vorwurf ein, er agiere leidenschaftslos, und zwar ausgerechnet vom Erfinder der deutschen Leidenschaftskultur, Friedrich Merz. Aber ich glaube, dem Kanzler war schon damals klar, dass man die Erwartungen nicht zu hoch stecken darf. Er hat wohl geahnt, dass es nicht so toll wird. Auch wir meinen, dass die Osterweiterung der Europäischen Union, zu der wir ausdrücklich stehen, kein Thema für kurzschlüssige Antworten auf schwierige Fragen ist.

(Beifall bei der PDS)

Mit dem Gipfel war wohl nur Edmund Stoiber so richtig zufrieden. Ich frage mich jetzt, wie das mit der von der Union vorgetragenen Kritik zusammenpasst. Ich sehe natürlich auch schon den langen Anlauf des Kollegen Friedrich Merz zu der Rolle rückwärts, die er dann antreten wird, wenn es um die Ratifizierung geht.

(B) Wir wollen eine andere Frage stellen, meine Damen und Herren. Versetzen Sie sich einmal in die Lage eines europafreundlichen Fernsehzuschauers, der versucht hat, den Nizza-Prozess in den Medien zu verfolgen. Für ihn war dieser Vorgang quälend: nicht so sehr, weil es sich hier um schwierige und andauernde Prozesse handelt, sondern weil er seine Probleme in dem nicht wiederfand, was seine Regierung dort verhandelte.

(Beifall bei der PDS)

Dass dies das Problem von Nizza war, haben auch viele Kommentatoren gesagt.

Nun wird dem geneigten Fernsehzuschauer, der vielleicht auch heute die Rede des Kanzlers gehört hat, gesagt, es werde eigentlich alles gut, wenn er die Regierung nur weiter gewähren lasse. Dass dieser Mensch in Konflikte kommt, werden Sie doch wohl eingestehen; ich finde, Sie haben es auch schon eingestanden. Das Problem ist also, dass sowohl die großen Erwartungen als auch die Sorgen von Bürgerinnen und Bürgern im Zusammenhang mit einer erweiterten Union hier zu wenig vorkamen. Auf die Ängste wird zu wenig eingegangen und die Hoffnungen werden zu wenig aufgegriffen.

(Beifall bei der PDS)

Nizza war insofern für sehr viele Bürgerinnen und Bürger ein Technokratenakt. Die Lust auf Europa hat das nicht gestärkt.

Die PDS tritt nachdrücklich für die Osterweiterung der Europäischen Union ein. Wir sagen allerdings: Wer die Osterweiterung will, muss den **Nizza-Vertrag ablehnen** (C) und ihn nachbessern. Das Ja der PDS zur Grundrechte-Charta ist ein Beleg dafür, dass wir keine europafeindlichen Gesellen sind. Wie Sie wissen, ist für die Linken jedes Ja über die eigenen Positionen hinaus ein großer Schritt, und wir bekennen uns zu diesem Ja. Ich räume auch ein, dass wir es gegenüber unseren osteuropäischen Freunden mit der Ablehnung des Nizza-Vertrages schwer haben. Aber wir meinen, es ist besser, eine schwierige Situation einzugestehen und anzunehmen, als falsche Hoffnungen zu wecken.

(Beifall bei der PDS)

Es gibt bekanntlich auch bei der deutschen Vereinigung nicht nur Schokoladenseiten.

Für die PDS ist die verabschiedete Sozialagenda nicht akzeptabel. Faktisch ist in Verbindung mit den ungelösten Problemen der Stimmengewichtung ein ständiges Vetorecht im Sinne von Sozialdumping festgeschrieben. Ebenso sind wir gegen den Einstieg in eine Militärmacht mit europäischen Eingreiftruppen. Bei den Problemen der Stimmengewichtung im Ministerrat wurde in Nizza mit der Entscheidung für die dreifache Mehrheit die Flucht ins Undurchschaubare angetreten. Wenn Ihnen bei der Stimmenauszählung einmal ein Computer abstürzt, dann gute Nacht!

Ich möchte noch auf einen besonders bemerkenswerten Aspekt der Regierungserklärung eingehen. Die **Beziehungen zu Polen** und Frankreich bildeten den Rahmen der Rede des Bundeskanzlers. Wenn damit die Selbstkritik verbunden ist, für das deutsch-französische Verhältnis mehr zu tun, um es auf den erforderlichen Kooperationsstand zu bringen, geht das in Ordnung. (D) Ich habe aber in diesem Zusammenhang auch eine Hoffnung: Die historische Aussöhnung mit Frankreich war für die Aussöhnung mit dem Westen entscheidend. Ebenso historisch entscheidend sollte und könnte die Aussöhnung mit Polen sein; sie könnte das Signal für eine neue Dimension der Verbindung mit dem Osten werden.

(Beifall bei der PDS)

Sie knüpfen dabei zu Recht an Willy Brandt an. Polen kann dann eine Brücke zwischen dem Westen und dem Osten im vereinten Europa werden. Diese Vision kann Wirklichkeit werden, wenn Polen nicht ein Katzentisch in der Festung Westeuropa eingeräumt wird, sondern ihm Chancen, zur Brücke in einem neuen Europa zu werden, eröffnet werden.

(Beifall bei der PDS)

Im Übrigen: Die Tschechen, die Slowaken, die Ungarn und die Ukrainer werden das nicht übel nehmen, sondern sehr wohl verstehen.

Herr Bundeskanzler, Sie haben Ihre Hoffnungen für ein geeintes Europa vorgestellt und die Schwierigkeiten nicht ausgeblendet. Sie sagen Ja zum Vertrag von Nizza, wir nicht. Die Osterweiterung der EU wird die sozialistische Opposition im Bundestag jedoch weiterhin konstruktiv unterstützen. Kritik kann bekanntlich auch sehr hilfreich sein.

(Beifall bei der PDS)

(A)

Präsident Wolfgang Thierse: Zu einer Kurzintervention erteile ich der Kollegin Leutheusser-Schnarrenberger das Wort.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich doch noch einmal zu dem äußern, Herr Außenminister, was Sie zur Bewertung der bisherigen Position der F.D.P. gesagt haben.

Die F.D.P.-Fraktion hat aufgrund ihrer historischen Verdienste und ihrer inneren Überzeugung ein großes Interesse daran, dass der Osterweiterungsprozess gelingt, ohne dass sich die Europäische Union in ihrer inneren Verfasstheit in eine Rückwärtsbewegung begibt. Wir wollen, dass sich die europäische Integration an dem Ziel orientiert, dass wir auch einmal eine europäische Verfassung bekommen, wie auch immer sie dann intern ausgebildet sein mag. Davon war unser Einsatz für die Grundrechte-Charta gekennzeichnet, die im Moment in der Schublade liegt, aber 2004 vielleicht Gegenstand des Vertrages werden soll.

Uns treibt im Moment die Sorge um, Herr Außenminister, ob wir mit dem, was jetzt als Ergebnis von Nizza vorliegt, eine einigermaßen sichere Grundlage für den Erweiterungsprozess schaffen können. Dass es in einigen Punkten Ergebnisse gegeben hat, ist klar; sonst hätte man sich nicht so lange auf diesen Prozess vorbereitet und auch nicht mehrere Tage lang nach einer Lösung suchen müssen.

(B)

Es ist wohl auch unstreitig, dass es nach wie vor erhebliche Defizite gibt. Wir als Parlament, auch als F.D.P.-Fraktion, müssen uns fragen, was wir in der Phase nach Nizza tun können, um nachzubessern und die Risiken eines möglichen Rückschlages gering zu halten bzw. auszuschließen. Das ist unser Anliegen. Das ist unsere Position.

Ich wollte das noch einmal deutlich machen, weil wir nicht in die Ecke derjenigen gehören, die sagen: Gott sei Dank haben wir jetzt einen Vorwand dafür, uns aus dem europäischen Integrationsprozess auszuklinken.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Wolfgang Thierse: Herr Minister, Sie haben die Gelegenheit zur Reaktion.

Joseph Fischer, Bundesminister des Auswärtigen: Frau Kollegin Leutheusser-Schnarrenberger, ich möchte mich für Ihre Erläuterung, was die Haltung der F.D.P.-Fraktion betrifft, ausdrücklich bedanken.

Was die Sache, das Ziel, das Sie erläutert haben, angeht, so sehe ich null Unterschied zu dem, was die Bundesregierung und – so nehme ich an – große Teile aller Fraktionen hier vertreten, nämlich dass der Erweiterungsprozess nicht zu einem Rückschritt bei der Integration führen darf. Da stimme ich Ihnen ohne jede Einschränkung zu. Dies wäre eine fatale, rückwärts laufende und meines Erachtens den Erweiterungsprozess beschädigende Konsequenz.

(C)

Insofern war die Herstellung des Zusammenhangs von Vertiefung und Erweiterung, wie ihn auch Mitglieder der früheren Bundesregierungen immer wieder formuliert haben, kein rhetorischer Trick, um sich scheinbar ausschließende Ziele unter einen Hut zu bringen, sondern in der Sache gerechtfertigt. Davon bin ich überzeugt.

Es gibt in der Europäischen Union der 15 unterschiedliche Sichtweisen zu den Ergebnissen von Nizza. Ich habe neulich mit einem französischen Kollegen in Paris eine sehr vertiefende und sehr gute Diskussion geführt. Und ich sage Ihnen – die Bundesregierung sieht es als ihre ihre Aufgabe an, dem Parlament diese Botschaft zu vermitteln –: Wir müssen Acht geben, nicht nur unsere Sicht zu sehen. Die französische Regierung, aber auch die französische Öffentlichkeit nehmen teilweise eine unterschiedliche Bewertung vor. Wir dürfen jetzt durch die Bewertung von Nizza nicht ein zusätzliches deutsch-französisches Problem heraufbeschwören, denn sonst erhalten wir mit Sicherheit das negative Ergebnis, vor dem wir uns gemeinsam fürchten. Das ist es, worum es mir geht.

Wenn ich hier als Abgeordneter säße – Kollege Haussmann hat es ja gesagt –, würde ich doch nicht erwarten, dass die Ergebnisse nicht kritisiert werden. Im Gegenteil: Es ist die Pflicht der Abgeordneten zu kritisieren; das hilft uns auch. Aber unsere gemeinsame Perspektive muss die Ratifikation sein. Wenn wir jetzt in Paris sagen müssten: „Unser Parlament hat gesagt, es ist mit den Ergebnissen unzufrieden“, würde das zu einem schweren Konflikt mit Frankreich führen. Wir können 2002 nicht sagen: Wir wollen eine neue Regierungskonferenz. Ich hielte das auch in der Sache nicht für richtig.

(D)

Allein dieses Argument müsste Sie doch sehr nachdenklich machen, gerade auch vor dem Hintergrund der großartigen europapolitischen Tradition Ihrer Partei und der Außenminister, die Sie gestellt haben, und die Sie zu Recht unterstreichen. Insofern appeliere ich nochmals an die Freien Demokraten zuzustimmen.

Ich weiß, bei Amsterdam hatten wir die gleiche Situation. Hätte das Ergebnis von unserer Stimme abgehangen, hätte ich selbstverständlich trotz meiner Bedenken zugestimmt, weil ich ein Scheitern eines Europavertrages im Deutschen Bundestag mit meiner Stimme niemals zugelassen hätte, auch nicht in der Opposition. Ich weiß also um die Verführung, abzulehnen. Aber Sie sollten gerade aufgrund der ganz anderen, längeren Tradition Ihrer Partei und Fraktion, aufgrund der großartigen europapolitischen Tradition der Außenminister, die Sie, angefangen von Walter Scheel, gestellt haben, ernsthaft darüber nachdenken, ob Sie nicht gerade aus diesem Grund besondere Verpflichtung haben. Deswegen werbe ich für die Zustimmung zur Ratifizierung auch und gerade der liberalen Partei.

Präsident Wolfgang Thierse: Ich erteile das Wort dem Kollegen Peter Hintze, CDU/CSU-Fraktion.

Peter Hintze (CDU/CSU) (von Abgeordneten der CDU/CSU mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben eben alle

Peter Hintze

(A) mitverfolgt, wie positiv der Herr Bundesaußenminister die Ergebnisse des Gipfels von Nizza bewertet hat. Jeder im Saal kann sich bestimmt ganz gut ausmalen, wie ein Oppositionsredner Joseph Fischer an diesem Tag und an dieser Stelle über die Ergebnisse von Nizza gesprochen hätte, wenn eine CDU/CSU-geführte Regierung mit einem derart dürftigen Ergebnis vor das Plenum dieses Hauses getreten wäre, liebe Freunde.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P. – Detlev von Larcher [SPD]: Ich kann mir auch vorstellen, was Sie gesagt hätten!)

Die Frage ist: Hat unsere Regierung bei dieser Regierungskonferenz versagt?

(Gernot Erler [SPD]: Nein!)

– Kollege Erler ruft markig in den Raum: Nein!

(Detlev von Larcher [SPD]: So meint er es auch!)

Das historische Versäumnis von Nizza ist, dass hinter den Beschlüssen keine Vision erkennbar ist. Wenn Monnet, Schuman, Adenauer, de Gasperi und andere so gehandelt hätten, dann hätte es nie europäische Gemeinschaften gegeben und dann hätten wir immer noch keine Europäische Union. – Dieses vernichtende Urteil über die handelnden sozialdemokratischen Regierungschefs in Europa hat Ihnen Ihr Parteifreund und Abgeordneter, der frühere Präsident des Europäischen Parlaments, Hänsch, bei seiner Rede im Europäischen Parlament ins Stammbuch geschrieben. Die Aussage lau-(B)tet: Die Regierungschefs heute haben vor der historischen Aufgabe versagt.

(Beifall bei der CDU/CSU– Detlev von Larcher [SPD]: Jetzt erzählen Sie Ihre Vision! Die will ich jetzt hören!)

– Das will ich gerne tun.

Nizza hatte vier kardinale Konstruktionsfehler, die rasch überwunden werden müssen, damit die Osterweiterung gelingt.

Erster Konstruktionsfehler: Die **Unübersichtlichkeit der Verträge** nimmt zu. Um einen wichtigen Beitrag zur Handlungsfähigkeit leisten zu können, sollten die Verträge einfacher und transparenter werden. Herausgekommen ist aber wachsende Undurchsichtigkeit. Man schaue sich nur die Vorschriften über die verstärkte Zusammenarbeit oder den Außenhandel an. Wo Vereinfachung Not getan hätte, ist es komplizierter geworden. Das ist so, als wollten die europäischen Rechtsetzer die hawkingsche Theorie von der fortschreitenden Unordnung durch ihre Texte belegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Europa wird erst dann wieder Zustimmung finden, wenn das politische Geschehen in Brüssel und Straßburg transparenter wird. Um dieses zu erreichen, fehlte in Nizza die Kraft.

Ich möchte noch einen anderen Gedanken anführen: Es haben nicht nur die Regierungschefs in Nizza versagt, sondern schon im Vorfeld hat man versagt. Diese Regie-(C)rungskonferenz wurde miserabel vorbereitet und konnte in der Tat in Nizza selbst nicht mehr repariert werden. Wenn man dieses erreicht hätte, wäre das Wunder eingetreten, das der Bundesaußenminister erwähnt hat. Das war nicht zu erwarten. Die **Methode der Regierungskonferenz** hat sich erschöpft. Wir müssen sie durch eine kreativere Methode ersetzen. Die nationalen Regierungschefs – heute hier Bundeskanzler Schröder – feiern ihre kleinen Pyrrhussiege, während Europa durch das geschwächt wird, was sie meinen erstritten zu haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Lachen des Abg. Gernot Erler [SPD])

Diesen Zusammenhang haben auch die Kollegen von der F.D.P. angesprochen. Die Osterweiterung ist eine große historische und moralische Aufgabe. Sie muss aber auch praktisch geschultert und mit kreativem Geist gefüllt werden. Diese Aufgabe müssen wir jetzt dringend, und zwar schneller als geplant, angehen. Wir brauchen den Verfassungsvertrag, wir brauchen eine Erarbeitungsform wie bei der Grundrechte-Charta und wir brauchen klare, visionäre und kräftige Entscheidungen.

(Gernot Erler [SPD]: Wir brauchen Sie, Herr Hintze!)

Ein zweiter Konstruktionsfehler von Nizza ist: Die parlamentarische Demokratie und die Gewaltenteilung sind nur auf niedrigem Niveau verwirklicht. Warum sind denn die Bürger über das frustriert, was in Europa passiert? Sie sind frustriert, weil sie keine **Einflussmöglichkeiten** sehen. Wenn ihnen die Regierung in einem Land nicht passt, (D) können sie sie abwählen. Wir haben das schmerzlich erlebt. Auch Sie werden es vielleicht schmerzlich erleben. Das finden die Bürger aber gut.

In Europa können sie wählen, was sie wollen, es scheint nichts zu passieren. Das müssen wir ändern. Wir müssen dem Europäischen Parlament das Recht geben, den Präsidenten der Kommission zu wählen, und die Bürger müssen das Recht haben, die Kommission auf diesem Wege wieder abzuwählen, wenn ihnen das Geschehen in Brüssel nicht passt. Deswegen muss die Konstruktion verändert werden. Zu Zeiten der 68er hieß es: „Alle Macht den Räten!“, heute heißt es: „Alle Macht dem Rat!“ Der Rat ist ein Geheimparlament, das hinter verschlossenen Türen tagt. Das muss geändert werden. Er muss zu einer zweiten Kammer werden und öffentlich tagen. Die Leute müssen verfolgen können, was geschieht. Seit dem Orakel von Delphi gab es in Europa keine so undurchsichtige Entscheidungsinstanz wie den Ministerrat der Europäischen Union. Das wollen wir ändern.

(Beifall bei der CDU/CSU – Detlev von Larcher [SPD]: Herr Hintze, warum haben Sie diese Rede nicht vor vier Jahren gehalten?)

Dritter Konstruktionsfehler: Die **Entscheidungsverfahren** werden immer komplizierter. Die Staats- und Regierungschefs haben etwas Tolles geschafft. Sie haben gesagt: Wenn mehr dazukommen, müssen wir es noch komplizierter machen. Das Quorum für Mehrheitsentscheidungen steigt von 71 auf über 74 Prozent. Damit werden im Grunde die minimalen Fortschritte, die man

Peter Hintze

(A) bei dem Übergang von dem Prinzip der Einstimmigkeit zum Prinzip der qualifizierten Mehrheit erreicht hat, ad absurdum geführt. Die Echternacher Springprozession ist gegenüber Europa eine fortschrittliche Veranstaltung. Da hieß es: zwei Schritte vor, ein Schritt zurück. In Nizza lautete das Motto: ein Schritt vor, zwei Schritte zurück. – Das ist der Grund, warum wir das Ergebnis von Nizza kritisieren.

(Beifall bei der CDU/CSU – Gernot Erler [SPD]: Jetzt zitieren Sie schon Lenin!)

Es gehört übrigens zu den Rätseln der schröderschen Regierungskunst, warum der Kanzler die Frage der Stimmgewichtung Deutschlands vor der Konferenz in Nizza im Deutschen Bundestag zu der entscheidenden Frage erklärt hat, um dann am Ende in Nizza kläglich einzuknicken. Jetzt muss er den Bürgern erklären, wieso die Stimmgewichtung zwischen anderen Ländern fein austariert wird, während die Größe Deutschlands gegenüber kleineren aber keine Rolle spielt, und wie der Sand aus dem deutsch-französischen Getriebe wieder herauszubekommen ist.

Es ist schon interessant, dass um die Stimmgewichtung im Ministerrat mit Zähnen und Klauen gekämpft wurde, während die Sitze im Europäischen Parlament mit leichter Hand verteilt wurden, mit so leichter Hand übrigens, dass Belgien und Portugal im Europäischen Parlament mehr Sitze als Tschechien und Ungarn bekommen, obwohl beide größer sind als Belgien und Portugal. Das ist kein fairer Umgang mit Kandidatenstaaten aus Mittel- und Osteuropa. Diese haben sich nicht für die Demokratie entschieden, um von Westeuropa dann schlecht behan- (B) delt zu werden, liebe Freunde. Das ist Politik nach Gutsherrenart!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P. – Zuruf von der SPD: Die sind aber ganz zufrieden!)

Der vierte Konstruktionsfehler: Es fehlt die große Linie. Es ist vieles im Einzelnen vereinbart worden, es ist auch manches Ordentliche vereinbart worden. Ich nenne den Post-Nizza-Prozess und die verstärkte Zusammenarbeit. Leider bleibt das alles Stückwerk, weil ein leitendes Prinzip, eine leitende Idee oder eine leitende Vision fehlt.

Was kann der Deutsche Bundestag tun? Was kann die deutsche Regierung tun? Wir können darauf drängen, dass die schlechten Entscheidungen von Nizza schnell nachgebessert werden. Die Ungerechtigkeit gegenüber Ungarn und Tschechien muss noch vor der Unterschrift korrigiert werden. Ich führe sie darauf zurück, dass dies zu später Stunde, mitten in der Nacht, festgelegt worden ist. Herr Bundeskanzler, ich möchte Sie dennoch fragen, wie es dazu kommen konnte. Der Bundesaußenminister zeigte sich im Ausschuss überrascht, so, als habe er noch gar nicht gesehen, dass Belgien und Portugal Tschechien und Ungarn vorgezogen werden, dass sie mehr Sitze im Europäischen Parlament bekommen, obwohl sie weniger Einwohner haben.

Wir sollten als Deutscher Bundestag mit der Ratifizierung warten, bis im Europäische Parlament abschließend darüber gesprochen worden ist. Wir sind es den Parlamentskollegen in Europa schuldig, dass wir auch auf ihr (C) Votum hören. Die Staats- und Regierungschefs haben sie schlecht genug behandelt. Wir sollten unsere Kollegen besser behandeln.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Gernot Erler [SPD]: Ein europäischer Geisterfahrer! – Detlev von Larcher [SPD]: Herr Hintze, wo war die Vision?)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich erteile das Wort dem Kollegen Günter Gloser, SPD-Fraktion

Günter Gloser (SPD): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Bundestagsfraktion ist für die Erweiterung der Europäischen Union. Sie ist für die endgültige Überwindung der Spaltung Europas. Deshalb wird sie dem Vertrag von Nizza zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Hintze, natürlich sind auch wir für vereinfachte Verträge. Aber wir sind gegen Vereinfachungen in der Politik, so wie sie Ihr Fraktionsvorsitzender in seinen heutigen Ausführungen vorgetragen hat und so wie Sie und der Kollege Haussmann sie heute ebenfalls vorgetragen haben. Man sollte dies vermeiden, vor allem, wenn man diesen Prozess über Monate hinweg in dem entsprechenden Fachausschuss begleitet hat. Deshalb möchte ich noch auf ein paar Punkte eingehen.

(D) Der Bundeskanzler hat zu Recht gesagt, diese Bundesregierung sei mit einem sehr ehrgeizigen Programm in die Verhandlungen gegangen. Damit es – auch für die Öffentlichkeit – deutlich wird: Wir in diesem Parlament haben bis auf wenige Ausnahmen diesem ambitionierten Programm zugestimmt. Eine gemeinsame Initiative dieses Parlamentes hat es nicht gegeben, aber in den entsprechenden Debatten im Deutschen Bundestag und in den Ausschüssen gab es große Übereinstimmung. Das, was jetzt – auch in der heutigen Debatte – gesagt wird, spiegelt den Prozess nicht wider. Genau so, wie heute der Bundeskanzler und der Bundesaußenminister den Nizza-Gipfel bewertet haben, nämlich ehrlich und kritisch, ist auch die Diskussion abgelaufen. Wir haben – das muss man einmal festhalten – die Signale, die von Nizza gerade im Hinblick auf die osteuropäischen Länder ausgegangen sind, erkannt.

Ich war zum Zeitpunkt dieses Gipfels in Warschau. Mir ist dort noch einmal ganz deutlich geworden, welchen Stellenwert die Bundesregierung in den Verhandlungen gehabt hat und dass sich die Bundesregierung für die Interessen aller Beitrittskandidaten eingesetzt und sich nicht – wie kürzlich die CSU auf ihrer Tagung – zu bestimmten Äußerungen verstiegen hat. Sie hat beispielsweise nicht über einen isolierten Beitritt Ungarns spekuliert. Nein, die Bundesregierung war Fürsprecher aller osteuropäischen Beitrittskandidaten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich müssen wir auch über bestimmte Defizite diskutieren, die

Günter Gloser

(A) aus der Regierungskonferenz von Nizza resultieren. Dies ist ebenfalls ein wichtiger Punkt, der eine breitere Öffentlichkeit finden müsste. Ich glaube allerdings, dass wir alle in diesem Parlament in den nächsten Wochen und Monaten auch die Möglichkeit haben werden, im Hinblick auf die Regierungskonferenz 2004 über diese Bereiche zu debattieren.

In diesem Zusammenhang möchte ich nur zwei Punkte deutlich herausstellen und ich freue mich, dass der Bundeskanzler diese in seiner heutigen Regierungserklärung ebenfalls deutlich gemacht hat. So hat er gesagt, dass er die Kandidatenländer an der Diskussion über die **Zukunftsfähigkeit der Europäischen Union** beteiligen will, obwohl noch kein Beitritt stattgefunden hat. Ich finde, dies ist ein gutes, dies ist ein deutliches Zeichen an die Beitrittsländer.

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne einen weiteren Punkt, der in allen Fraktionen diskutiert worden ist, und schließe mich denjenigen an, die den Ablauf solcher Regierungskonferenzen kritisieren. Ich mache es mir aber nicht so einfach, wie Sie, Herr Haussmann, es sich teilweise gemacht haben, nach dem Motto: Die Konferenz war nicht gut vorbereitet; da ist nicht richtig verhandelt worden.

(Dr. Helmut Haussmann [F.D.P.]: Das sieht man am Ergebnis!)

Was Kollegin Leutheusser-Schnarrenberger vorhin in Bezug auf die Grundrechte-Charta gesagt hat, sollte uns

(B) veranlassen, ernsthaft darüber nachzudenken, wie der Konvent ein Modell sein könnte, eine größere Beteiligung der Parlamente an einem solchen Prozess sicherzustellen. Ich sage aber auch ganz bewusst: Man sollte sich nicht der Illusion hingeben, zu glauben, die Möglichkeiten, die dieser Konvent bei der Erarbeitung der **Grundrechte-Charta** gut genutzt hat, seien eins zu eins auf die Erarbeitung eines Verfassungsvertrages zu übertragen. In diesem Bereich wird es ganz bewusst verengte Diskussionen in vielen nationalen Parlamenten geben. Trotzdem sollten wir Mut zum Risiko haben und versuchen, bei der Vorbereitung der Regierungskonferenz die Arbeit dieses Konvents zum Vorbild zu nehmen.

Aufgrund der Diskussionen muss ich noch folgenden Punkt erwähnen: Es wird immer davon gesprochen, dass die Bürgerinnen und Bürger wenig **Akzeptanz** für dieses Europa und für die Europäische Union zeigen. Wir müssen uns in der Tat überlegen, wer in dieser Europäischen Union was machen soll. Wir müssen die Frage beantworten: Welche Aufgaben sind auf der nationalen Ebene und welche Aufgaben sind von den Ländern, von den Regionen und den Kommunen zu leisten?

Andererseits ist es sicherlich wichtig, auch zu klären, welche Aufgaben die Institutionen untereinander haben. Wir sollten nicht immer wieder davon sprechen, dass wir die Bürgerinnen und Bürger bei diesem Prozess mitnehmen müssen. Wir sollten einfach einmal organisieren, dass sie an diesem Prozess beteiligt werden können. Dazu gibt es verschiedene Möglichkeiten.

(C) Lassen Sie mich noch folgenden sehr wichtigen Punkt anführen – der Bundeskanzler hat ihn schon ausgeführt – die **EU-Erweiterung.** Ich möchte diesen Punkt aber mehr unter dem Aspekt der Innenpolitik behandeln. Es war ein deutliches Signal, das auf der Konferenz in Brighton gegeben wurde, was die Freizügigkeit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betrifft. Aber es gibt noch viele andere Bereiche. Wir müssen den Erweiterungsprozess auch innenpolitisch flankieren. Wir wissen um die Chancen und wir wissen bereits heute um die Erfolge dieses Prozesses. Wir wissen auch, inwieweit Deutschland Vorteile aus diesem Prozess ziehen kann. Wir wissen allerdings auch um die Risiken. Ich appelliere hier insbesondere an einen Teil der Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Fraktion: Nutzen Sie die Risiken und die Ängste, die mit bestimmten Prozessen verbunden sind, nicht für Wahlkampfzwecke aus! Ergreifen Sie vielmehr gemeinsam mit uns Initiativen, um diese Risiken politisch beherrschbar sind zu machen!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Helmut Haussmann [F.D.P.]: Die Gewerkschaften sollten sich einmal an der Diskussion über die Erweiterung beteiligen!)

Wenn wir diesen Prozess gestalten und eine Öffentlichkeit herstellen wollen, dann genügt es nicht, wenn wir im Deutschen Bundestag oder in den entsprechenden Länderparlamenten diskutieren und Hearings durchführen. Gerade Nizza hat gezeigt, dass wir manchmal nicht genau Bescheid darüber wissen, welche Prozesse in den anderen Ländern stattfinden. Es gibt beispielsweise in

(D) Großbritannien und in den skandinavischen Ländern andere Vorstellungen über eine europäische Verfassung.

(Dr. Helmut Haussmann [F.D.P.]: Richtig!)

Es gibt in einzelnen Ländern andere Vorstellungen darüber, wie zum Beispiel die Sozialsysteme finanziert werden sollen und wie die Ausländerpolitik formuliert werden soll. Es ist wichtig, einen über die Grenzen hinausgehenden Diskurs zu organisieren, um einander besser zu verstehen. Ich glaube, hier besteht noch ein größerer Nachholbedarf.

Herr Haussmann, Sie haben vorgetragen, warum die Freien Demokraten

(Dr. Helmut Haussmann [F.D.P.]: Für eine Verbesserung sind!)

diesem Vertrag nicht zustimmen werden. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an eine Diskussion, die wir vor einigen Jahren in diesem Parlament zum **Amsterdamer Vertrag** geführt haben.

(Dr. Helmut Haussmann [F.D.P.]: Er war aber besser!)

Eine Kollegin aus Ihrer Fraktion hat in dieser Debatte ausgeführt:

> Ich kann für die F.D.P.-Bundestagsfraktion nur erklären: Wir werden nach sorgfältiger Analyse und Prüfung dem Vertrag von Amsterdam zustimmen,

(Dr. Helmut Haussmann [F.D.P.]: Richtig!)

(A)

> auch wenn wir nicht verkennen, dass es wünschenswert gewesen wäre, ein Mehr an institutionellen Reformen schon in diesem Vertragswerk zu vereinbaren.

Die Rednerin fährt an anderer Stelle fort:

> Eine Ablehnung des Vertrages von Amsterdam würde wirklich einen Stillstand bedeuten, würde ein Zurückschreiten bedeuten, würde bedeuten, dass die Verbesserungen, die im Vertrag vereinbart worden sind ... nicht kommen werden. Das wäre nicht nur ein Rückschritt für den Integrationsprozess Europas. Vielmehr würde das ja erst recht die Erweiterungsprozesse behindern.

Es war Frau Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die das in einer Debatte des Deutschen Bundestages 1997 gesagt hat. Was damals gegolten hat, gilt auch heute.

Vor dem Hintergrund dieser Beitrittsperspektive empfehle ich Ihnen, Herr Kollege Haussmann, aber auch Ihrer Fraktion, diesen Antrag zurückzuziehen und die Beitrittsperspektive im Bundestag in großem Konsens zu eröffnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich erteile das Wort dem Kollegen Gerd Müller, CDU/CSU-Fraktion.

(B)

Dr. Gerd Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese Woche hat gezeigt: Die Bundesregierung ist angeschlagen,

(Lachen bei der SPD)

nicht nur innen-, sondern auch europa- und außenpolitisch.

(Beifall bei der CDU/CSU – Detlev von Larcher [SPD]: Reines Wunschdenken!)

Es stellt sich die Frage: Können wir uns in dieser für Europa entscheidenden Phase einen angeschlagenen Außenminister leisten?

(Zuruf von der SPD: Ja!)

Wird Joseph Fischer vor dem Hintergrund der Ereignisse dieser Woche im Ausland noch als deutscher Verhandlungspartner akzeptiert?

(Zurufe von der SPD: Ja! – Detlev von Larcher [SPD]: Und wie!)

Ich meine: nein. Er kann die **deutsche Führungsrolle** nicht mehr wahrnehmen. Außerdem ist er im vergangenen Jahr – es ist traurig, aber wahr – auf der europäischen Ebene im Ministerrat abgetaucht.

(Lachen des Abg. Peter Dreßen [SPD])

Das kann sich Deutschland nicht leisten.

(Detlev von Larcher [SPD]: Sie reden ja wirres Zeug!)

(C)

Herr Gloser, ich stimme Ihnen zu: Wir müssen einen neuen Ansatz finden, auch die Bürger und Bürgerinnen an der europäischen Diskussion teilhaben zu lassen. Leider hat Nizza die Dinge weiter verkompliziert. Die Bürger blicken nicht mehr durch: Wer entscheidet wann, wo, was? Stichwort BSE: Sind die Schuldigen in der Europäischen Kommission, im Ministerrat oder in der Bundesregierung?

(Joachim Poß [SPD]: Kommen Sie mal zur Sache, Herr Kollege!)

Wir brauchen einen anderen Ansatz. Die Themen müssen wieder in den Deutschen Bundestag. Wir müssen in der Europäischen Union mehr Demokratie wagen. Dazu muss das nationale Parlament einen wesentlichen Beitrag leisten.

Die CSU wird in den nächsten Wochen ein Gutachten zur Frage der zukünftigen **Mitwirkung** des Deutschen Bundestages bei der europäischen Rechtsetzung vorlegen. Wir brauchen ein maßgebliches Mitwirkungsrecht bei der europäischen Rechtsetzung.

Herr Gloser, ich nehme das Stichwort COSAC auf. Natürlich brauchen wir auch eine andere Form der Zusammenarbeit der nationalen Parlamente in Europa. Die COSAC muss weiterentwickelt werden. Dieses Thema kann man allerdings in vier oder fünf Minuten inhaltlich nicht ausreichend diskutieren.

Zu Nizza. Das Ergebnis von Nizza ist nicht befriedigend. Die Frage der **Kompetenzabgrenzung** – was macht Brüssel, was verantwortet Deutschland, was wird von den Ländern und was von den Kommunen verantwortet? – soll jetzt angegangen werden, nicht 2004. Dies ist ein Kernpunkt des Ergebnisses von Nizza. Wir stellen mit Freude fest: Diese Forderung der CSU, über Jahre hinweg erhoben, soll nun endlich umgesetzt werden.

(D)

Wenn ich die heutige Debatte und den Vertrag – natürlich im Lichte der Auseinandersetzung in der Entstehungsphase – abwäge, denke ich, dass wir am Ende zu einer Ratifizierung kommen müssen. Wir werden zu einer Ratifizierung kommen, denn wir können uns nicht weitere zwei Jahre Ratifizierungsdebatten leisten. Wir müssen nach vorne gehen und offensiv die Voraussetzungen für die Erweiterung schaffen. Auf die entscheidenden Fragen in diesem Zusammenhang hat die Bundesregierung noch keine Antworten. Es gibt neue „leftovers“; sie hat neue „leftovers“ geschaffen.

Die Bürgerinnen und Bürger – nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Beitrittsstaaten – wollen wissen, wie das neue **Finanzsystem** in der Europäischen Union ausschaut. Wie wird die Osterweiterung finanziert? Im Augenblick ist der Finanzansatz vollkommen unzureichend. Die Osterweiterung ist bisher nicht finanziert. Es gibt kein Konzept der Bundesregierung, welchen Weg sie beschreiten will.

Zur **Agenda 2000.** Wir brauchen eine grundlegende Reform der Agrar- und Strukturpolitik in der Europäischen Union. Die CDU/CSU hat bereits vor zwei Jahren Vorschläge für die Agenda-2000-Verhandlungen vorgelegt. Ich nehme als Stichworte die nationale Kofinanzierung

Dr. Gerd Müller

(A) und die Deckelung der Finanzförderung der Großbetriebe. Sie sind bei der Agenda 2000 in die Richtung marschiert, die Großbetriebe in Europa zu präferieren. Heute, im Angesicht der nationalen BSE-Debatte rudern Sie zurück und nehmen unseren Begriff der flächendeckenden, der bäuerlichen Landwirtschaft auf, die Sie in den letzten zwei Jahren mit aller Massivität getroffen und zu zerstören versucht haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P. – Susanne Kastner [SPD]: Das ist jetzt schon dreist, Herr Müller! Schauen Sie einmal, was die Bayerische Staatsregierung gemacht hat!)

Wo ist Ihr Konzept einer zukunftsweisenden Agenda für die Agrar- und Strukturpolitik?

Die Bürgerinnen und Bürger wollen ein gerechtes System der Verteilung der **Asyl- und Flüchtlingsströme** in der Europäischen Union. Hier handelt es sich um ein „leftover“ der Schröder-Regierung.

Die entscheidende Frage ist: Ist die Europäische Union nach Nizza erweiterungsfähig? Ich meine: unter bestimmten Voraussetzungen – ja. Wir müssen – ich kann das nur noch kurz ansprechen – aber zu einer Differenzierung bei den Beitrittsstaaten kommen. Die Kriterien sind die Grundlage. Der **Erweiterungsprozess** darf nicht überdehnt werden. Der Beschluss, die EU um zwölf Staaten auszuweiten, war ein grundlegender Fehler, auch, dass sogar der Türkei ein Angebot unterbreitet wurde.

(B) (Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Warum?)

Hier brauchen wir einen neuen Denkansatz. Nicht jedes Land, das eine europäische Perspektive sucht, kann Vollmitglied der Europäischen Union werden. Diesen Ländern müssen Möglichkeiten einer abgestuften Integration geboten werden.

(Beifall des Abg. Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU])

Ich denke dabei zum Beispiel an die Ukraine und an den Balkan. Wir können Europa nicht bis zum Ural ausdehnen, ohne zu sagen, wie das funktionieren soll.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Problem der Bundesregierung ist: Die Lösung dieser zentralen Probleme wird nicht angegangen. Der Kanzler hat kein europäisches Gewicht. Der Außenminister ist angeschlagen. Deutschland fehlt eine handlungsfähige, erfolgreiche Regierung zur Durchsetzung deutscher Interessen in Europa.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Gernot Erler [SPD]: Bei euch ist alles Müller, oder was!)

Präsident Wolfgang Thierse: Ich erteile das Wort dem Kollegen Markus Meckel, SPD-Fraktion.

Markus Meckel (SPD): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Herr Müller, mein Eindruck ist, dass Sie unter einem großen Wirklichkeitsverlust leiden. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Joachim Poß [SPD]: Verlust? Er ist nie in der Wirklichkeit angekommen!)

Wenn Sie berücksichtigen, bei welchen wichtigen Punkten, von denen wir alle gesagt haben, dass sie für uns zentral sind, wir vorangekommen sind, können Sie Ihr Urteil in keiner Weise belegen.

Obwohl wir gemeinsam gern mehr durchbekommen hätten – das ist gar keine Frage, das ist auch deutlich dargestellt worden –, müssen wir eindeutig feststellen: Dies war ein historischer und entscheidender Schritt, weil von nun an das Tor für die Erweiterung offen ist. Das ist die Perspektive, aus der dies betrachtet werden muss. Dies ist zehn Jahre nach den Umbrüchen in Europa wahrhaftig eine historische Perspektive.

Sie haben eben davon gesprochen, dass Joschka Fischer die **deutsche Führungsrolle** nicht mehr wahrnehmen könne. Ich kann Ihnen nur sagen: Er will sie auch gar nicht wahrnehmen. Wir wollen keine deutsche Führungsrolle, sondern unseren Platz in diesem integrierten Europa.

(Beifall bei der SPD).

Mit Führungsrolle hat das aber nichts zu tun. Wir haben uns schon einmal die Hörner daran gestoßen und ganz Europa ins Verderben geführt.

Ein anderer Begriff, der in diesem Zusammenhang immer wieder falsch benutzt wird , ist der Begriff der **europäischen Wiedervereinigung.** Wir alle wollen eine europäische Vereinigung, aber ein „Wieder“ gibt es in dieser Frage nicht. Es gibt keinen historischen Zustand, zu dem wir in irgendeiner Weise zurückkönnten oder -wollten. Wir wollen etwas Neues schaffen: ein Europa der Integration, der Freiheit und der Demokratie. Leider haben wir dies in der Vergangenheit so nicht gehabt. (D)

(V o r s i t z: Vizepräsidentin Anke Fuchs)

Was jetzt getan werden muss – ich denke, das ist ein wesentlicher Erfolg –, ist, die Zeit bis zur Erweiterung, das heißt bis zur Teilnahme der ersten Staaten an der **Europawahl** im Jahr 2004, zu nutzen. Das ist ein ungeheuer ehrgeiziger und wichtiger Schritt, der gemeinsam von den Mitgliedstaaten als Zielvorstellung geäußert worden ist. Dies macht zugleich deutlich: In den Köpfen der Menschen in den Beitrittsstaaten wird die Identifikation mit Europa in dem halben Jahr zuvor verstärkt, weil es in diesen Ländern einen Europawahlkampf geben wird. Dies ist für das gemeinsame Bewusstsein in Europa ungeheuer wichtig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Natürlich ist dies ehrgeizig in Bezug auf die Verhandlungen. Es bewirkt einen ungeheuren Druck bei den **Beitrittsstaaten.** Dieser Druck darf nicht nachlassen. Die Aufgaben sind nach wie vor groß. Wir alle kennen die schwierigen Bereiche. Aber ich sage gleichzeitig: Auch uns selbst trifft dieser Druck; denn bei jedem einzelnen Kapitel und Punkt, über die verhandelt wird, müssen wir uns als Mitgliedstaaten auf eine gemeinsame Position

Markus Meckel

(A) einigen. Wir wissen alle, dass dies vor den Wahlen in der Europäischen Union nicht einfach wird. Aber dies ist ein zentrales Anliegen. Wir werden uns bemühen müssen, möglichst schnell eigene klare Positionen herauszuarbeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ein anderer Punkt ist mir ebenfalls wichtig, den wir gegenüber den Kandidatenstaaten zur Sprache bringen wollen. In den letzten Jahren haben immer wieder die Frage des Beitritts, der Zeitpunkt des Beitritts eine zentrale Rolle gespielt. Ich hoffe, dass wir jetzt nicht mehr immer nur über die Einzelheiten des Beitritts reden, sondern auch über die Perspektive Europas und über die Gestaltung des künftigen Europas verhandeln. Das ist ein Perspektivenwechsel, der durch Nizza ermöglicht worden ist und den wir wahrnehmen müssen.

Auch ist es gut, wenn wir in bilateralen Gesprächen versuchen, ein solches Ziel zu erreichen. Wir haben zum Beispiel im Rahmen der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe geplant, im ersten Halbjahr dieses Jahres ein gemeinsames Europapapier zu verfassen, das zwar kein von den Parlamenten verabschiedetes Papier ist, aber den Versuch darstellt, Positionen abzustimmen und gemeinsam Fragen zu formulieren. Dabei wird man erkennen können, wie unsere gemeinsame Vorstellung von Europa aussieht.

Ich möchte noch einmal auf die **innenpolitische Perspektive** zurückkommen, die Herr Gloser schon angesprochen hat. Es ist wichtig, die Ängste und Befürchtungen, die es in unserer Bevölkerung gibt, ernst zu nehmen. (B) Dies müssen wir auf zweierlei Weise tun, wobei wir deutlich zwischen irrationalen Ängsten, die auf Unkenntnis beruhen und durch übertriebene Thesen hervorgerufen sind, und realen Ängsten differenzieren sollten. Wir brauchen Informationen. Ich danke der Bundesregierung

(Walter Hirche [F.D.P.]: Wo ist denn der Bundesaußenminister?)

und den vielen Initiativen, die durch Informationen deutlich machen, dass viele dieser Befürchtungen irreal sind und dass die Gefahren nicht so sind, wie sie oft dargestellt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es lässt sich natürlich nicht leugnen, dass es insbesondere in den **Grenzregionen** zu Belastungen kommt. Hier ist es zu begrüßen, dass es – dieser Punkt ist schon angesprochen worden – durch eine gemeinsame Initiative mit Österreich gelungen ist, deutlich zu machen – das hat Herr Verheugen als zuständiger Kommissar schon angekündigt –, dass diese Grenzregionen eine besondere Unterstützung brauchen. Dazu gehört natürlich zum einen Geld. Dies darf den Rahmen der Agenda 2000 nicht sprengen, aber es gibt noch Mittel, auf die man zurückgreifen kann. Zum anderen ist es wichtig, dass es durch eine Flexibilisierung des Beihilferechtes ermöglicht wird, dass Nationalstaaten – bei uns sind auch die Länder angesprochen – in diesen Regionen tätig werden.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Warum haben Sie denn unseren Vorstoß vor vier Wochen abgelehnt?)

(C) Die Bundesregierung plant entsprechende Schritte. Sie werden am 6. Februar dieses Jahres die Gelegenheit haben, eine Rede des Bundeskanzlers zu hören, in der er erste Überlegungen der Bundesregierung zur Förderung der Grenzregionen vorgetragen wird. Wir brauchen gerade in diesem Bereich eine regionale Wirtschaftspolitik. Dazu laufen die Vorbereitungen.

Ich möchte nun einen Punkt ansprechen, der im Rahmen der Integration noch nicht erwähnt wurde, und zwar die **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik** und insbesondere die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Dabei geht es nicht, wie manche in Zeitungen immer wieder schreiben, um eine europäische Armee – darauf möchte ich noch einmal deutlich hinweisen –, also nicht darum, dass Europa jetzt aufrüsten will. Es geht vielmehr um ein gemeinsames europäisches Handeln in den Fragen der **Krisenprävention** und des **Krisenmanagements.**

Wir sollten ernst nehmen, dass auch der UN-Generalsekretär die Bedeutung der Europäischen Union in diesen Fragen anerkannt hat und ständige und engere Kooperationen zwischen den UN und der Europäischen Union anstrebt. Bis Ende dieses Jahres sollen sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich erste operative Einsatzfähigkeiten in Bezug auf das EU-Krisenmanagement geschaffen werden. Da ist wahrhaftig eine ganze Menge zu tun.

Der Vorteil der Europäischen Union in diesen Fragen ist, dass wir anders als bei der NATO, der OSZE oder den UN verschiedene Kapazitäten zusammenführen können, und zwar politische, wirtschaftliche und die in Zukunft (D) aufgebauten militärischen Kapazitäten, um die Krisenprävention bzw. – wenn nicht anders möglich – das Management der Bewältigung von Krisen möglichst konzeptionell und im abgestimmten Handeln umzusetzen. Dies ist eine ganz zentrale europäische Aufgabe. Hier sind wir wesentliche Schritte vorangekommen.

Neben dem Aufbau der dafür nötigen Institutionen ist das Wichtigste der politische Wille. Hier sind alle Beteiligten gefordert. Hier kann man gerade angesichts des Gipfels in Nizza und angesichts der Vergangenheit die Befürchtungen haben, ob es uns Europäern gelingt, gemeinsam handlungsfähig zu werden.

Es gibt in Europa, in Deutschland und auch unter uns einige, die dem amerikanischen Handeln gegenüber, das manchmal durchaus unilateral ist, skeptisch eingestellt sind und sagen: Dies sollte nicht sein. – Gleichzeitig müssen wir uns aber fragen, ob wir als Europäer in diesen Fragen zu gemeinsamem Handeln fähig sind. Denn nur dann, wenn dies der Fall ist, werden wir gegenüber Amerika ein entsprechendes Gewicht einbringen können. So werden wir die transatlantische Zusammenarbeit auch in Sicherheitsfragen stärken. Dies ist nicht, wie manche in Amerika denken, ein Widerspruch. Es ist unsere zentrale Aufgabe, bei deren Bewältigung wir auch auf dem Gipfel in Nizza ein Stück weit vorangekommen sind und wofür wir in Zukunft noch einiges zu tun haben.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(A)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Ich schließe die Aussprache.

Herr Kollege Hirche, Sie fragten vorhin, wo der Bundesaußenminister sei. Der Bundesaußenminister hat sich beim Bundestagspräsidenten entschuldigt: Er nimmt am Neujahrsempfang des Diplomatischen Korps beim Bundespräsidenten teil.

(Dr. Gerd Müller [CDU/CSU]: Aber einen Staatssekretär hätte er doch schicken können! Es laufen doch genügend herum! – Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ein Staatssekretär ist in El Salvador!)

– Hier wurde nach dem Bundesaußenminister gefragt. Ich habe Ihnen hiermit erläutert, dass er sich ausdrücklich entschuldigt hat.

Wir kommen zu den Abstimmungen, und zwar zum Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/5084. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag der F.D.P.? – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist abgelehnt.

Beschlussempfehlung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union zu der Entschließung des Europäischen Parlaments mit seinen Vorschlägen für die Regierungskonferenz, Drucksache 14/4980. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei Gegenstimmen der CDU/CSU-Fraktion und Enthaltung der F.D.P. ist die Beschlussempfehlung angenommen.

(B)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Erste Beratung des von den Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Sozialgesetzbuchs – Neuntes Buch – (SGB IX)** Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen

– Drucksache 14/5074 –

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung (f)
Innenausschuss
Rechtsausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Gesundheit
Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Haushaltsausschuss

Ich erlaube mir an die Bundesregierung folgende Anregung: Da wir alle nicht wissen müssen, in welchem Kapitel des Sozialgesetzbuches was enthalten ist, ist es schön, dass in Klammern hinzugefügt worden ist, um welches Thema es sich handelt, nämlich um den Bereich der Rehabilitation. Es wäre gut, wenn man in Zukunft ebenso verfahren würde. Ich weiß natürlich, worum es sich handelt; denn ich bin Sozialpolitikerin. Da uns alle dies interessiert, wage ich, diese Anregung zu geben.

(Claudia Nolte [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

(C)

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. Ich höre keinen Widerspruch. – Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Bundesminister für Arbeit, Walter Riester, das Wort.

Walter Riester, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Frau Präsidentin! Zunächst einmal herzlichen Dank für die Anregung, ich werde sie aufgreifen.

Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Neunten Buch Sozialgesetzbuch zur **Rehabilitation** macht die Bundesregierung in der Politik für behinderte und mit behinderten Menschen ihren zweiten Schritt. Den ersten Schritt haben wir im letzten Jahr gemacht, indem wir das Schwerbehindertengesetz verändert haben, und zwar zusammen mit den Verbänden der Behinderten, der Wirtschaft, den Gewerkschaften und behinderten Menschen. Ich darf Ihnen kurz bilanzieren: Unser Ziel war und ist es, in zwei Jahren 50 000 zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten für behinderte Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt zu schaffen. Eine erste Zwischenbilanz: Die Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen ist im Vergleich mit dem Dezember des zurückliegenden Jahres um 13 000 zurückgegangen. Was mich fast noch mehr freut: Die Vermittlungsquote ist um 30 Prozent gestiegen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit der Vorlage des Neunten Buches Sozialgesetzbuch gehen wir nun konsequent weiter, indem wir uns dafür einsetzen, dass zur Fürsorge für behinderte Menschen überall dort, wo es möglich ist, eine Politik entwickelt wird, die **behinderte Menschen** in die Lage versetzt, selbstverantwortlich ihr Leben zu bewältigen.

(D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei geht es in einem ersten Schritt darum, die Vielfalt der Angebote der Leistungsträger zu bündeln und die zum Teil mühsamen Behördengänge, die gemacht werden müssen, um Leistungen zu erhalten, zu vereinfachen und so die Dienstleistungen zum Menschen zu bringen. Dies werden wir dadurch erreichen, dass wir auf Kreisebene **Servicestellen** einrichten – die ersten Signale der Leistungsträger zeigen, dass sie mitmachen –, in denen Leistung koordiniert angeboten wird und in denen behinderte und von Behinderung bedrohte Menschen Informationen bekommen können. Damit hören die Wege von Pontius zu Pilatus auf, damit hört auf, dass man sich vor Gerichten darüber streitet, wie weit Zuständigkeit der Leistungsträger geht. Wir möchten, dass die Dienstleistung zum Menschen kommt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Sinne einer eigenverantwortlichen Unterstützung möchten wir, dass diese Leistungen als **Wunsch- und Wahlrecht** ausgestaltet werden und Leistungen dort, wo es sinnvoll ist, als Geldleistungen gewährt werden können. Wir werden darüber hinaus Modellprojekte entwickeln, mit denen geprüft werden soll, ob diese Leistungen

Bundesminister Walter Riester

(A) auch in eigenen Budgets ausgewiesen werden können. Wir möchten damit den unterschiedlichen Interessen und den unterschiedlichen Voraussetzungen, die Menschen mit Behinderungen einbringen, auch bei den Leistungen Rechnung tragen.

Dies ist ein weiterer wichtiger Schritt, der durch einen dritten Punkt ergänzt wird: Wir wollen eine die Träger übergreifende Qualitätssicherung der Leistung herbeiführen. Insgesamt wollen wir: Dienstleistung zum Menschen bringen, ein Wahlrecht der Leistung und eine die Träger übergreifende **Qualitätssicherung.**

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Konsequent muss die Leistung der medizinischen Rehabilitation und der Eingliederung in den Arbeitsprozess durch die Leistungen der Träger der Sozialhilfe und der öffentlichen Jugendhilfe ergänzt werden. Wir werden sie einbeziehen, um die Gesamtheit der Rehabilitation im Neunten Buch Sozialgesetzbuch zusammenzufassen. Dabei werden wir die Leistungen der Sozialhilfe weiterhin als nachrangige Leistungen vorsehen, wollen sie aber integrieren, um den Leistungsanspruch in seiner Gesamtheit zu fasssen und Übersichtlichkeit herbeizuführen.

Bei den Leistungen der Sozialhilfe für die medizinische Rehabilitation und die Eingliederung wollen wir auf die Bedürftigkeitsprüfung verzichten und damit sicherstellen, dass von Geburt an Behinderte nicht anders behandelt werden als Menschen, die nach einem Unfall, zum Beispiel im Kindergarten, behindert werden. Auch hier muss für Gleichheit gesorgt werden.

(B) Nächster Punkt. In dem von mir angesprochenen Schwerbehindertengesetz haben wir erstmals festgelegt, dass schwerbehinderte Menschen bei der Eingliederung in den Arbeitsprozess Unterstützung durch eine **Arbeitsassistenz** bekommen, und zwar dort, wo es dringend notwendig und erforderlich ist. Diese Regelung wollen wir im Neunten Buch Sozialgesetzbuch konsequent auch auf andere Leistungsträger ausdehnen; denn ohne Arbeitsassistenz ist es für viele schwerbehinderte Menschen nicht möglich, den entsprechenden Weg zu gehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein nächster wichtiger Punkt, den wir im Gesetz regeln wollen, betrifft die Menschen, die gehörlos sind. **Gehörlose Menschen** werden zukünftig einen Rechtsanspruch auf Unterstützung haben, damit sie sich auf den Ämtern und bei Inanspruchnahme von Leistungen in der Laut- und Gebärdensprache verständlich machen können; denn ohne Unterstützung bleibt ein Leistungsangebot für gehörlose Menschen sinnlos. Sie werden dadurch in der Lage sein, sich in der Laut- und Gebärdensprache verständlich zu machen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Ilja Seifert [PDS])

Damit gehen wir in der Politik für und – ich betone – mit behinderten Menschen einen neuen und entscheidenden Schritt, und zwar nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ. Mir ist dies sehr wichtig. Wir werden – ich kündige das schon an – als weiteren Schritt das Gleichstellungsgesetz angehen, indem wir den dritten Teil des betroffenen Bereichs für und mit behinderten Menschen regeln. Ich bin mir sehr sicher, dass wir unsere Gesellschaft durch diese rechtlichen Schritte und vor allem durch eine veränderte Praxis menschlicher gestalten. Eine Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, wie insgesamt miteinander umgegangen wird und wie mit Behinderungen und Nichtbehinderungen umgegangen wird. (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Für die CDU/CSU-Fraktion erteile ich das Wort der Kollegin Claudia Nolte.

Claudia Nolte (CDU/CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht heute in der Tat um ein sehr entscheidendes Gesetz in der Behindertenpolitik, ein Gesetz, um das lange gerungen wurde und das die Chance bietet, dass sich der Paradigmenwechsel, den wir in den letzten Jahren in der Behindertenpolitik verfolgen konnten, in einem Gesetz niederschlägt.

(Monika Ganseforth [SPD]: Endlich!)

Das ist ein weiterer Schritt in der Rehabilitation und der Eingliederung von Menschen mit schweren Behinderungen.

Ich bedaure es sehr, dass es in unserer Regierungszeit nicht gelungen ist, ein SGB IX auf den Weg zu bringen. (D)

(Zuruf von der SPD: Das ist wahr!)

Liebe Kollegen von der SPD und von den Grünen, bei näherer Betrachtung des Gesetzgebungsverfahrens und dessen, was wir jetzt vor uns haben, ahne ich langsam, warum uns das nicht gelungen ist. Wir hatten einfach zu hohe Ansprüche.

(Dr. Heinrich L. Kolb [F.D.P.]: Das ist wohl wahr! Wir waren nicht bereit, sie in dem Maße zurückzuschrauben!)

Auch die Ansprüche und Erwartungen der Behindertenverbände waren damals deutlich höher als heute.

(Zuruf von der SPD: Weil Sie große Ansprüche hatten, haben Sie nichts gemacht!)

Um was geht es uns beim SGB IX? Derzeit gibt es ein leistungsfähiges **Eingliederungs- und Rehabilitationsrecht** mit hohen Leistungsansprüchen. Wir haben eingespielte Verfahren der Selbstverwaltung und kompetente Interessensvertretungen im Bereich der Behindertenorganisationen und -verbände. Eigentlich ist das heutige System gut. Das vorhandene gegliederte System sichert Kompetenz, Leistungsfähigkeit und Wettbewerb. Aber das Problem ist, dass das verzweigte System für den Betroffenen intransparent ist, dass er gar nicht so recht weiß, welche Leistungsansprüche er hat, dass dieses System sehr stark vom Fürsorgegedanken und weniger von der Einsicht geprägt ist, dem Betroffenen vor allem ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Claudia Nolte

(A) Außerdem gibt es oft ein Nebeneinander und weniger ein Miteinander der Reha-Träger. Dort, wo die Kompetenzen unklar sind, gibt es sehr lange Verfahrenswege.

Deshalb muss es doch in einer neuen Kodifizierung des Rehabilitations- und Eingliederungsrechtes darum gehen, größere **Transparenz** sicherzustellen, den Betroffenen mehr Wahlfreiheit zu ermöglichen, eine bessere Zusammenarbeit von Leistungsträgern, Einrichtungen und Betroffenen zu bewerkstelligen sowie eine höhere Effizienz zu erreichen. Das erfordert ein Stück weit auch eine bessere Abstimmung der einzelnen Leistungsgesetze aufeinander.

Zudem gab es zu unserer Zeit auch noch die Erwartung, dass mit einem SGB IX auch **Leistungsverbesserungen** verbunden sind. Diesen Zahn hat uns die jetzige Koalition schon bei der Festlegung der Eckpunkte gezogen. Diesen Erwartungen ist sie durch den Finanzierungsvorbehalt konsequent entgegengetreten.

(Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: Ist bei dieser Regierung auch nicht anders zu erwarten!)

Das also ist gar nicht erst angedacht worden.

(Erika Lotz [SPD]: Wer 1,5 Billionen Schulden hinterlassen hat, müsste ruhig sein!)

Aber auch bezüglich der anderen Ziele, über die es in diesem Haus eigentlich eine große Übereinstimmung gibt, hat dieses Gesetz die Erwartungen überhaupt nicht erfüllt.

(B) (Peter Dreßen [SPD]: Ach, Frau Nolte! – Erika Lotz [SPD]: Schulden hinterlassen und uns dann Vorhaltungen machen!)

Die Regelungen werden komplizierter, sie werden nicht transparenter, sondern undurchsichtiger,

(Dr. Heinrich L. Kolb [F.D.P.]: Auch wahr!)

und sie sind mit einer größeren Bürokratie verbunden. Durch die Einführung neuer unbestimmter Rechtsbegriffe gibt es auch neue Unsicherheiten. Es wird also erst einen langen Weg durch die Instanzen geben, bis klar ist, welches Recht neu kodifiziert wurde.

(Dr. Heinrich L. Kolb [F.D.P.]: Ein Beschäftigungsprogramm für die Sozialgerichte ist das!)

Zudem sind Ansätze vorhanden, die deutlich machen, dass hier eine andere Philosophie zum Tragen kommt: weniger Selbstverwaltung und mehr staatlicher Dirigismus.

Auch vom Gesetzestechnischen her finde ich den Entwurf höchst unbefriedigend. Viele Inhalte werden in **Verordnungen** abgeschoben. Man muss sich das einmal vorstellen: Allein in das erste Kapitel haben Sie 16 Verordnungsermächtigungen hineingeschrieben. Ein Parlament, das das mit sich machen lässt, macht sich bald selbst überflüssig.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Heinrich L. Kolb [F.D.P.]: Das zeugt nicht von Selbstvertrauen der rot-grünen Koalition!)

(C) Letztlich fehlt diesem Entwurf die Vision eines modernen Rehabilitationsrechtes. Eigentlich schreiben Sie den Status quo fest; Sie machen lediglich aus zwei Gesetzen eines. So wird zum Beispiel nicht deutlich, wie die Selbstbestimmung des Betroffenen sichergestellt werden soll. Wie wollen Sie dem Prinzip „ambulant vor stationär“ zur Durchsetzung verhelfen? Sie schreiben das zwar hinein, aber machen nicht deutlich, wie das praktische Verfahren aussehen soll.

(Silvia Schmidt [Eisleben] [SPD]: Wunsch- und Wahlrecht!)

– Ja, die Regelung zum Wunsch- und Wahlrecht ist gekennzeichnet von dem Bemühen, es allen recht machen zu wollen: den Leistungsträgern, die bezahlen müssen, den Einrichtungen, deren Existenz gesichert sein soll, aber auch den Betroffenen.

(Silvia Schmidt [Eisleben] [SPD]: Wir reden von Individuen, die selbst entscheiden können!)

So kommt eine Wischiwaschi-Lösung heraus, bei der überhaupt nicht klar wird, wo Sie stehen. Letztendlich scheuen Sie den Streit mit den etablierten Einrichtungen.

Diese fehlende Vision wird am deutlichsten, wenn man sich das **Gesetzgebungsverfahren** anschaut. Es gab keinen Entwurf, von dem Sie sagen konnten: Das ist unser Konzept, damit ist uns ein großer Wurf gelungen. Stattdessen haben Sie eine Flut von Gesetzentwürfen produziert, mit einer Halbwertzeit, die am Ende drei Wochen betrug.

(D) (Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: Das ist doch typisch für Riester!)

Man ist überhaupt nicht mehr mitgekommen. Anhand der Änderungen, die gegenüber dem Vorgängerentwurf vorgenommen wurden, konnte man ziemlich genau sehen, wer der letzte Gesprächspartner des Ministeriums war.

(Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: So ist das!)

Sie müssten doch selber eine Konzeption haben, anstatt zu versuchen, alles glatt zu ziehen und es jedem recht machen zu wollen. Wie wir wissen, kommt dabei am Ende nichts Gescheites heraus.

(Erika Lotz [SPD]: Wer nichts auf die Beine gebracht hat! – Peter Dreßen [SPD]: Ich glaube, Sie haben den Entwurf gar nicht gelesen!)

– Im Gegensatz zu Ihnen habe ich sogar jeden Änderungsentwurf gelesen, lieber Herr Kollege.

Ich sage für die CDU/CSU-Fraktion noch einmal ganz deutlich: Wir halten ein Sozialgesetzbuch IX für richtig und notwendig. Dazu gehört meines Erachtens, dass die verschiedenen Leistungsgesetze aufeinander abgestimmt werden – ein Ansatz, der in diesem Gesetzentwurf fehlt. Ebenso ist es unumgänglich, eine befriedigende Lösung für die Eingliederungshilfe zu finden, insbesondere für die Frage des Nachranggrundsatzes.

Es gab einmal eine Opposition aus SPD und Grünen, die vehement ein Leistungsgesetz für Menschen mit

Claudia Nolte

(A) Behinderung forderte. Tun Sie es doch jetzt, wo Sie es können, verdammt noch mal!

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Klaus Brandner [SPD]: Beklatschen Sie jetzt Ihre eigenen Untaten?)

Die **Sozialhilfeträger** zu Rehaträgern zu erklären, sie aber ausdrücklich im Bundessozialhilfegesetz zu belassen – sodass man dann natürlich auch den Prinzipien des Bundessozialhilfegesetzes unterworfen ist –, ist einer der eklatantesten Konstruktionsfehler in diesem Gesetzentwurf. Dadurch kann es am Ende keine befriedigende Lösung geben. Das wird auch nicht dadurch besser, dass Sie auf die ursprünglich geplanten Verschlechterungen im Sozialhilferecht schlussendlich verzichten.

Ein weiterer problematischer Punkt – es kam dazu schon ein Zwischenruf – sind die **Servicestellen.** Ich unterstelle einmal, sie sind gut gemeint. Aber bekanntlich ist das Gegenteil von gut nicht böse oder schlecht, sondern gut gemeint. Was bedeutet das in der Konsequenz? Die Servicestellen sollen beraten und unterstützen, sie sollen entscheidungsreife Vorlagen für die Rehaträger erarbeiten. Sie müssen also professionell arbeiten, haben aber keine Entscheidungskompetenz. Diese können sie auch nicht haben, weil letztendlich die Rehaträger entscheiden müssen, denn sie sind diejenigen, die das Geld geben. Sie können nicht Finanz- und Entscheidungsverantwortung trennen.

Dies bedeutet aber letztendlich, dass die Servicestellen zur Barriere werden. Es kommt zu einem höheren Zeitaufwand, zu mehr Bürokratie, weil eine Stelle erst einmal (B) alles vorab regelt, was am Ende der Rehaträger noch einmal regelt. Dies führt zu mehr Frust bei den Betroffenen, aber auch bei denjenigen, die in den Servicestellen und bei den Rehaträgern arbeiten. Reibungsverluste sind vorprogrammiert. Die Akten werden von einem zum anderen geschoben werden und jeder wird sagen: Wir sehen gar nicht ein, wie die anderen das entschieden haben. – So kann es nicht funktionieren.

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Frau Kollegin, denken Sie bitte an die Redezeit.

Claudia Nolte (CDU/CSU): Ich komme zum Schluss. Die Kollegen geben mir eine Minute ihrer Redezeit ab. Ich möchte meinen Gedanken noch zu Ende führen.

Wenn Sie das nicht wollen, müssten die Servicestellen Entscheidungskompetenz bekommen. Aber dann müssten Sie sich vom gegliederten System verabschieden, hätten ein Einheitssystem und müssten dafür sorgen, dass Entscheidungs- und Finanzkompetenz zusammenfallen.

Es ist nicht zu verhehlen, dass das ganze Gesetz von solchen Tendenzen gekennzeichnet ist: mehr Kompetenz der BAR, mehr Kompetenz und mehr Mitspracherechte der Länder und der Bundesregierung bei der Versorgungsplanung. Diese Tendenzen heißen wir nicht gut.

Ich bedaure sehr, dass unser Angebot zur Zusammenarbeit von Ihnen zu keinem Moment ernsthaft geprüft oder gar angenommen worden ist. Ich weiß nicht, wie wir (C) im Laufe der Beratung unsere grundsätzlichen Bedenken ausräumen wollen. Wir haben ein wenig den Eindruck, dass Sie dieses Gesetz gern im Windschatten der Debatte über die Rente und die Mitbestimmung still durchziehen wollen.

(Peter Dreßen [SPD]: Jetzt können Sie doch mitarbeiten! Niemand hindert Sie daran!)

Ich hoffe, dass es uns trotzdem im Zuge der Beratungen gelingt, die groben Schnitzer aus diesem Gesetz zu entfernen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Heinrich L. Kolb [F.D.P.]: Das wird schwer, aber wir versuchen es!)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Nun erteile ich der Kollegin Katrin Göring-Eckardt, Bündnis 90/Die Grünen, das Wort.

Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich glaube nicht, dass ausgerechnet dieses Gesetz sich dazu eignet, es im Windschatten über die Bühne zu bringen. Wir haben darüber auch sehr offen und viel diskutiert.

Behindert ist man nicht, behindert wird man – die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, diesem ein Ende zu bereiten. Ich freue mich, dass wir nach der bereits voll- (D) zogenen und längst überfälligen Novelle des Schwerbehindertengesetzes heute das nächste große Reformprojekt auf den Weg bringen, das wir Menschen mit Handicap in unserer Koalitionsvereinbarung versprochen haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das SGB IX steht für die Zusammenführung und Vereinfachung des **Rehabilitationsrechts.**

(Dr. Ilja Seifert [PDS]: Na ja!)

Sie haben selbst gerade zugegeben, dass es diesen Anspruch auch tatsächlich erfüllt. Seit vielen Jahren, ja fast schon Jahrzehnten, wurden immer wieder Bemühungen gestartet, die Rehabilitationsleistungen in einem neuen Sozialgesetzbuch zusammenzuführen und so zu vereinheitlichen. Ich bin sehr froh, dass uns dies nach nur eineinhalb Jahren Vorbereitungszeit und Diskussion – wir sind die erste Bundesregierung überhaupt; auch darauf haben Sie gerade verwiesen – gelungen ist.

Es ist den beiden Regierungsfraktionen nicht allein gelungen. Sie haben es vielmehr durch intensive Zusammenarbeit mit den Behindertenverbänden, den Selbsthilfeinitiativen und mit vielen einzelnen Menschen mit Handicap geschafft, denen wir zu danken haben, dass sie unsere Arbeit stets kritisch und konstruktiv begleitet haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Katrin Göring-Eckardt

(A) Vielfach wurden die Hürden beschrieben, die behinderte Menschen aufgrund der unterschiedlichen Regelungen und Zuständigkeiten zu überwinden haben, um Hilfen zu bekommen, natürlich ganz zu schweigen von den Hürden, die ihnen das Leben sowieso schon bereitet. Mit diesem Gesetz vereinfachen wir nicht nur das Rehabilitationsrecht durch die Zusammenführung in einem zentralen Gesetzbuch, sondern garantieren vor allem schnelle und verlässliche Bearbeitungszeiten.

(Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: Glauben Sie wirklich daran bei der Anzahl der Verordnungen, die darin sind?)

Genau dazu schaffen wir die Service- und Beratungsstellen. Ich denke, dass das Ziel erreicht wird. Ich glaube auch, dass viele darauf sehr lange gewartet haben und jetzt zu Recht froh sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meines Erachtens wurden gerade die viel zu langen Wartezeiten völlig zu Recht kritisiert. Es wurde kritisiert, dass sich Zuständigkeiten überschneiden und dass einzelne Rehabilitationsschritte nicht nahtlos ineinander übergehen. Rehabilitation ist nun einmal ein dynamischer Prozess und die zum Teil lebensnotwendigen Bedarfe von Menschen lassen sich nicht durch Gesetzbücher begrenzen und sie enden nicht an den Türen einzelner Institutionen.

Ich möchte den Befürchtungen einiger Rehaträger entgegentreten, dass es mit der Einrichtung gemeinsamer (B) Servicestellen darum gehe, Zuständigkeiten zu entziehen oder einen neuen Verwaltungsapparat zu schaffen. Es geht vielmehr darum, vorhandene Ressourcen zu bündeln. Dazu zählt für uns neben den bereits verankerten Rehaträgern vor allem die Behindertenselbsthilfe, die in die Koordinations- und Beratungstätigkeit zukünftig verstärkt einbezogen wird. Auch das ist ein wirklich neuer Schritt.

Wir begrüßen – der Minister hat darauf hingewiesen –, dass nach dem Bundessozialhilfegesetz in Zukunft bei der beruflichen und medizinischen Rehabilitation die **Bedürftigkeitsprüfung** entfällt. Für viele in den Werkstätten beschäftigte behinderte Menschen bedeutet das, dass sie ihren Arbeitsplatz in der Werkstatt mit ihrem Einkommen endlich nicht mehr mitfinanzieren müssen. Entfallen wird damit ebenso die von vielen als entwürdigend empfundene Antragstellung und Überprüfung persönlicher Lebensverhältnisse.

Damit beenden wir endlich die bislang bestehende Ungerechtigkeit im Leistungsrecht, das immer zwischen Menschen, die von Geburt an behindert sind, und Menschen, die erst im späteren Leben, zum Beispiel durch einen Unfall oder eine Erkrankung, zu Behinderten wurden, unterschieden hat. Auch hier wird deutlich: Die Situation der Menschen mit Handicap steht im Mittelpunkt unserer Politik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

(C) Darüber hinaus haben wir im SGB IX endlich eine Lösung der **Umwidmungsproblematik** der Behinderteneinrichtungen gefunden. Kein Mensch mit Behinderung darf aus Kostengründen aus einer Einrichtung der Behindertenhilfe in eine Pflegeeinrichtung verlegt werden. Das haben wir seit vielen Jahren fraktionsübergreifend gefordert. Wenn, so sagt dieser Gesetzentwurf, die notwendige Pflege in der Einrichtung nicht geleistet werden kann und eine Verlegung aus medizinischen Gründen in eine andere Einrichtung notwendig ist, dann wird das nicht über den Kopf des oder der Betroffenen hinweg entschieden. Bei den Verhandlungen der Einrichtungsträger muss auch der Wunsch des Menschen mit Behinderung berücksichtigt werden. Das ist ein großer Erfolg in Richtung Selbstbestimmung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Bündnis 90/Die Grünen haben sich besonders dafür stark gemacht, dass neben der Kompetenz der verschiedenen Rehabilitationsfachgebiete nun auch die bisher weitgehend ungenutzte und nicht selten an den Rand gedrängte Ressource der Selbsthilfe und des Expertentums der Betroffenen in den Rehabilitationsprozess eingebracht und gleichberechtigt behandelt wird. Viele Berichte von Betroffenen zeigen, dass es gerade das Zusammentreffen und die vielen kleinen Tipps anderer Betroffener waren, die sie motiviert haben, mit ihrer Behinderung besser umzugehen, neue Herausforderungen anzunehmen und sich der persönlichen Situation oder der Bürokratie nicht ausgeliefert zu fühlen.

(D) Ein anderer für uns vom Bündnis 90/Die Grünen zentraler Aspekt dieses Gesetzentwurfs ist die Stärkung der **Wahlfreiheit** von Menschen mit einem Handicap. Wenn wir es mit der Förderung eines selbstbestimmten Lebens von behinderten Menschen ernst meinen, dann müssen wir uns von überkommenen paternalistischen Herangehensweisen in der Behindertenpolitik und in der Behindertenarbeit Schritt für Schritt verabschieden.

(Dr. Heinrich L. Kolb [F.D.P.]: Gerade da greift doch der Entwurf zu kurz!)

Behinderte Menschen und deren Angehörige müssen wir stattdessen als kompetente und auch kritische Kundinnen und Kunden von Dienstleistungen begreifen.

(Dr. Heinrich L. Kolb [F.D.P.]: Das steht aber so nicht im Gesetzentwurf!)

Die Eröffnung der Inanspruchnahme eines **persönlichen Budgets** sowie die damit verbundene Möglichkeit der Selbstorganisation und der selbstbestimmten Wahl der Hilfen ist ein echter Quantensprung in der deutschen Behindertenpolitik in Richtung Selbstbestimmung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

„Persönliches Budget“ darf aber kein anderer Ausdruck für „Einsparungen“ sein. Es ist wie die Sachleistung ein Leistungsangebot, das die Rehabilitation und die Förderung eines selbstbestimmten Lebens von Menschen mit Behinderung zum Ziel hat. Vor allem geht es uns darum, ein weiteres Instrument für die Stärkung der Wahlfreiheit

Katrin Göring-Eckardt

der Betroffenen zu schaffen, sodass auch weiterhin die Wahl zwischen verschiedenen Formen der Inanspruchnahme von Leistungen besteht. Hierbei wird das persönliche Budget in Zukunft ein wichtiges Instrument sein.

Wir begrüßen es außerordentlich, dass das SGB IX für den Bereich des Sozialrechtes die **deutsche Gebärdensprache** bzw. die lautsprachbegleitenden Gebärden als Sprache der gehörlosen und ertaubten Menschen anerkennt. Das bedeutet, dass sie zukünftig bei allen Beratungen, zum Beispiel beim Arztbesuch, einen Gebärdensprachedolmetscher oder eine -dolmetscherin hinzuziehen können. Das ist ein bedeutsamer Schritt für gehörlose und ertaubte Menschen und ein längst überfälliger Schritt in eine moderne Gesellschaft ohne Barrieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie des Abg. Dr. Ilja Seifert [PDS])

Das SGB IX ist der erste Schritt, Art. 3 Abs. 3 des Grundgesetzes „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“ umzusetzen. Wo das Sozialrecht betroffen ist, haben wir einen **Antidiskriminierungsgrundsatz** mit der nötigen Beweislastumkehr eingeführt. Wenn also zum Beispiel ein Arbeitgeber in Zukunft einen Beschäftigten nicht einstellt, dann muss er gegebenenfalls begründen, dass diese Absage nichts mit der Behinderung des Arbeitsuchenden zu tun hatte. Auch hier handelt es sich um einen großen Fortschritt. Das gilt ebenso für die Verbesserung der Situation von Frauen mit Behinderungen oder von allein erziehenden Müttern oder Vätern mit behinderten Kindern.

Auch wenn die finanziellen Rahmenbedingungen – darauf ist hingewiesen worden – es nicht erlaubt haben, alle Wünsche aufzugreifen, so haben wir es hier dennoch mit einem ganz klaren Abbau von Barrieren im Sozialrecht zu tun. Wir befinden uns auf einem gutem Weg, was die Schaffung von 50 000 neuen Arbeitsplätzen für behinderte Menschen angeht, und Sie können sicher sein, dass sich meine Fraktion auch mit allem Nachdruck dafür einsetzen wird, dass ein Antidiskriminierungsgesetz für Menschen mit Behinderungen geschaffen wird.

(Beifall der Abg. Helga Kühn-Mengel [SPD])

Das Vertrauen, das wir bei Menschen mit Behinderungen geschaffen haben, sollten wir nicht leichtfertig aufs Spiel setzen. Es kann nicht sein, dass wir auf der einen Seite hier und heute gemeinsam unser Engagement für behinderte Menschen kundtun und auf der anderen Seite den Menschen, für die wir nun Antidiskriminierungsregelungen durchsetzen, das Lebensrecht absprechen.

(Beifall des Abg. Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU])

Wir müssen uns zu unseren ethischen Grundwerten bekennen und zur Kenntnis nehmen, dass wir Familien mit den abstrakten Versprechungen der Gentechnik zunehmend verunsichern.

(Dr. Ilja Seifert [PDS]: Sehr richtig!)

Natürlich wünschen sich Eltern ein gesundes Kind. Doch wer bestimmt überhaupt noch, wie viele vorgeburtliche Untersuchungen eine Frau über sich ergehen lassen muss, um herauszufinden, wie gesund das Kind in ihr ist? Möglicherweise wird festgestellt, dass das Kind behindert sein wird. Müssen dann nicht wir Politiker, aber auch unsere Gesellschaft alles daran setzen, dass die Beantwortung der Frage, ob das Kind auch wirklich ausgetragen wird, nicht davon abhängt, ob die Gesellschaft alle notwendige Unterstützung und Begleitung anbieten kann?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD, der CDU/CSU und der F.D.P. sowie des Abg. Dr. Ilja Seifert [PDS])

Ich wünsche mir, dass gesellschaftliches Miteinander von Menschen mit Behinderung und Menschen ohne Behinderung eine Bereicherung für beide Seiten bleibt, und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Nun erteile ich dem Kollegen Dr. Heinrich Kolb für die F.D.P.-Fraktion das Wort.

Dr. Heinrich L. Kolb (F.D.P.): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die heutige Debatte ist der zumindest vorläufige Abschluss eines Verfahrens, das ich in zehn Jahren in diesem Hohen Haus noch nicht erlebt habe und das mir rückblickend wie ein Selbstfindungsprozess der rot-grünen Koalition vorkommt.

(Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: Seit zwei Jahren ist das aber üblich!)

Von der Koalitionsvereinbarung bis heute haben Sie sich zwei Jahre lang über Eckpunkte, mehrere Diskussionsentwürfe, einen Vor-Referentenentwurf und den jetzigen Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen in einem sehr zähen Verfahren von Ihren überaus ehrgeizigen Zielen verabschiedet. Sie legen heute – ich muss es leider so sagen – ein Sammelsurium von Vorschriften vor, das viele behinderte Menschen und Verbände mit Recht als enttäuschend empfinden. Der große Wurf ist es in jedem Falle nicht.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Dass die Bundesregierung, obwohl Bundesminister Walter Riester den Entwurf gestern der Presse vorgestellt hat, sich das Vorhaben nicht per Kabinettsbeschluss zu Eigen gemacht hat, unterstreicht in besonderer Weise die Qualität der Vorlage. Herr Minister Riester, auch die geringe Begeisterung, mit der Sie den Gesetzentwurf heute hier eingeführt haben, ist darauf ein Hinweis.

(Klaus Brandner [SPD]: Das Parlament ist keine Karnevalsveranstaltung!)

Meine Damen und Herren, die behinderten Menschen in unserem Lande haben lange auf dieses Gesetz gewartet. Sie haben sehr viele Vorschläge ein- und sehr viel Geduld aufgebracht. Belohnt werden sie dafür leider nicht.

(Beifall bei der F.D.P.)

Dr. Heinrich L. Kolb

Ich will einige Punkte nennen. Das Wahl- und Wunschrecht der behinderten Menschen zwischen **Geld- und Sachleistungen –** ein begehrter Wunsch der Betroffenen – wurde gewährt, aber nur eingeschränkt. Voraussetzung ist gleiche Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit. Der Nachweis ist vom Behinderten zu erbringen, was im Einzelfall nur schwer gelingen wird.

Was das **persönliche Budget** angeht, so wird es nur die Erprobung im Modellvorhaben geben. Das Ob und Wie entscheidet allein der Rehabilitationsträger. Das ist – das muss ich sagen – nach den vielen vollmundigen Ankündigungen und Erklärungen aus den Reihen der Koalition eine große Enttäuschung für die Betroffenen.

Schon diese beiden Punkte zeigen: Das rot-grüne Glaubensbekenntnis zieht sich bedauerlicherweise auch durch das SGB IX. Den Menschen wird nicht zugetraut, dass sie selbst am besten wissen, was gut für sie ist. Für rot-grüne Politiker kann und muss das – so sieht es aus – nur der Staat entscheiden. Sie wollen normierte Einheitsleistungen. In dem Bemühen um die Einheitlichkeit der Leistungserbringung weisen sie die Planung und Steuerung des gesamten Leistungsgeschehens den Rehabilitationsträgern zu. Die freien Träger von Diensten und Einrichtungen werden in ihrem Entwurf zu rein ausführenden Stellen degradiert.

Für uns aber ist die Ausrichtung auch des SGB IX an den schon im Bundessozialhilfegesetz und SGB XI bewährten Grundsätzen der **Subsidiarität** und des **Wettbewerbs** unverzichtbar.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung erfordert Wahlfreiheit, das heißt die Möglichkeit, aus einer möglichst großen Vielfalt von Angeboten freier, im Wettbewerb stehender Leistungserbringer auszuwählen.

Wir haben die große Sorge, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass mit Ihrer Konzeption gerade für die Menschen mit schweren geistigen und mit mehrfachen Behinderungen und auch für deren Eltern keine Verbesserungen erreicht werden. Ich sage das wegen des auch weiterhin geltenden, ja zementierten **Grundsatzes der Nachrangigkeit der Sozialhilfe.** Ich sage das auch wegen der Festschreibung der lebenslangen Unterhaltspflicht für Eltern stationär betreuter Menschen mit schwerster geistiger bzw. mehrfacher Behinderung. Diese Eltern, die oft jahrzehntelang ihr schwerst behindertes Kind zu Hause betreut und versorgt haben, müssen – wie andere Eltern nicht behinderter Kindern auch – irgendwann einmal das Gefühl haben dürfen, aus der Pflicht zum Unterhalt entlassen zu werden, Vermögen ansparen und eine Altersversorgung aufbauen zu können, die in etwa dem Niveau vergleichbarer Eltern nicht behinderter Kinder entsprechen. Wir unterstützen jedenfalls die Forderung, die Heranziehung unterhaltspflichtiger Eltern für die Kosten der Betreuung, Förderung und Pflege ihrer behinderten Söhne und Töchter auf den Zeitraum bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres zu begrenzen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Lassen Sie mich auf einen anderen Punkt zu sprechen kommen. Die zwangsweise Schaffung der **örtlichen Servicestellen der Rehaträger** nach § 23 SGB IX bis Ende 2002 ist unglücklich. Sie wird wohl – das steht zu befürchten – nur Kosten verursachen und in Wirklichkeit nichts bringen. Ich frage: Was soll der Zwang, wo sich doch die Kostenträger der Reha bereits auf eine weitgehende freiwillige Zusammenarbeit verständigt haben und wenn am Ende und zuletzt doch wieder der einzelne Rehaträger entscheidet? Ich stimme Frau Nolte zu: Hier wird nur unnötige Bürokratie geschaffen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Ihr Gesetzentwurf beinhaltet erhebliche rechtliche und finanzielle Risiken. Die **Sozialhilfeträger** werden auf einen Schlag **Rehaträger.** Abgrenzungsschwierigkeiten sind vorprogrammiert. Das gesamte soziale Leistungssystem wird von heute auf morgen geändert, ohne dass vorher in ausreichendem Umfang verfassungsrechtliche oder finanzielle Überprüfungen vorgenommen worden wären. Das Rehasystem, meine Damen und Herren von Rot-Grün, ist auf die Sozialhilfe, die sich als lebenslange Eingliederungshilfe für Behinderte von kurzfristigen Rehamaßnahmen unterscheidet, nicht zu übertragen. Leistungsverschlechterungen können daher nicht ausgeschlossen werden; eine vollständige Bauchlandung der Koalition mit ihrem Vorschlag übrigens ebenfalls nicht.

Leider gilt – ich sagte das bereits – auch weiterhin der Nachranggrundsatz des Bundessozialhilfegesetzes. Das ist deswegen bedauerlich, weil damit auch in Zukunft nicht ausgeschlossen werden kann, dass behinderte Menschen in Pflegeeinrichtungen abgeschoben werden, um Leistungen aus der Pflegeversicherung zu beziehen. Dazu tragen auch die Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen Bundessozialhilfegesetz und Pflegeversicherung bei. Auf die Klärung dieses Punktes werden wir in den kommenden Beratungen besonders achten.

Immerhin wird für die erwerbsfähigen Menschen mit Behinderung das wichtige Thema **Arbeitsassistenzen** endlich geregelt. Aber die schwerstbehinderten Menschen in den Werkstätten haben wieder das Nachsehen, wie schon zuvor beim Gesetz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter. Sie gehen leer aus.

Im Übrigen ist festzustellen, dass sich durch den gesamten Gesetzentwurf ein roter Faden von Ungereimtheiten und programmierten Fehlentwicklungen zieht. So ist zum Beispiel nach § 29 SGB IX die Förderung von Selbsthilfegruppen, -organisationen, oder Kontaktstellen vorgesehen. Die gleiche Bestimmung findet sich in § 20 Abs. 4 SGB V. Wer soll denn nun was fördern? Oder erhalten diese Gruppen etwa Geld aus beiden Töpfen?

In § 18 SGB IX ist vorgesehen, dass Sachleistungen der Rehabilitation auch im Ausland erbracht werden können, wenn dort gleiche Qualität und Wirksamkeit billiger geleistet werden können. Aber ich frage Sie: Warum nur im Ausland? Warum wird der Vorrang der Belegung der Eigeneinrichtungen durch die Rentenversicherungsträger nicht beseitigt?

(Beifall bei der F.D.P.)

Dr. Heinrich L. Kolb

(A) Wenn im Ausland Sachleistungen der Rehabilitation bei nachgewiesener Wirtschaftlichkeit erbracht werden können, warum verwehren Sie das dann privaten Kliniken im Inland?

(Walter Hirche [F.D.P.]: So ist es! „Inländerdiskriminierung“ nennt man das!)

Es bleibt festzuhalten: Der jetzt vorliegende Gesetzentwurf für ein SGB IX bleibt hinter den Erwartungen der behinderten Menschen zurück. Er beseitigt nicht den Nachranggrundsatz der Sozialhilfe. Er bringt zu wenig für die Behinderten in den Werkstätten und für ihre Familien. Er schafft eine Fülle von Unsicherheiten für die Rehabilitations- und Sozialhilfeträger.

Ich schlage Ihnen vor, mit dem gesamten Entwurf noch einmal in die interne Beratung zu gehen. Es hat mehrere Diskussionsentwürfe gegeben. Da erwartet man fast schon einen zweiten Referentenentwurf. Wenn Sie das allerdings nicht tun, dann erwartet uns eine Menge Arbeit im Ausschuss, um den Entwurf der Realität und den Bedürfnissen der Menschen anzupassen. Um der Sache und um der Menschen willen sind wir aber auch dazu bereit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Ich erteile das Wort dem Kollegen Dr. Ilja Seifert, PDS-Fraktion.

(B) **Dr. Ilja Seifert** (PDS): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die große Umwälzung der bevormundenden Behindertenpolitik findet heute wirklich nicht statt. Aber, à la bonne heure: Erstmalig liegt ein diskutabler Entwurf auf dem Tisch des Hauses. Alle Achtung! Sie wollen das **Finalitätsprinzip** einführen und durchsetzen. Sie wollen dem Wunsch- und Wahlrecht Geltung verschaffen. Sie wollen die Zuständigkeiten klären. Sie wollen sogar einen Anspruch der Selbsthilfe auf Förderung durchsetzen.

Nur, wenn Sie schon Finalitätsprinzip sagen, warum sagen Sie dann nicht klipp und klar: gleiche Leistung bei gleichartiger Beeinträchtigung, unabhängig von Art und Ursache der Beeinträchtigung? Wenn Sie Wunsch- und Wahlrecht sagen, warum schaffen Sie den § 3 a des BSHG, den Heimeinweisungsparagraphen, nicht ab? Da können wir über das Wunsch- und Wahlrecht reden.

(Claudia Nolte [CDU/CSU]: So ist es!)

Was zu den Zuständigkeiten zu sagen ist, haben die Kolleginnen und Kollegen der anderen Opposition bereits gesagt. Was die Förderung der Selbsthilfe angeht: Wann gibt es denn endlich eine institutionelle Grundausstattung, wenigstens für das Telefon und die Miete eines Raumes? Wo bleiben denn die umfassenden Klagerechte nicht nur für dieses Gesetz?

Zum Titel. Also, ich bin sehr für **Teilhabe** von Menschen mit Behinderungen am Leben der Gemeinschaft. Wenn Sie diesen Begriff aber inflationär gebrauchen, entwertet er. Das ist so bei Inflation. Es reicht nicht aus, den (C) Begriff „Rehabilitation“ einfach durch „Teilhabe“ zu ersetzen, wenn man den Inhalt nicht mitverändert.

Machen Sie doch wenigstens den kleinen Schritt und sagen Sie: In Zukunft muss es zwei Berichte geben, einen Bericht zur Entwicklung der Teilhabechancen von Menschen mit Behinderungen am Leben der Gemeinschaft und einen anderen Bericht, der die Entwicklung der Rehabilitation darstellt. Beides zusammen zu sehen ist aber falsch.

Es ist hier bereits mehrfach gesagt worden: Um ein **Leistungsgesetz** handelt es sich leider nicht. Das, was wir wirklich bräuchten, kommt nicht. Aber Sie hätten wenigstens in bestimmten, relativ kleinen Bereichen etwas tun können. Zum Beispiel gibt es keine Verbesserung für erwachsene behinderte Menschen in der Familie; Herr Kolb wies darauf hin. Es gibt keine Verbesserungen für Menschen im Förderbereich der Werkstätten für Behinderte. An eine Herausnahme der Eingliederungshilfe aus dem BSHG ist nicht gedacht. Das wäre wirklich etwas Gutes.

Vielleicht – ich biete das an – können wir in der weiteren Diskussion dieses SGB IX wenigstens in ganz kleinen Schritten hin zu einem Leistungsgesetz entwickeln. Damit wäre nämlich die materielle Ausgestaltung des von Ihnen angekündigten Gleichstellungsgesetzes, das bürgerrechtorientiert sein muss, gegeben. In dieser Hinsicht biete ich Ihnen ausdrücklich konstruktive Zusammenarbeit an. Aber, meine lieben Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank und von den Koalitionsparteien, eine schleichende Aushöhlung des gerade vor einem halben Jahr beschlossenen Schwerbehindertengesetzes durch dieses SGB IX gibt es mit uns nicht. Versucht das bitte nicht! (D)

(Peter Dreßen [SPD]: Das ist doch gar nicht der Fall!)

– Lesen Sie es doch einmal! – Wenn dort ganz unter der Hand die Prüfpflicht der Arbeitgeber, ob ein Platz mit einem schwerbehinderten Menschen besetzt werden kann, abgeschafft wird – das können Sie nachlesen –, dann ist das, gelinde gesagt, ein wenig unfair.

Es reicht ebenfalls nicht aus, wenn **Arbeitsassistenz** nur ein einziges Mal erwähnt wird und eben nicht präzisiert, sondern unter den Kostenvorbehalt der Mittel für die Ausgleichsabgabe gestellt wird. Damit wird sozusagen der Schwarze Peter den Hauptfürsorgestellen zugeschoben. Der Rechtsanspruch auf Arbeitsassistenz ist ein hohes Gut, das im Schwerbehindertengesetz verankert wurde. Sie müssen aber irgendwann einmal sagen, wie Sie sich die Ausgestaltung dieser Arbeitsassistenz vorstellen. Der Kollegin Nolte stimme ich ausdrücklich zu, dass es nicht ausreicht, alles mit Verordnungsermächtigungen zu machen. Entweder beharren wir auf unserem Recht als Gesetzgeber oder wir sagen: Die Regierung kann machen, was sie will.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS sowie des Abg. Dr. Heinrich L. Kolb [F.D.P.] – Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: Wenn die wenigstens wüssten, was sie wollen!)

Das ist aber nicht mein Verständnis von parlamentarischer Demokratie.

Dr. Ilja Seifert

Es gibt akzeptable und diskutable Ansätze, aber wenn Sie nicht ein wenig zulegen, indem Sie die Mitwirkung der Betroffenen institutionell stärken und Leistungen anbieten, die wir in der Gesellschaft wirklich brauchen, dann kann nicht mehr von Teilhabe die Rede sein, sondern nur noch von geteilter Aufmerksamkeit. Das brauchen wir nicht.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und hoffe, dass wir zu einer vernünftigen, guten und erfolgreichen Diskussion kommen.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Ich erteile das Wort der Kollegin Silvia Schmidt, SPD-Fraktion.

Silvia Schmidt (Eisleben) (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zwanzig Jahre warten unsere Mitbürger und Mitbürgerinnen mit Behinderungen und zwanzig Jahre warten Verbände und Interessenvertretungen schon auf ein Sozialgesetzbuch IX. Wir setzen das lang geforderte und längst überfällige Gesetz endlich um. Wir nehmen den Gleichstellungsauftrag in Art. 3 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes und Art. XIII des Vertrages von Amsterdam nicht nur ernst, sondern sozialdemokratische Politik übernimmt hier eindeutig Verantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Behinderte Menschen sind Experten in eigener Sache mit Fähigkeiten und Kompetenzen. Es gilt, Möglichkeiten zu schaffen, damit diese endlich wahrgenommen werden können. Unser Entwurf eines SGB IX stellt einen massiven Wendepunkt in der Behindertenpolitik dar. Politik für behinderte Menschen wird durch Politik von und mit ihnen abgelöst. Das ist ein entscheidendes Ereignis und damit ereignet sich tatsächlich der geforderte Paradigmenwechsel. Dieser Entwurf, Herr Kolb, findet hohe Anerkennung bei allen betroffenen Verbänden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Heinrich L. Kolb [F.D.P.]: Ich habe an einigen Diskussionen teilgenommen, bei denen das nicht so war!)

– Lesen Sie bitte einmal in der Fachliteratur nach, welche Haltung die jeweiligen Verbände und Vereine einnehmen. Endlich finden wir in der Behindertenpolitik internationalen Anschluss. Wir reagieren auf die Grundrechte-Charta der EU und auf Diskussionen innerhalb der Weltgesundheitsorganisation um einen neuen Begriff der Behinderung.

(Dr. Ilja Seifert [PDS]: Aber der ist doch nicht verwandt worden!)

Meine Damen und Herren, liebe Mitbürger und Mitbürgerinnen, im Mittelpunkt unseres Neuanfangs steht ein **innovatives Rehabilitationsmanagement.** Die einzurichtenden Servicestellen sollen ein optimales Management im Sinne der behinderten Menschen garantieren. Unsere Behindertenpolitik ist eine Politik der Bewegung und der Weiterentwicklung.

(Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: Deswegen das Leistungsgesetz!)

Die Politik des Stillstandes, Herr Meckelburg, hat ein Ende.

(Beifall bei der SPD – Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: Wo ist denn das Leistungsgesetz?)

– Warten Sie noch eine Weile! – Man denke nur an den letzten Entwurf unserer Vorgängerregierung zum SGB IX, der ohne Diskussion am grünen Tisch entstanden ist und 1993 von den Verbänden und Betroffenen zum größten Teil abgelehnt und verworfen wurde. Das sind wahrscheinlich die hohe Verantwortung und die hohen Ansprüche, die Sie, Frau Nolte, vorhin erwähnt haben. Die Betroffenen wollten Ihren Gesetzentwurf nicht. Die Ansprüche waren wahrscheinlich zu hoch.

(Beifall bei der SPD)

Seither sind von Ihnen nur Ankündigungen zu hören gewesen.

(Dr. Heinrich L. Kolb [F.D.P.]: Wir haben 1994 mit Ihnen das Grundgesetz geändert, Frau Kollegin!)

Wir haben das Gespräch mit den Verbänden und allen Beteiligten wieder aufgenommen. Unser Wahlversprechen und die Koalitionsvereinbarungen mündeten in Diskussionen mit den Betroffenen, Verbänden und Trägern, sie führten zu einer gemeinsamen Entwicklung der Eckpunkte und zu insgesamt sechs Arbeitsentwürfen zum SGB IX. In größtmöglicher partizipativer Demokratie haben wir einen breiten Konsens erreicht. In diesem Sinne appelliere ich an Sie, meine Damen und Herren, die bei der Realisierung und Umsetzung des SGB IX mit in der Verantwortung stehen, mitzuarbeiten. Damit meine ich ausdrücklich auch die verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Opposition.

Die **Teilhabe** von behinderten Menschen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und darf nicht durch interfraktionelle Grabenkämpfe blockiert werden. Gemeinsam und im Sinne eines breiten gesellschaftlichen Konsenses müssen wir innovative Wege beschreiten. Es ist fatal, kontraproduktive Ängste zu schüren, wo Lösungen gefragt sind. So gehen wir davon aus, dass die Umsetzung des SGB IX die Kommunen langfristig nicht zusätzlich belasten wird. Mittelfristig wird sie die Kommunen sogar entlasten. Die Entbürokratisierung, das heißt verkürzte Bearbeitungszeiten, werden dazu führen, dass Kosten eingespart werden.

Natürlich bedaure ich, dass das Problem des Rückgriffs auf das Privatvermögen im Sozialhilferecht noch nicht umfassend gelöst ist. Das werden wir aber erst mit einer generellen Reform der Sozialhilfe ändern können.

(Dr. Heinrich L. Kolb [F.D.P.]: Am Sankt-Nimmerleins-Tag!)

Aber der erste Schritt ist bereits getan: Die Bedürftigkeitsprüfung bei Leistungen der Sozialhilfeträger zur medizinischen Rehabilitation und zur Teilhabe am Arbeitsleben einschließlich der Leistungen im Arbeitsbereich anerkannter Werkstätten entfällt.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch kurz zwei Beispiele aus unserem Gesetzentwurf hervorheben, die

Silvia Schmidt (Eisleben)

(A) zeigen, dass sich eine bürgernahe Modernisierung des Sozialstaates an den Bedürfnissen und Nachfragen behinderter Menschen orientiert und nicht an den Anbietern sozialstaatlicher Leistungen.

Das Anliegen der Betroffenen wird zukünftig im Mittelpunkt stehen. In Diskussionsrunden und in einem regen Meinungsaustausch und nicht zuletzt in unseren Werkstattgesprächen haben wir die Berücksichtigung besonderer Probleme und Bedürfnisse von **behinderten Frauen** im Gesetzentwurf festgeschrieben.

(Beifall bei der SPD)

Die Zeiten, in denen Frauen Bittstellerinnen und Almosenempfängerinnen waren, angewiesen auf soziale Brotkrumen einer Wohlstandsgesellschaft, sind mit dem von uns eingeleiteten Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik endlich vorbei.

(Beifall bei der SPD)

Unsere sozialdemokratische Reformpolitik setzt auf das Prinzip des Empowerments. Betroffene Frauen werden zu Expertinnen in eigener Sache und damit zu Beteiligten.

(Beifall bei der SPD – Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: Hatten Sie jetzt schon etwas zum Leistungsgesetz gesagt?)

Die Interessenvertretungen behinderter Frauen werden in allen beratenden Gremien mitbestimmen, Herr Meckelburg. Behinderte Frauen mit Erziehungspflichten erhalten einen Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit und einen Rechtsanspruch auf Arbeitsassistenz. Behinderte Frauen werden in (B) Zukunft durch geeignete wohnortnahe Angebote gleiche Chancen im Erwerbsleben erhalten. Betroffene Frauen sehen sich im täglichen Leben immer noch ständig mit Diskriminierungen konfrontiert. Rollstuhlfahrerinnen schilderten mir sexuelle Belästigungen. Um es ganz deutlich zu sagen: Diese Frauen können ihre unerträgliche Hilflosigkeit und ihre Ängste kaum verarbeiten. Die Erweiterung des Rehabilitationssportes ist nur eine der zahlreichen Möglichkeiten, diese Frauengruppe zu unterstützen und ihr Selbstbewusstsein zu stärken.

Es wurde vorhin das Stichwort „Leistungsgesetz“ in die Debatte eingebracht. Am Rande bemerkt – die eben angesprochenen Leistungen sind ebenfalls zusätzliche Leistungen –: Es wird auch Mittel für Haushaltshilfen und für Reise- und Verpflegungskosten geben.

Abschließend möchte ich noch auf ein Kernstück unseres Reformwerkes, nämlich auf die **Früherkennung** und **Frühförderung** als Komplexleistung, eingehen. Erstmals sind nicht ärztliche psychologische, heilpädagogische, sozialpädiatrische und psychosoziale Leistungen, verbunden mit der Beratung von Eltern, in der medizinischen Rehabilitation möglich. Die Resonanz auf § 30, der einen deutlichen Richtungswechsel aufzeigt, ist nicht nur bei allen Verbänden und in der Fachwissenschaft, sondern gerade auch bei den betroffenen Eltern äußerst positiv. Bitte nehmen Sie das zur Kenntnis.

Herr Kolb, in diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, dass der neue § 40 a BSHG eindeutig klarstellt, dass die Eingliederungshilfe in einer Behinderteneinrichtung die Pflege mit umfasst. Damit hat das Abschieben von Schwerstbehinderten in Pflegeheime endlich ein Ende. Verschiebebahnhöfe wird es nicht mehr geben. (C)

(Beifall bei der SPD – Peter Weiß [Emmendingen] [CDU/CSU]: Das grundsätzliche Abgrenzungsproblem haben Sie damit nicht gelöst! – Dr. Heinrich L. Kolb [F.D.P.]: Das werden wir prüfen!)

– Prüfen Sie das!

Unsere behinderten Mitbürger und Mitbürgerinnen, auch Menschen mit temporärer Behinderung und ältere Menschen, werden nicht mehr in die Rolle der Hilfesuchenden gedrängt; denn das Leitmotiv sozialdemokratischer Behindertenpolitik ist: Teilhabe und Selbstbestimmung sowie Bürgerrechte für alle.

Lassen Sie uns den eingeschlagenen Weg gemeinsam gehen, damit Integration und Selbstbestimmung behinderter Menschen nicht nur ein Versprechen ist, sondern zur Selbstverständlichkeit in unserer Zivilgesellschaft wird.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Das Wort hat nun der Kollege Matthäus Strebl, CDU/CSU-Fraktion.

Matthäus Strebl (CDU/CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei (D) der Gestaltung eines Sozialgesetzbuches IX – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen – darf es, so möchte ich feststellen, für uns alle, unabhängig von der Fraktionsangehörigkeit, nur ein Leitmotiv geben: Wie können die Beteiligungschancen der rund 7 Millionen behinderten Menschen deutlich verbessert werden? Was können wir für die Mitwirkungsmöglichkeiten ihrer Angehörigen tun?

Weit mehr als die Hälfte der Betroffenen ist aus Krankheitsgründen schwerbehindert. Die deutlich verlängerte Lebenszeit führt dazu, dass das Risiko der Behinderung und der Pflegebedürftigkeit weiter zunimmt. Auch der Rehabilitationsbedarf wird sich erhöhen. Die von CDU/CSU und F.D.P. geführte Bundesregierung hatte bereits erste Antworten darauf gegeben: das verfassungsrechtliche **Diskriminierungsverbot** von 1994 und die **Pflegeversicherung** von 1995.

Ich hatte gehofft, dass wir auf dieser Basis das SGB IX gemeinsam aufbauen würden. Doch Ihre Signale waren gänzlich andere – dazu will ich eine kurze Rückschau halten –, wie ich auch der bisherigen Debatte entnehmen konnte: Sie verschieben Kosten der Krankenversicherung auf die Pflegeversicherung, senken massiv die Beiträge von Arbeitslosen zur Pflegeversicherung und verursachen dadurch jährliche Verluste von etwa 400 Millionen DM bei der Pflegeversicherung.

(Gerald Weiß [Groß-Gerau] [CDU/CSU]: So ist es!)

Matthäus Strebl

(A) Die unter Norbert Blüm – daran möchte ich erinnern – komfortabel aufgebauten Rücklagen drohen nun von Walter Riester verscherbelt zu werden. Doch Sie spielen beim **SGB IX** weiter auf Zeit: Noch im Wahlkampf 1998 haben Sie den Menschen ein Leistungsgesetz des Bundes versprochen, das – ich zähle jetzt die einzelnen Punkte auf – die Rechtslage wesentlich vereinfachen, mehr Überschaubarkeit und Effizienz sicherstellen und die Lage der betroffenen Menschen verbessern sollte.

(Silvia Schmidt [Eisleben] [SPD]: Das macht es auch!)

Falls Sie es nicht wissen sollten: Heute sind wir im dritten Amtsjahr Ihrer Regierung. Was vorliegt, ist viel Papier. Aber von den hehren Absichten ist wenig übrig geblieben. Es ist ebenfalls festzustellen: Von der rot-grünen Koalition wird bisher eine Behindertenpolitik mit beschränkter Hoffnung betrieben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Ich wiederhole: Im Bundestagswahlkampf von 1998 haben Sie den Menschen ein Bundesleistungsgesetz versprochen.

(Adolf Ostertag [SPD]: Was habt ihr eigentlich 16 Jahre lang gemacht?)

Mit Ihrer Vorlage zementieren Sie aber weitgehend die bestehenden Verhältnisse, die von allen Seiten unstrittig als dringend reformbedürftig angesehen werden, verehrte Frau Kollegin Schmidt. Sie nehmen zumeist nur kleine Veränderungen im Eingliederungsrecht vor, eine Prosa – so möchte ich feststellen – mit vielen Worten und kleinen Taten.

(B) Im Bundestagswahlkampf 1998 versprachen Sie weniger Bürokratie und mehr Effizienz. In Ihrer Vorlage fordern Sie den Aufbau neuer Behördenstrukturen, die neben den bestehenden Organisationen arbeiten sollen. Völlig unklar sind der Status und die Kompetenzen, die dieser Quasibehörde zugestanden werden sollen. Arbeiten Sie neben vorhandenen Einrichtungen oder mit diesen zusammen? Das ist hier die Frage.

Unter dem Strich stelle ich daher fest: Nicht weniger, sondern mehr **Bürokratie** ist das Ergebnis Ihrer so genannten Reform. Der VDR rechnet allein mit rund 300 Millionen DM an zusätzlichen Verwaltungskosten. Ich fordere Sie auf: Geben Sie dieses Geld den Betroffenen und den Verbänden, statt es in eine neue Bürokratie fließen zu lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dies wäre eine wirkliche Verbesserung der Beteiligungschancen behinderter Menschen.

Wir haben in Bayern sehr frühzeitig mit den Betroffenen und ihren Verbänden über das heutige Projekt gesprochen. Im Frühjahr des Jahres 2000 haben wir in München eine **Anhörung** dazu durchgeführt, verehrte Frau Kollegin Schmidt. Alle eingeladenen Verbände – Caritas, Blindenbund, die Lebenshilfe, die Diakonie, das Rote Kreuz, um nur einige zu nennen – haben uns klare Vorstellungen mitgegeben. Sie wünschen ein einheitliches Bundesleistungsgesetz, das die behindert geborenen und

(C) die später von Behinderung betroffenen Menschen ohne Bedürftigkeitsprüfung und Rückgriff auf Vermögenswerte gleichstellt. Viele Menschen mit Behinderung oder auch chronisch erkrankte Menschen empfinden die Einkommens- und Vermögensprüfung nach dem Sozialhilferecht zu Recht als diskriminierend.

Ich sage es noch einmal ausdrücklich: Wir unterstützen Sie bei der Gestaltung eines einheitlichen Leistungsgesetzes, wie Sie es vor der Wahl versprochen haben. Handeln Sie jetzt, sonst fühlen sich die Verbände und der betroffene Personenkreis von Ihnen getäuscht und enttäuscht.

Die Betroffenenverbände wünschen eine größere Überschaubarkeit und eine Vereinfachung des Behindertenrechts. Weiter sollten die Anspruchsvoraussetzungen bei den verschiedenen Trägern vereinfacht und harmonisiert werden. Dies kann ich bei den über 300 Seiten, die uns von Ihnen geliefert wurden, nicht feststellen. Schaffen Sie keine neuen Hürden, sondern verfahren Sie nach dem Modell, dass die vorhandenen Einrichtungen vernetzt werden und stärker kooperieren. Danach sollte die erste angelaufene Station gemeinsam mit dem Betroffenen ein Konzept erarbeiten und dieses dann mit dem Rehabilitationsträger abstimmen. Das funktioniert aber nur mit einem einheitlichen Bundesleistungsgesetz, weil sonst wieder Abgrenzungsprobleme und Rechtsirritationen auftreten werden.

Alle Verbände, die wir angehört haben, waren sich darin einig, dass es bei der zu erwartenden demographischen Entwicklung keine Deckelung der bisherigen **Ausgaben** geben darf, wenn nicht notwendige Leistungen gestrichen und das heutige Hilfeniveau für die behinderten Menschen unterlaufen werden sollen. (D)

Verehrte Frau Kollegin Schmidt, schon bei der Budgetierung im Gesundheitswesen haben Sie den Kern einer Zweiklassenmedizin gelegt. Ich bin gespannt, wie die neue Bundesgesundheitsministerin in Zukunft hier verfahren wird. Das gleiche Schicksal droht nun auch bei den Beteiligungschancen behinderter Menschen.

Die Union und auch die CDU/CSU-Fraktion wollen ein neues SGB IX. Wir sind bereit, im Deutschen Bundestag, aber auch mit den Bundesländern dafür zu streiten und unseren Teil dazu beizutragen, dass zwischen Bund und Ländern eine faire Finanzierung vereinbart wird.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Achten Sie bitte auf die Redezeit.

Matthäus Strebl (CDU/CSU): Betrachten Sie unsere Kritik als konstruktiven Beitrag und als Mitwirkung an dem ehrgeizigen Ziel, eine gerechte **Teilhabe behinderter Menschen** zu erreichen.

Deshalb appelliere ich an die Koalition: Zeigen Sie mehr Mut und ziehen Sie das vorgelegte Konzept der Mittelmäßigkeit zurück. Hören Sie auf die Betroffenen und ihre Verbände. Dann wird es in diesem Plenum eine große

Matthäus Strebl

(A) Mehrheit für das dringend erforderliche Sozialgesetzbuch geben. Wir alle sind das den betroffenen Menschen schuldig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Das Wort hat nun der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Behinderten, Karl-Hermann Haack.

Karl-Hermann Haack, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange der Behinderten: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte mich auf einige Argumente konzentrieren, die hier von der Opposition vorgebracht worden sind.

Als Erstes möchte ich feststellen: Herr Kolb, Sie sind ein politischer Schnarchhahn.

(Dr. Heinrich L. Kolb [F.D.P.]: Sie sind ein Heißsporn, Herr Kollege!)

Am Mittwoch ist im Kabinett das SGB IX beschlossen worden und Sie stellen sich zwei Tage später hier hin und behaupten, dieses SGB IX sei gar nicht beschlossen. Es ist beschlossen. Sie haben am Mittwoch geschlafen.

(Beifall bei der SPD – Dr. Irmgard Schwaetzer [F.D.P.]: Was ist denn das für ein parlamentarischer Umgang, was für ein Stil! – Jürgen Koppelin [F.D.P.]: Der Behindertenbeauftragte der Bundesregierung rügt in dieser Weise! Das ist unglaublich!)

(B) Als Zweites, Frau Nolte, möchte ich Ihnen sagen, auch Ihnen allen von der schwarz-gelben Zunft: Die Behindertenverbände, die Wohlfahrtsverbände, die Kirchen stimmen diesem Gesetzentwurf zu.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir hatten vor einigen Tagen in Potsdam eine abschließende Sitzung mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und den Behindertenorganisationen. Sie haben diesem Gesetz zugestimmt.

(Dr. Irmgard Schwaetzer [F.D.P.]: Sie machen doch nur Parteipolitik auf Steuerzahlerkosten! Der Kongress der Behindertenverbände war eine reine SPD-Veranstaltung auf Steuerzahlerkosten!)

Die Bundesvorsitzende des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Frau Stolterfoht, hat dabei gesagt, dieses SGB IX sei der innovative, qualitative Sprung im Umbau des Sozialstaates.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt mit anderen Worten, Sie haben während der Erstellung dieses Gesetzentwurfs gar nicht den Prozess mitbekommen, dem wir uns gestellt haben.

(Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: Das war doch kaum nachzuvollziehen, weil Sie ständig neu vorgelegt haben! Ein Zickzackkurs!)

(C) In der alten Koalition haben Sie dreimal versucht, ein SGB IX zu schaffen. Sie sind daran in Ihrer alten Koalition gescheitert, weil Sie das mit den sieben sozialen Sicherungssystemen hinter verschlossenen Türen ohne die Betroffenen auskungeln wollten. Da haben Ihnen die Betroffenenverbände erklärt: So nicht!

Wir haben den Paradigmenwechsel begonnen, indem wir die **Betroffenen und ihre Verbände** Schritt für Schritt einbezogen haben. Kein Punkt – ob das persönliche Budget als Modellversuch, ob die Wahlfreiheit, ob die Servicestellen, ob die Arbeitsassistenzen –, der die Qualität dieser neuen Politik deutlich macht, ist ohne die Betroffenen erarbeitet worden. Dazu hat es Workshops gegeben, dazu haben wir Vorschläge erarbeitet.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Heinrich L. Kolb [F.D.P.]: Nur heiße Luft!)

Das erklärt Ihre Uneinsichtigkeit in die neue Qualität, das Nichtverständnis der neuen Qualität von Gesetzgebung dieser Koalition, dass wir Schritt für Schritt Entwürfe vorgelegt haben.

(Dr. Irmgard Schwaetzer [F.D.P.]: Augenwischerei!)

Wir haben die jeweiligen Ergebnisse von Wochenberatungen und Tagesberatungen veröffentlicht. Ich bin der Abteilung V im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung dankbar dafür, dass sie das immer wieder neu formuliert und zur Diskussion gestellt hat, mit der Maßgabe, von allen, die davon betroffen sind, die daran interessiert sind, Rückmeldungen zu erbitten. Diese Rückmeldungen sind gekommen. Also sage ich: Sie sind dabei. (D)

Jetzt komme ich zu drei Punkten. Der erste Punkt: Frau Nolte beklagt „dunkle Begriffe“. In sieben sozialen Sicherungssystemen, die sich mit den Belangen von behinderten Menschen, von Rehabilitanden beschäftigen, gibt es sieben unterschiedliche Begrifflichkeiten, sieben unterschiedliche Verfahren für Leistungsgewährung, sieben unterschiedliche Zugangswege. Dies wird nun vereinheitlicht. Dass die Versicherungssysteme an dieser Frage kein Gefallen haben, dass sie gern weiter in ihrem Garten gärteln, ist doch logisch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber wir haben ihnen gesagt: Die Regelung geschieht auf der Grundlage eines Begriffs, der auf der Ebene der WHO geprägt worden ist, des Begriffs der **gesellschaftlichen Teilhabe.** Damit lösen wir uns aus über 100-jähriger Tradition, Behinderung als Krankheit zu begreifen.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Ilja Seifert [PDS])

Nein, meine Damen und Herren, behindert sind wir alle oder wir werden es. Behinderung ist zu beschreiben mit „fehlender Kompetenz“, mit „Defiziten“. Wir gleichen das jetzt aus, indem wir Kompetenzen stärken und Eingliederung ermöglichen. Das ist das Neue.

(Beifall bei der SPD)

(A) **Vizepräsidentin Anke Fuchs:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Schwaetzer?

Karl-Hermann Haack, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange der Behinderten: Bitte, Frau Kollegin, nur zu.

Dr. Irmgard Schwaetzer (F.D.P.): Herr Kollege, bei dem großen Behindertenkongress, den Sie veranstaltet haben, kam in der Diskussion ganz klar heraus, dass diese Servicestellen nur dann sinnvoll sind,

(Karl-Hermann Haack, Bundesbeauftragter: Darauf komme ich gleich!)

wenn sie tatsächlich die Entscheidung der Rehabilitationsträger vorwegnehmen könnten. Sehen Sie in irgendeiner Weise eine Möglichkeit, dies durchzusetzen? Ist es nicht richtig, was von Behindertenverbänden formuliert worden ist, dass diese Servicestellen eine reine Augenwischerei sind und eine Doppelarbeit bedeuten, weil sich die Rehaträger natürlich nicht die letzte Entscheidung vorwegnehmen lassen?

Karl-Hermann Haack, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange der Behinderten: Ich fange gleich mit diesem Punkt an. Als Erstes hatte ich gesagt, dass wir eine neue Begrifflichkeit haben. Als Zweites komme ich jetzt zu den Servicestellen. Bisher – das hat der Minister schon gesagt – läuft ein Mensch mit rehabilitativen Ansprüchen von Pontius zu Pilatus. Ich gebe Ihnen hierzu einige Zahlen an die Hand: (B) 52 Prozent der Menschen wohnen auf dem Land. Das heißt, die Menschen, die auf dem Land wohnen, gehen von der Stadt A zur Gemeinde B und zum Kreishaus C, um dort ihre Leistungen zu erbitten.

(Dr. Irmgard Schwaetzer [F.D.P.]: Ich möchte eine Antwort auf meine Frage!)

Jetzt fassen wir dies in den **Servicestellen** zusammen. Der Grundsatz heißt nun: Die Dienstleistung folgt dem Menschen und nicht der Mensch der Dienstleistung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Heinrich L. Kolb [F.D.P.]: Antworten Sie doch auf die Frage!)

Dies hat zur Konsequenz, dass die Servicestellen auf Landkreisebene eingerichtet werden. Die Leistungen werden somit ortsnah und zeitnah erbracht. Innerhalb einer zeitlichen Begrenzung muss entschieden werden, sonst hat der Rehabilitand das Recht, selbstständig Leistungen in Anspruch zu nehmen und die Rechnung bezahlen zu lassen.

Als Drittes: Einmal entschieden ist immer entschieden. Ein anderer Systemträger darf die Biografie eines Behinderten nicht neu interpretieren. Auch damit ist Feierabend.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nun komme ich zu Ihrer Frage. An diesem Verfahren haben die Versicherungssysteme kein Gefallen gefunden. (C) Ich nenne in diesem Zusammenhang Frau Nolte, die von den Rechtsverordnungen spricht. Genau das ist der Punkt: Wir möchten ein System haben, das auf der Ebene der Selbstverwaltung funktioniert und ortsnah, zeitnah und kompetent ist – das kann jeweils vernetzt sein. Man ist dabei, ein solches System zu etablieren.

Ich habe mich gestern mit den Vorständen der BfA, der Unfall- und der Krankenversicherung getroffen. Sie haben mir versprochen: Zum 1. Juli dieses Jahres wird dieses System stehen. Also bewegen wir uns in die richtige Richtung. Es ist entschieden: Wenn die Servicestelle die Entscheidung des Rehaträgers vorbereitet hat, dann wird sie auf dieser Grundlage erfolgen.

(Dr. Irmgard Schwaetzer [F.D.P.]: Ein Dampfplauderer sind Sie!)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Herr Kollege, ich darf Sie einen Augenblick unterbrechen. Ich möchte ungern die Debatte zu sehr verlängern. Herr Koppelin, Sie haben eine Zusatzfrage?

(Jürgen Koppelin [F.D.P.]: Nein, eine Kurzintervention!)

– Nein, diese gestatte ich Ihnen nicht mehr, weil Freitagnachmittag ist.

(Zuruf des Abg. Jürgen Koppelin [F.D.P.])

– Das kann ich entscheiden. – Wollen Sie jetzt eine Zwischenfrage stellen oder nicht?

(Jürgen Koppelin [F.D.P.]: Ja!)

(D) Dann formulieren Sie jetzt eine Frage. – Das kann ich entscheiden, Herr Kollege. Da bin ich mir sicher. Ich glaube, es ist im Sinne des Ablaufs der heutigen Debatte. Ich bin für Lebendigkeit und Zwischenrufe. Aber wir sollten uns bemühen, die Debatte nicht allzu sehr zu verlängern. Deswegen habe ich auch die Redezeit von Herrn Haack wieder laufen lassen, um einigermaßen im Zeitplan zu bleiben. Dafür bitte ich um Verständnis.

(Karl-Hermann Haack, Bundesbeauftragter: Nein, das gibt es nicht! Wo kommen wir denn da hin?)

Jetzt hat der Kollege Koppelin das Wort zu einer Zwischenfrage.

(Heiterkeit bei der SPD – Dr. Irmgard Schwaetzer [F.D.P.]: Das war eine präzise Frage, auf die er nicht geantwortet hat!)

– Auch Herr Haack darf nicht überziehen. Er hat Ihre Frage beantwortet, auch wenn Sie mit der Antwort nicht zufrieden sind. Während er auf Ihre Frage geantwortet hat, habe ich seine Redezeit gestoppt. Das sind die Spielregeln dieser Geschäftsordnung.

Jetzt hat der Kollege Koppelin das Wort. Bitte sehr.

Jürgen Koppelin (F.D.P.): Da ich nicht die Gelegenheit zu einer Kurzintervention bekomme – ich bitte um Verständnis dafür, dass ich das bedaure – und gern etwas zu dem Stil der Rede gesagt hätte – darüber werden wir an

Jürgen Koppelin

anderer Stelle reden müssen –, darf ich folgende Frage an Sie richten.

(Karl-Hermann Haack, Bundesbeauftragter: Nein, das Ganze ist bunter!)

– Es geht schon wieder los. Sie sind nicht in der Lage, einmal zuzuhören.

Ich möchte gerne folgende Frage stellen, weil ich mich zum Thema der Behinderten sehr engagiere.

(Karl-Hermann Haack, Bundesbeauftragter: Ja, ich auch!)

– Ich denke, Sie sollten sich Ihre Kommentare sparen und zuhören.

(Karl-Hermann Haack, Bundesbeauftragter: Jawohl!)

Das können Sie anscheinend nicht.

(Rita Grießhaber [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oberlehrer!)

Ich frage Sie: Finden Sie als Behindertenbeauftragter der Bundesregierung den Stil, in dem Sie heute Ihre Rede halten, in Ordnung? Ist es nicht so, dass es bei aller politischen Auseinandersetzung – diese muss natürlich von der Bundesregierung und allen Fraktionen geführt werden – Aufgabe des Behindertenbeauftragten der Bundesregierung sein muss, die Interessen der Fraktionen zum Wohle der Behinderten zusammenzuführen und nicht das Sprachrohr einer Partei und der grobe Klotz zu sein, der auf die Oppositionsfraktionen einschlägt? Ich sehe – sehen Sie das nicht auch so? – Ihre Aufgabe darin, diejenigen, die sich in allen Fraktionen zum Wohle der Behinderten engagieren, zusammenzuführen. Finden Sie nicht auch, dass Ihre Rede heute völlig daneben ist?

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Jetzt hat Kollege Haack das Wort zur Beantwortung dieser Frage. Bitte sehr.

Karl-Hermann Haack, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange der Behinderten: Herr Koppelin, es liegt vom 19. Mai 2000 eine Entschließung vor, in der exakt das steht, was wir heute realisieren. Das haben Sie einmütig mitbeschlossen.

Jetzt sagen Sie – wir müssen uns das anhören –, dass es nicht richtig ist, dass das SGB IX die Zustimmung der beteiligten Verbände und Organisationen findet.

(Dr. Heinrich L. Kolb [F.D.P.]: Die Briefe, die ich bekomme, sehen anders aus! – Dr. Irmgard Schwaetzer [F.D.P.]: Sie haben eine selektive Wahrnehmung!)

Herr Kolb behauptet zudem, es liege kein entsprechender Kabinettsbeschluss vor.

Ich erkläre Ihnen jetzt den Weg, den wir hier vorsehen: Nach der geplanten Anhörung werde ich den Vorschlag zu einer gemeinsamen Sitzung aller Beauftragtem und Berichterstatter der hier im Hause vertretenen politischen Parteien über diesen Gesetzentwurf machen, mit der Maßgabe, zu einer einheitlichen Beschlussfassung zu kommen.

Nur, angesichts dessen, dass Sie hier sagen, es liege kein Kabinettsbeschluss vor, das seien nur Rechtsverordnungen und die Verbände stimmten dem Vorhaben nicht zu, muss die Musik auch einmal von einer anderen Seite gespielt werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jürgen Koppelin [F.D.P.]: Es geht um den Stil Ihrer Rede!)

Das bin ich den Kolleginnen und Kollegen der Koalition, die an diesem Thema Woche für Woche gearbeitet haben, und den Damen und Herren aus den betroffenen Verbänden und Organisationen schuldig, die nach Berlin gekommen sind und gesagt haben: Wir arbeiten mit Ihnen zusammen.

(Dr. Irmgard Schwaetzer [F.D.P.]: Wenn die Kurzintervention von der SPD gekommen wäre, hätte die Präsidentin diese zugelassen!)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Frau Kollegin, falls Sie mir mit diesem Zuruf Parteilichkeit vorwerfen, weise ich diesen Vorwurf zurück. Das ist nicht in Ordnung. Ich bemühe mich um einen vernünftigen Ablauf. Ich überlege, was ein „Schnarchhahn“ eigentlich sein soll. Dazu werde ich nichts Weiteres sagen. Aber ich verwahre mich dagegen, dass Sie mir unterstellen, ich sei in der Amtsführung parteilich. Das Präsidium hat auch darauf zu achten, dass der Ablauf der parlamentarischen Beratung vernünftig vonstatten geht. Darum bemühe ich mich.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Herr Kollege, jetzt haben Sie das Wort. Ihre Redezeit läuft wieder.

Karl-Hermann Haack, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange der Behinderten: Ich möchte nun auf den dritten qualitativen Sprung, auf das Thema **Wahlfreiheit,** zu sprechen kommen. Das bisherige System war dadurch geprägt, dass gesagt wurde: Der Mensch mit Behinderungen ist ein Objekt der Fürsorge. – Nun soll ihm ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht werden.

An dieser Stelle möchte ich zunächst einmal den Organisationen und Gruppen einen ausdrücklichen Dank aussprechen, die sich in der Vergangenheit, in den letzten 50 bis 100 Jahren, Menschen mit Behinderungen zugewandt haben und ihnen im Rahmen des Fürsorgegedankens ein angemessenes Leben ermöglicht haben und die nach den vielen Gesprächen der letzten Zeit bereit sind, mit uns gemeinsam voranzugehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen hier vor dem Deutschen Bundestag: Dieser Paradigmenwechsel wird nicht nach dem Prinzip

(A) „Entweder-oder“, sondern nach dem Prinzip „Sowohl-als-auch“ organisiert werden. Dies bedeutet im Klartext: Alle diejenigen, die als Betroffene oder als Nichtbetroffene in der Sache engagiert sind, werden gemeinsam die nächsten Schritte organisieren.

Ein weiterer Punkt: Wahlfreiheit bedeutet konsequenterweise auch, **Arbeitsassistenzen** zur Verfügung zu stellen. Hier ist festgestellt worden, dass die Einrichtung von Arbeitsassistenzen auch für Werkstätten und für den vorgelagerten Werkstattbereich gelten müsste.

(Dr. Irmgard Schwaetzer [F.D.P.]: 7,5 Minuten Redezeit sind bei ihm sehr lang!)

In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, dass nach der Eingliederungsverordnung an Werkstätten und geschützte Einrichtungen Pauschalen gezahlt werden, die die Arbeitsassistenz ersetzen. Insofern erübrigt es sich, für diesen Bereich zusätzlich Geld im Zusammenhang mit der Arbeitsassistenz zur Verfügung zu stellen.

Was heißt Arbeitsassistenz? Ein Gehörloser hat nun die Möglichkeit, im Rahmen seines betrieblichen Ablaufes einen Gebärdendolmetscher zur Seite gestellt zu bekommen. Ein Blinder bzw. ein Sehbehinderter hat nun die Möglichkeit, eine Vorlesekraft zur Verfügung gestellt zu bekommen. Ein Rollstuhlfahrer bzw. ein Querschnittsgelähmter hat die Möglichkeit, an Werktagen eine Arbeitsassistenz zur Verfügung gestellt zu bekommen. Bisher war es so, dass dies per Antrag bei der Hauptfürsorgestelle genehmigt werden musste. Jetzt besteht hier ein Rechtsanspruch.

(B) Ich denke, dass das ein Beispiel dafür ist, dass wir versuchen, in den Lebensentwürfen von Menschen mit Behinderungen den emanzipativen Gedanken einzuführen bzw. auf eine sichere Grundlage zu stellen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abschließend zum Thema Bedürftigkeitsprüfung – es handelt sich bei der Eingliederungshilfe um einen Betrag von 16 Milliarden DM –: In den diesbezüglichen Verhandlungen mit dem Finanzministerium hatten wir folgendes Modell entwickelt: 15 Milliarden DM fließen in die Neuformulierung des Bund-Länder-Finanzausgleiches ein, werden aber als Nulllinie definiert. Das heißt, die Länder müssen akzeptieren, dass der Anteil, den sie bisher im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes haben tragen müssen, verrechnet wird. Der Bund bezahlt dann den Aufwuchs für die späteren Jahre.

Das ist vom Bundesfinanzminister und den finanzpolitischen Sprechern der Länder nicht akzeptiert worden. Deswegen haben wir den Weg gewählt, im Hinblick auf die Diskussionen in den kommenden Jahren einen Türöffner zu suchen, indem wir die medizinische und berufliche Rehabilitation, die aus der Eingliederungshilfe bezahlt wird und bisher dem Bedürftigkeitsprinzip unterworfen war, von der Heranziehung von Einkommen und Vermögen freistellen.

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Herr Kollege, Sie müssen jetzt zum Schluss kommen.

(C) **Karl-Hermann Haack,** Beauftragter der Bundesregierung für die Belange der Behinderten: Schlusssatz: Die in dem Gesetz enthaltenen Übergangsfristen haben den Sinn, den Gesetzgeber und die Beteiligten zu zwingen, Rechenschaft über das abzulegen, was wir an neuen Instrumenten in das Gesetz hineingenommen haben, um dann eine weitere Diskussion zu ermöglichen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Irmgard Schwaetzer [F.D.P.]: Haben Sie für die SPD oder für die Regierung gesprochen? – Dr. Heinrich L. Kolb [F.D.P.]: Für die Regierung wohl kaum, sonst wäre es traurig!)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Als letzter Redner in dieser Debatte hat der Kollege Peter Weiß für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu einigem von dem, was über eine angeblich neue Zeit in der Behindertenpolitik gesagt worden ist, möchte ich eingangs feststellen: Politik und Gesellschaft setzen sich nicht erst seit dieser Legislaturperiode für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Behinderungen ein. Was bei uns in Deutschland an ambulanten Diensten, Werkstätten und Wohnheimen für Behinderte in den letzten **20 Jahren** geschaffen worden ist, kann sich sehen lassen und zeugt davon, wie sich Politik und Gesellschaft für die behinderten Mitbürgerinnen und Mitbürger einsetzen. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU – Erika Lotz [SPD]: Aber zum SGB IX habt ihr immer nur geredet!)

Richtig ist, Frau Kollegin, dass ebenfalls seit Jahrzehnten zu Recht der dringende Wunsch besteht, das Recht der Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen in ein neues, umfassendes Sozialgesetzbuch zu überführen. Herr Haack, es ist richtig, dass die Betroffenen und die Verbände die Neufassung des Sozialgesetzbuches begrüßen. Sie müssen aber auch zugeben – das haben Sie verschwiegen –, dass alle sachlichen Kritikpunkte, die in der heutigen Debatte vorgetragen wurden, von den Verbänden und Betroffenen nach wie vor geäußert und nicht durch ihre allgemeine Zustimmung zum SGB IX ersetzt werden. Das haben Sie leider verschwiegen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Dr. Heinrich L. Kolb [F.D.P.]: Ganz genau! Da schnarcht er nämlich!)

Eine weitere Anmerkung. Ich empfinde es als gut, wenn in einer Debatte über ein Sozialgesetzbuch mit unendlich vielen organisatorischen Regelungen zur Selbstvergewisserung auch etwas über die **ethischen Grundlagen,** die uns in der Behindertenpolitik leiten, gesagt wird. Deswegen begrüße ich, was Frau Kollegin Göring-Eckardt zum Schluss ihrer Rede vorgetragen hat. Nur, Frau Göring-Eckardt, mittlerweile kommen mir Zweifel an der Haltung der Bundesregierung insgesamt, nachdem der neue Kulturstaatsminister Nida-Rümelin mit seinen

Peter Weiß (Emmendingen)

Äußerungen zur Neudefinition der Menschenwürde genau das Gegenteil zum Ausdruck gebracht hat. Wenn die Menschenwürde, die in unserem Grundgesetz garantiert ist – uns Politikern ist die Verpflichtung auferlegt, sie in unserem Handeln und in unserer Politik zu achten –, so umdefiniert wird, dass Menschenwürde nur noch dem zustehen soll, der über die bewusste Fähigkeit verfügt, Selbstachtung zu empfinden,

(Paul Breuer [CDU/CSU]: Gefährlich, gefährlich!)

dann ist das nicht mehr die Menschenwürde, die die Väter unseres Grundgesetzes gemeint haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Nun beklagen sich die Koalition sowie der Herr Bundesbeauftragte und der Herr Bundesminister über die Kritik am SGB IX. Nur die Messlatte hat Rot-Grün hoch gehängt.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Heinrich L. Kolb [F.D.P.]: Die sind unten durch gelaufen!)

– So ist es, sie sind unten durch gelaufen.

Vor der Bundestagswahl haben Sie erklärt – ich darf zitieren –:

> Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich für die Schaffung eines eigenen Leistungsgesetzes ausgesprochen. … Bündnis 90/Die Grünen treten dafür ein, den ganzheitlichen Charakter der Behindertenhilfe zu erhalten. Wir fordern ein eigenes Leistungsgesetz für Behinderte …

So war es in der „Lebenshilfe Zeitung“ vor der Bundestagswahl zu lesen.

Das ist Ihre Messlatte. Vor dieser großen und – wie ich zugeben muss – schwierigen Aufgabenstellung hat die Koalition bei der Vorlage ihres Gesetzentwurfes versagt.

(Dr. Heinrich L. Kolb [F.D.P.]: Als Tiger gesprungen und als Bettvorleger gelandet!)

Den Elementen, die Sie mit diesem Gesetzentwurf ändern, fehlt schlichtweg die Logik.

Im Rahmen der Rentenreform wollen Sie ein so genanntes **Grundsicherungsgesetz** durch das Parlament bringen. Behinderte Menschen sollen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts Sozialhilfe – die neue Bezeichnung heißt: bedarfsorientierte Grundsicherung – bekommen. Die Eltern des erwachsenen Behinderten werden beim Unterhalt nicht mehr herangezogen. Aber für die Leistungen, die aufgrund der Behinderung im Rahmen der Eingliederungshilfe notwendig werden, soll weiterhin die Sozialhilfe zuständig sein. Wenn es Ihnen mit der Forderung nach einem Leistungsgesetz ernst gewesen wäre, dann hätten Sie doch zuallererst diejenigen Leistungen, die Menschen aufgrund ihrer Behinderung dringend benötigen, aus der Sozialhilfe herausnehmen und in ein Leistungsgesetz überführen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Die gebotene Gleichstellung von Behinderten mit Nichtbehinderten verpflichtet den Gesetzgeber doch, zuallererst die Nachteile, die der Behinderte aufgrund seiner Behinderung hat, auszugleichen.

(Paul Breuer [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Besonders widersinnig ist, dass gerade erwachsene Menschen mit Behinderungen bzw. deren Eltern zur Deckung der Kosten der für sie notwendigen Hilfen herangezogen werden sollen, wenn sie so schwer behindert sind, dass sie nicht in einer Werkstätte für Behinderte arbeiten können. Dass Sie innerhalb der Gruppe der Menschen mit Behinderungen eine neue Klassengesellschaft errichten, dass Sie ausgerechnet diejenigen, die besonders auf Hilfe und Unterstützung angewiesen sind, nämlich die Schwerst- und Mehrfachbehinderten, benachteiligen, ist völlig unverständlich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Des Weiteren hat man erwartet, dass die bestehenden Probleme der Abgrenzung zwischen der Pflegeversicherung und der Sozialhilfe durch das neue Gesetz gelöst werden. Hier wird mit dem Gesetzentwurf in der Tat für Klarstellungen gesorgt. Aber eine generelle Klärung wird wiederum vermieden. Die Klärung dieser Frage wird in der Zukunft immer dringender werden, weil auch die Zahl alt gewordener Menschen mit Behinderungen in den nächsten Jahren zunehmen wird. Dies werden Mitbürgerinnen und Mitbürger sein, die in **Werkstätten für Behinderte** gearbeitet und durch Beitragszahlungen in die Pflegekasse einen eigenen Anspruch an die Pflegeversicherung erworben haben.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt und unterstützt grundsätzlich das Vorhaben, ein Sozialgesetzbuch IX zu schaffen. Doch mit dem jetzt von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf wird dieses Ziel leider nur ungenügend erreicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Letztlich ist das neue Gesetz nur ein zusätzliches Dach für die weiterhin nebeneinander bestehenden Gesetze. Für diejenigen, die mit diesem Gesetz umgehen müssen, machen Sie die Anwendung nicht einfacher, wie Sie es versprochen haben, sondern eher komplizierter.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Sie bringen sich vor allem in Schwierigkeiten, weil Sie den zentralen Punkt bei der Reform des Behindertenrechts, nämlich die Überführung der Eingliederungshilfe aus dem Bundessozialhilfegesetz in ein eigenes Leistungsgesetz für Behinderte, entgegen Ihren Wahlversprechungen und Ankündigungen nicht anpacken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Deswegen ist zu diesem Gesetzentwurf festzustellen: Probleme nicht gelöst, mehr Bürokratie! Mit diesem Gesetzentwurf machen Sie eigentlich niemanden so recht glücklich, wahrscheinlich sich selber auch nicht. Sie machen weder die Menschen mit Behinderungen noch deren Eltern, noch die vielen engagierten Pädagogen und Pflegekräfte glücklich, die in den Einrichtungen und Diensten großartige Leistungen für unsere behinderten Mitbürger

Peter Weiß (Emmendingen)

(A) und damit auch für die Gesellschaft erbringen. Für ein solch wichtiges Gesetzgebungsvorhaben sollte gelten: Wenn man etwas richtig machen will, dann muss man ganze Sachen machen. Halbe Sachen sollte man lieber gleich bleiben lassen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Ich schließe die Aussprache.

Bevor ich abstimmen lasse, möchte ich jeden bitten, darüber nachzudenken, was er von dem Wort „Schnarchhahn“ hält. Ich halte diesen Ausdruck zwar nicht für parlamentarisch; aber ich weiß nicht genau, was ich mir darunter vorstellen soll.

(Heiterkeit im ganzen Hause)

Interfraktionell wird vorgeschlagen, die Vorlage auf Drucksache 14/5074 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung und zur Mitberatung an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Haushaltsausschuss zu überweisen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

(B)

Nun rufe ich Tagesordnungspunkt 17 sowie Zusatzpunkt 10 auf:

17. Beratung der Beschlussempfehlungen und der Berichte des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Paul Breuer, Ulrich Adam, Georg Janovsky, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

Zukunft der Bundeswehr

– zu dem Antrag der Abgeordneten Günther Friedrich Nolting, Hildebrecht Braun (Augsburg), Dirk Niebel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.

Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr sichern – Wehrpflicht aussetzen

– zu dem Antrag der Abgeordneten Heidi Lippmann, Wolfgang Gehrcke, Uwe Hiksch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS

Zukunft durch Abrüstung – Für eine grundlegende Reform der Bundeswehr

– Drucksachen 14/3775, 14/4256, 14/4174, 14/5087, 14/5088, 14/5089 –

Berichterstattung:
Abgeordente Peter Zumkley
Paul Breuer

(C)

ZP 10 Beratung des Antrags der Abgeordneten Günther Friedrich Nolting, Dirk Niebel, Birgit Homburger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.

Wehrpflicht aussetzen

– Drucksache 14/5078 –

Überweisungsvorschlag:
Verteidigungsausschuss (f)
Rechtsausschuss
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Als erstem Redner erteile ich das Wort dem Kollegen Reinhold Robbe für die SPD-Fraktion.

Reinhold Robbe (SPD): Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte über die Zukunft der Bundeswehr wird im Augenblick ein wenig überschattet von anderen Themen der Verteidigungs- und der Sicherheitspolitik, wozu ganz sicher auch die Diskussion über die Verwendung von **uranhaltiger Munition** im Zusammenhang mit NATO-Kampfeinsätzen gehört, die wir gestern hier im Hause geführt haben. Trotzdem ist es nach meiner Auffassung gut, dass wir heute noch einmal Gelegenheit haben, jenes Thema zu behandeln, das aus den verschiedensten Gründen zu den herausragendsten in der deutschen Öffentlichkeit zählt.

Die Strukturreform der Bundeswehr gehört zu den größten Reformprojekten in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Noch nie zuvor wurde eine so umfassende Erneuerung von Grund auf für einen Bereich des öffentlichen Lebens in Angriff genommen. Auch wenn es in der Vergangenheit bei der Bundeswehr viele Anpassungen, Umschichtungen, Verkleinerungen und Veränderungen gegeben hat, so stehen wir jetzt vor der Aufgabe, das Heer, die Luftwaffe, die Marine sowie den Sanitätsdienst vollkommen neu auszurichten und fit zu machen für die Zukunft.

(D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Von dieser Reform werden mehr Menschen betroffen sein als von irgendeiner anderen grundlegenden Veränderung sowohl im privatwirtschaftlichen wie im öffentlichen Bereich. Man muss sich immer wieder vor Augen führen, dass es sich bei der Bundeswehr um den größten öffentlichen Arbeitgeber handelt, der Hunderttausende von Menschen zwischen Flensburg und Garmisch-Partenkirchen sowie zwischen Aachen und Görlitz in Brot und Arbeit hält. Nicht zuletzt deshalb ist die Reform der Bundeswehr nicht nur in aller Munde, sondern beschäftigt intensiv alle Ebenen des privaten, aber auch des öffentlichen Lebens.

Die Notwendigkeit für diese große Reform liegt auf der Hand. Altbundespräsident Richard von Weizsäcker hat in seinem uns vorliegenden Bericht aus meiner Sicht sehr zutreffend darauf hingewiesen und analysiert, dass die Bundeswehr des Jahres 2000 vor dem Hintergrund der veränderten Sicherheitslage in Europa und in der Welt zu groß, falsch zusammengesetzt und zunehmend unmodern sei. In ihrer heutigen Struktur habe die Bundeswehr, so heißt es bei von Weizsäcker, keine Zukunft. Veraltetes Material schmälere die Einsatzfähigkeit und treibe die Betriebskosten in die Höhe.

Reinhold Robbe

(A) Dies sind nur die wichtigsten Feststellungen der **Weizsäcker-Kommission** zum Status quo der deutschen Armee. Aus dieser Lagebeurteilung ergeben sich jetzt Reformnotwendigkeiten, die der Bundesverteidigungsminister zwischenzeitlich konkretisiert hat. Hierbei bilden drei große Themenbereiche das Fundament für die in Angriff genommene Reform:

Erstens geht es um die Investition in die Fähigkeiten der Menschen, es geht um die bestmögliche Aus- und Fortbildung des Personals, um umfassende Verbesserungen zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes sowie um die Reform von Besoldungs- und Laufbahnstrukturen.

Zweitens geht es um den Erwerb neuer Fähigkeiten durch leistungsfähigere Strukturen sowie um die Modernisierung von Material und Ausrüstung.

Drittens schließlich geht es auch um eine grundlegende Reform der Wehrverwaltung und eine weit gehende Umgestaltung der Beschaffungs-, Verwaltungs- und Betriebsprozesse einschließlich einer völlig veränderten Aufgabenverteilung und einer Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft.

Dieser letzte Punkt ist gerade deshalb so interessant, weil hier im Grunde wirkliches Neuland betreten wird: Der Bundesverteidigungsminister will durch modernes Management eine Konzentration der Streitkräfte auf ihre militärischen Kernaufgaben erreichen und dadurch Spielräume für die dringend notwendigen Investitionen schaffen.

(B) Bei allen unterschiedlichen Bewertungen dessen, was die Weizsäcker-Kommission erarbeitet und die Bundesregierung an Konsequenzen daraus entwickelt hat, gibt es zu den grundsätzlichen Fragen der Strukturreform eigentlich eine breite Übereinstimmung im Parlament, wenn man einmal davon absieht, was die PDS dazu sagt. Aber das interessiert mich an dieser Stelle eigentlich weniger.

Nun will ich selbstverständlich die Probleme nicht klein reden, die die CDU/CSU beim Personalumfang, bei der Finanzausstattung und auch beim vorgelegten Tempo, mit dem die Bundeswehrreform in Angriff genommen wurde, erkennt. Ebenso wenig will ich unter den Tisch kehren, dass die F.D.P.-Fraktion die Strukturreform zum Anlass nehmen möchte, die **Wehrpflicht** abzuschaffen, respektive auszusetzen.

(Beifall bei der F.D.P. und der PDS sowie des Abg. Jann-Peter Janssen [SPD])

Opposition wie Koalition bekennen sich aber eindeutig zur Notwendigkeit der Reform und betrachten es auch als eine nationale Aufgabe, in dieser wichtigen Frage ein wenig mehr über den parteipolitischen Tellerrand zu blicken, als dies bei anderen Fragen der Fall ist.

Wir haben in der Debatte über die Strukturreform nunmehr eine Phase erreicht, in der es nach Vorlage der so genannten Grobplanung jetzt um die Feinplanung und damit auch um Standortentscheidungen geht. Hier ist natürlich fast jede Kollegin und jeder Kollege im Deutschen Bundestag tangiert, sofern es in ihrem oder seinem Wahlkreis eine Bundeswehreinrichtung bzw. einen Bundeswehrstandort gibt.

(C) Gewisse Presseveröffentlichungen über mögliche Standortschließungen haben uns einen Vorgeschmack auf das gegeben, was uns in den kommenden Wochen voraussichtlich noch ins Haus stehen wird. Es liegt in der Natur der Sache, dass dann, wenn über Standortschließungen öffentlich spekuliert wird, sofort alle Bürgermeister, Landräte, Industrie- und Handelskammern und öffentlichen Institutionen lautstark Protest einlegen. Derartige Aufgeregtheiten lassen sich nicht vermeiden, auch wenn der Bundesverteidigungsminister hier zum hundertsten Mal erklärt hat, dass alle bisherigen Veröffentlichungen über angebliche Schließungen allein auf Spekulationen beruhen.

(Günther Friedrich Nolting [F.D.P.]: Na!)

Das ist zunächst einmal ein Stochern im Nebel und hat nicht unbedingt etwas mit dem zu tun, was wir vielleicht noch Ende dieses Monats vom Minister konkret hören werden.

Für die Bundeswehrangehörigen, für die Repräsentanten der betroffenen Standorte und nicht zuletzt auch für uns als Parlamentarier ist es wichtig zu wissen, dass der Entscheidungsprozess im Hinblick auf den Umfang der künftigen Standorte völlig transparent und für jedermann nachvollziehbar gestaltet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der F.D.P.)

Ebenso wichtig ist die Tatsache, dass für den Bundesverteidigungsminister die **Fürsorgepflicht** gegenüber den Angehörigen der Bundeswehr an erster Stelle steht. (D) Die Standortentscheidungen werden also nicht nach Gutsherrenart getroffen oder gar von irgendwelchen politischen Konstellationen vor Ort oder auf Landesebene abhängig gemacht.

Die Kriterien des Verteidigungsministers sind seit langer Zeit bekannt.

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Eine Übertreibung!)

Deshalb will ich als Vertreter eines großen ländlichen Flächenwahlkreises mit vielen Bundeswehrstandorten unterstreichen, wie wichtig es ist, lieber Peter Ramsauer, dass neben militärischen Notwendigkeiten auch betriebswirtschaftliche Erfordernisse, die Verantwortung gegenüber der Fläche und die Auswirkungen von Standortentscheidungen auf die wirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Situation in einer Region berücksichtigt werden. Ich denke, das muss ganz oben anstehen.

(Beifall des Abg. Jann-Peter Janssen [SPD])

Unabhängig davon hat Bundesminister Scharping gestern noch einmal alle Mitglieder dieses Hauses ausdrücklich schriftlich gebeten, ihm gegebenenfalls zusätzliche Kriterien für die Standortentscheidungen zu nennen, damit er diese noch berücksichtigen kann.

(Dirk Niebel [F.D.P.]: Dann muss er erst einmal rauslassen, was er vorhat!)

Eine gleiche Aufforderung ist auch an die Ministerpräsidenten der Länder ergangen.

Reinhold Robbe

(A) Mit der Bekanntgabe der Standortentscheidungen werden alle offenen Fragen beseitigt werden, die sich in nachvollziehbarer Weise die Soldaten, die Zivilbeschäftigten und alle direkt oder indirekt Betroffenen und Verantwortlichen im Laufe der zurückliegenden Wochen gestellt haben. Auch wenn die Umsetzung der Standortentscheidungen nicht von heute auf morgen stattfinden kann, bringt die Gewissheit über die Zukunft der Standorte den Betroffenen jene **Planungssicherheit,** die sie mit Recht erwarten.

Unsere Aufgabe, liebe Kolleginnen und Kollegen, als Mitglieder dieses Hauses wird darin bestehen, die weitere Entwicklung in den Standorten persönlich intensiv und im Rahmen unserer parlamentarischen Möglichkeiten zu begleiten. Dies dient zum einen einer vernünftigen Umsetzung der Reform und bietet zum anderen die Möglichkeit, gegenüber den Soldatinnen und Soldaten sowie den Zivilbeschäftigten unsere besondere Verbundenheit mit der Bundeswehr und mit den dort tätigen Menschen zu dokumentieren.

Ich danke sehr für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Anke Fuchs: Das Wort hat nun der Kollege Kurt Rossmanith für die CDU/CSU-Fraktion.

Kurt J. Rossmanith (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege (B) Robbe, wir alle in diesem Hohen Hause sind uns darüber im Klaren, dass die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen und auch unsere internationalen Verpflichtungen, die wir gegenüber der NATO, der Europäischen Union und den Vereinten Nationen haben, eine moderne, einsatzfähige und durchhaltefähige Bundeswehr notwendig machen.

Wir werfen Ihnen vor, dass die Veränderungen der internationalen Sicherheit und der technologischen Möglichkeiten für Sie nicht der entscheidende Maßstab für die Umstrukturierung unserer Streitkräfte sind; entscheidend sind vielmehr einzig und allein die Finanzen, die die Bundesregierung einzusparen gedenkt. Unser Bundesminister der Verteidigung ist für diese Einsparungen mitverantwortlich; denn die Bundesregierung hat den Haushalt gemeinsam beschlossen. Verehrter Herr Minister Scharping, Sie haben das sicherheitspolitische Feld schlicht und einfach dem Bundesminister der Finanzen, Eichel, überlassen. Diese Tatsache kann man nicht hinnehmen.

(Peter Zumkley [SPD]: Das ist keine Tatsache!)

Sie und nicht der Bundesminister der Finanzen, der Ihnen für diese Aufgabe die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen muss, tragen Verantwortung für die Sicherheits- und für die Verteidigungspolitik in unserem Lande.

Würde sich die Bundeswehrreform nicht nur verbal, sondern auch inhaltlich und methodisch auf Scharnhorst beziehen, dann könnte und dürfte sie gar nicht von der Kassenlage ausgehen. Sie müsste sich zuallererst nach der (C) Definition der **außen- und sicherheitspolitischen Interessenlage** unseres Landes richten. Diese Leistung ist bisher weder von Ihnen, Herr Bundesminister Scharping, noch vom Bundesaußenminister erbracht worden. Nur auf dieser Grundlage finden unsere Streitkräfte ihr Selbstverständnis und ihre Rolle als wichtigstes Instrument unserer Sicherheitspolitik.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Stattdessen diktiert in der SPD-geführten Bundesregierung der Finanzminister einem in der Zwischenzeit auch politisch angeschlagenen Verteidigungsminister Umfang und Struktur der Streitkräfte. Dieser wiederum verordnet eine Reform und lässt gleichzeitig viele Fragen hinsichtlich Ausrüstung, Umfang, Auftrag und Selbstverständnis unserer Bundeswehr offen. Das Ganze wird ohne eine vertiefte Diskussion in Parlament und Öffentlichkeit durchgezogen, so schlicht und einfach nach dem Motto: Warum soll man über die Zukunft der Bundeswehr debattieren, wenn das einzige Argument sowieso nur die Kassenlage ist?

Ich stelle deshalb fest, dass diese Bundesregierung bisher in keiner Weise ihrer Pflicht nachgekommen ist, eine sicherheitspolitische Begründung für die laufende Reduzierung der Bundeswehr zu liefern.

(Paul Breuer [CDU/CSU]: Leider wahr!)

An die Stelle einer echten Reform ist wegen unzureichender Finanzmittel eine bloße Sparaktion durch Rationalisierung, Privatisierung, Truppenreduzierung und Standortschließungen getreten. Die Bundeswehr wird weiter verkleinert und eine Vielzahl von Standorten wird geschlossen. (D)

Der Verteidigungshaushalt sinkt permanent und der Verteidigungsminister versucht vergeblich, über den Ausverkauf von Liegenschaften Geld hereinzubekommen. Allerdings ist jedem schon jetzt klar, dass die Erwartungen, die an die laufenden **Privatisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen** des Verteidigungsministers gestellt werden, in keiner Weise auch nur annähernd erfüllt werden.

Gleichzeitig soll aber die Bundeswehr – zumindest verbal – modernisiert werden und es werden militärische Eingreifkräfte für die Vereinten Nationen und auch das größte Kontingent für die zu schaffende EU-Eingreiftruppe gemeldet. Dass dem Bundesminister der Verteidigung das Geld dafür nicht gegeben wird und wir bereits heute an Grenzen stoßen, was die Auftragserfüllung in Bosnien und im Kosovo anbelangt, spielt dabei offensichtlich keine allzu große Rolle. Die haushaltspolitischen Realitäten, Herr Bundesminister Scharping, stimmen in keiner Weise mit den verteidigungspolitischen Verpflichtungen überein, die Sie und diese Bundesregierung eingegangen sind. Hier beginnt für mich außen- und sicherheitspolitisches Abenteurertum; denn die Bundesregierung ist internationale Verpflichtungen bei der NATO, bei der Europäischen Union und bei den Vereinten Nationen eingegangen, die weder personell noch strukturell, materiell und finanziell abgesichert sind.

(Paul Breuer [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Kurt J. Rossmanith

(A) Wir haben von Wildbad Kreuth aus bewusst die Standortfrage angestoßen, weil wir von der miserablen **Informationspolitik** des Bundesministeriums der Verteidigung genug haben und es an der Zeit ist, dass auch einmal die betroffenen Gemeinden Gehör finden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Noch im letzten Sommer haben Sie, Herr Bundesminister Scharping, öffentlich und, wie man jetzt weiß, wider besseres Wissen nicht nur einmal, sondern in allen möglichen Diskussionsrunden versichert, wenn überhaupt würden nur Kleinstandorte bis zu einer Dienstpostenzahl von 50 Personen von der Bundeswehrreform betroffen sein, größere Standorte würden nicht geschlossen und die Bundeswehr bleibe in der Fläche erhalten. Genau das Gegenteil tun Sie nun:

(Peter Zumkley [SPD]: Woher wissen Sie das?)

Ohne die betroffenen Kommunen zu beteiligen und ohne Rücksprache mit den Ländern – es werden einfach Treffen vereinbart, auf denen man das Konzept darstellt und den Ländern sagt, entweder sie akzeptierten es oder sie akzeptierten es nicht – wird in einem geheimen Küchenkabinett ein Plan entwickelt,

(Paul Breuer [CDU/CSU]: Küche wäre ja noch in Ordnung!)

der eine Vielzahl von Standorten massiven Reduzierungen aussetzt. Ich nenne bei uns im Allgäu nur das Jagdbombergeschwader 34, das auch noch den schönen Namen „Allgäu“ trägt; es soll schlicht und einfach (B) geschlossen werden. Davon wären 1 500 Personen betroffen. Von Sonthofen soll das ABC-Abwehrbataillon abgezogen werden; auch soll die dortige **Feldjägerschule –** das müssen Sie mir einmal erklären – nach Hannover verlegt werden.

(Dirk Niebel [F.D.P.]: Wer kommt denn aus Hannover?)

Wenn Herr Kollege Robbe sagt, Herr Scharping gehe nicht nach Gutsherrenart vor, dann frage ich, wonach denn dann. Soll die Feldjägerschule dem Gutsherren Schröder näher gebracht werden, wenn Sie sie nach Hannover verlegen?

(Dr. Uwe Küster [SPD]: Keine Majestätsbeleidigung!)

Glauben Sie mir: Wir werden uns diesem Kahlschlag massiv widersetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Wir, die CDU und CSU, haben uns immer als die beiden Parteien verstanden – wir tun dies auch in Zukunft –, für die Außen- und Sicherheitspolitik ein ganz wesentliches Element des Handelns ist.

(V o r s i t z: Vizepräsidentin Petra Bläss)

Deshalb werden wir einen Kahlschlag nicht hinnehmen,

(Gernot Erler [SPD]: Es wird ihn auch gar nicht geben!)

(C) was die Standorte anbelangt, und auch keinen Kahlschlag in unserer Sicherheits- und Außenpolitik.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt die Kollegin Angelika Beer.

(Dirk Niebel [F.D.P.]: Jetzt bin ich mal gespannt, was sie zur Wehrpflicht sagt!)

Angelika Beer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute – durchaus nicht zum ersten Mal, Herr Kollege Rossmanith – in einer wichtigen Zeit der Entscheidungen über die Zukunft der Bundeswehr. Eine wesentliche Entscheidung bewegt die Öffentlichkeit und wird von der Opposition, wie eben vorgeführt wurde, in populistischer Manier aufgebauscht.

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Das nehmen Sie sofort zurück! – Lachen bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Uwe Küster [SPD]: Herr Rossmanith lässt die Bundeswehr marschieren!)

– Es ist gut, dass wir hier auch noch lachen können.

So, wie Sie versuchen, mit der Standortfrage Wahlkampf zu machen und Punkte in Ihren Wahlkreisen zu sammeln, tun Sie weder der Bundeswehr noch den Standorten, noch den Kommunen einen Gefallen; (D)

(Beifall bei der SPD)

Sie schaffen vielmehr ein Klima der Panik und der Reformverweigerung. Unter dem Strich kann man eigentlich nur sagen, dass Sie sich der Zukunft der Bundeswehr generell in den Weg stellen.

(Paul Breuer [CDU/CSU]: Sie als Garant für die Zukunft der Bundeswehr!)

Es kommt jetzt darauf an, **Planungssicherheit** für die kommenden Jahre zu schaffen. Ich habe neulich mit einem ehemaligen General gesprochen.

(Zurufe von der CDU/CSU und F.D.P.: Oh!)

Er sagte: Frau Beer, jeder Politiker, der das Wort in den Mund nimmt, wird vom Militär belächelt; denn wir haben diverse Reformen geplant und durchzusetzen versucht und nie ist eine Planung mit Sicherheit durchgesetzt worden.

Unser politisches Ziel als Koalition ist es – deswegen sind wir auch Kompromisse eingegangen –, endlich diese Planungssicherheit zu schaffen. Dazu gehört eine offene, aber sehr differenzierte, verantwortliche Diskussion über die Standorte; denn die Standortentscheidung wird Planungssicherheit geben, weil für die Standorte, die erhalten bleiben, signalisiert wird, dass dort nicht gleich wieder nachgebessert werden muss.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Angelika Beer

(A) Die Kriterien für die Entscheidungen sind bekannt. Nachdem die Grobplanung bereits vorgelegt worden ist und in Kürze die **Feinplanung** vorliegen wird, können wir meiner Ansicht nach davon ausgehen, dass diese Entscheidung nach wirtschaftlichen, sozialverträglichen, aber auch militärtechnischen Kriterien getroffen wird. Am 29. Januar werden wir über die Entscheidung des Ministeriums unterrichtet und weiter diskutieren.

Die Bundeswehr ist weder Selbstzweck noch darf sie als strukturpolitische Maßnahme benutzt werden, wo sich dies nicht mit sicherheitspolitischen Entscheidungen und Kriterien vereinbaren lässt. Dass dies in den vergangenen Jahren in verschiedenen Bundesländern anders gehandhabt wurde, macht die Situation schwierig, ändert aber nichts an der grundsätzlichen Lage heute.

Die Neuausrichtung der Bundeswehr ist sicherheitspolitisch begründet. Sie ist begründet in der günstigen sicherheitspolitischen Ausgangssituation.

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Unfug!)

Sie muss die Aufgabenstellungen der Bundeswehr im Rahmen der internationalen Organisationen, wie der UNO, der NATO und der Europäischen Union, berücksichtigen und ist damit auch Bestandteil der Entnationalisierung der Sicherheitspolitik.

Vizepräsidentin Petra Bläss: Frau Kollegin Beer, gestatten Sie eine Frage des Kollegen Braun?

Angelika Beer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, (B) danke.

(Zurufe von der CDU/CSU und der F.D.P.)

Diese Aufgaben sind eingebettet in eine Konzeption der **Gewaltprävention.** Dies soll helfen, Gewalt zu verhindern. Prävention kann – das sehen wir gerade im Kosovo und in Bosnien – auch Konfliktnachsorge sein.

Die Grundsatzentscheidung für diese Reform wurde vom Kabinett am 14. Juni gefällt. Jetzt kommen die Konkretisierungen.

(Dirk Niebel [F.D.P.]: Wie ist es mit der Wehrpflicht?)

Logische Konsequenz der Neuausrichtung und der Reduzierung der Bundeswehr ist die Überprüfung der Standorte und die Schließung von Liegenschaften und Standorten dort, wo sie nicht mehr benötigt werden.

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Sie würden natürlich am liebsten alle schließen!)

Wir Grüne werden – das war insbesondere unser Anliegen – diese Standortreduzierung auch als Chance begreifen. Unsere Koalition hat sich dazu bekannt, dass Konversion auch Bundesaufgabe ist. Was die Reduzierung in den letzten Jahren angeht, so bestätigen heute nicht wenige Kommunen, dass durch die Förderung von Konversionsprojekten ein Gewinn für die Region erzielt werden konnte. Gleiches wollen wir in den nächsten Monaten und Jahren ebenfalls umsetzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C) Es ist bekannt, verehrte Damen und Herren, dass wir als Grüne weiter gehen wollten, sogar weiter als die Weizsäcker-Kommission. Wir haben gesagt, dass wir keine Aufwuchsfähigkeit von 500 000 Soldaten mehr brauchen, weil wir in einer entspannten sicherheitspolitischen Situation leben, und dass in Zukunft andere Aufgaben wahrgenommen werden sollten. Wir sind für eine **Freiwilligenarmee.** Aber wir sehen, dass eine Reform ein offener Prozess ist.

(Dirk Niebel [F.D.P.]: Was ist mit der Wehrpflicht?)

– Ich sage natürlich etwas zur Wehrpflicht. – Wir werden Ihrem populistischen Antrag heute nicht zustimmen, weil wir uns darauf geeinigt haben, einen anderen Weg zu gehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden aber natürlich in Zukunft weiter über die Frage der Wehrpflicht diskutieren; denn wir haben – das ist ein Wesentliches, von Ihnen verschwiegenes Element, Herr Rossmanith – einen Riesenreformschritt getan: Seit dem 1. Januar 2001 können **Frauen** freiwillig in allen Bereichen der Bundeswehr ihren Dienst leisten. Wir werden die Diskussion führen, ob der Zwang für Männer angesichts der Freiwilligkeit für Frauen weiter aufrechtzuerhalten ist.

(Paul Breuer [CDU/CSU]: Große Unterstützung für Herrn Scharping!)

Unsere Position ist bekannt, aber das ist doch nicht der aktuelle Streit. Wir werden vielmehr einen Schritt nach dem anderen gehen, und zwar gemeinsam. (D)

(Paul Breuer [CDU/CSU]: Ja, einen Schritt nach dem anderen!)

Die **Freiwilligkeit** ist unumstritten. Freiwilligkeit ist das Ziel unserer Gesellschaft.

(Dirk Niebel (F.D.P.): Dann können Sie unserem Antrag ja zustimmen!)

Die freiwillige Übernahme von gesellschaftlichen Aufgaben ist das Hauptaugenmerk für die Jugendlichen heute. Dort werden wir weiter unseren Weg gehen.

(Paul Breuer [CDU/CSU]: Nennen Sie doch den nächsten Schritt! – Dirk Niebel [F.D.P.]: Wie stimmen Sie denn nachher ab, Frau Beer?)

Ich will noch etwas dazu sagen, warum ich auch den zweiten Antrag von Ihnen ablehne.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben sich zwar inzwischen an die Weizsäcker-Kommission angenähert – das finde ich gut, weil die Weizsäcker-Kommission nicht ihren Stellenwert im Entscheidungsprozess des Kabinetts gefunden hat –, aber Sie wollen mehr Geld. Ich sage Ihnen: Wir haben eine **Anschubfinanzierung** für die Reform bereitgestellt.

(Paul Breuer [CDU/CSU]: Wo? – Günther Friedrich Nolting [F.D.P.]: Wo?)

Wir haben eine Anschubfinanzierung sichergestellt. Mehr Geld wird es nicht geben. Vielmehr werden wir alle

Angelika Beer

(A) Bemühungen des Bundesministers unterstützen, mit denen er versucht, Geld effizienter auszugeben, als es die Bundesregierung bislang unter Herrn Kohl getan hat.

(Dirk Niebel [F.D.P.]: Wie stimmen Sie denn gleich bei der Wehrpflicht ab, Frau Beer? Das ist doch eine spannende Frage!)

Ich komme zum Schluss.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist gut!)

Die Bundeswehr, ihre Angehörigen, die betroffenen Gemeinden und Regionen stehen vor schwierigen Zeiten. Das wollen wir hier überhaupt nicht verniedlichen. Gerade vor dem Hintergrund der internen Umwälzungen und der zukünftigen Aufgaben bitte ich Sie ausdrücklich um Unterstützung – statt plattem Populismus, wie eben vorgetragen –

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

und darum, diese Reformen im Interesse aller, auch im Interesse des Parlaments, ernst zu nehmen und die Differenzen, die Sie ja zugestanden bekommen, hier politisch auszutragen, aber nicht auf dem Rücken der Kommunen und erst recht nicht auf dem Rücken der Soldaten. Diese Demagogie sollten Sie beenden; denn sie ist ein Schritt nach hinten und nicht ein Schritt nach vorne.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

(B) **Vizepräsidentin Petra Bläss:** Das Wort hat Kollege Günther Nolting für die F.D.P.-Fraktion.

Günther Friedrich Nolting (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Das forsche Plädoyer aus der bürgerlichen Mitte ist ein wichtiger Impuls für den gärenden Erkenntnisprozess der Gesellschaft, den der mutlose Verteidigungsminister gern unterbinden würde, der sich aber nicht stoppen lässt:

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist denn das jetzt?)

Die Wehrpflicht hat ausgedient.

Diese Aussage stammt nicht aus den Reihen der F.D.P., sondern aus der „Braunschweiger Zeitung“ vom September letzten Jahres, nach dem Beschluss des F.D.P.-Bundesparteitages zur **Aussetzung der Wehrpflicht.** Ich glaube, besser kann man es nicht sagen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Denn hier hat sich die F.D.P. bei einem zentralen Themengebiet erneut an die Spitze eines Prozesses grundlegender, gesellschaftlicher Neuordnung gestellt.

(Paul Breuer [CDU/CSU]: Günther, bleib doch ehrlich!)

Wenn ich heute die Kollegin Beer höre, die sich wieder einmal vollmundig für die Abschaffung der Wehrpflicht ausspricht, in der Koalition mit der SPD aber ausdrücklich für die Beibehaltung der Wehrpflicht stimmt, so kann ich das nur als doppelzüngig, als Wählerbetrug, als infam bezeichnen. (C)

(Beifall bei der F.D.P. – Widerspruch der Abg. Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es offenbart in aller Deutlichkeit, Frau Kollegin Beer, wie die Grünen ihre früheren Überzeugungen nur der puren Macht wegen wieder einmal über Bord werfen.

(Beifall bei der F.D.P. – Zurufe von der PDS: Welche Überzeugungen? – Wo haben die denn noch Überzeugungen?)

Es ist den Grünen vollkommen gleich, wohin die SPD das Schiff steuert – Hauptsache, sie sind dabei, und sei es als blinder Passagier.

(Beifall bei der F.D.P.)

Altbundespräsident Herzog stellte bereits vor mehr als fünf Jahren fest, dass der demokratische Rechtsstaat dem jungen Mann die Wehrpflicht nur dann auferlegen darf, wenn es die äußere Sicherheit des Staates wirklich erfordert. Ob dies in der heutigen Zeit noch zutreffend ist, stellte sein Nachfolger, Bundespräsident Rau, vor wenigen Wochen ebenfalls in Frage.

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was hat denn Kollege Nolting vor drei Jahren gesagt?)

Der Herr Wehrbeauftragte hat vor diesem Hohen Haus nach reiflicher Überlegung die Empfehlung gegeben, die von Bundesverteidigungsminister Scharping getroffene Entscheidung zur Beibehaltung der Wehrpflicht einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. (D)

(Beifall bei der F.D.P. – Peter Zumkley [SPD]: So hat er es nicht gesagt!)

– Doch, so hat er es gesagt. – Die objektive Analyse zeigt, dass es für die Bundesrepublik keinen objektiven sicherheitspolitischen Grund mehr gibt, der den gravierenden Eingriff in die Freiheitsrechte junger Männer in Form der Wehrpflicht rechtfertigen würde.

(Johannes Kahrs [SPD]: Das haben Sie erst jetzt entdeckt! – Peter Zumkley [SPD]: Aus Saulus wurde ein Paulus!)

Meine Damen und Herren, wir dürfen nicht die Armee erhalten, die wir gewöhnt sind, sondern müssen die Armee aufstellen, die wir benötigen – so formulierte einst General de Gaulle. Ich denke, dies ist auch heute noch aktuell.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wer die Veränderungen in der sicherheitspolitischen Lage in Europa nicht erkennt, wird Schwierigkeiten haben, die Bundeswehr für die Erfüllung künftiger Aufgaben fit zu machen. Wir hinken bereits heute in diesem Bereich hinter den meisten unserer Verbündeten her; und der Abstand nimmt zu. Ein grundsätzliches Umsteuern angesichts die-

Günther Friedrich Nolting

(A) ses Prozesses schafft aber Rot-Grün gerade auch in der Wehrpflichtfrage nicht.

Was macht der Herr Verteidigungsminister?

(Johannes Kahrs [SPD]: Ein guter Verteidigungsminister! – Gegenruf der Abg. Heidi Lippmann [PDS]: Aber nicht mehr lange!)

Herr Scharping betätigte sich lange Zeit als Ankündigungsminister; eine Ankündigung jagte die nächste. Dann mutierte er zum Bremser der überfälligen Bundeswehrreform und jetzt spielt er die Rolle eines Abwiegelungs- und Verschleierungsministers. Das wird beim Thema Uranmunition und in der Stationierungsfrage offensichtlich.

(Beifall bei der F.D.P. – Johannes Kahrs [SPD]: Da haben Sie mal wieder im Ausschuss nicht aufgepasst! Sie sollten einmal zuhören!)

20 000 Wehrpflichtige weniger gibt es allein in diesem Jahr in der Bundeswehr. Herr Minister Scharping, das ist die totale Bankrotterklärung Ihrer Bundeswehrreform.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das Leerlaufen ganzer Bataillone und Standorte hat nur einen einzigen Grund. Der Grund ist Ihr Chaoshaushalt, der schon seit seiner Einbringung in das Parlament nur zwei Parameter kennt: eine überzogene Ausgabenseite und eine unseriöse Einnahmenseite.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Johannes Kahrs [SPD]: Herr Nolting, wie viele Standorte haben Sie denn während Ihrer Regierungszeit aufgelöst?)

(B) Herr Minister, Sie werden bald Ihren finanzpolitischen Offenbarungseid leisten müssen.

(Johannes Kahrs [SPD]: Haben Sie vergessen, was Sie 16 Jahre gemacht haben? Oder haben Sie 16 Jahre geschlafen?)

Nein, meine Damen und Herren, in Deutschland darf die Frage der Wehrform nicht von der Kassenlage abhängig gemacht werden. Daher fordern wir Sie auf: Statten Sie die Bundeswehr mit den finanziellen Mitteln aus, die für eine wirkliche Reform notwendig sind. Dann kann zum Beispiel für eine solide Anschubfinanzierung, für eine wirkliche Attraktivitätssteigerung und für eine auftragsgerechte Ausstattung gesorgt werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die F.D.P. stellt sich den Herausforderungen der Zukunft an die Streitkräfte. Wir geben ein klares Bekenntnis zur Aussetzung der Wehrpflicht ab, aber eben nicht zu deren Abschaffung. Gleichzeitig stellen wir uns aber auch der Verantwortung in punkto Gewinnung geeigneten Nachwuchses für die Bundeswehr und wollen andere Vorteile der Wehrpflichtarmee beibehalten, die es ja zweifelsohne gibt. Wir sind für eine intelligente Reform der Bundeswehr, ganz im Sinne der Empfehlungen der Weizsäcker-Kommission.

(Beifall bei der F.D.P.)

Folgerichtig, Herr Kollege Robbe, plädieren wir für die Schaffung von 30 000 Haushaltsstellen für Kurzzeitsoldaten mit einer Dienstzeit von 12 bis 24 Monaten, eine angemessene Besoldung und die Option – bei Vorliegen entsprechender Eignung und Leistung –, den Dienst in der Bundeswehr verlängern zu können. (C)

Eigentlich müsste Ihnen, Herr Kollege Scharping, schon heute der Angstschweiß auf der Stirn stehen.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie werden nämlich in kurzer Zeit wieder von den Realitäten eingeholt werden, die Sie heute noch beharrlich leugnen, gerade so wie bereits bei dem Thema „Frauen in den Streitkräften“.

(Beifall bei der F.D.P.)

Denn auch in der Frage der **Wehrgerechtigkeit** wird der politische Kurs der rot-grünen Bundesregierung wieder einmal durch eine Gerichtsentscheidung bestimmt werden, nicht durch eine auf sachgerechter Analyse der Fakten beruhende politische Entscheidung, wie sie auch der Herr Bundespräsident angemahnt hat. Das stellt Ihrer rotgrünen Politik ein Armutszeugnis aus.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Wehrpflicht ist nicht nur sicherheitspolitisch nicht mehr geboten, sie ist auch in höchstem Maße ungerecht.

(Beifall bei der F.D.P. – Johannes Kahrs [SPD]: Wann haben Sie das denn entdeckt? Als Sie in die Opposition gegangen sind?)

Nach dem Modell der rot-grünen Bundesregierung werden in Zukunft nur wenig mehr als 20 Prozent der jungen Männer zum Wehrdienst und gut 30 Prozent zum Zivildienst, also dem Ersatzdienst, herangezogen werden. Über 40 Prozent hingegen werden überhaupt keinen Pflichtdienst für den Staat leisten müssen. Dass in Zukunft der Ersatzdienst die Wehrpflicht legitimiert, kann nicht richtig sein. Dies geht an der Verfassungsrealität vorbei. (D)

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der PDS)

Meine Damen und Herren, die Bundeswehr eignet sich wahrlich nicht als Experimentierfeld.

(Zuruf von der SPD: Dann sollten Sie sich mit Ihren Äußerungen mehr zurückhalten!)

Herr Minister, ich fordere Sie auf: Schaffen Sie hier Klarheit und stürzen Sie die Bundeswehr nicht in kurzer Zeit erneut in eine Struktur- und Organisationsdiskussion.

Auf den Punkt gebracht: Die Bundeswehr muss dringend reformiert werden. Dazu bedarf es einer ausreichenden Anschubfinanzierung, einer dauerhaften Erhöhung des Wehretats um 2 Milliarden DM, eines Programmgesetzes und ganz zweifelsfrei der Aussetzung der Wehrpflicht. Wir haben heute entsprechende Anträge gestellt. Ich bitte Sie um Zustimmung.

(Beifall bei der SPD – Gernot Erler [SPD]: Das wird leider nicht machbar sein!)

Herr Minister, Sie haben uns am gestrigen Tage angeschrieben. Ich habe dieses Schreiben zur zukünftigen

Günther Friedrich Nolting

(A) Stationierung zur Kenntnis genommen. Sie sprechen darin von einer Auflistung der Kriterien. Diese sind zwar im Ausschuss vorgetragen worden, schriftlich haben wir sie jedoch noch nicht erhalten. Wir wissen auch nicht, welche Vorstellungen Sie haben. Insofern habe ich Ihr Schreiben mit Verwunderung aufgenommen. Offensichtlich wollen Sie jetzt in allerkürzester Zeit das Parlament doch noch beteiligen. Sie setzen uns eine Frist von wenigen Tagen, nämlich bis zum 24. Januar. Ich habe Sie schon vor der Einsetzung der Weizsäcker-Kommission aufgefordert, das Parlament zu beteiligen. Das haben Sie abgelehnt.

(Dirk Niebel [F.D.P.]: Das ist eine Frechheit!)

Sie haben das Parlament auch an der Grobplanung nicht beteiligt und an der gegenwärtigen Feinplanung beteiligen Sie das Parlament ebenfalls nicht.

(Zuruf von der SPD: Ihre Äußerungen waren noch nie besonders einfallsreich!)

Sie haben Ihre Entscheidungen zum Teil zuerst den Medienvertretern vorgestellt und nicht dem Parlament. Insofern können Sie von uns nicht erwarten, dass wir uns in dieser kritischen Stationierungsfrage, die Sie als Regierung allein zu entscheiden haben, sozusagen einkaufen lassen. Dieses Spiel werden wir nicht mitmachen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Herr Kollege Nolting, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

(B)

Günther Friedrich Nolting (F.D.P.): Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. – Nicht das Parlament regiert, sondern es kontrolliert die Regierung. Dieser Kontrolle werden wir auch in Zukunft nachkommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. – Zuruf von der SPD: Aber vielleicht mit etwas mehr Inhalt!)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Für die PDS-Fraktion spricht jetzt die Kollegin Heidi Lippmann

Heidi Lippmann (PDS): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Kollege Nolting hat gerade auf das **undemokratische Verfahren** hingewiesen. Ich kann sagen: Die drei Anträge aus den Oppositionsparteien, die hier vorliegen, haben eine Gemeinsamkeit.

(Peter Zumkley (SPD): Rot-Gelb!)

Sie sind nämlich alle drei Ausdruck dieses undemokratischen und unparlamentarischen Verfahrens vonseiten der Regierung im Umgang mit der Bundeswehrreform. Zwischen den Anträgen von F.D.P. und PDS gibt es sogar noch eine inhaltliche Übereinstimmung, denn beide fordern die Abschaffung bzw. Aussetzung der Wehrpflicht.

Doch das war es dann auch schon an Gemeinsamkeiten. Denn im Gegensatz zu der großen Militärkoalition hier im Haus lehnen wir den Umbau der Bundeswehr zur

(C) schnellen Eingreiftruppe entschieden ab, und zwar nicht nur deshalb, weil die neuen Einsatzoptionen unseres Erachtens verfassungswidrig sind, sondern weil wir Friedenssicherung und Friedenserzwingung mit militärischen Mitteln ablehnen.

Wirksame **Sicherheitsvorsorge** kann Deutschland nur mit **präventiver Politik** betreiben. „Präventiv" meinen wir nicht im militärischen Sinne. Vielmehr sollen ressortübergreifende Lösungsansätze zur Beseitigung von Konfliktursachen gesucht werden. Die Ursachen für Konflikte, wie zum Beispiel Armut, Hunger, unerträgliche soziale Gegensätze, Ressourcenknappheit, Umweltdegradation und eine Weltwirtschaftsordnung, die einseitig auf die Industriestaaten ausgerichtet ist, sind mit militärischen Mitteln nicht zu beseitigen. Diesen Ursachen kann man nur begegnen, indem sich Europa und auch die Bundesrepublik Deutschland für Gewaltverzicht, für gemeinsame Sicherheit ohne militärische Mittel, für einen friedlichen Interessenausgleich und für eine Weltordnung einsetzen, in der alle Seiten auf Hegemonieansprüche verzichten. Das erreicht man weder durch den Aufbau einer europäischen Eingreiftruppe noch durch die Stärkung der Rolle der NATO zur Durchsetzung wirtschaftlicher und geostrategischer Interessen. Man erreicht es auch nicht durch Rüstungsexporte. Diese tragen ganz im Gegenteil zu einer Verschärfung der Situation bei.

Wir haben Ihnen deshalb einen Antrag vorgelegt, in dem wir Sie auffordern, die Umwandlung der Bundeswehr zu einer hochmobilen, über weite Entfernungen einsetzbaren Interventionsarmee zu stoppen und die künftige Ausrichtung strikt auf die im Grundgesetz festgelegten originären Aufgaben zu beschränken. Angesichts der sicherheitspolitischen Lage der Bundesrepublik, die noch nie so günstig war, ist der Verzicht auf jegliche militärischen Mittel eine langfristige Option, für die wir uns einsetzen. Dass das nicht von heute auf morgen zu bewerkstelligen ist, ist uns allen klar. Deshalb sprechen wir uns für einen schrittweisen und sozialverträglichen **Abbau des Personalbestandes der Bundeswehr** auf vorerst 100 000 Soldaten aus, die – das ist ganz besonders wichtig – strukturell nicht angriffsfähig sind. (D)

Bisher von der Bundeswehr übernommene Aufgaben müssen auf zivile Strukturen übertragen werden, so zum Beispiel im Bereich der humanitären Hilfe und des Katastrophenschutzes durch die Einrichtung eines „Green Corps" und durch die Stärkung ziviler Friedensmissionen. Um dies sozialverträglich zu gestalten, ist die Einrichtung eines **Amtes für Konversion und für Abrüstung** dringend erforderlich; denn jede Standortschließung macht deutlich – das kann man auch der aktuellen Debatte entnehmen –, dass mangelnde Konversionsplanung den Regionen großen Schaden zufügt.

Natürlich setzen wir uns auch – ebenso wie neuerdings die F.D.P. –

(Gernot Erler [SPD]: Ihr neuer Partner! – Johannes Kahrs [SPD]: Die F.D.P. ist nach allen Seiten offen!)

für die **Abschaffung der Wehrpflicht** ein. Die Wehrpflicht oder der ersatzweise Zivildienst sind nicht nur aus

Heidi Lippmann

(A) sicherheitspolitischen Gründen Relikte aus Zeiten des Kalten Krieges, sondern auch ohne jeglichen demokratischen Wert. Spätestens bei der Grundgesetzänderung, durch die den Frauen der Dienst an der Waffe ermöglicht wurde, hätte man die Wehrpflicht abschaffen oder zumindest aussetzen müssen. Dieses Versäumnis muss dringend beseitigt werden. Wenn nämlich junge Männer nach wie vor gezwungen werden, einen Zwangsdienst zu verrichten, entspricht dies nicht dem Gleichheitsgrundsatz. Es ist vielmehr undemokratisch und diskriminierend.

Halten Sie nicht länger – Herr Nolting hat es schon gesagt – aus sozialpolitischen Gründen an der Wehrpflicht fest, weil Sie die Zivildienstleistenden brauchen, sondern schaffen Sie endlich die dringend erforderlichen dauerhaften Arbeitsplätze, damit die bisherige Arbeit der Zivildienstleistenden erledigt werden kann!

(Johannes Kahrs [SPD]: Wir brauchen die Wehrpflichtigen!)

Lassen Sie mich noch einmal auf die Debatte zurückkommen, die wir gestern hier geführt haben. Diese zeigt, wie dringend erforderlich eine fundierte Auswertung des grundgesetz- und völkerrechtswidrigen NATO-Angriffskrieges gegen die Bundesrepublik Jugoslawien ist, nicht nur, was den Einsatz von Munition und Waffensystemen betrifft, sondern insbesondere auch hinsichtlich der Ursachen. Das Fazit, das Sie alle hier im Hause aus diesem Krieg gezogen haben, entspricht ausschließlich militärischem Denken und zieht sich wie ein roter Faden auch durch die Debatte über den Bundeswehrumbau. Es geht Ihnen nicht darum, eine umfassende Ursachen- und Fehleranalyse zu betreiben, sondern lediglich darum, die militärischen Defizite für künftige Einsätze auszugleichen. Das ist nicht nur ein falscher, sondern auch – abgesehen von den unzähligen Milliarden DM, die dieser Weg kosten wird – ein gefährlicher und ein tödlicher Weg.

(B)

Lassen Sie uns endlich über die Ursachen und Fehler reden, zum Beispiel über die Interpretation der Ereignisse von Racak, die von Ihnen allen ohne fundiertes Hintergrundwissen innerhalb von wenigen Stunden zum Massaker erklärt wurden und so letztendlich neben anderen Faktoren zum Auslöser des NATO-Angriffes wurden! Legen Sie dem Parlament und der Öffentlichkeit umgehend eine Analyse und Bilanz vor, die vielleicht einen kleinen Hauch von Selbstkritik und etwas weniger Selbstherrlichkeit enthält, Herr Minister Scharping! Machen Sie endlich Schluss damit, mit den Wählern und den Medien wie mit kleinen Kindern umzugehen, wie die „FAZ“ gestern schrieb.

Die deutsche Beteiligung an dem NATO-Angriffskrieg war damals nicht humanitär und sie ist auch heute nicht humanitär.

Vizepräsidentin Petra Bläss: Frau Kollegin Lippmann, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

Heidi Lippmann (PDS): Mein letzter Satz. – Kommen Sie endlich zur Vernunft! Statt militärischer Optionen und qualitativer Aufrüstung brauchen wir den Ausbau ziviler Instrumente zur Konfliktlösung und -vermeidung.

(C)

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Der nächste Redner ist der Kollege Manfred Opel für die SPD-Fraktion.

Manfred Opel (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Zukunft der Bundeswehr ist zugleich die Zukunft unserer Sicherheit. Weil dies so ist, hätte ich – nicht nur ich, sondern sicherlich auch die Bundeswehr, die Bürgerinnen und Bürger, die Gemeinden, die Sie angesprochen haben – erwartet, dass hier ein großer visionärer Wurf vor uns ausgebreitet wird, wie denn die Opposition alles anders, alles besser machen würde als die Bundesregierung. Was ich gehört habe, waren nur Verunsicherung, Kritikasterei, Kleinkrämerei, aber überhaupt nichts von einem eigenen Konzept.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Günther Friedrich Nolting [F.D.P.]: Was hat die SPD denn vorzuweisen? Die SPD hat doch nichts! – Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Lesen Sie es doch einmal nach!)

– Herr Nolting, ich bin sehr gerne bereit, auf Sie persönlich einzugehen, weil Sie hier Ihre Fraktion vertreten haben.

(Zuruf von der SPD: Aber schlecht!)

Sie haben den Antrag der CDU/CSU mit keinem Wort erwähnt.

(D)

(Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zu Recht!)

Sie haben nicht erwähnt, dass Sie diesen Antrag im Verteidigungsausschuss abgelehnt haben. Stattdessen machen Sie uns glauben, Sie würden mit der CDU/CSU übereinstimmen. Das tun Sie aber gar nicht.

(Günther Friedrich Nolting [F.D.P.]: Das habe ich doch gar nicht gesagt! Habe ich das mit einem Wort erwähnt?)

Dann haben Sie die „Braunschweiger Zeitung“ zitiert und so getan, als sei das ein Zitat, auf dem Sie sich ausruhen können. Ich möchte in aller Bescheidenheit daran erinnern, dass Sie, verehrter Herr Nolting, auf jenem Parteitag, den Sie zitiert haben, gegen den Antrag, den Sie hier verteidigen, gestimmt haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie waren immer für die **Wehrpflicht** und nicht dagegen. Heute tun Sie so, als seien Sie der Vormann der Gegner der Wehrpflicht gewesen. Aber das ist nicht der Fall.

(Paul Breuer [CDU/CSU]: Heute ist er umgefallen!)

Das weiß die Bundeswehr und das wissen wir.

Das ist keine Politik; so sollten wir alle uns in diesem Parlament nicht bewegen. Sie sollten sich zu dem

Manfred Opel

(A) bekennen, was Sie immer gesagt haben, und nicht so tun, als seien Sie schon immer der Vorreiter einer ganz anderen Politik gewesen; denn diese haben Sie selbst jahrelang nicht mitgetragen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Günther Friedrich Nolting [F.D.P.]: Aber Mehrheiten erkennen Sie an, ja? Oder waren Sie immer auf der Seite der Sieger? Sie können sich doch mit Ihren Vorstellungen in Ihrer Fraktion auch nicht durchsetzen!)

Hier wird so getan, als sei diese Bundesregierung der Innovation in der Bundeswehr nicht zugeneigt. Genau das Gegenteil ist der Fall. Ich erinnere daran, dass jahrelang versucht wurde, so etwas wie eine Streitkräftebasis herauszuarbeiten. Es wurde versucht, das zusammenzufassen, was den Friedensauftrag der Bundeswehr ausmacht. Diese Bundesregierung hat es in kurzer Zeit geschafft, einen eigenen Inspekteur der Streitkräftebasis zu schaffen und dadurch die Streitkräfte zu entlasten. Jahrelang haben der Bundeswehr-Verband und wir gefordert, man solle einen eigenen Schüleretat einführen, um die Truppe zu entlasten. Genau dies hat der Minister in seinem berühmten Eckpfeilerpapier gemacht und das ist richtig so. Er hat auch ein Controlling eingeführt, das wir jahrelang gefordert haben; Sie haben das nicht getan. Außerdem hat er einen so genannten IT-Direktor, einen Direktor für Informationstechnologie, eingesetzt, damit die vielen Hunderte Insellösungen, die in Ihre Verantwortung fallen, endlich überwunden werden können.

Das zeigt, dass diese Bundesregierung gehandelt hat. (B) Sie ist weitergegangen und hat sich nicht darum geschert, was es um sie herum an Verunsicherung gab.

Da der Kollege Rossmanith hier so getan hat, als sei diese Bundesregierung nicht in der Lage, den **Bundeswehretat** zu finanzieren,

(Paul Breuer [CDU/CSU]: Dem wollen Sie doch wohl nicht widersprechen!)

möchte ich daran erinnern, dass ein Finanzminister aus Ihrer Partei im Verteidigungsetat einfach gestrichen hat.

(Gernot Erler [SPD]: Richtig!)

Er hat Haushaltssicherungsgesetze gemacht. Ich weiß, wie Herr Breuer damals Sturm dagegen gelaufen ist. Sie sind auch dagegen Sturm gelaufen, den Umfang der Bundeswehr von 370 000 auf 340 000 zu reduzieren. Und was ist passiert? Kein Mensch hat auf Sie gehört. Rühe und Waigel haben gemacht, was sie wollten, und haben auf die Sicherheitspolitiker der Union überhaupt nicht gehört.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben einige Befürchtungen geäußert, die schlicht und einfach nicht wahr sind.

Vizepräsidentin Petra Bläss: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Rossmanith?

Manfred Opel (SPD): Mit größtem Vergnügen, Frau Präsidentin!

(C) **Kurt J. Rossmanith** (CDU/CSU): Lieber Kollege Opel, sind Sie bereit, die Zahlen, die ich Ihnen jetzt nennen werde, auch entsprechend zu bestätigen, weil es halt die Fakten sind und sie bereits die Ist-Ergebnisse darstellen? Der Verteidigungshaushalt lag im Jahre 1996 bei 47,2 Milliarden DM, der Haushalt 2000 bei 45,3 Milliarden DM, und der Haushalt für das Jahr 2001 liegt derzeit bei 46,8 Milliarden DM. Hier sind aber bereits die 2 Milliarden DM für den Bosnien- und den Kosovo-Einsatz aus dem Einzelplan 60 eingeflossen.

Manfred Opel (SPD): Herr Kollege Rossmanith, ich bin bereit, Ihnen zu bestätigen, dass Sie einen Schuldenberg von 1 504 Milliarden DM hinterlassen haben, der im Haushalt 2000 82 Milliarden DM Zinsen, also einen Schuldendienst bedeutet, der fast doppelt so hoch ist wie der Verteidigungshaushalt, sodass wir für Zinsen bezahlen müssen und nicht für das bezahlen können, was wir eigentlich wollen, für unsere Bundeswehr. Das kann ich Ihnen gern bestätigen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Herr Kollege Opel, es gibt eine zweite Frage des Kollegen Rossmanith.

Manfred Opel (SPD): Gern, wenn sie von der gleichen Qualität ist.

(D) **Kurt J. Rossmanith** (CDU/CSU): Herr Kollege Opel, ist Ihnen bekannt, dass im Jahre 1990 unser Land mit großer Dankbarkeit die Wiedervereinigung erlangt hat und dass daher enorme Kosten, jährlich bis zu 150 Milliarden DM Nettotransfers in die neuen Bundesländer, übernommen werden mussten,

(Peter Zumkley [SPD]: Daran haben aber die Länder mitgewirkt!)

um die Hinterlassenschaften des real existierenden Sozialismus nach und nach zu beseitigen?

Manfred Opel (SPD): Herr Kollege, Sie wissen ganz genau, dass mir das sehr nahe ist und dass mir das bewusst ist.

(Kurt J. Rossmanit (CDU/CSU): Dann machen Sie nicht immer solche Bemerkungen!)

Nur, Herr Kollege, Sie wissen, dass wir einen Solidaritätszuschlag erhoben haben und dass dies nicht die Bundesregierung, sondern die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes bezahlen. Ihre Darstellung ist schlicht und einfach falsch. Schon vor 1990 sind Sie in den Schuldenstaat gegangen und danach taten Sie es auch. Dazu sollten Sie sich bekennen, das wäre wenigstens ehrlich.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben die Gleichgewichtigkeit von Streitkräften und Verwaltung in der Bundeswehr zu beachten. Wenn wir von Bundes-

(A) wehr sprechen, sprechen wir von beidem. Wir sprechen von der Gesamtbundeswehr und auch von der Peripherie, von den Gemeinden.

Der Minister ist kritisiert worden, weil er gestern genau das machte, was Sie immer gefordert haben. Er hat Ihnen die Chance gegeben, Herr Nolting, zu einem Kriterienkatalog beizutragen. Diesen Kriterienkatalog müssen Sie doch kennen. Sie brauchen nur die Protokolle des Verteidigungsausschusses zu lesen, dann wissen Sie das. Auf der einen Seite tun Sie so, als würde der Minister Sie nicht teilhaben lassen. Aber auf der anderen Seite lehnen Sie es ab mitzuwirken, wenn er Sie teilhaben lässt.

(Zuruf von der F.D.P.: Unter welchen Bedingungen denn?)

Sie können doch nicht so tun, als hätte die Bundeswehrreform Sie überfallen. Sie haben das Weizsäcker-Gutachten, das Eckwertepapier, das Eckpfeilerpapier, Sie haben alle Daten. Tragen Sie endlich dazu bei, seien Sie konstruktiv! Ich bemerke, dass Sie destruktiv sind. Dies bedauere ich sehr. Das hat die Bundeswehr nicht verdient, Herr Nolting.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich möchte Sie daran erinnern, dass diese Bundeswehr einen völlig neuen Auftrag hat. Frau Lippmann – Sie ist leider jetzt nicht da –, diese Bundeswehr ist keine Interventionsarmee. Die Bundeswehr hat den neuen Schwerpunkt **Bündnisverteidigung.** Wir waren über Jahre Sicherheitsempfänger. Jetzt haben wir die Möglichkeit, Sicherheitsgeber zu sein. (B) Dies bedeutet, dass wir die gesamte Bundeswehr umstrukturieren müssen. Von einer Interventionsarmee zu reden ist daher gänzlich falsch.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Herr Kollege, es gibt eine Zwischenfrage des Kollegen Nolting.

Manfred Opel (SPD): Mit dem größten Vergnügen, Frau Präsidentin.

Günther Friedrich Nolting (F.D.P.): Herr Kollege Opel, ist Ihnen bekannt, dass es eine Weizsäcker-Kommission gegeben hat, in der aktive Politiker nicht mitgearbeitet haben und – aus der Sicht des Ministers – gar nicht mitarbeiten sollten?

(Peter Zumkley [SPD]: Daraus wäre auch nichts geworden!)

Ist Ihnen bekannt, dass das Parlament, als es um die Grobplanung ging, nicht in die Planung einbezogen wurde? Ist Ihnen bekannt, dass bei der Feinausplanung, die stattfand, das Parlament wieder nicht beteiligt wurde,

(Peter Zumkley [SPD]: Parlament und Regierung haben unterschiedliche Aufgaben!)

dass bei den Standortentscheidungen des Ministers das Parlament im Vorfeld nicht beteiligt wurde und dass uns jetzt eine Frist von wenigen Tagen gesetzt wurde, in der (C) wir uns beteiligen sollen? Wir werden damit unter erheblichen Druck gesetzt und sollen offenbar eingekauft werden. Ist Ihnen das alles bekannt?

Manfred Opel (SPD): Herr Kollege Nolting, es gibt verantwortliches Regierungshandeln. Dafür haben wir eine Regierung. Ich bin dankbar, dass diese Regierung ihre Verantwortung wahrgenommen hat.

Jetzt aber zu dem Punkt „Beteiligung des Parlamentes“. Wir haben in der Opposition jahrelang eine parlamentarische Wehrstrukturkommission gefordert. Sie haben diese immer abgelehnt. Das ist die ganze Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Herr Kollege Opel, es gibt eine Frage der Kollegin Lippmann.

Ich verweise darauf, dass dies die letzte Frage ist, die ich bei diesem Redner zulasse. Es ist bereits 13.30 Uhr und wir haben noch zwei weitere Tagesordnungspunkte.

Frau Kollegin Lippmann, bitte.

Heidi Lippmann (PDS): Herr Kollege Opel, Sie haben mich gerade direkt angesprochen und darauf hingewiesen, dass wir nicht länger Sicherheitsnehmer, sondern Sicherheitsgeber seien. Ich frage Sie in Anbetracht der gestrigen Debatte, die wir geführt haben, ganz konkret: Wem geben wir welche Sicherheit und vor allem in welcher Form? Haben wir den Menschen, die Sie damals in (D) Jugoslawien bombardiert haben, Sicherheit gegeben?

(Hildebrecht Braun [Augsburg] [F.D.P.]: Dieser Frau ist nicht zu helfen!)

Halten Sie nach wie vor an der Interpretation des „humanitären Krieges“ fest? Ist das Sicherheit, die wir geben? Geben wir durch die derzeitigen Planungen den Soldaten und vor allem ihren Familien Sicherheit? In welcher Form garantieren wir diese Sicherheit?

Sind Sie nicht vielmehr der Auffassung, dass wir durch Krisenprävention und mit nicht militärischen Mitteln Sicherheit geben müssten,

(Paul Breuer [CDU/CSU]: Die schicken die Feuerwehr dahin!)

wozu der Umbau der Bundeswehr und ihr Engagement in der WEU und der NATO sicherlich nicht gehören?

Manfred Opel (SPD): Verehrte Frau Lippmann, eines ist richtig: Die Krisenprävention – einschließlich nicht militärischer Mittel – ist vordringlich. Wir wollen den Frieden ohne den Einsatz von Militär.

Aber ich muss Ihnen auch sagen: Wir leben in Sicherheit. Wir erkennen den Wert der Sicherheit nicht, so lange sie vorhanden ist. Wir spüren diesen ihren Wert erst, wenn sie gefährdet oder nicht mehr vorhanden ist. Diese Sicherheit haben wir durch unsere Bundeswehr und vor allem aufgrund unserer Alliierten lange Zeit bewahrt.

Manfred Opel

(A) Sowohl Art. 5 des NATO-Vertrages wie auch des WEU-Vertrages legt fest, dass wir uns gegenseitig beistehen. Lange genug haben uns die Alliierten beigestanden. Wir wollen in Zukunft den Alliierten beistehen, vor allem in der vergrößerten NATO. Das ist unsere Aufgabe. Das heißt, dass wir in Zukunft Sicherheitsgeber sein werden. Das bedeutet, dass wir die Bundeswehr umstrukturieren müssen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Hildebrecht Braun [Augsburg] [F.D.P.])

Wir haben weiter eine völlig neue Operationsführung. Wir haben sie deswegen, weil das Gefecht schneller geworden ist. Bei jedem Wetter und zu jeder Tageszeit muss man einsatzbereit sein. Dies bedeutet eine völlig neue Führung in den Streitkräften. Mit unseren Streitkräften müssen wir uns weiterentwickeln. Das hat auch Auswirkungen auf die Struktur und die Stationierung.

Wir haben auch eine neue Technologie, die mehr Präzision, mehr Datenverarbeitung und eine verbesserte Einsatzfähigkeit nach sich zieht. Dies bedingt eine neue Struktur. Eine neue Struktur hat zwangsläufig eine neue Stationierung zur Folge. Es ist völlig egal, wie groß die Geldmittel für die Bundeswehr sind. Jeder in der politischen Verantwortung hätte eine **Umstrukturierung** vornehmen müssen. Es gehört eben auch zur Wahrheit, dass man sich dazu bekennt. Und es gehört zur Zukunft der Bundeswehr, dass man dies tut.

Wir alle gemeinsam – die Gemeinden, die Soldaten, die Bundeswehrangehörigen in Zivil und vor allen Dingen (B) wir in diesem Hohen Hause – müssen diese Umstrukturierung mittragen. Wir müssen zur Sicherheit der Bundeswehrangehörigen und ihrer Familien und nicht zu ihrer Verunsicherung beitragen. Das ist unsere Aufgabe, die im Zentrum dessen steht, was von der Politik erwartet wird.

(Paul Breuer [CDU/CSU]: Derzeit machen Sie das Gegenteil!)

– Verehrter Herr Breuer, mit Ihrem Zwischenruf machen Sie genau das Gegenteil. Wir versuchen dadurch, dass wir eine klare Zeitvorgabe für unsere Entscheidung haben, klarzumachen

(Paul Breuer [CDU/CSU]: Das ist sehr realitätsfern!)

– lassen Sie mich doch einfach ausreden –, dass wir eine mit den Gemeinden und Ländern abgestimmte Politik wollen. Der Minister hat mit dem Ministerpräsidenten gesprochen. Er hat Ihnen alles das dargestellt, was auf der Tagesordnung steht.

(Paul Breuer [CDU/CSU]: Aber nichts gesagt!)

– Sie mögen es nicht wahrgenommen haben. Aber das ist Ihr Problem. Alle anderen, zum Beispiel die Soldaten, haben es wahrgenommen.

(Günther Friedrich Nolting [F.D.P.]: Fragen Sie einmal Frau Simonis!)

Wenn man mit Kommandeuren und Soldaten spricht, dann sagen diese, dass sie Ihre Verunsicherungskampagne (C) überhaupt nicht verstehen. Sie haben zur Bundesregierung und zum Verteidigungsminister Vertrauen.

Unbeschadet dessen, welche Klänge man heute aus dem Bundeswehr-Verband hört – dies bedauere ich ausdrücklich; ich bin seit 1958 Mitglied dieses Verbandes und habe solche Klänge noch nie gehört –,

(Paul Breuer [CDU/CSU]: Das hat wohl seinen Grund!)

wird die Bundeswehr die Zukunft gewinnen. Wir werden die Zukunft der Bundeswehr garantieren und damit die Sicherheit unseres Landes.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Der nächste Redner für die CDU/CSU ist der Kollege Thomas Kossendey.

Thomas Kossendey (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mit meinem Beitrag auf zwei Aspekte eingehen, die heute noch gar nicht erwähnt worden sind: die Situation der Zivilbediensteten und die Kooperation der Bundeswehr mit der Wirtschaft.

Lassen Sie mich zu Anfang feststellen, Herr Minister: Was das Ziel angeht, stimmen wir mit Ihnen überein. Wir wollen mehr als früher – das haben wir seit Beginn der 90er-Jahre deutlich gemacht – den Sachverstand der (D) Wirtschaft in die Bundeswehr hineintragen und wir wollen die Auftragserfüllung der Bundeswehr durch die öffentliche Hand auf das sachlich und rechtlich notwendige Maß beschränken. Sosehr wir uns aber in diesen Zielen einig sein mögen, so sehr haben wir Zweifel angesichts des Weges, den Sie in diesem Zusammenhang eingeschlagen haben. Lassen Sie mich das an drei Problemkreisen verdeutlichen.

Zunächst zum Stichwort **Zivilbedienstete.** Unseres Erachtens haben Sie sich – unklugerweise – unter einen Zeitdruck gesetzt, der Sie geradezu zwingt, Fehler zu machen, Enttäuschungen zu provozieren und Verunsicherung zu schaffen. Wer in den nächsten Jahren über 40 000 Zivilbedienstete einsparen will, der gerät schnell in die Situation, dass er einsparen muss, koste es, was es wolle. Dies trifft umso mehr zu, als die einzusparende Zahl der Zivilbediensteten nicht das Ergebnis einer Planung ist, sondern letztendlich eher einer Vorgabe des Finanzministers folgt.

Sie sagen im Hinblick auf die Zivilbediensteten zum Beispiel: Eine so weit gehende Arbeitsplatzgarantie, wie ich sie ihnen gebe, haben sie noch nie gehabt. Was die Vertreter der Gewerkschaften bei den jetzt stattfindenden Tarifverhandlungen allerdings erleben, ist, dass das politische Versprechen, das Sie gegeben haben, von Ihren Vertretern in den Tarifkommissionen nicht akzeptiert wird. Sie haben im Gegenteil in den ersten Besprechungen mit den Tarifpartnern deutlich gemacht, dass das Innenministerium einer Arbeitsplatzgarantie, wie sie die

Thomas Kossendey

Bediensteten erwarten, nie zustimmen wird. Das muss die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Bundeswehr verunsichern.

Sie sollten zur Kenntnis nehmen, dass es sich bei diesen Mitarbeitern nicht um Kostenstellen mit zwei Ohren handelt, sondern um Menschen, die zusammen mit ihren Familien in Sorge sind um ihren Arbeitsplatz.

(Paul Breuer [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Wenn diese spüren, dass über sie nur verfügt wird, statt dass mit ihnen gesprochen wird, dann lähmt das die Motivation.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Wenn Sie darüber hinaus keine Gelegenheit ungenutzt lassen, die Leistung dieser Mitarbeiter in ein falsches Licht zu rücken bzw. sie manchmal sogar der Lächerlichkeit auszusetzen, muss das demotivierend wirken. Ich will Ihnen dafür ein Beispiel nennen. Auf der Kommandeurtagung haben Sie, Herr Minister Scharping, gesagt – ich zitiere wörtlich –:

> Kürzlich erzählten mir Menschen,

– natürlich anonym –

> ich solle mir mal die WBV in München etwas genauer angucken. Das habe ich dann getan. Da arbeiten etwas über 900 Menschen auf deutlich über 80 000 qm Büroflächen. Das ist unwirtschaftlich. Und auch das ist nur ein Beispiel für manches andere, das ich erwähnen könnte.

Tatsache ist: Das **Bundeswehrverwaltungszentrum** in München hat eine Gebäudenutzfläche von circa 88 000 Quadratmetern. Sämtliche überbauten Flächen, also Büros, Flure, Keller, Toiletten und Wirtschaftsräume, sind darin enthalten. In diesem Bundeswehrverwaltungszentrum arbeiten außer der Wehrbereichsverwaltung noch zehn weitere Dienststellen: die Standortverwaltung, das Kreiswehrersatzamt, das Rechenzentrum, die MAD-Stelle, das Truppendienstgericht usw. Die Wehrbereichsverwaltung VI hat für sich allein eine Hauptnutzfläche von 15 000 Quadratmetern, was bei 900 Bediensteten genau den Vorgaben entspricht, die Ihr Ministerkollege in dem dafür zuständigen Ressort vorgegeben hat.

(Heidi Lippmann [PDS]: Nun seien Sie doch nicht so genau!)

Ich finde, wer auf diese Art und Weise über die Zivilbediensteten spricht, macht sich nicht unbedingt verdient um sie. Lassen Sie doch diese rhetorischen Taschenspielertricks. Sie helfen Ihnen und uns nicht und sie verunsichern die Menschen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Besser wäre es, Herr Minister, Sie würden die Beispiele ernst nehmen, die gezeigt haben, dass man Geld und Personal sparen kann, wenn man intern optimiert und investiert, und zwar entsprechend dem Grundsatz, den Richard von Weizsäcker in seinem viel zitierten Bericht angeführt hat: Sparen kostet. So ist zum Beispiel in der Standortverwaltung in Schwanewede 1994 unter Volker Rühe ein **Optimierungsmodell** ins Werk gesetzt worden, das den Bediensteten die Möglichkeit gegeben hat, nach einer Investition von 2,3 Millionen DM selber zu sparen. Nachdem diese Investition getätigt worden ist, wird in dieser Standortverwaltung jedes Jahr ein Betrag von ungefähr 2,4 Millionen DM eingespart. Das zeigt sehr deutlich, wie wichtig es ist, zunächst eine Anschubfinanzierung zu geben, wenn man sparen will. Für eine solche Anschubfinanzierung ist in Ihrem Haushalt aber weniger Geld vorgesehen, als notwendig wäre. Letztendlich spüren die Menschen, dass Anspruch und Wirklichkeit auseinander klaffen. Und das verunsichert.

Genauso verhält es sich bei der **Kooperation mit der Wirtschaft.** Es haben zwei große Festveranstaltungen stattgefunden. Der Kanzler und Sie haben sich im Rampenlicht zusammen mit der deutschen Industrie gesonnt – das ist für Sozialdemokraten zugegebenermaßen ein fantastisches Erlebnis. Solche Veranstaltungen helfen allerdings der deutschen Wirtschaft nicht in dem Maße, wie sie es erhofft hat. Es sind Kooperationsverträge unterschrieben worden; Sie sagen, es hätten über 600 Firmen unterschrieben. Wenn man aber fragt, was diese Firmen konkret von diesen Verträgen haben, wird uns mitgeteilt, vielleicht zwei Dutzend dieser Firmen hätten Verträge mit der Bundeswehr geschlossen.

(Manfred Opel [SPD]: Immerhin!)

In den Bereichen, in denen Sie Möglichkeiten einer alternativen Finanzierung hätten – Sie persönlich haben vielleicht keine Berührungsängste –, ist Ihr Ministerium noch zu sehr im alten Denken verhaftet, um die Chancen, die es dort gibt, wirklich zu nutzen. Ich will als Beispiele nur das Wehrforschungsschiff und den Aufklärungssatelliten nennen.

(Peter Zumkley [SPD]: Das Forschungsschiff wäre fast an Ihnen gescheitert!)

– Verehrter Herr Kollege Zumkley, Ihr Zwischenruf ist nicht von der Qualität, wie ich es von Ihren sonstigen Beiträgen kenne. Streichen Sie ihn einfach wieder!

(Peter Zumkley [SPD]: Wir besprechen das mal unter uns!)

Es wird häufig eingewandt, das Grundgesetz stünde einer Privatisierung entgegen. Herr Minister, Sie wollten eine Gesellschaft gründen, die dazu in der Lage ist, die Bundeswehr nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten aufzumöbeln. Ich glaube, diese Gesellschaft wäre besser erst gegründet worden, nachdem Sie mit dem Sachverstand Ihres Hauses den rechtlichen Rahmen abgesteckt hätten. Im Augenblick ist Frau Fugmann-Heesing, die ich als kompetente Geschäftsführerin dieser Gesellschaft schätze, dabei, den rechtlichen Rahmen, in dem sie arbeiten kann, selbst auszuloten. Das kann nicht in Ordnung sein. Sie sollten den Sachverstand Ihres Hauses und der nachgeordneten Behörden viel intensiver nutzen, als das in der Vergangenheit geschehen ist.

Im Zusammenhang mit dem Beispiel **GEBB** bitte ich Sie zu überlegen: Sie wollen, dass Ihnen die GEBB durch Grundstücksverkäufe in diesem Jahr einen Betrag von

Thomas Kossendey

(A) nahezu 1 Milliarde DM für den Haushalt erwirtschaftet. Ohne dieses Geld wäre der Spielraum für Investitionen sehr klein. Sind denn die Grundstücke, die verkauft werden sollen, schon identifiziert? Sind sie schon einmal bewertet worden? Wer aus den Kreisen der deutschen Industrie oder der deutschen Makler solche Grundstücke kaufen will, wird klugerweise bis zum Jahresende warten, weil dann Ihre finanzielle Situation immer prekärer wird und möglicherweise eine Situation eintritt, in der über den Preis noch verhandelt werden kann.

Manches von dem, was Sie angefangen haben, ist schön und richtig gedacht, in manchen Fällen haben Sie nur Ansätze weitergedacht, die schon vorhanden waren. Die Wege sind mir allerdings noch viel zu verschlungen, um wirklich erfolgreich zum Ziel zu führen. Herr Minister, ich sage Ihnen sehr deutlich: Wir bieten Ihnen ausdrücklich an, an diesem Thema gemeinsam weiterzuarbeiten. Es ist ein viel zu wichtiges Thema, mit dem Weichen für die Zukunft der Bundeswehr gestellt werden, als dass wir es nur einer Partei dieses Hauses überlassen sollten. Sie müssen sich aber ernsthaft bemühen, die Pläne ins Werk zu setzen.

Ich nenne Ihnen als Beispiel nur das Marinearsenal in Wilhelmshaven. Hier könnten wir den Dreiklang von Industrie, militärischen und zivilen Mitarbeitern ganz prima durchexerzieren. Im Arsenal ist eine Menge an Vorleistungen erbracht worden; die Strukturen sind flacher geworden, es sind nahezu die Hälfte der ursprünglichen Dienstposten eingespart worden. Es bietet sich für eine intensive und verbesserte Kooperation mit der Wirtschaft an. Wir

(B) sollten einmal gemeinsam im Ausschuss erörtern, wie wir vor dem Hintergrund dieses Beispiels die Kooperation zwischen Bundeswehr und Wirtschaft erfolgreich praktizieren können.

Zum Schluss eine persönliche Bemerkung: Diese schwierige Arbeit für die Bundeswehr, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im zivilen und militärischen Bereich, erfordert in den kommenden Jahren die ungeteilte Aufmerksamkeit des Ministers. Die Menschen in der Bundeswehr werden große Belastungen auf sich nehmen müssen; manche Karriereplanung wird jäh unterbrochen und mancher Lebenslauf wird sich nicht so realisieren lassen, wie er geplant war. Ich glaube, es ist nicht gerade sehr motivierend, wenn die betroffenen Menschen, die in schwierigen Situationen stecken, im Fernsehen hören, dass Sie in den letzten Monaten gelernt haben, eine Akte auch einmal etwas früher aus der Hand zu legen. Nein, diese Menschen müssen das Gefühl haben, dass Sie das Heft fest in der Hand haben und dass Ihre politische Aufmerksamkeit ungeteilt den Sorgen und Problemen der Menschen gilt, die in der Bundeswehr für unsere Sicherheit sorgen.

Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Kompliment, Herr Kollege, genau auf die Minute. Nächster Redner für die Fraktion der Bündnisgrünen ist der Kollege Winfried Nachtwei.

(C) **Winfried Nachtwei** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zur Diskussion und Abstimmung stehen heute mehrere Anträge der versammelten, aber sehr uneinigen Opposition.

(Paul Breuer [CDU/CSU]: Im Gegensatz zur Koalition? – Günther Friedrich Nolting [F.D.P.]: Wenn ich die unterschiedlichen Äußerungen aus der Koalition höre, dann kann ich nur feststellen, dass das ein Hühnerhaufen ist!)

Beiträge zur Debatte über die anstehende Bundeswehrreform, die selbstverständlich der öffentlichen und kritischen Begleitung bedarf, sind grundsätzlich zu begrüßen. Die militärpolitische Debatte wird und wurde auch in diesem Haus immer wieder durch viel parteipolitisches Getöse geprägt. Herr Breuer, Sie gehörten zu denjenigen, die dazu sehr viel beigetragen haben. Aber die heutigen Anträge belegen erstaunlicherweise, dass es in relativ vielen Punkten Konsens gibt. Wahrscheinlich war der Konsens in diesem Hause – wenn man es historisch betrachtet – noch nie so groß. Wegen der Kürze der Zeit kann ich allerdings nur auf die Differenzen eingehen.

(Günther Friedrich Nolting [F.D.P.]: Schade!)

Die CDU/CSU votiert für eine geringfügige Reduzierung des Bundeswehrumfanges und für einen Anstieg der Militärausgaben. Wie Sie das mit ihrem Anspruch, den Bundeshaushalt zu konsolidieren, vereinbaren wollen, lassen Sie wohlweislich unausgesprochen.

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Eben nicht! Aber nicht Sicherheitspolitik nach Kassenlage!)

(D) Die F.D.P. orientiert sich in ihrem Antrag stark am – zu Recht gelobten – Bericht der Weizsäcker-Kommission. Das macht ihn um einiges diskussionswürdiger. Wenn die F.D.P. sagt, die Wehrpflicht sei „sicherheitspolitisch nicht mehr zwingend erforderlich“, dann hat sie nach bündnisgrüner, aber bekanntlich nicht nach regierungsamtlicher Auffassung Recht.

(Günther Friedrich Nolting [F.D.P.]: Dann stimmen Sie doch zu!)

– Herr Nolting, Sie blasen sich hier immer so fantastisch auf, als hätten Sie völlig vergessen, dass es einen kleinen Unterschied zwischen Parteipositionen, Fraktionspositionen und Kompromisspositionen gibt, die man in Koalitionen vereinbaren muss. Das hat nichts mit Unglaubwürdigkeit zu tun. Das ist normaler Parlamentarismus, sonst gar nichts.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Wenn Sie gestatten, gehe ich weiter auf Sie ein, Herr Nolting. Immerhin sind Sie derjenige in Ihrer Fraktion gewesen, der zumindest bis zum Sommer letzten Jahres besonders eifrig durch die Lande gezogen ist und immer wieder verkündet hat: Die **Wehrpflicht** ist sicherheitspolitisch unverzichtbar. Ich frage Sie: Was hat sich seit dem letzten Sommer sicherheitspolitisch so grundlegend für die Bundesrepublik geändert,

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gar nichts!)

(A) dass Sie jetzt zu der entgegengesetzten Schlussfolgerung kommen? Sie verstehen, dass hier der Eindruck sehr nahe liegt, dass nicht Sachargumente und gewandelte Überzeugungen eine Rolle gespielt haben, sondern das bekannte Fähnlein im parteipolitischen Winde. In diesem Zusammenhang ist mir die Auffassung Ihres Kollegen van Essen, der überzeugter Reserveoffizier ist, aufgefallen. Ich teile sie zwar nicht, aber er hat Respekt verdient, weil er an seiner Überzeugung festgehalten hat.

Vizepräsidentin Petra Bläss: Herr Kollege Nachtwei, der Kollege Nolting möchte eine Zwischenfrage stellen.

Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, wir brauchen keine weiteren Aufblasveranstaltungen.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Der PDS-Antrag sollte genauer zur Kenntnis genommen werden. Die PDS erkennt nämlich erstmalig den Verteidigungsauftrag der Bundeswehr auch im Bündniszusammenhang an. Ich vermute, dass die meisten PDS-Anhänger davon noch gar nichts wissen; denn wenn sie es wüssten, wären viele von ihnen sicherlich sehr irritiert. Allerdings werden im PDS-Antrag die Konsequenzen verschwiegen. **Bündnisverteidigung** ist heute und in Zukunft nicht ohne hochmobile und flexible Kräfte möglich, also nicht ohne die Fähigkeiten, die fast mit denjenigen deckungsgleich sind, die man für so genannte Kriseneinsätze benötigt.

(B) Es ist allerdings auffällig, dass sich die drei Oppositionsfraktionen in ihren Anträgen genau in diesem Punkt ausschweigen, nämlich über den Auftrag der **Krisenbewältigung**, der ja eigentlich im Mittelpunkt der laufenden Bundeswehrreform steht. Die PDS erteilt ihm ganz kategorisch eine Absage und setzt militärische Krisenbewältigung im Grunde mit imperialistischem Interventionismus gleich. Sie negieren dabei allerdings Kleinigkeiten, nämlich zum Beispiel die zurzeit unverzichtbare Rolle von SFOR und KFOR auf dem Balkan, ohne die es keine Gewalteindämmung gäbe. Eine kategorische Absage Ihrerseits liefe darauf hinaus, Blauhelmtruppen überall – vom Golan bis Zypern – abzuziehen. Das allerdings wären Gewaltförderungsmaßnahmen nach PDS-Art.

CDU/CSU und F.D.P. dagegen kommen im Grunde nicht über die übliche Terminologie zur militärischen Krisenbewältigung hinaus und verpassen damit die Chance, die zu Recht viel geforderte große Debatte zur Bundeswehrreform etwas voranzubringen. Dabei drängen sich doch die großen und bisher nicht geklärten Fragen auf – Sie entschuldigen, wenn ich mich in diesen Punkten im Plenum ab und zu wiederhole; aber da dies auf so wenig Widerhall stößt, muss man das ab und zu wiederholen.

Wir schaffen keine Interventionsarmee, wohl aber eine interventionsfähige Armee.

(Günther Friedrich Nolting [F.D.P.]: Hört! Hört!)

(C) Gleichzeitig wollen wir nicht von einer militärpolitischen Zurückhaltung, die Tradition der Bundeswehr ist, abrücken. Darin besteht hier Einigkeit.

(Peter Zumkley [SPD]: Sehr gut!)

Ehrlicherweise müssen wir allerdings sagen: Die Absicht alleine reicht nicht. Vielmehr brauchen wir eine genauere Klärung und Verständigung über die Voraussetzungen, Ziele und Grenzen von Kriseneinsätzen.

Angesichts der Nachgeschichte des Kosovo-Krieges stellt sich vermehrt die Frage, wie künftig bei multilateralen Kriseneinsätzen der Primat der Politik und die parlamentarische Kontrolle wirksam gestärkt werden können. Dies ist auch im Zusammenhang mit der Diskussion um uranhaltige Munition und der Frage, ob möglicherweise gar ein Anteil Plutonium enthalten ist, ein sehr wichtiger Punkt.

Und schließlich: Die Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft ist eine demokratische und rechtstaatliche Errungenschaft der Bundesrepublik. Daher geht es auch um die Frage: Wie kann diese Errungenschaft bewahrt und stabilisiert werden angesichts einer ganz anderen Realität, was die Einsätze der Bundeswehr angeht, angesichts einer real schrumpfenden Wehrpflicht und angesichts weiterer Standortschließungen?

Wir als Sicherheitspolitikerinnen und -politiker können uns nicht damit begnügen, dass Fragen der Bundeswehr nur dann breites öffentliches Interesse finden, wenn sozusagen bestimmte Nerven der Gesellschaft betroffen sind –

(D) **Vizepräsidentin Petra Bläss:** Herr Kollege Nachtwei, Sie müssen zum Schluss kommen.

Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): – ja, ich komme zum Schluss –, also zum Beispiel die regionale Betroffenheit durch Standortschließungen, die schwer einzuschätzenden Gesundheitsrisiken durch Strahlen, Munitionsreste usw.

In einigen Wochen wird die Bundesregierung ihr Weißbuch zur Sicherheitspolitik vorlegen. Das ist eine vorzügliche Gelegenheit, über sicherheitspolitische Zukunftsfragen breit zu diskutieren, zu mehr Klärung und Verständigung zu kommen. Dazu sollten alle Fraktionen ihren Beitrag leisten.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Zu einer Kurzintervention erteile ich jetzt das Wort dem Kollegen Günther Nolting, F.D.P.-Fraktion.

(Uwe Göllner [SPD]: Das darf doch nicht wahr sein!)

Günther Friedrich Nolting (F.D.P.): Herr Kollege Nachtwei, wir haben ja in den vergangenen Jahren

Günther Friedrich Nolting

(A) verschiedene Veranstaltungen gemeinsam besucht und haben dort gemeinsam diskutiert. Wir beide mögen die sicherheitspolitische Lage unterschiedlich einschätzen. Die Mehrheit meiner Partei ist der Auffassung – Sie haben das ja zitiert –, dass die Wehrpflicht aufgrund der sicherheitspolitischen Lage, die sich ja nun wirklich verbessert hat, nicht mehr zwingend notwendig ist.

Herr Kollege Nachtwei, Sie werden sich allerdings daran erinnern können, dass ich immer gesagt habe: Die **Wehrpflicht** ist dann infrage gestellt, wenn Wehrgerechtigkeit nicht mehr gegeben ist. Mit dem Modell, das jetzt von Rot-Grün präsentiert wird, bewegen wir uns auf eine absolute Wehrungerechtigkeit zu.

(Peter Zumkley [SPD]: Das ist eine Behauptung, die ist nicht bewiesen!)

Sie werden sich daran erinnern können, dass ich auch immer gesagt habe: Der Grundwehrdienst muss die Wehrpflicht legitimieren und nicht der Ersatzdienst. Nach dem rot-grünen Modell aber wird es pro Jahr bedeutend mehr Zivildienstleistende als Grundwehrdienstleistende geben. Das heißt, in Zukunft legitimiert sich die Wehrpflicht aus dem Ersatzdienst. Das kann nicht richtig sein. Auch früher habe ich immer erklärt, dass dann die Wehrpflicht nicht mehr zu halten ist.

Ein letzter Punkt: Ich möchte nicht, dass das Bundesverfassungsgericht in dieser Frage eine Entscheidung trifft, die wir als Parlament nachvollziehen müssen. Ich möchte, dass politische Entscheidungen hier im Parlament getroffen werden, so wie das der Herr Bundespräsident auf der Kommandeurtagung angemahnt hat.

(B) In diesem Sinne habe ich meine Ausführungen hier für die F.D.P.-Fraktion gemacht. Sie können mir nicht irgendwelche Dinge unterstellen. Ich habe diese Meinung in den vergangenen Jahren immer vertreten. Es ist leider so gekommen, wie ich es früher befürchtet habe. Deswegen plädiere auch ich mittlerweile für ein Aussetzen der Wehrpflicht; nichts anderes.

Vizepräsidentin Petra Bläss: Herr Kollege Nachtwei, möchten Sie erwidern?

(Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich will mich gegenüber den Kolleginnen und Kollegen sozialverträglich verhalten! – Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

– Der Kollege verzichtet auf eine Erwiderung.

Ich erteile jetzt dem Kollegen Paul Breuer für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

Paul Breuer (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir reden hier über die Bundeswehr, ein absolut sensibles und wichtiges Instrument der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, dem wir Deutschen sehr viel verdanken. Deswegen sollte man diese Debatte nicht an einem frühen Freitagnachmittag führen. Diese Debatte gehört eigentlich ins Zentrum einer Sitzungswoche.

(C) Herr Kollege Opel, ich nehme gern auf, was Sie vorhin hinsichtlich meiner Bemühungen in den 90er-Jahren gesagt haben. Das haben Sie gar nicht falsch dargestellt. Ich habe in den 90er-Jahren davor gewarnt, voreilig die Bundeswehr zu verkleinern und ihr finanziell den Boden zu entziehen; denn ich war der Meinung, dass in Deutschland viel zu viel über die Friedensdividende und viel zu wenig über die **sicherheitspolitische Rolle des vereinigten Deutschlands** in der Mitte Europas als Sicherheits- und Stabilitätsanker für unseren Kontinent geredet wurde.

Die Frage ist, ob wir im Vorfeld der heutigen Debatte genügend über unsere sicherheitspolitische Rolle geredet haben. Haben wir, haben Sie, Herr Minister Scharping, der deutschen Öffentlichkeit klargemacht, dass es Risiken gibt, für die wir Vorsorge leisten müssen? Es gibt Risiken in Europa, um Europa und darüber hinaus, die sich negativ auf unsere Stabilität hier vor der Haustür auswirken können. Ich bezweifle, ob diese Diskussion überhaupt verantwortlich genug geführt worden ist.

Die sicherheitspolitische Diskussion ist ausgeblieben, das Pferd ist vom Schwanz her aufgezäumt worden. Es wurde über Geld, aber nicht über die Begründung für die Investitionen und die Reform geredet. Das ist ein Versagen des Bundesverteidigungsministers Scharping.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sie wissen, dass wir hinsichtlich der Zielsetzung in manchen Punkten übereinstimmen, aber ich zweifle sehr stark an der Richtigkeit Ihrer Strategie.

(D) Ich habe mir noch einmal einen Artikel in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 4. Oktober 1999 hervorgeholt. In diesem Artikel wird über die legendäre **Tagung in Decimonannu**, Sardinien, berichtet.

(Günther Friedrich Nolting [F.D.P.]: Oh ja!)

Auf dieser legendären Tagung tritt Herr Scharping auf – ich komme gleich zu Zitaten – und sagt sehr deutlich: Bei den eingegangenen sicherheitspolitischen Verpflichtungen gegenüber der Europäischen Union und der NATO ergäben sich für die Bundeswehr in den nächsten zehn Jahren Mehrkosten in Höhe von 20 Milliarden DM. Dazu kämen noch zwischen 10 und 20 Milliarden DM, die sich durch den Investitionsstau der vergangenen Jahre angehäuft hätten. Das heißt, 30 bis 40 Milliarden DM in zehn Jahren, sprich 3 bis 4 Milliarden DM plus pro Jahr.

Zum Sparen bei der Bundeswehr und den gleichzeitig gestiegenen Anforderungen sagte Scharping damals – ich zitiere –:

> Wenn man beides erreichen will, kann man die Bundeswehr auch gleich einstellen. Das ist dann ehrlicher.

Wenn man also gleichzeitig sparen und die Vertragsverpflichtungen erfüllen will – sagt Scharping –, kann man die Bundeswehr einstellen. Ich stelle jetzt fest: Es ist leider das geschehen, wovor Scharping gewarnt hat.

(Peter Zumkley [SPD]: Aber sie ist nicht eingestellt worden!)

Paul Breuer

Die Vertragsverpflichtungen gegenüber der NATO, in Europa und gegenüber der UNO sind eingegangen worden und gleichzeitig wird der Verteidigungshaushalt im mittelfristigen Finanzrahmen in einer unverantwortlichen Art und Weise herabgefahren.

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Leider wahr!)

Herr Scharping, was nun? Das ist die Situation, in der Sie sich jetzt befinden.

Jetzt gehe ich einmal auf die Risiken und den deutschen Beitrag ein. Hinsichtlich des anstehenden **Umbaus der Bundeswehr** besteht Übereinstimmung darüber, dass die Einsatzfähigkeit, die Verfügbarkeit und die Durchhaltefähigkeit der Streitkräfte erhöht werden müssen. Wir sagen dazu – das geht aus unserem Antrag deutlich hervor; dort kann man es nachlesen –: Wir müssen die Erhöhung der Krisenreaktionsfähigkeit mit einer nach wie vor notwendigen Vorsorge auf dem Gebiet der Landesverteidigungsfähigkeit verbinden, die mit der Bündnisverteidigung fest verklammert ist.

Wie sieht die Realität aus? Zur Realität gehört – es geht um unsere Mitverantwortung – der Stabilitätsanker Deutschland. Realität ist, dass wir unsere Bündnisverpflichtungen in der Zukunft nicht einhalten können. Herr Scharping hat der NATO zugesagt, dass wir Deutschen ein Divisionsäquivalent für die Dauer eines Jahres abstellen, und zwar in einem NATO-Partnerland. Herr Scharping, ich sage Ihnen voraus: Bei den jetzt anstehenden Planungen wird sich erweisen, dass Sie eine halbe Division für ein halbes Jahr aufstellen können und dass Sie den eingegangenen Vertrag nicht erfüllen.

(Peter Zumkley [SPD]: Also in einem Jahr eine Division!)

Herr Scharping, was nun? Als Nächstes stellt sich für mich die Frage der personellen Ressourcen und der damit verbundenen Vorsorge.

Ich komme zur **Wehrpflicht.** Ich teile das, was Kollegen der SPD eben zur Wehrpflicht gesagt haben: Die Wehrpflicht ist ein wesentlicher Bestandteil der sicherheitspolitischen Vorsorge für die Zukunft. Die Wehrpflicht schafft die Möglichkeit, dass sich die Bundeswehr an veränderte sicherheitspolitische Situationen anpassen kann. Was die F.D.P. macht, ist nichts anderes als umfallen. Kollege Günther Nolting, du verbiegst dich hier in einer Art und Weise, die ich nicht verstehen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Günther Friedrich Nolting [F.D.P.]: Ach Paul, das ist doch Quatsch!)

Der Umgang mit der Wehrpflicht vonseiten der SPD ist jedoch nicht in Ordnung. Ein zu starkes Absenken der Anzahl der Wehrpflichtigen führt dazu, dass Wehrungerechtigkeit entsteht und die Legitimationsbasis für die Wehrpflicht immer schwieriger wird. Das muss leider gesagt werden.

(Günther Friedrich Nolting [F.D.P.]: Ach, was habe ich denn gesagt?)

Es muss Wehrgerechtigkeit herrschen und es muss Vorsorge geleistet werden. Sie leisten dem Missverständnis junger Leute Vorschub, es komme auf ihren Beitrag für die deutsche Sicherheit nicht mehr an. Das ist ein riesiger Fehler.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Leider Gottes hat er Recht!)

Deswegen sagen wir: Wenn es 30 000 Stellen für Wehrpflichtige mehr gibt, dann herrschen Glaubwürdigkeit und Gerechtigkeit. Herr Scharping, bessern Sie nach!

(Manfred Opel [SPD]: Das ist aber 1 Milliarde mehr!)

Was die **Finanzausstattung** angeht, so sagen wir: Man wird mittelfristig über die – nach heutigem Geldwert berechnet – 50-Milliarden-DM-Grenze hinausgehen müssen. Hier ist gesagt worden: Nennen Sie doch die Finanzierung! – Ich sage Ihnen einmal eines: Die mittelfristige Finanzplanung sieht als zukünftige Finanzbasis der Bundeswehr knapp 44 Milliarden DM vor. Jeder Experte sagt: Wenn man die Bundeswehr modernisieren und sie vernünftig, überlegen ausstatten will, reicht das bei weitem nicht aus. Wenn das nicht geschieht, können wir aufgrund unserer Verantwortung keinen deutschen Soldaten in irgendeinen Einsatz schicken; das müssen Sie verstehen. Das ist nicht möglich, wenn man gleichzeitig an dieser Finanzbasis festhält.

Wenn Sie fragen: „Wo nehmt ihr das Geld her?“, dann antworte ich: Herr Zumkley und andere Kollegen, der Unterschiedsbetrag von 6 bis 7 Milliarden DM pro Jahr entspricht in etwa der Differenz in der Steuerschätzung für ein halbes Jahr. Wenn Sie es bei einem Bundeshaushalt von über 450 Milliarden DM nicht schaffen, diesen Differenzbetrag für die Stabilitätspolitik Deutschlands aufzubringen, dann frage ich: Wozu sind Sie überhaupt noch in der Lage? Das muss doch deutlich gesagt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Peter Zumkley [SPD]: Um Ihre Schulden abzubauen!)

Die großen Versprechungen des Bundesverteidigungsministers Scharping im Hinblick auf die Programme zur Verbesserung der **sozialen Attraktivität** der Bundeswehr stehen ebenfalls auf dem Prüfstand. Ich habe ein Schreiben aus dem Bundesfinanzministerium vom 27. Dezember 2000 an den Bundesminister des Inneren dabei. Mein lieber Georg Pfannenstein, ich bin davon überzeugt: Auch Sie besitzen das Schreiben. In diesem Schreiben wird deutlich, dass der Kabinettsbeschluss – es gebe ein Attraktivitätsprogramm; die Soldaten der Bundeswehr bekämen eine bessere Finanzausstattung, bessere Start- und Aufstiegschancen –, auf den Sie sich berufen, Herr Scharping, Lug und Trug ist. Hier wird deutlich, dass der Finanzminister eine völlig andere Linie als Sie fährt. Was kommt, ist keine Verbesserung in den Aufstiegschancen und der Attraktivität. Den Soldaten droht vielmehr eine Verschlechterung, ein Eingriff in ihre Heilfürsorge.

Paul Breuer

(A) Herr Minister, Sie stehen in der Gefahr, über Ihre heutige Unglaubwürdigkeit hinaus auch künftig in der Bundeswehr unglaubwürdig zu werden. Sie stehen in der Gefahr, Ihrer Verantwortung überhaupt nicht gerecht zu werden, was den Umbau der Bundeswehr angeht. Hier muss Aufklärung geleistet werden. Tun Sie es heute am Rednerpult des Deutschen Bundestages!

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU/CSU und bei der F.D.P. – Peter Zumkley [SPD]: Es ist schon ein starkes Stück, über Ressortabstimmungen hier im Plenum zu berichten!)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Es spricht jetzt der Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping.

Rudolf Scharping, Bundesminister der Verteidigung: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer eine Diskussion über die Zukunft der Bundeswehr führen will, führt eine Diskussion über die Zukunft der Sicherheit unseres Landes, seiner Partner und seiner Freunde. Die Bundeswehr selbst hat zu dieser Sicherheit in den vergangenen Jahrzehnten zuverlässig, gut, verantwortungsbewusst, leistungsstark und motiviert beigetragen.

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Dann sorgen Sie dafür, dass das so bleibt!)

Es wäre auch gut, wenn jeder hier in diesem Hause dies akzeptierte.

(B) Die Zukunft der Bundeswehr bestimmt sich zunächst durch die **Veränderungen,** die eingetreten sind und die jedenfalls in großen Teilen positiv sind. Sie bestimmt sich auch durch die Aufgaben, die sich daraus ergeben: äußere Sicherheit gemeinsam zu gewährleisten, Kooperation mit Partnern zu suchen, wo immer möglich, zum Beispiel mit Russland, und im Übrigen zur Krisenprävention und Krisenbewältigung fähig zu sein. Die Aufgaben sind unverändert, die Situation ist allerdings grundlegend verändert. Folglich braucht man dafür auch neue Fähigkeiten.

Dem trägt die Entscheidung der Bundesregierung vom 14. Juni des Jahres 2000 Rechnung. Ich bedanke mich ausdrücklich bei den Kollegen Robbe, Opel und Nachtwei, dass sie auf diese Umstände hingewiesen haben. Ohne eine solche grundsätzliche Orientierung und, wie ich hoffe, Übereinstimmung ist die Zukunft der Bundeswehr nicht zu gestalten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf der Grundlage dieser jetzt grob umrissenen Situationsbeschreibung ist mehreres zu tun. Im Rahmen der **Grobausplanung,** also der Festlegung der grundsätzlichen Strukturen, sind dann Entscheidungen getroffen worden. Sie sind übrigens auch hier im Deutschen Bundestag debattiert worden. Bedauerlicherweise hat die Opposition zu großen Teilen die damals zur Verfügung stehende Redezeit – ich füge hinzu: bei einer günstigeren

(C) Debattenzeit – mit Standort- und Gelddebatten anstatt mit außen- und sicherheitspolitischen Debatten verbracht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern sollten Sie, Herr Kollege Breuer, nicht beklagen, was Sie selbst angerichtet haben, sondern Ihr Verhalten ändern.

Wir haben in der Zeit seit der letzten Regierungserklärung und den Entscheidungen über die grundlegenden Strukturen der Streitkräfte Folgendes gemacht: Wir haben eine Priorisierungskonferenz zu den Rüstungsvorhaben durchgeführt. Daraus entsteht ein **Material- und Ausrüstungskonzept,** das Ende des Monats oder im Februar 2001 vorliegen wird. Obwohl es in erstaunlich kurzer Zeit vorliegen wird, ist es sehr gründlich erarbeitet worden.

(Paul Breuer [CDU/CSU]: Und erstaunlich geschrumpft!)

Wir werden zum gleichen Zeitpunkt einen **Bundeswehrplan** vorlegen. Ich verbinde das mit der Bemerkung, dass Sie 1997/98 einen Bundeswehrplan gegen den sachverständigen Rat der Militärs nicht vorgelegt haben, dass Sie den Bundestag mit einem so genannten Datenberg abgespeist haben und dass Sie auf diese Weise verschleiern wollten, was Ihnen ehemalige Spitzenmilitärs gerne und im Zweifel öffentlich bestätigen, dass Sie die Lücke zwischen Ihren politischen Vorstellungen hinsichtlich Finanzen sowie Investitionen und Ausrüstungserfordernissen der Bundeswehr im Wahlkampf 1998 nicht sichtbar werden lassen wollten. Das ist auch eine Tatsache.

(D) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Paul Breuer [CDU/CSU]: Die Stunde Ihrer Wahrheit kommt! – Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Weshalb lassen Sie Ihren Etat dann weiter kürzen?)

Im Übrigen werden wir in den ersten Märztagen einen Gesetzentwurf vorlegen, in dem alle erforderlichen Veränderungen zum Wehrdienstgesetz, zur Laufbahnverordnung, zum Soldatengesetz usw. enthalten sein werden.

Herr Kollege Breuer, ich will Ihnen Ihr Engagement nicht absprechen. Aber es wird nicht dadurch glaubwürdiger, dass Sie damals zum sachlich Falschen hörbar geschwiegen haben, weil es die parteipolitisch Richtigen getan haben, während Sie sich heute zum sachlich Richtigen dröhnend auf Nebenkriegsschauplätzen äußern, weil es die angeblich parteipolitisch Falschen tun.

(Paul Breuer [CDU/CSU]: Das steht im Widerspruch zu dem, was Herr Opel sagte!)

– Ich habe gesagt „hörbar geschwiegen“. Sie haben zum sachlich Falschen hörbar geschwiegen, während Sie sich jetzt zum sachlich Richtigen dröhnend auf Nebenkriegsschauplätzen bewegen.

Sie hätten vorher eine Frage stellen können; das ist unter Kollegen ab und zu üblich.

(Paul Breuer [CDU/CSU]: Die Stunde Ihrer Wahrheit kommt!)

(A) Dann hätte ich Sie darüber informiert, dass ich Kenntnis von dem Schreiben eines Unterabteilungsleiters aus dem Bundesfinanzministerium vom 27. Dezember habe, dass ich darüber am vergangenen Dienstagabend mit dem Bundesfinanzminister gesprochen habe, dass der Bundesfinanzminister, der Bundesinnenminister und der Bundesverteidigungsminister sich einig sind, dass nicht dieses Schreiben der Maßstab der Gesetzgebung ist, sondern der Beschluss der Bundesregierung vom 14. Juni 2000.

(Paul Breuer [CDU/CSU]: Warten wir es ab!)

Im Übrigen: Wenn Sie damit fortfahren, das Verhalten eines illoyalen Beamten, dem Sie auch eine Information verdanken – das ist Teil der Illoyalität –, zum Anlass zu nehmen, hier im Parlament Anklage gegen die Regierung zu erheben, anstatt vorher zu fragen, wie der Sachstand wirklich ist, dann betreiben Sie genau die Verunsicherung, die Sie hinterher lautstark und dröhnend beklagen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Peter Zumkley [SPD]: Diese Verunsicherung ist gewollt! – Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Schieben Sie doch nicht immer Beamte vor!)

Ich habe hier schon mehrfach vorgetragen, wie die Zahlen zum Haushalt sind. Daher will ich es jetzt nicht im Einzelnen darstellen.

Damit sind wir bei dem Thema **Feinausplanung,** also der genauen Festlegung dessen, was auf der Grundlage der Entscheidungen über die Strukturen der Bundeswehr im Einzelnen zu tun sein wird. Sie wissen, dass ich in (B) 1999 und 2000 25 Anhörungen mit Kompaniechefs, Kompaniefeldwebeln, Bataillonskommandeuren und vielen anderen durchgeführt habe. Ein Ergebnis dieser Anhörungen und der Gespräche mit den militärischen Stäben war, dass es angesichts der Einsatzerfordernisse der Bundeswehr dringend notwendig ist, die **innere Stärke** der militärischen Einheiten zu verbessern, also beispielsweise die von Kompanien und Bataillonen. Das werden wir tun.

Vizepräsidentin Petra Bläss: Herr Minister, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage des Kollegen Paul Breuer. Lassen Sie sie zu?

Rudolf Scharping, Bundesminister der Verteidigung: Vermutlich bezieht sie sich auf einen zurückliegenden Sachverhalt. Deswegen habe ich in diesem Fall ausnahmsweise nicht die Absicht, sie zuzulassen. – Sie müssen schneller reagieren, Herr Kollege Breuer.

Es ist also notwendig, die militärischen Einheiten, Kompanien und Bataillone, zu stärken. Das hat mit dem zu tun, was die Militärs Führerdichte nennen. Ferner muss die Verbindung von Ausbildungsmöglichkeiten und Einsatznotwendigkeiten verbessert werden. Auch das hat etwas damit zu tun, wie eine Brigade, wie ein Bataillon im Einzelnen zusammengesetzt ist.

Das Ergebnis dieser Anhörungen mit mehreren Tausend Angehörigen in den Streitkräften und der Erörterungen mit den militärischen Stäben hat dazu geführt, dass wir entsprechende Entscheidungen im Rahmen der Festlegung der so genannten Feinstrukturen der Streitkräfte (C) treffen werden. Das verbessert die **Ausbildungsmöglichkeiten.**

Herr Kollege Breuer, ich setze mich mit der Bundeswehr auseinander. Da müssen Sie nicht lachen.

(Paul Breuer [CDU/CSU]: Ich setze mich gerade mit Ihnen auseinander, Herr Minister, mit Ihrer Reaktionsfähigkeit!)

– Ich stehe Ihnen gerne für ein Gespräch zur Verfügung. Aber es tut mir Leid: Sie brauchen zu lange, um aus einem Sachverhalt, den ich schildere, eine Zwischenfrage zu entwickeln.

Vizepräsidentin Petra Bläss: Das Stichwort ist gefallen: Es besteht ein weiterer Wunsch nach einer Zwischenfrage.

Rudolf Scharping, Bundesminister der Verteidigung: Aber gerne.

(Lachen bei der CDU/CSU)

– Das ist der Kollege Braun.

Hildebrecht Braun (Augsburg) (F.D.P.): Herr Minister Scharping, Sie sprechen von verbesserten Ausbildungsmöglichkeiten als einem Motiv für die Feinausplanung, wie sie in den nächsten Tagen veröffentlicht werden wird. Nun pfeifen es die Spatzen von allen Dächern, dass Teil dieser Feinausplanung die Verlegung der Schule für (D) Feldjäger und Stabsdienst von der Generaloberst-Beck-Kaserne von Sonthofen nach Hannover sein soll. Ich frage Sie: Gehen Sie wirklich davon aus, dass die Schule – übrigens die Schule, in der die ersten Lehrgänge der Bundeswehr überhaupt stattgefunden haben – sich dort nicht bewährt hat oder dass es für die Soldaten, die dort in einer ganz besonderen Umgebung ihre Ausbildung bekommen, besser wäre, nach Hannover versetzt zu werden? Oder stehen nicht in Wirklichkeit andere Erwägungen im Hintergrund, vielleicht die Überlegung, dass ein besonderer Zuwachs an Sicherheit durch Bundeswehrfeldjäger in dieser Stadt, die sich früher als Stadt der Chaostage einen Namen erworben hat, notwendig sei?

Ich darf auch gleich meine Zusatzfrage stellen. Können wir über diese Entscheidung eventuell noch einmal reden? Denn eine solche Entscheidung widerspricht den anderen Kriterien Ihres Konzepts, wonach es nämlich darauf ankommt, wie viele freigesetzte Soldaten und Zivilbedienstete eine Region aufnehmen kann.

Rudolf Scharping, Bundesminister der Verteidigung: Herr Kollege Braun, ich stimme Ihnen ausdrücklich zu, dass man Kriterien sorgfältig und zuverlässig entwickeln und dann auch anwenden muss. Ich habe mehrfach öffentlich, auch im Parlament, über diese Kriterien gesprochen. Ich lade Sie herzlich ein, Vorschläge wie diesen zu machen. Ich nehme diesen selbstverständlich an. Soweit es weitere Vorschläge hinsichtlich der Kriterien und ihrer Anwendung gibt – es gibt ja einige Kollegen im

Bundesminister Rudolf Scharping

(A) Deutschen Bundestag, die mir solche Vorschläge machen –, sage ich Ihnen zu, dass diese sorgfältig geprüft und mit einer begründeten Entscheidung versehen werden. Das Ganze geschieht nicht par ordre du mufti. Wir werden über den Inhalt der Entscheidung sinnvoll miteinander reden können.

Wenn Sie gestatten, komme ich noch einmal auf die wichtigen Punkte der inneren Stärke der Einheiten und der Verbindung von Ausbildung, Einsatzerfordernissen, Nachwuchsgewinnung usw. zurück. Ich will Ihnen hier ausdrücklich ankündigen, dass es entsprechend den Ergebnissen der Grobausplanung auch zu **Anpassungen der Personalumfänge** kommen wird.

Vor diesem Hintergrund werden Sie vielleicht noch etwas besser verstehen, dass man zunächst einmal wissen muss, wie es bei der Bundeswehr insgesamt aussieht: Welche Umfänge hat sie? Was sind ihre Aufgaben? Wie werden diese wahrgenommen? Man muss erst einmal wissen, was zu stationieren ist, bevor man anfängt zu stationieren. In diesem letzten Prozess befinden wir uns zurzeit. Ich bedanke mich bei den Fraktionen ausdrücklich für das Einverständnis. Ich habe auch angeregt, am Montag, dem 29. Januar 2001, eine Sondersitzung des Verteidigungsausschusses durchzuführen, um über dieses Ressortkonzept zureden.

Wir werden auch offiziell die Ministerpräsidenten einbeziehen. Das ist in einer ersten Runde geschehen und es wird auch eine zweite Runde geben. Wir werden ebenfalls mit Gemeinden reden; das weiß jeder. Insofern gibt es klare Kriterien: militärische Kriterien, Kriterien in der (B) Personalführung und -fürsorge, Kriterien im zivilen Umfeld der Standorte, Kriterien im finanziellen und wirtschaftlichen Bereich, neben dem, was das Grundraster – wenn ich das einmal so sagen darf – bildet. Das sind in erster Linie die **militärischen Erfordernisse,** beispielsweise die Nähe zu Übungs- und Ausbildungsstätten, die internationale, multinationale Einbettung der Bundeswehr, die sich daraus ergebenden Einheiten und Verbände, wie die deutsch-französische Brigade, das deutsch-niederländische Korps, die amerikanisch-deutschen Einheiten, das dänisch-polnisch-deutsche Korps usw. Diese Fixpunkte sind vorhanden. Aus ihnen kann man etwas Vernünftiges entwickeln.

Wer, soweit es um Stationierungsfragen geht, den Eindruck zu erwecken versucht, das Ganze sei gewissermaßen einer x-beliebigen politischen Willkür ausgeliefert, der liegt schlicht falsch.

Herr Kollege Kossendey, ich möchte dem ausdrücklichen Dank für die zurzeit jedenfalls von manchen in der CDU/CSU geübte ruhige Tonlage und sachlich abgewogene Erörterung noch etwas hinzufügen, das mit Ihnen und Ihren Bemerkungen zu tun hat; denn dies soll ja eine Debatte sein: Selbstverständlich haben auch die zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundeswehr Anspruch auf die gleiche **Fürsorge.** Dieser Anspruch wird auch eingelöst werden.

Die Frage der Reduzierung der Zahl von **Dienstposten –** ich habe auch darauf im Deutschen Bundestag hier und da hingewiesen – darf nicht mit der Beseitigung oder Reduzierung der Zahl von Arbeitsplätzen verwechselt werden. (C) Die Kooperation mit der Wirtschaft wird dazu führen, dass ein Teil dieser Arbeitsplätze nicht mehr bei der Bundeswehr, sondern in kooperativen Firmen zwischen Bundeswehr und privaten Unternehmen angesiedelt sein wird.

(Thomas Kossendey [CDU/CSU]: In welcher Größenordnung?)

– Die Größenordnung, Herr Kollege Kossendey, ist nicht aus der Luft gegriffen. Sie wissen so gut wie ich, dass man in den 80er- und 90er-Jahren – jedenfalls noch vor der deutschen Einheit – ein entsprechendes Verhältnis von militärischen und zivilen Angehörigen der Bundeswehr hatte. Das war durchaus begründet und nicht aus der Luft gegriffen; das war durch vielfältige Entwicklungen und Argumente untermauert.

(Paul Breuer [CDU/CSU]: Eins zu drei!)

Wir müssen ungefähr zu dem damaligen Verhältnis zurückkehren. Ich entnehme Ihrer Gestik, dass Sie dem im Grunde genommen zustimmen. Wenn es sich aber so verhält, dann ist die Größenordnung richtig gewählt.

Ich will im Übrigen noch einmal darauf aufmerksam machen, dass ich ganz bewusst dafür plädiert habe – Gott sei Dank ist die Bundesregierung dem gefolgt –, nicht einen Zeitpunkt zu nennen, an dem diese Zahl von Dienstposten erreicht sein muss.

(Reinhold Robbe [SPD]: Sehr vernünftig!)

Das haben Sie bei Ihrer Argumentation womöglich übersehen. Das hat damit zu tun – genau das wurde ja auch von (D) Ihrer Seite gesagt –, dass erst der Umfang, die Qualität und die Intensität der Kooperation sowie auch das Vorankommen der Modernisierungsprozesse in der Verwaltung der Bundeswehr darüber entscheiden, in welchem Zeitraum diese Zahl von Dienstposten erreicht werden kann. Ich werde also bei den hier zu treffenden Entscheidungen ganz sorgfältig darauf achten, so wie übrigens auch bei den Veräußerungen, dass nicht das kurzfristige Interesse die langfristige Nachhaltigkeit und Verlässlichkeit beschädigt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, da ich vermute, dass Sie mich ansonsten erneut fälschlicherweise einer mangelhaften Informationspolitik zeihen würden, möchte ich Sie zum Abschluss meiner Bemerkungen noch über etwas informieren, was nicht unmittelbar mit dem Gegenstand der Debatte zu tun hat, aber mit der Diskussion um Streitkräfte insgesamt schon. Ich habe heute am späten Mittag durch einen Anruf von USAREUR – wo überprüft wird, ob und in welchem Umfang es möglicherweise **Unfälle mit DU-Munition** gegeben hat – Folgendes erfahren: Es ist davon auszugehen, dass es am 28. Februar 1985 einen solchen Unfall in Schweinfurt gegeben hat. Es ist davon auszugehen, dass 1986 in Grafenwöhr versehentlich DU-Munition verschossen worden ist. Es wird geprüft, ob ein Kampfpanzer auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr, der 1988 ausgebrannt ist, möglicherweise DU-Munition enthielt. Es muss überprüft werden, ob ein Kampfpanzer

Bundesminister Rudolf Scharping

(A) in Gollhofen, der 1988 ausgebrannt ist, DU-Munition enthielt. Dasselbe ist für Vorfälle zu überprüfen, die sich 1981 in Fulda und im März 1982 in Lampertheim ereigneten, und schließlich für Vorfälle, die sich im September 1988 in Oberaltertheim und 1990 in Wildflecken ereigneten. Zuletzt ist zu überprüfen, ob es 1985 in Garlstedt-Altenwede zu einem irrtümlichen Verschuss kam.

Ich sage Ihnen das deshalb, weil ich hier nicht noch einmal eine Diskussion erleben möchte nach dem Motto: Der informiert uns nicht.

(Zuruf von der SPD: Das ist lachhaft!)

Das hat nie gestimmt und wird auch in Zukunft nie so passieren.

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Das ist nachweislich falsch!)

Deshalb will ich auch darauf verzichten, diese Fakten noch einmal mit den Antworten zu konfrontieren, die 1995 und 1997 auf die Anfragen des Kollegen Pfannenstein gegeben wurden. Das können Sie selber tun.

(Peter Zumkley [SPD]: Das nimmt jetzt Dimensionen an!)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Ich schließe die Aussprache.

(B) Wir kommen zu den Abstimmungen und dabei zuerst zu den Beschlussempfehlungen des Verteidigungsausschusses.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU zur Zukunft der Bundeswehr auf Drucksache 14/5087. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 14/3775 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist gegen die Stimmen der CDU/CSU-Fraktion angenommen.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung zu dem Antrag der Fraktion der F.D.P. mit dem Titel „Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr sichern – Wehrpflicht aussetzen“ auf Drucksache 14/5088. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 14/4256 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist gegen die Stimmen der F.D.P.-Fraktion angenommen.

Wir kommen zur Beschlussempfehlung zu dem Antrag der Fraktion der PDS mit dem Titel „Zukunft durch Abrüstung – Für eine grundlegende Reform der Bundeswehr“ auf Drucksache 14/5089. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag auf Drucksache 14/4174 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist gegen die Stimmen der PDS-Fraktion angenommen.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 14/5078 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Die Überweisung ist so beschlossen. (C)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 18 auf:

Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch **(Erstes SGB-IV-Änderungsgesetz – 1. SGB-IV-ÄndG)**

– Drucksache 14/4053 –

(Erste Beratung 121. Sitzung)

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung (11. Ausschuss)

– Drucksache 14/5095 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Renate Jäger

Hierzu liegen ein Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. und ein Entschließungsantrag der Fraktion der PDS vor.

Die Kolleginnen und Kollegen Renate Jäger, Heinz Schemken, Ekin Deligöz, Dr. Irmgard Schwaetzer sowie Pia Maier haben ihre Reden zu Protokoll gegeben.[1)] – Ich stelle größtes Einverständnis des Hauses fest.

Wir kommen daher sofort zur Abstimmung, und zwar über den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch in der Ausschussfassung. Es handelt sich hierbei um die Drucksachen 14/4053 und 14/5095. (D)

Dazu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P. auf Drucksache 14/5111 vor, über den wir zuerst abstimmen. Wer stimmt für den Änderungsantrag der F.D.P.? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist gegen die Stimmen der F.D.P.-Fraktion bei Enthaltung der CDU/CSU-Fraktion abgelehnt.

Wer stimmt für den Gesetzentwurf in der Ausschussfassung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung angenommen.

Wir kommen zur

dritten Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Der Gesetzentwurf ist damit gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P. angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der PDS auf Drucksache 14/5096. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist gegen die Stimmen der PDS-Fraktion abgelehnt.

[1)] Anlage 3

Vizepräsidentin Petra Bläss

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 21 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Tourismus (21. Ausschuss) zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Hildebrecht Braun (Augsburg), Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P. zu der Großen Anfrage der Abgeordneten Ernst Burgbacher, Klaus Haupt, Jürgen Türk, weiterer Abgeordneten und der Fraktion der F.D.P.

Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Tourismuswirtschaft im Euro-Land

– Drucksachen 14/591, 14/1079, 14/1159, 14/4704 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Ernst Burgbacher

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner in dieser Debatte ist für die F.D.P.-Fraktion der Kollege Ernst Burgbacher.

Ernst Burgbacher (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir debattieren über das Thema Tourismus wieder am Freitagnachmittag. Der Saal füllt sich. Wir bleiben noch hier und geben mit dieser von der F.D.P. beantragten Debatte den parlamentarischen Startschuss für das Jahr des Tourismus.

Darüber, dass dieses Jahr des Tourismus notwendig ist, gab es große Übereinstimmung. Ich denke, unser Antrag, der Ihnen heute vorliegt, kann im Jahr des Tourismus auch der Regierung und dem Parlament eine Handlungsanweisung geben. Er weist insbesondere auf eine Problematik hin, die in aller Regel viel zu wenig beachtet wird:

Zum 1. Januar 2002 wird der Euro als Bargeld eingeführt werden. Dies wird den Wettbewerb gerade im Tourismus radikal verändern. Wir Liberalen waren an der Spitze der Befürworter des Euro. Wenn mehr Wettbewerb herrscht, so ist dies gut für die Verbraucher.

(Beifall bei der F.D.P.)

Aber dann müssen wir unsere Anbieter, vom Familienbetrieb in der Gastronomie bis hin zum Reiseveranstalter, auch in die Lage versetzen, diesem Wettbewerb standzuhalten. Hierfür besteht politischer Handlungsbedarf. Insoweit muss eine Menge von Vorschriften überprüft, müssen Wettbewerbshindernisse abgebaut werden. Darum geht es.

Ganz konkret: Unsere Tourismuswirtschaft ist in vielen Punkten benachteiligt. Ich nenne als erstes Beispiel – auch das steht in unserem Antrag – die **Mehrwertsteuersätze** in der Hotellerie. Es kann doch nicht sein, dass bei einheitlicher Währung der Gast in einem Hotel in Straßburg 5 Prozent und in Kehl – wenn er über die Rheinbrücke gegangen ist – 16 Prozent Mehrwertsteuer zahlen muss. Das kann angesichts des europäischen Wettbewerbs nicht sein. Deshalb appelliere ich an Sie: Stimmen Sie endlich dem reduzierten Mehrwertsteuersatz für die Hotellerie zu!

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Es kann auch nicht sein, dass die **Ökosteuer** weitere Belastungen mit sich bringt. Ich will an dieser Stelle nicht mehr auf das Prinzip der Ökosteuer eingehen. Aber ich muss schon feststellen, dass die deutsche Bustouristik in einem harten Konkurrenzkampf mit ihren ausländischen und EU-Wettbewerbern steht. Wenn Sie sich zum Beispiel den Wettbewerb der baden-württembergischen Busunternehmer mit ihren französischen Konkurrenten anschauen, dann können Sie feststellen, dass die Belastungen für sie aufgrund der Ökosteuer ständig steigen und dass es auf der französischen Seite noch Subventionen gibt. Das bedeutet, dass unsere Busunternehmer in diesem Wettbewerb praktisch nicht mehr mithalten können.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Deshalb fordere ich Sie auf: Weg mit dieser Ökosteuer! Zumindest sollte es einen Verzicht auf weitere Erhöhungen geben.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Die Tatsache, dass Sie das ökologisch sinnvolle Verkehrsmittel Bus noch bestrafen, zeigt, wie schizophren das Prinzip der Ökosteuer überhaupt ist.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir von der F.D.P. versuchen massiv, Sie dazu zu bewegen, die unsägliche **Trinkgeldbesteuerung** endlich abzuschaffen.

(Beifall bei der F.D.P.)

– Wenn ich einer jungen Dame oder einem jungen Herrn Trinkgeld für guten Service gebe, dann möchte ich nicht, dass davon das Finanzamt, die BfA oder die AOK profitiert.

(Beifall bei der F.D.P. – Dr. Eberhard Brecht [SPD]: Warum hat Herr Rexrodt das nicht gemacht?)

Wir reden im Augenblick über die Wettbewerbsfähigkeit. Lieber Kollege Brecht, in Frankreich soll nach Aussage der Bundesregierung das Trinkgeld besteuert werden. Ich habe aber weder einen Betroffenen noch einen Politiker antreffen können, der ein entsprechendes Gesetz kennt. Es wird eben in der Praxis nicht angewandt. Darum geht es doch.

Ich sage Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD: Ich freue mich sehr, dass immer mehr von Ihnen sich – auch öffentlich – auf den Weg hin zu F.D.P.-Positionen begeben.

(Horst Kubatschka [SPD]: Nie im Leben!)

Es ist im Übrigen immer gut, sich der F.D.P. anzunähern.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich sage Ihnen deshalb: Gehen Sie auf diesem Weg weiter! Ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass Sie unseren vernünftigen Antrag vielleicht doch unterstützen.

Ernst Burgbacher

(A) An die Adresse der Kolleginnen und Kollegen von der CDU/CSU sage ich: Die von Ihnen angestrebte Erhöhung der Freibeträge löst das Problem nicht und sie ist im Übrigen auch systemfremd. Wir müssen endlich gesetzlich festlegen, dass Trinkgeld eine Schenkung für eine gute Leistung ist und nicht mit dem Einkommen besteuert werden darf.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir müssen ein Weiteres tun – ich plädiere nachdrücklich dafür –: Nutzen wir doch die Einführung des Euro dazu, unsere Gesetze, Vorschriften und Standards vorbehaltlos daraufhin zu überprüfen, was notwendig und was EU-wettbewerbstauglich ist! Schaffen wir all die Regelungen ab, die diesen Wettbewerb behindern! Ich glaube, das wäre in der Tat Supersprit für unsere deutsche Wirtschaft.

(Beifall bei der F.D.P.)

Lassen Sie mich in aller Kürze einen letzten Punkt ansprechen. Wir brauchen Bewegung auf dem **Arbeitsmarkt.** Deshalb appelliere ich an Sie: Wenn Sie dem Einwanderungsbegrenzungsgesetz der F.D.P. zustimmen, dann brauchen wir die von Ihren propagierte Green Card nicht mehr. So schaffen wir Freiraum für die deutsche Wirtschaft.

Wirtschaftsminister Müller hat viel angekündigt. Er spricht laufend davon, was er für den Tourismus alles tun will. Er hat aber leider in keinem einzigen Punkt bisher gehandelt. Er hat sich heute in der „Welt“ gegen eine Ausweitung der Betriebsratsgremien im Rahmen der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes ausgesprochen. (B) Der DGB geht schon vehement dagegen an. Lieber Herr Müller, wir werden Ihr Handeln beobachten. Es reicht nicht aus, nur anzukündigen. Jetzt muss endlich gehandelt werden.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Für die SPD-Fraktion spricht jetzt die Kollegin Birgit Roth.

Birgit Roth (Speyer) (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Das Thema „Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Tourismuswirtschaft im Euro-Land“ ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, für uns Tourismus- und Wirtschaftspolitiker von ganz enormer Bedeutung. Denn der Tourismus ist eine der wachsenden **Dienstleistungsbranchen,** die wir haben, weil sich die Wettbewerbsbedingungen in den letzten beiden Jahren ganz klar verbessert haben.

(Ernst Burgbacher [F.D.P.]: Verschlechtert haben!)

Der Tourismus hat ein ganz enormes **Wachstums- und Beschäftigungspotenzial,** weil sich die Wettbewerbsbedingungen verbessert haben, weil Reformen durchgeführt worden sind – wir beide wissen ganz genau, dass es in den letzten Jahren einen großen Reformstau gab, und wir haben damit aufgeräumt –, weil es wieder eine andere Stimmung gibt. (C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte Ihnen im Folgenden anhand von Fakten und Zahlen zeigen, dass sich die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen bei uns verbessert haben.

Sie wissen ganz genau, dass der Tourismusbereich mittlerweile einen Anteil von 8 Prozent am Bruttosozialprodukt hat. Allein diese Zahl spricht für sich. Wir haben mittlerweile 2,8 Millionen Arbeitsplätze in diesem Bereich. Was für mich als junge Abgeordnete ganz besonders wichtig ist: Wir gehen davon aus, dass der Tourismussektor circa 90 000 Ausbildungsplätze bereitstellt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da wollen Sie sagen, dass die Wettbewerbsbedingungen hier nicht stimmig seien? Das passt doch nicht zueinander.

Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit ergreifen, den vielen mittelständischen Betrieben in der Tourismusbranche zu danken, dass sie ihre Verantwortung gerade gegenüber der Jugend annehmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn Jugend braucht eine Zukunft, Jugend braucht Ausbildungsplätze und Jugend braucht eine Perspektive.

Doch zurück zu den Fakten, Herr Burgbacher:

(Ernst Burgbacher [F.D.P.]: Ich bin gespannt!) (D)

Die Beherbergungsbetriebe hatten 1999 über 100 Millionen Gäste. Das ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 5,6 Prozent. Nehmen Sie die Übernachtungen. Bei den Übernachtungen liegen wir bei ungefähr 308 Millionen. Auch hier haben wir eine Steigerung, und zwar von ungefähr 4,6 Prozent. Nehmen Sie die Zahl der Ankünfte von ausländischen Gästen. Hier haben wir eine Steigerung von circa 8,8 Prozent. Bei den Übernachtungen von ausländischen Gästen haben wir einen Zuwachs gegenüber dem letzten Jahr von 9 Prozentpunkten.

(Ernst Burgbacher [F.D.P.]: Und das alles wegen dieser Regierung!)

– Danke schön für die Zustimmung! Sie haben es genau auf den Punkt gebracht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Horst Kubatschka [SPD]: Der Herr Burgbacher hat endlich einmal eine klare Erkenntnis gehabt!)

Besser hätte ich es nicht sagen können.

Schauen Sie sich die Inlandsreisen an. Auch hier verzeichnen wir einen deutlichen Anstieg. Nehmen Sie den Geschäftsreiseverkehr. Hier haben wir die gleichen Steigerungsraten. Sie können auch einen Bereich wie den Städtetourismus herausgreifen, zum Beispiel Berlin. Berlin ist natürlich Hauptstadt und eine Stadt mit sehr großer Vielfalt, keine Frage. In Berlin haben wir bei den Zahlen der Gäste und der Übernachtungen zweistellige Zuwächse zu verzeichnen.

Birgit Roth (Speyer)

(A)

Wie kann es denn, wenn ich Ihnen hier alle möglichen Bereiche aufzählen kann, die Steigerungen gegenüber dem Vorjahr aufweisen können, sein, dass die Wettbewerbsbedingungen nicht in Ordnung sind? Das passt doch nicht zusammen.

Die Entwicklungen, die ich gerade angeschnitten habe, sind auch das Ergebnis der rot-grünen Reformpolitik der letzten zwei Jahre, durch die sich viel bewegt hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn wir, Herr Burgbacher, machen eine aktive Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wir haben die Staatsverschuldung reduziert. Wir haben eine Steuerreform durchgeführt, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Familien und die Unternehmen gleichermaßen entlastet.

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Nur, die wissen nichts davon! Die merken das nicht!)

Wir gehen von einem ungefähren Entlastungsvolumen von ungefähr 75 Milliarden DM aus. Das ist aktive Wirtschaftspolitik. Da sagen Sie, die Wettbewerbsbedingungen in diesem Lande würden nicht stimmen!

Nehmen wir die Prognosen für dieses Jahr. Wir gehen davon aus, dass wir auch dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von 2,8 Prozentpunkten haben werden.

(Sylvia Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört! Hört! – Ernst Burgbacher [F.D.P.]: Das muss man erst einmal sehen!)

Auch das ist im Vergleich zu den letzten Jahren kein schwaches Ergebnis.

(B)

Oder nehmen Sie die Zahlen der **Arbeitslosigkeit.** Im Vergleich zu den letzten fünf Jahren haben wir folgende Situation: Es ist ein Tiefstand erreicht worden. Natürlich genügt der momentane Abbau der Arbeitslosigkeit noch nicht. Aber wir stellen uns weiterhin der Herausforderung, diese zu reduzieren. Ich weiß noch ganz genau: Vor zwei, zweieinhalb Jahren war die Schmerzgrenze von 4 Millionen Arbeitslosen erreicht, wenn nicht sogar überschritten. Deswegen meine ich: Wir sind genau auf dem richtigen Weg. Schauen Sie sich die Zahlen und die Fakten an!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit Verlaub, werte Kolleginnen und Kollegen von der F.D.P., wenn ich mir die Beschlussempfehlung anschaue, die vor uns liegt, konstatiere ich: Dem Ganzen gingen eine Große Anfrage und ein Entschließungsantrag voraus. Von den ursprünglichen Kritikpunkten sind nicht sehr viele übrig geblieben. Ich kann das jetzt in zwei Richtungen interpretieren: Entweder haben wir Sie mit unseren Positionen überzeugt

(Ernst Burgbacher [F.D.P.]: Nein!)

oder wir haben in den letzten zwei Jahren enorm viel von dem abgearbeitet, was Sie in den letzten 16 Jahren nicht gemacht haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Stichwort **Trinkgeldbesteuerung:** Herr Burgbacher, wann ist denn die Trinkgeldbesteuerung realisiert worden? Da muss ich einfach auch die Frage stellen: Warum haben Sie denn während der letzten Legislaturperiode die Trinkgeldbesteuerung nicht abgeschafft? Ich glaube, so kommen wir hier nicht weiter.

Was Sie auch immer kritisieren, ist die Änderung bei den **630-Mark-Beschäftigungsverhältnissen.** Sie wissen, ich teile Ihre Kritik an dieser Stelle in keiner Art und Weise. Aber ich möchte Sie noch einmal an den Missbrauch erinnern, der in diesem Bereich vorgefallen ist. Hier musste etwas geändert werden.

(Ernst Burgbacher [F.D.P.]: Jetzt haben wir Schwarzarbeit! Das ist besser?)

Sind wir uns nicht alle darin einig, dass die entscheidende Herausforderung gerade auch im Tourismusbereich die **Servicequalität** ist? Denn Deutschland ist Hochpreisland, auch für den Urlauber. Das Entscheidende wird die Servicequalität sein, die wir jetzt und in den nächsten Jahren anbieten werden. Wird ein Betrieb, der mit gut ausgebildetem Fachpersonal arbeitet, nicht einen besseren Service anbieten können als ein Betrieb, der mit sehr vielen 630-Mark-Beschäftigten arbeitet, zu dem eine permanente Fluktuation zu verzeichnen ist?

Sie kritisieren auch, dass jetzt Flexibilität nicht mehr vorhanden sei. Sie wissen ganz genau, dass es Ausnahmeregelungen für Engpässe in der Hochsaison gibt, sei es für das Gastronomiegewerbe, sei es für die Landwirtschaft, nämlich die 50-Tage-Regelung. Ich bitte auch, dies in Rechnung zu stellen.

(D)

Um das Tourismusgewerbe und den Tourismusstandort Deutschland weiterhin zu fördern, ist dieses Jahr zum „Jahr des Tourismus“ ausgerufen worden. Dabei stehen die Vernetzung und Vermarktung von unterschiedlichen touristischen Highlights in den einzelnen Bundesländern im Vordergrund, natürlich auch in Zusammenarbeit und in Absprache mit der Tourismuswirtschaft.

Sie haben Minister Müller angesprochen und sind auf ganz andere Bereiche gekommen.

(Ernst Burgbacher [F.D.P.]: Der Ankündigungsminister!)

– In diesem Sinne möchte ich auch eine Bemerkung machen. Ich halte nicht viel davon, zu sagen, Herr Müller habe nur angekündigt. Nehmen Sie nur einmal die Energiepolitik. Gerade auf diesem Felde hat er sehr viel bewegt. Wenn ich auf die Regierungsbank schaue, sehe ich Frau Staatssekretärin Wolf. Dass wir jetzt eine Mittelstandsbeauftragte haben, kann ich nur voll unterstützen. Ich danke Herrn Minister Müller, dass er dem Mittelstand diese politische Bedeutung zumisst und dass wir hier eine neue Stelle haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich meine, wir sind gerade im Bereich der Tourismuswirtschaft auf dem besten Wege. Dieser Bereich hat eine positive Perspektive. Auch die Politik der letzten zwei

Birgit Roth (Speyer)

(A) Jahre hat dies unterstützt und sie wird es weiter unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Für die CDU/CSU spricht jetzt der Kollege Ernst Hinsken.

Ernst Hinsken (CDU/CSU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Frau Präsidentin! Die meisten haben bereits den „Heimtourismus“ angetreten.

(Horst Kubatschka [SPD]: Bei uns ist das Geschäftstourismus, Herr Kollege!)

Einige interessierte Kolleginnen und Kollegen sind noch anwesend. Ich meine, es ist wert, auf das von der F.D.P. gestellte Thema „Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Tourismuswirtschaft im Euro-Land“ einzugehen.

Aber bevor ich das tue, möchte ich Ihnen, Frau Wolf, herzlich gratulieren. Sie sind zur neuen Parlamentarischen Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium berufen worden. Sie tragen nun Verantwortung auch für den Mittelstand. Ich wünsche Ihnen eine allzeit glückliche Hand, darf aber schon bei dieser Gelegenheit darauf verweisen, dass wir Sie sehr kritisch begleiten und prüfen werden, ob das, was Sie früher gesagt haben, jetzt, wenn Sie der Exekutive angehören, auch umgesetzt wird. Alles Gute und auf gute Zusammenarbeit!

(B) (Beifall)

Nun möchte ich insbesondere auf das eingehen, was Frau Kollegin Roth aus ihrer Sicht vorgetragen hat, und manches geraderücken. Liebe Frau Kollegin Roth, ich pflichte Ihnen bei, wenn Sie darauf verweisen, dass gerade der **Tourismus** ein wichtiger Wirtschaftsbereich ist. Das, was Sie ausgeführt haben, müsste noch durch die Information ergänzt werden, dass in dieser Wirtschaftssparte über 100 000 Ausbildungsplätze nicht nur bereitgestellt werden, sondern auch besetzt sind.

Es ist auch nicht von der Hand zu weisen, dass der Anteil an der Bruttowertschöpfung bei circa 300 Milliarden DM liegt. Aber um was geht es vor allen Dingen bei dieser Debatte? Der Kollege Burgbacher hat bereits darauf verwiesen. Es geht darum, Rahmenbedingungen in dem sich verfestigenden Europa zu schaffen, damit wir mit dieser „Leitökonomie der Zukunft“, wie die Tourismuswirtschaft bezeichnet wird, auch weiterhin dabei sind.

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Wenn innerhalb Europas in den nächsten zehn Jahren zu den 25 Millionen Arbeitsplätzen 2,5 Millionen Arbeitsplätze hinzukommen, dann hoffe und wünsche ich, dass die Bundesrepublik Deutschland in der Hotellerie, Gastronomie und allem, was zu diesem Bereich zählt, mit 400 000 bis 450 000 Arbeitsplätzen dabei ist. Das wird aber nur der Fall sein, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Bei ihnen liegt einiges im Argen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

(C) Sie kennen sicherlich alle den Film mit dem Titel: „Denn sie wissen nicht, was sie tun“. Ich erwähne diesen Titel deshalb, weil ich genau das Gegenteil von dem meine, verehrte Frau Kollegin Roth, was Sie eben ausgeführt haben. Man muss feststellen, dass zutrifft, was der Titel dieses Films besagt, dass scheinbar einige von Ihnen – sogar die Mehrheit – nicht wissen, was sie tun; denn dem **Mittelstand** wird ein Negativum nach dem anderen aufgebürdet:

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Horst Kubatschka [SPD]: Deswegen die Zuwachszahlen!)

630-DM-Regelung, Ökosteuer, Recht auf Teilzeit, Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes und, und, und. Ich frage mich: Wissen Sie denn überhaupt, was Sie tun?

(Horst Kubatschka [SPD]: Jawohl!)

– Nein, das wissen Sie nicht.

(Horst Kubatschka [SPD]: Das können Sie nicht bestätigen!)

Sie würden sonst nicht solche blumigen Reden halten und sich weigern, Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, damit sich die Tourismuswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland weiterhin entfalten kann.

(Horst Kubatschka [SPD]: Sie entfaltet sich doch bestens!)

Es gibt eben Landesteile, in denen der Tourismus von entscheidender Bedeutung ist, wie zum Beispiel in meiner Heimat oder in der meines Kollegen Kurt Rossmanith im (D) Allgäu. In diesen Regionen ist er ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, den man nicht vernachlässigen kann. Vielmehr braucht er Rahmenbedingungen, damit das Ganze weiterhin läuft.

Frau Kollegin Roth, ich wundere mich nicht – das ist das Gegenteil von dem, was Sie ausgeführt haben –, dass trotz der Gäste- und Übernachtungszahlen die Tourismuswirtschaft in Deutschland einfach nicht richtig in Fahrt kommt. Lassen Sie mich zur Lage feststellen: Die Zahl unserer Gäste ist im Jahr 1999 gegenüber dem Vorjahr um 6 Prozent gestiegen und hat erstmals die Zahl von 100 Millionen überschritten. Die Übernachtungszahlen sind um 4,6 Prozent auf insgesamt 308 Millionen Übernachtungen gestiegen. Nun möchte ich nicht den Vergleich mit Spanien oder Griechenland ziehen, wo die Zahl – prozentual gesehen – doppelt so hoch ist. Es ist nicht von der Hand zu weisen: Diese Zahlen sind bestechend.

Aber ich möchte auf etwas verweisen, weil Sie vorhin mit Ihren Aussagen nicht ganz richtig lagen. Deshalb gilt es, diese zurechtzurücken. Die **Zahl der Beschäftigten** im Gastgewerbe ist im Gegensatz zu den Übernachtungszahlen im ersten Halbjahr des Jahres 2000 um 3,7 Prozent zurückgegangen. Weiterhin sehe ich mit großer Sorge, dass 42 Prozent aller Gastronomiebetriebe in der Bundesrepublik Deutschland trotz guter Umsatzentwicklung **Ertragsverluste** verzeichnen mussten. Auch das kann nicht wegdiskutiert werden, verehrte Frau Wolf. Gerade aufgrund dieser Zahlen sehen Sie, was Sie tun müssen, um dem Mittelstand den notwendigen Schub zu

Ernst Hinsken

(A) geben, damit er nach vorne kommt. Wenn jetzt im Wirtschaftsministerium zwei Staatssekretäre, nämlich der Kollege Mosdorf für den Tourismus und Sie, Frau Kollegin Wolf, für den Mittelstand, verantwortlich zeichnen, dann darf es nicht heißen: „Quantität sticht Qualität", sondern dann sollte auch die Qualität erhöht werden. Man sollte sich hier gegenseitig ergänzen, Ideen aufnehmen und etwas bewegen.

Wenn man mit den betroffenen Verbänden und den verantwortlichen Unternehmen spricht,

(Sylvia Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das tun wir!)

dann stellt man fest, dass sehr vieles im Argen liegt. Die Umfrage des Dehoga im Sommer 2000, die in seinem Konjunkturbericht veröffentlicht wurde, hat zum Beispiel ergeben, dass vor allem kleine und mittlere **gastronomische Betriebe** massiv von Existenzsorgen und -nöten geplagt sind.

Auch bei dieser Debatte muss man sich natürlich fragen: Worauf ist das zurückzuführen? Was sind die eigentlichen Ursachen? Auf der einen Seite beklagt der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband, dass ihm 80 000 Mitarbeiter fehlen.

(Sylvia Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Qualifizierte!)

Auf der anderen Seite ist festzustellen, dass allein seit April 1999 100 000 nebenberuflich Beschäftigte von der Bildfläche verschwunden sind. Das bewegt mich.

Vorhin wurde davon gesprochen, dass der Tourismus (B) ein wichtiger Wirtschaftszweig ist. Dem ist meines Erachtens hinzuzufügen: Die **Zahl der Übernachtungen** – diese Zahl ist für den Tourismusbereich wichtig – würde sich erhöhen, wenn man auch diejenigen erfassen würde, die in Hotels und Herbergen übernachten, die weniger als neun Betten haben.

Ich habe mir die Arbeit gemacht, das einmal hochzurechnen, und bin auf folgende Zahlen gekommen:

(Sylvia Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben wir schon gehört!)

– Richtig, das haben wir im Ausschuss schon gehört, Frau Voß. Aber hier wurde noch nicht darauf hingewiesen. Ich richte mich hier ja nicht an Sie, die Sie im Ausschuss, der nicht öffentlich tagt, sicherlich ab und zu ganz gut aufpassen. Dies muss hier im Plenum noch einmal dargestellt werden. – Circa 50 bis 70 Millionen zusätzliche Übernachtungen sind zu verzeichnen. Auch das ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Wenn man nämlich eine Übernachtung mit 80 DM ansetzt – auf dem Lande ist das noch so billig, Frau Schnieber-Jastram; da kostet eine Übernachtung nicht so viel wie in Hamburg –

(Kurt J. Rossmanith [CDU/CSU]: Im Allgäu ist es noch billiger!)

und dies hochrechnet, dann kommt man auf einen Betrag von ungefähr 5 bis 6 Milliarden DM.

Ich habe hier die Möglichkeit, all das aufzugreifen, was negativ ist. In diesem Zusammenhang ist natürlich nicht von der Hand zu weisen, was Hotellerie und Gastronomie (C) und die gesamte Tourismuswirtschaft erneut beunruhigt: die Novelle des **Betriebsverfassungsgesetzes.** Dazu muss ich Ihnen sagen: Wir werden höllisch aufpassen, dass hier nicht Maßnahmen ergriffen werden und Gesetzesvorlagen durchgehen, die insbesondere die kleinen und mittleren Betriebe schädigen und das Selbstständigsein nicht mehr interessant machen. Da müssen wir vor allem heran; dies brennt uns besonders auf den Nägeln.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Lassen Sie mich darauf verweisen, dass nicht nur eine Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes ins Haus steht, sondern dass vor allen Dingen auch die **Ökosteuer** – ich bin dankbar, dass Kollege Burgbacher sie angesprochen hat – eine große Belastung ist. Den meisten Mitbürgern ist überhaupt nicht bewusst, dass ein mittelständischer Betrieb allein durch die Ökosteuer jährlich mit ungefähr 10 000 DM zusätzlich belastet wird.

(Horst Kubatschka [SPD]: Haben Sie etwas von der Entlastung durch die Rente gehört?)

– Das ist eine zusätzliche Belastung.

Herr Kollege Kubatschka, hinzu kommt, dass die Ökosteuer, die die Betriebe belastet, zu einer Mineralölsteuererhöhung geführt hat. Wenn ein Hamburger, Frau Kollegin Schnieber-Jastram, bereit ist, zu mir oder zu Kurt Rossmanith ins Allgäu bzw. in den Bayerischen Wald oder in den Schwarzwald zu fahren,

(Horst Kubatschka [SPD]: Fährt er nach Italien, wird es noch teurer!)

(D) und wenn er 1 000 Kilometer hin und 1 000 Kilometer zurückfährt – vielleicht kommen noch ein paar Kilometer hinzu –, dann hat er bei einem Spritverbrauch von 10 Liter pro 100 Kilometer allein aufgrund der Ökosteuer 42 DM mehr zu zahlen.

(Albert Schmidt [Hitzhofen] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er soll ja mit der Eisenbahn fahren!)

Wissen Sie, was das ist? – Das ist dreimal Schweinebraten umsonst. So muss das gesehen werden. Das ist Politik gegen den kleinen Mann und gegen den Mittelstand. Das muss hier angesprochen werden. Darum pflichte ich Herrn Kollegen Burgbacher bei: Diese Ökosteuer muss weg, und zwar lieber heute als morgen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Ein weiteres Ungemach droht durch die ersatzlose Streichung des **Rabattgesetzes** und der **Zugabeverordnung.** In diesem Zusammenhang ist vor allem zu sehen, dass kleine und mittlere Betriebe nicht in der Lage sind, eine breite Angebotspalette zugrunde zu legen. Hier ist man auf die Güter beschränkt, die man anbietet. Diese Tatsache beinhaltet, dass man von der Abschaffung des Rabattgesetzes negativ tangiert wird. Deshalb bin ich gegen eine ersatzlose Streichung. Diesem Umstand muss Rechnung getragen werden.

Verehrte Frau Präsidentin, ich spreche die letzten zwei Sätze, dann bin ich schon fertig.

(A)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Sie haben so nette Urlaubseinladungen ausgesprochen, da kann ich nicht widerstehen.

Ernst Hinsken (CDU/CSU): Herzlichen Dank. – Ich meine, dass es sich im Hinblick auf die neuen Bundesländer für manchen Deutschen lohnen würde, nicht nur ins Ausland zu reisen, sondern im eigenen Lande zu bleiben und die Schönheiten kennen zu lernen, die ihm dort geboten werden.

Deshalb die letzte Bemerkung: Kollege Burgbacher hat eingangs darauf verwiesen, er verstehe es nicht, dass auf der einen Seite das Jahr des Tourismus eingeläutet werde – was wir alle begrüßen und gutheißen –, während auf der anderen Seite die Bundesregierung nicht bereit sei, hierfür einen einzigen Pfennig zur Verfügung zu stellen.

(Beifall des Abg. Ernst Burgbacher [F.D.P.] – Sylvia Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt ja gar nicht!)

– Ja, sicher.

Deshalb bin ich der Meinung, man sollte Nägel mit Köpfen machen und nicht nur ideell auf die Verbände und Mitbürger einwirken, den Urlaub in Deutschland zu verbringen, einen Aha-Effekt zu erleben. Vielmehr sollte die Bundesregierung in die Tasche greifen und die Mittel bereitstellen, die man benötigt, um im Jahr 2001 den **Tourismus in Deutschland** so attraktiv zu machen, dass viele Mitbürger im eigenen Land bleiben und die Wirtschaft auf diese Weise mit ankurbeln.

(B)

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Jetzt spricht die Kollegin Sylvia Voß für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Sylvia Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Hinsken, wir haben Nägel mit Köpfen gemacht, aber die scheinen Ihnen wehzutun. Die F.D.P. fühlt sich offensichtlich schon seit vielen Monaten um den Schlaf gebracht, denkt sie an die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Tourismuswirtschaft. Bei dem Versuch, sich in den Schlaf zu zählen, stocken Sie allerdings immer bei der Zahl 630.

Diese Zahl macht den Freien Demokraten im Zusammenhang mit der Neuregelung der so genannten 630-DM-Jobs noch immer sehr zu schaffen,

(Ernst Burgbacher [F.D.P.]: Die macht der Praxis zu schaffen, nicht uns!)

obwohl sie auf jeden empirischen Beleg für die schlafraubenden Probleme verzichten und stattdessen eine Verunsicherung in der Branche lediglich konstatieren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

(C)

Der Grund dafür ist schnell genannt: Die Regelung der **geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse** ist vor fast zwei Jahren in Kraft getreten und hat sich längst bewährt.

(Ernst Burgbacher [F.D.P.]: Das meinen Sie!)

Etwa 100 000 Arbeitsverhältnisse geringfügig Beschäftigter – Herr Hinsken sagte es auch gerade – sind durch die Regelung in Beschäftigungsverhältnisse mit Sozialversicherungspflicht übergegangen. Dadurch wurde eine weitere Erosion der Finanzgrundlagen der Sozialversicherung – die uns alle betreffen würde – verhindert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Das haben wir so gewollt und das haben wir auch geschafft.

Zu Ihrer Beruhigung sei auch noch angefügt, dass durch diese Neuregelung, die ja nun inzwischen so neu nicht mehr ist, im europäischen Vergleich keine Wettbewerbsnachteile entstanden sind. Der Bundesregierung ist es mit dieser Regelung sogar gelungen, in wirtschaftlicher Hinsicht einen weiteren Schritt in Richtung europäische Einheit zu gehen. In Frankreich, Spanien und Italien – Länder, die für ihre touristische Anziehungskraft und Bedeutung bekannt sind – gibt es keinerlei Sozialversicherungsfreiheit.

Der Regelung ist es auch zu danken, dass es sich wieder lohnt, fachkundiges Personal einzustellen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

(D)

Etwa 30 bis 40 Prozent der Stellen im Bereich von Hotellerie und Gastronomie waren zeitweise 630-DM-Jobs. Gern griff man in diesem Bereich auf ungelernte Kräfte zurück. Was dabei auf der Strecke blieb, war die Qualität und das, liebe Kolleginnen und Kollegen von der F.D.P., wäre ein Grund für tiefe Augenringe mangels Schlaf gewesen.

Gegen die unruhigen Nächte der F.D.P. gibt es ein weiteres Mittel: Holen Sie sich mehr Gelassenheit durch einen ideologisch ungetrübten Blick in die Wirklichkeit. Nach einer aktuellen Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft, Herr Burgbacher, erwartet man für den **Wirtschaftszweig Tourismus** für das Jahr 2001 einen Anstieg der Beschäftigtenzahl.

Zu der von Ihnen geforderten Einführung eines verminderten Mehrwertsteuersatzes für die deutsche Hotellerie möchte ich nur anmerken, dass die F.D.P. während vieler, allzu vieler Jahre die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik geprägt hat, ohne diesem jetzt von Ihnen in der Opposition erkannten Handlungsbedarf jemals zu entsprechen. Aber bei allem Respekt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der F.D.P.-Fraktion, im jetzigen, dem Nachlass Ihrer Regierungsjahre geschuldeten Haushaltskonsolidierungsprozess so nebenbei Steuermindereinnahmen von 1,3 Milliarden DM, die Ihre Forderungen zur Folge hätten, zu veranlassen, ist wirklich nicht zu verantworten und zeigt Ihren traumtänzerischen Umgang mit diesem Metier.

Sylvia Voß

Neben der Bundesregierung ist auch die Deutsche Zentrale für Tourismus, DZT, um ein bestmögliches Erscheinungsbild des Reiselandes Deutschland im europäischen Ausland bemüht. Wir unterstützen diese Arbeit, indem der überwiegende Teil des Finanzbedarfs der DZT durch Mittel des Bundes gedeckt wird.

Im Übrigen übertrifft das Wachstum des Tourismus in Deutschland die durchschnittliche Wachstumsrate in Europa. Den Abwärtstrend, den Sie uns hier suggerieren wollen, gibt es in dieser Art im Tourismus in Deutschland wirklich nicht.

Auf Zustimmung stößt bei uns natürlich die Forderung nach einer **Integration der Tourismuspolitik** in andere Gemeinschaftspolitiken. Aber Sie wissen, hier ziehen wir im Tourismusausschuss ohnehin an einem Strang. Ihrer Forderung nach einem intensiveren nationalen Dialog zwischen Politik und Tourismuswirtschaft hat die Bundesregierung bereits entsprochen. Mit der neuen Mittelstandsbeauftragten der Bundesregierung, der Parlamentarischen Staatssekretärin Margareta Wolf, wird es möglich sein, die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der Tourismusbranche noch ertragreicher zu gestalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der F.D.P.-Fraktion, dass Sie in Ermangelung substanzieller Einwendungen gegen unsere Tourismuspolitik auch wieder das Jammerlied der **Ökosteuer** singen würden, überrascht uns natürlich nicht. Aber Ihre mies machenden Behauptungen werden durch ewiges Wiederholen ja nicht besser. Zahlen, die den Niedergang des Tourismus in Deutschland belegen, haben Sie gar nicht. Ich kann Sie nur noch einmal auf die Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft verweisen, in der auch die Frage nach der Stimmungslage der Unternehmen im Wirtschaftszweig Tourismus gestellt wurde. Sie ist – hört, hört! – im Vergleich zum vorhergehenden Jahreswechsel besser, und das, obwohl am 1. Januar 2001 die dritte Stufe der Ökosteuer in Kraft getreten ist.

Herr Burgbacher, zu dem Beispiel mit den Bussen möchte ich sagen: Am 8. Januar dieses Jahres waren Diesel und Benzin jenseits der Grenze zu Frankreich teurer als mit Ökosteuer auf der deutschen Seite der Grenze. Sie erfinden mit Ihren realitätsfernen, irrlichternden Vorstellungen die Welle rückwärts und den Mölle seitwärts. Deswegen kann man zu dem Entschließungsantrag Ihrer Fraktion nur noch humorvoll sagen: Alles Mölle-Welle, oder was?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Zum Abschluss der Debatte spricht noch einmal die Kollegin Birgit Roth für die SPD-Fraktion.

Birgit Roth (Speyer) (SPD): Herr Hinsken, mein Ausschussvorsitzender, Sie wissen, dass ich das, was Sie gesagt haben, in dieser Form nicht stehen lassen kann. Ich möchte nur auf drei Punkte, die Sie angesprochen haben, eingehen.

Erstens. Sie haben gesagt, es gebe im Tourismusbereich einen Beschäftigungsrückgang von 3,7 Prozent. Das ist in dieser Form nicht richtig. Es gibt zwar einen Rückgang, aber Sie müssen sehen, dass sich dieser Rückgang auf die Reduzierung der **630-Mark-Beschäftigungsverhältnisse** zurückführen lässt. Mit Verlaub, 630-Mark-Jobs sind keine richtigen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen mit unserer sozialdemokratischen Politik die Schaffung von modernen, zukunftsweisenden sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen fördern.

Sie wissen ganz genau – ich hatte das schon vorhin angesprochen –, was für ein Missbrauch in puncto 630-Mark-Jobs betrieben worden ist. Sie müssen bedenken, wer auf der Basis von 630 DM arbeitet. Das sind in erster Linie Frauen. Frauen werden in unserer Gesellschaft noch immer schlechter als Männer bezahlt, haben Familienpause und erziehen die Kinder. Sie haben dementsprechend eine geringere Rente. Die Durchschnittsrente der Frauen in den alten Bundesländern liegt momentan bei 1 000 DM. Erklären Sie mir bitte, wie man mit 1 000 DM über die Runden kommen soll! Das geht einfach nicht. Daran sind auch die 630-Mark-Beschäftigungsverhältnisse schuld. Deswegen haben wir genau in diesen Bereich eingegriffen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Frau Kollegin Roth, der Kollege Hinsken möchte eine Zwischenfrage stellen.

Birgit Roth (Speyer) (SPD): Nein, ich möchte den Gedanken erst noch zu Ende führen.

Sie müssen mir auch erklären: Warum muss jemand, der samstags arbeitet und Überstunden macht, sein Geld versteuern, während jemand, der neben seinem Hauptberuf auf der Basis von 630 DM arbeitet, dies nicht machen muss? Das ist nicht logisch. Auch deswegen ist es auch geändert worden.

(Birgit Schnieber-Jastram [CDU/CSU]: Warum dürfen Beamte zusätzlich 630 DM verdienen und andere nicht? Das ist doch die Ungerechtigkeit! – Gegenruf des Abg. Horst Kubatschka [SPD]: Beißen Sie nicht in den Teppich, Frau Kollegin!)

Ernst Hinsken (CDU/CSU): Frau Kollegin Roth, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Zahlen, die ich hier wiedergab, vom Deutschen Hotel- und Gaststättengewerbe stammen –

(Horst Kubatschka [SPD]: Das heißt doch nichts!)

aufgrund mehrmaligen Hinterfragens muss ich diese als authentisch und richtig einordnen – und insofern das, was Sie hier behaupten, nämlich dass der Rückgang in erster Linie auf die Abnahme der 630-DM-Beschäftigungen zurückzuführen sei, nicht stimmt?

(A) **Birgit Roth** (Speyer) (SPD): Herr Hinsken, ich beziehe mich auf eine Studie des DIW. Darin heißt es, dass der Grund für den Rückgang vor allem in der Rückführung der 630-DM-Beschäftigungen liege.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Aber weg ist weg! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

– Dann haben wir einen Dissens in dieser Frage.

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Das stelle ich auch fest!)

Zur Ökosteuer. Was haben wir denn in diesem Bereich getan? Auf der einen Seite ist der Faktor Energie verteuert worden, aber auf der anderen Seite ist – ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie auch dies einmal erwähnen würden – der Faktor Arbeit günstiger geworden, weil die Lohnnebenkosten reduziert worden sind.

(Birgit Schnieber-Jastram [CDU/CSU]: Das stimmt doch nicht!)

Das kommt – aber das wird von Ihrer Seite nicht erwähnt – sowohl den Arbeitgebern als auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugute,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und zwar auch im Hotellerie- und Gastronomiegewerbe.

(Birgit Schnieber-Jastram [CDU/CSU]: Nein, das stimmt doch nicht!)

(B) – Das stimmt! Ich glaube, auch hier haben wir einen Dissens. Aber ich bin dankbar, dass wir darüber diskutieren.

Zu einem weiteren Thema muss ich noch etwas sagen, nämlich dem **Recht auf Teilzeit.** Herr Hinsken, wenn Sie dieses Thema anschneiden, dann müssen Sie bitte hinzufügen, dass ein Recht auf Teilzeit nur in Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigten greift und darüber hinaus ein Einvernehmen mit dem Unternehmen – „wenn es der Arbeitsplatz erlaubt" – erfordert. Ich sehe, dass dieser Bereich kompromissfähig ist und zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmerin abgesprochen wird.

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Sie haben keine Ahnung vom Betriebsgebaren!)

Was ist denn der Hintergrund dieser Regelung? Weil es Studien gibt, die ganz klar belegen, dass potenziell drei bis vier Millionen Beschäftigte bereit sind, Teilzeit zu arbeiten,

(Birgit Schnieber-Jastram [CDU/CSU]: Sie drängen die Leute zuhauf in die Schwarzarbeit!)

und dadurch ungefähr zwei bis drei Millionen neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze – da wollen wir hin – entstehen können. Aus diesem Grunde halte ich das Recht auf Teilzeit für richtig.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ernst Burgbacher [F.D.P.]: Aber es gibt dann doch noch mehr Schwarzarbeit als ohnehin schon!)

(C) – Warum, Herr Burgbacher, soll es die Schwarzarbeit begünstigen, wenn jemand einen Teilzeitarbeitsplatz anstrebt?

(Ernst Burgbacher [F.D.P.]: Sie fördern überall die Schwarzarbeit!)

Ich sehe überhaupt keine logische Verbindung zur Schwarzarbeit, wenn sich zwei Beschäftigte einen Arbeitsplatz teilen. Meines Erachtens gibt es diese auch nicht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Birgit Schnieber-Jastram [CDU/CSU]: Nehmen Sie die Scheuklappen von den Augen!)

– Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie das Gleiche täten.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Tourismus zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. zu ihrer Großen Anfrage mit dem Titel „Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Tourismuswirtschaft im Euro-Land"; es handelt sich um die Drucksache 14/4704. Der Ausschuss empfiehlt, den Entschließungsantrag auf Drucksache 14/1159 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist gegen die Stimmen der F.D.P.-Fraktion bei Enthaltung der CDU/CSU-Fraktion angenommen. (D)

Ich rufe den letzten Tagesordnungspunkt für heute auf, den Tagesordnungspunkt 23:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Uwe-Jens Rössel, Dr. Christa Luft, Heidemarie Ehlert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS

UMTS-Milliarden für die Einführung einer kommunalen Investitionspauschale des Bundes

– Drucksache 14/4557 –

Überweisungsvorschlag:
Haushaltsausschuss (f)
Innenausschuss
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder
Ausschuss für Kultur und Medien

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen, wobei die PDS fünf Minuten erhalten soll. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Zunächst redet der Kollege Dr. Uwe-Jens Rössel für die PDS-Fraktion.

Dr. Uwe-Jens Rössel (PDS): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! In der rot-grünen Koalitionsvereinbarung heißt es:

Dr. Uwe-Jens Rössel

(A)

Wir wollen die Finanzkraft der Gemeinden stärken und das Gemeindefinanzsystem einer umfassenden Prüfung unterziehen.

Passiert ist aber fast gar nichts. Für die übergroße Mehrheit der Städte, Gemeinden und Landkreise in der Bundesrepublik hat sich die finanzielle Situation in den letzten Jahren eher verschlechtert. Kommunale Selbstverwaltung rückt in immer weitere Ferne. Einige Fakten: Die **Verschuldung der Kommunen** hat sich dramatisch zugespitzt und liegt derzeit bei rund 202 Milliarden DM, ein Zuwachs von etwa 8 Milliarden DM seit dem vergangenen Jahr.

Besonders prekär und niederschmetternd ist die Lage mancher ostdeutscher Kommunalhaushalte, vor allem in strukturschwachen Regionen. Außerdem sind die kommunalen Investitionen dauerhaft rückläufig. Ende des Jahres 2000 lagen sie – ich sage ausdrücklich: preisbereinigt, also vergleichbar – etwa 30 Prozent unter dem Stand des Jahres 1992.

(Rolf Kutzmutz [PDS]: Umso schlimmer!)

– Umso schlimmer, Kollege Kutzmutz, weil die Auswirkungen besonders schlimm sind. – Es geht um weniger Aufträge für das Bauhandwerk, für das Baunebenhandwerk und für das Gewerbe insgesamt. Dies hat zur Folge, dass der Arbeitsmarkt weiter belastet wird, die Arbeitslosigkeit daher zunimmt.

Die vielerorts dramatische Situation der Kommunalfinanzen hat natürlich viele lokale Ursachen, die hier nicht zur Debatte stehen. Auch die Länder kommen ausnahmslos schlecht weg, wenn es um die finanzielle Unterstützung für die Kommunen geht. Hierzu kann ich wohl kein positives Beispiel benennen.

(B)

Aber auch die Politik der rot-grünen Bundesregierung hat direkt bzw. indirekt dafür gesorgt, dass die Finanzausstattung der Kommunen weiter sehr angespannt bleibt, sich sogar verschlechtert hat.

Hierzu einige Fakten: Durch die verschiedenen seit 1998 unter Rot-Grün verabschiedeten Steuergesetze werden den Kommunen im Jahre 2001 etwa 6,5 Milliarden DM an eigenen Einnahmen fehlen. Dazu kommt, dass auch die Länder durch die Steuergesetzgebung der Bundesregierung erheblich belastet werden, weniger Steuereinnahmen haben, was über den so genannten Finanzausgleich teilweise auf die Kommunen durchschlägt. Dies führt für die Kommunen im Jahre 2001 zu weiteren Mindereinnahmen in Höhe von 4,8 Milliarden DM. Insgesamt ergibt sich also die Summe von 11,3 Milliarden DM weniger Einnahmen seitens der Kommunen – ein unverantwortlicher Zustand.

Auch auf der Ausgabenseite führt die Politik der rot-grünen Bundesregierung zwar zu einer Sanierung des Bundeshaushaltes, die aber sehr stark zulasten der Kommunen geht. Zwei Beispiele: Erstens. Die originäre Arbeitslosenhilfe wurde mit dem Haushaltsanierungsgesetz gestrichen. Die Kommunen müssen daraufhin etwa 900 Millionen DM mehr an Sozialhilfe aus ihren Budgets aufbringen.

(C)

Zweitens. Der Bundesanteil am Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende wurde mit eben diesem Gesetz drastisch gesenkt. Die Kommunen müssen die dadurch entstehenden Ausfälle in Höhe von 400 Millionen DM tragen.

Notwendig ist jetzt eine umfassende Reform der Kommunalfinanzierung. Als einen ersten Schritt dazu sieht die PDS-Fraktion die Möglichkeit, eine **Investitionspauschale des Bundes** einführen, die ab dem Jahr 2002 im Haushalts verankert wird und vom Bund zu bezahlen wäre. Der Bundeshaushalt sollte diesen Beitrag aufbringen, hat er sich doch in den zurückliegenden zehn Jahren in einer milliardenschweren Größenordnung auf Kosten der Kommunen saniert. Wir sehen die Chance als gegeben, diese Entscheidung, die politische Weitsicht voraussetzt, zu treffen, auch unter einem Bundesfinanzminister, der die Situation der Kommunen kennen müsste, ist er doch viele Jahre Oberbürgermeister einer hessischen Großstadt gewesen.

Diese Investitionspauschale des Bundes sollte ohne Zwischenebenen und bürokratische Hürden vom Bund direkt an die Kommunen weitergeleitet werden. Sie soll unter Wahrung der kommunalen Selbstbestimmung vor Ort, für Investitionen im sozialen und soziokulturellen Bereich und auch im Bildungsbereich eingesetzt werden. Wir legen außerordentlich großen Wert auf eine unbürokratische Bereitstellung der Mittel durch den Bund,

(Beifall bei der PDS – Wilhelm Schmidt (Salzgitter) [SPD]: Ja, ja!)

(D)

weil die Kommunen endlich die Chance erhalten müssen – Kollege Schmidt, auch Sie kennen das aus Ihrem Wahlkreis –,

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Wie soll das gehen, Herr Rössel?)

eigenverantwortlich zu entscheiden.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Das ist unzulässig!)

– Dass dies zulässig ist, zeigt die Tatsache, dass der Bund 1991 und 1993 eine solche Investitionspauschale für Ostdeutschland eingerichtet hatte.

(Rolf Kutzmutz [PDS]: Richtig!)

Wir wollen sie ausdrücklich nicht nur für ostdeutsche Kommunen, sondern auch für strukturschwache Regionen im Altbundesgebiet und deren Kommunen einrichten. Wir wollen keine ausschließlich ostbezogene, sondern eine gesamtdeutsche Lösung.

Gerade der Mittelstand braucht die Kommunen als Auftraggeber, Herr Schmidt. Daran mangelt es bekanntlich. Die Auftragslage ist sehr schwierig, und zwar auch oder gerade weil die Kommunen als Auftraggeber immer mehr ausfallen.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Wir machen gerade die positive Steuerreform! Darauf gehen Sie gar nicht ein!)

Eine kommunale Investitionspauschale des Bundes könnte helfen, diese Chance zu nutzen. Eine kommunale

(A) Investitionspauschale könnte dazu beitragen, eine Trendwende bei den Kommunalfinanzen einzuleiten und die Einnahmeausfälle für die Kommunen aufgrund der Steuergesetzgebung zumindest teilweise zu kompensieren. Diese Einnahmeausfälle werden in den nächsten Jahren in verstärktem Maße auftreten und für die Bürgerinnen und Bürger weitere Einschnitte im soziokulturellen Bereich bedeuten. Das will die PDS nicht hinnehmen. Deshalb schlägt sie vor, eine kommunale Investitionspauschale des Bundes alsbald einzurichten.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und ein schönes Wochenende.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Petra Bläss: Für die guten Wünsche bin eigentlich ich zuständig.

Die Kolleginnen und Kollegen Hans Georg Wagner, Peter Götz, Antje Hermenau und Gerhard Schüßler haben ihre Reden zu Protokoll gegeben.[1] – Ich sehe Einverständnis im ganzen Haus. (C)

Deshalb kommen wir sofort zur Überweisung. Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 14/4557 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Wir sind damit am Schluss unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Mittwoch, den 24. Januar 2001, 13 Uhr, ein.

Ich schließe mich den guten Wünschen meines Kollegen Uwe-Jens Rössel ausdrücklich an und wünsche Ihnen allen ein nicht allzu arbeitsreiches Wochenende.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 15.16 Uhr)

[1] Anlage 5

(A) (C)

Anlagen zum Stenographischen Bericht

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten

Abgeordnete(r)		entschuldigt bis einschließlich
Albowitz, Ina	F.D.P.	19.01.2001
Dr. Bauer, Wolf	CDU/CSU	19.01.2001
Dr. Blank, Joseph-Theodor	CDU/CSU	19.01.2001
Dr. Blüm, Norbert	CDU/CSU	19.01.2001
Bodewig, Kurt	SPD	19.01.2001
Brähmig, Klaus	CDU/CSU	19.01.2001
Brunnhuber, Georg	CDU/CSU	19.01.2001
Bulmahn, Edelgard	SPD	19.01.2001
Catenhusen, Wolf-Michael	SPD	19.01.2001
Deß, Albert	CDU/CSU	19.01.2001
Fischer (Berlin), Andrea	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	19.01.2001
Friedhoff, Paul K.	F.D.P.	19.01.2001
Friedrich (Altenburg), Peter	SPD	19.01.2001
Friedrich (Bayreuth), Horst	F.D.P.	19.01.2001
Friedrich (Mettmann), Lilo	SPD	19.01.2001
Fuchs (Köln), Anke	SPD	19.01.2001
Gehrcke, Wolfgang	PDS	19.01.2001
Dr. Geißler, Heiner	CDU/CSU	19.01.2001
Dr. Gysi, Gregor	PDS	19.01.2001
Hanewinckel, Christel	SPD	19.01.2001
Haschke (Großhennersdorf), Gottfried	CDU/CSU	19.01.2001
Heise, Manfred	CDU/CSU	19.01.2001
Dr. Hendricks, Barbara	SPD	19.01.2001
Heyne, Kristin	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	19.01.2001
Homburger, Birgit	F.D.P.	19.01.2001
Dr. Hoyer, Werner	F.D.P.	19.01.2001
Irber, Brunhilde	SPD	19.01.2001
Jünger, Sabine	PDS	19.01.2001
Klappert, Marianne	SPD	19.01.2001
Dr. Kohl, Helmut	CDU/CSU	19.01.2001
Lamp, Helmut	CDU/CSU	19.01.2001
Lehn, Waltraud	SPD	19.01.2001
Dr. Leonhard, Elke	SPD	19.01.2001
Dr. Lippold (Offenbach), Klaus W.	CDU/CSU	19.01.2001
Dr. Luft, Christa	PDS	19.01.2001
Matschie, Christoph	SPD	19.01.2001
Müller (Köln), Kerstin	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	19.01.2001
Nahles, Andrea	SPD	19.01.2001
Nickels, Christa	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	19.01.2001
Otto (Erfurt), Norbert	CDU/CSU	19.01.2001
Otto (Frankfurt), Hans-Joachim	F.D.P.	19.01.2001
Dr. Pfaff, Martin	SPD	19.01.2001
Pflug, Johannes	SPD	19.01.2001
Dr. Pflüger, Friedbert	CDU/CSU	19.01.2001
Dr. Protzner, Bernd	CDU/CSU	19.01.2001
Reiche, Katherina	CDU/CSU	19.01.2001
Rübenkönig, Gerhard	SPD	19.01.2001
Rühe, Volker	CDU/CSU	19.01.2001
Schmidt (Aachen), Ulla	SPD	19.01.2001
Schmitz (Baesweiler), Hans Peter	CDU/CSU	19.01.2001
Dr. Stadler, Max	F.D.P.	19.01.2001
Steiger, Wolfgang	CDU/CSU	19.01.2001
Thiele, Carl-Ludwig	F.D.P.	19.01.2001
Vogt (Pforzheim), Ute	SPD	19.01.2001
Dr. Volmer, Ludger	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	19.01.2001
Welt, Jochen	SPD	19.01.2001
Wohlleben, Verena	SPD	19.01.2001
Dr. Wolf, Winfried	PDS	19.01.2001
Zapf, Uta	SPD	19.01.2001
Zierer, Benno	CDU/CSU	19.01.2001

(B) (D)

Anlage 2

Nachträglich zu Protokoll gegebene Rede zur Beratung

der Unterrichtung: 4. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 1999 (Tagesordnungspunkt 12, 143. Sitzung)

Prof. Dr. Rita Süssmuth *(CDU/CSU):* Auswärtige Kulturpolitik gewinnt im Rahmen der Globalisierung einen steigenden Stellenwert und eine wachsende Bedeutung.

(A) Alte Erwartungen und Interessen an den bilateralen kulturellen Austausch, an den kulturellen Eigenarten des jeweils anderen Landes oder anderen Kulturwerten bleiben erhalten: an Sprache, Literatur, Theater, Film, bildende Kunst, Musik. Das Wissen um die Kultur des anderen ist ein Schlüssel zur Identität und Wertschätzung der anderen Nation oder der grenzüberschreitenden Kulturräume.

Dabei vermitteln sich Bilder und Beurteilungen von einem Land mit seinen Besonderheiten, Stärken und Schwächen. Sosehr die Kultur weltweit im Fluss ist, Kulturen durch immer stärkere Internationalisierung Eigenprägung zu verlieren scheinen, sind sie weltweit ein Kernbereich des Selbstverständnisses wie auch des Selbstwertes, aber auch notwendig zum Verständnis anderer Länder und ihrer Menschen.

Kultur sagt Entscheidendes aus über die Gestaltungskraft der Menschen in den verschiedenen Lebensbereichen, über kreative Entwürfe, die sich in ihren Siedlungs- und Bauformen, in Sprache und Schrift, in bildender Kunst und Musik, in Mode und Design, in der Gestaltung der öffentlichen Räume, in den alltäglichen Gebrauchsgegenständen, vor allem im individuellen und im Gruppenverhalten niederschlagen. Zur Kultur gehören entscheidend die privaten und öffentlichen Lebensformen.

Menschen identifizieren sich über ihre jeweiligen Kulturen, über das je Eigene und das von außen Hinzukommende. Der Anteil der „Wiedererkennbarkeit“ im modernen Großstadtbild – ob New York, Jakarta, Singapur, Frankfurt, Berlin oder Paris – wächst, ebenso der des in-

(B) ternationalen englischsprachigen Unterhaltungssektors, aber gleichzeitig bleibt in der Unverwechselbarkeit die Vielfalt mit dem je Unterschiedlichen, der individuellen und kollektiven Andersartigkeit.

In dieser europäischen, afrikanischen, asiatischen, amerikanischen und lateinamerikanischen Vielfalt gibt es wiederum ein verbindendes gesellschaftliches und kulturelles Thema: die Zivilgesellschaft mit ihren Freiheitsrechten, ihrer freiheitlichen und sozial verpflichtenden Lebensgestaltung, mit Beteiligung und Selbstbestimmung, mit den Prinzipien der Gewaltlosigkeit, der Toleranz, des friedlichen Zusammenlebens mit Menschen anderer Religionen und Kulturen, anderer Hautfarbe, anderer politischer Überzeugungen. Die Zivilgesellschaft oder auch Bürgergesellschaft ist ein kulturelles Gesamtkonzept für Politik, Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft, für den Umgang zwischen Menschen und Völkern. Nationen weisen sich über ihre Kultur bzw. ihre Kulturen aus. Dazu gehören weltweit immer stärker die Werte und Normen von Zivilgesellschaften, von der Achtung und dem Schutz des anderen als unverletzbar in seiner Menschenwürde, in der Bindung an das Recht und die Abkehr von Willkür, des Miteinanders anstelle von Diskriminierung bzw. gesellschaftlicher und individueller Ausgrenzung, an nachhaltigen Entwicklungschancen, Wohlfahrt, Freiheit und Frieden.

Dabei geht es um eine Kultur der Partnerschaft und Kooperation. Im Gegensatz zu Herrschaft und Konfrontation wird das Prinzip der Kooperation und des kooperativen Wettbewerbs gesetzt.

(C) Diese zentralen Veränderungen werden auch im 4. Bericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik deutlich angesprochen. Aber wie das erweiterte, auf die Globalisierung und die Sparzwänge antwortende Konzept umgesetzt werden soll, bleibt in zentralen Punkten offen.

Wenn die Kultur – von der politischen bis zur Unterhaltungskultur – die Grundlage aller Entwicklung und Beziehungen ist, dann muss ihre Priorität in den zentralen ereichen auch sichtbar werden. Stattdessen wird an den Kultureinrichtungen und ihrer Förderung sichtbar gespart. Es gibt eine Reihe von sinnvollen und innovativen Ansätzen, zum Beispiel die Zusammenführung von Goethe-Instituten und Inter Nationes. Aber dort, wo Goethe-Institute geschlossen werden, tritt nichts Vergleichbares an ihre Stelle. Wo Kulturarbeit und -austausch abnehmen oder ganz entfallen, hat das mittel- und langfristig Auswirkungen auf Politik und Wirtschaft.

Während Frankreich oder auch Großbritannien ihre kulturelle Attraktivität im Ausland massiv ins Spiel bringen, ausländische Studenten in großer Zahl anwerben, wie zum Beispiel in England, um im Wettbewerb um Zuwanderung erforderliche Hochqualifizierte für den Arbeitsmarkt zu gewinnen und zugleich die Exportchancen zu erhöhen, bleibt bei uns eine solche Werbung bislang aus. Das große Interesse an Deutschland, an deutscher Sprache in Mittel- und Ost- wie Südosteuropa vermögen wir aus finanziellen Engpässen heraus nicht abzudecken.

Die Diskrepanzen zwischen gewollter Neuorientierung Auswärtiger Kulturpolitik und faktischer Umsetzung sind zu groß. Bei Einsparungen von 3,2 Prozent von 1999 auf 2000 bei den Bundesaufgaben insgesamt entfällt ein

(D) Minus von 4,7 Prozent auf den Kulturhaushalt beim Auswärtigen Amt. Besonders einschneidend sind die Kürzungen im Bereich der Sprachförderung im Ausland, einer der vordringlichen Aufgaben deutscher Auswärtiger Kulturpolitik. Die Förderung der deutschen Sprache in Mittel- und Osteuropa ist nicht nur für die dort lebenden Menschen und deutschen Minderheiten von Bedeutung. Sprache ist auch ein Element einer Brücke, ein tragendes Element, das in seiner Funktion nicht unterschätzt werden sollte. Wer beim Sprachunterricht Stellen abbaut, nimmt wissentlich die Verschlechterung von Kommunikationsmöglichkeiten in Gegenwart und Zukunft in Kauf.

Nicht hinzunehmen ist der Umfang der Kürzungen der Mittel für die deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa. Ich will einmal an Zahlen deutlich machen, was hier vorgesehen oder bereits auf den Weg gebracht worden ist. Die Zahl der nach Polen entsandten Programmlehrer soll im Schuljahr 2000/2001 auf 80 reduziert werden, im Schuljahr 1998/1999 waren dort noch 132 Programmlehrer tätig. Und schon diese Zahl war, wie wir wissen, nicht ausreichend! Die Zahlen für Ungarn: 65 statt bisher 87; für Russland: 58 statt bisher 65; für Tschechien: 44 statt bisher 61; für Rumänien; 53 statt bisher 55 Programmlehrer. Gerade im deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Verhältnis werden solche Kürzungen nicht zur Intensivierung unserer bilateralen Beziehungen – über die Kulturbeziehungen hinaus – beitragen.

Von immer größerer Dringlichkeit ist die Art der Medien im Ausland. Deutschlandbilder – Bilder unserer Kultur, das heißt zugleich Bilder des Miteinanders von

(A) Menschen unterschiedlicher Kulturen und Hautfarben, die bei uns leben, mit uns leben – vermitteln sich so stark wie nie zuvor über das Medium Fernsehen. Der Hörfunk behält seine Rolle, ist schnell einsetzbar in Krisensituationen und Konfliktzeiten. Wenn es um die Präsenz von Bildern aus unserem Land weltweit geht, dann müssen wir feststellen, dass hier Defizite vorhanden sind, wenn wir über die Grenzen Europas hinweg in andere Erdteile schauen. Dort erfährt man wenig über uns – es sei denn, andere berichten über Deutschland.

Anlage 3

Zu Protokoll gegebene Reden

zur Beratung des Entwurfs eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch (Erstes SGB IV – Änderungsgesetz – 1. SGB IV-ÄndG) (Tagesordnungspunkt 18)

Renate Jäger *(SPD):* Mit dem heute zu diskutierenden Gesetzentwurf wollen wir das Haushaltsrecht der Sozialversicherung an die 1998 flexibilisierten Grundsätze des öffentlichen Haushaltswesens anpassen. Die Neuregelungen sollen insgesamt zu einer wirtschaftlicheren und sparsameren Haushaltsführung der Sozialversicherungsträger beitragen.

Im Wesentlichen werden drei Änderungen in den haushaltsrechtlichen Vorschriften des SGB IV vorgenommen:

(B) Erstens. In Zukunft werden die Sozialversicherungsträger bei allen finanzwirksamen Maßnahmen zur Durchführung von angemessenen Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen verpflichtet. Bislang sieht das SGB IV nur bei Maßnahmen von erheblicher finanzieller Bedeutung solche Untersuchungen vor. Das reicht angesichts des großen Finanzvolumens in der Sozialversicherung nicht aus.

Mir ist bewusst, dass die Sozialversicherungsträger schon heute in hohem Maße ihrer Verantwortung für eine wirtschaftliche und sparsame Verwendung der Mittel ihrer Beitragszahler gerecht werden. Ich möchte dies an dieser Stelle ausdrücklich betonen und auch all denen Dank und Anerkennung aussprechen, die sich in Verwaltung, Geschäftsführung und Selbstverwaltung diese Aufgabe zu Eigen gemacht haben. Dennoch wollen wir mit der neuen Vorschrift erreichen, dass auf allen Verantwortungsebenen ein noch stärkeres Kostenbewusstsein entsteht.

Der Umfang der durchzuführenden Wirtschaftlichkeitsuntersuchung richtet sich nach der Bedeutung der Maßnahme. Damit entsteht kein unnötiger Verwaltungsaufwand und die Regelung ist in der Praxis gut umsetzbar.

Zweitens. Die Sozialversicherungsträger werden außerdem verpflichtet, in geeigneten Bereichen eine Kosten- und Leistungsrechnung einzuführen. Mit der Kosten- und Leistungsrechnung wird ein betriebswirtschaftliches Instrument eingeführt, das als Informations-, Steuerungs- und Kontrollinstrument das öffentliche Haushaltsrecht ergänzen soll. Sie schafft eine in dieser Form bisher nicht vorhandene Transparenz von Kosten und Leistungen.

(C) Da die Sozialversicherungsträger bereits über Erfahrungen damit verfügen, bieten sie sich für eine Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung geradezu an. Außerdem sind sie in ihrer Kunden- und Produktorientiertheit mehr und mehr vergleichbar mit privaten Unternehmen.

Außerdem können Träger die Kosten vergleichbarer Produkte gegenüberstellen, sodass auch ein Behördenvergleich möglich ist. Ich gehe davon aus, dass dies auch für uns als Gesetzgeber zu zusätzlichen, wertvollen Erkenntnissen führt und für die Versicherten eine verbesserte Beratung bringt sowie eine schnellere Antragsbearbeitung ermöglicht.

Auch in diesem Bereich haben wir besonderes Augenmerk auf die Praxistauglichkeit gelegt. Wie in der Gesetzesbegründung festgehalten, muss die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung selbst wirtschaftlich sein. Deshalb wird es Bereiche (einzelne Sozialversicherungsträger oder Teile von ihnen) geben, die zum Beispiel wegen ihrer geringen Größe oder atypischen Struktur für die Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung nicht geeignet sind und dabei dann auch nicht einbezogen werden.

Die Spitzenverbände haben die Aufgabe, die fachlichen und technischen Vorgaben der Kosten- und Leistungsrechnung innerhalb von zwei Jahren zu erstellen. Damit haben die Träger auch ausreichend Zeit, Erfahrungen mit diesem Instrument zu sammeln.

(D) Drittens. Die Rentenversicherungsträger werden unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Träger an die Bewertungs- und Bewirtschaftungsmaßstäbe des Bundes bzw. der aufsichtsführenden Länder gebunden. Der Bund hat angesichts der finanziellen Größenordnung der Mittel, die an die Rentenversicherungsträger gezahlt werden, ein hohes Interesse daran, stärkere Einflussmöglichkeiten in Bezug auf die Haushalte der Träger zu erhalten und so eine wirtschaftliche Verwendung der gezahlten Bundesmittel sicherzustellen. Die Vorschrift sieht vor, dass die landesunmittelbaren Träger daher an die Bewertungs- und Bewirtschaftungsmaßstäbe der aufsichtsführenden Länder und die bundesunmittelbaren Träger an die des Bundes gebunden werden.

Unter dem Begriff „Bewertungs- und Bewirtschaftungsmaßstäbe“ werden Grundsätze und Richtlinien zusammengefasst, die für eine Vielzahl von Fällen gelten. Dies sind zum Beispiel haushaltsgesetzliche Vorgaben, Richtlinien über die Haltung und Beschaffung von Dienstfahrzeugen und Richtlinien über die Personalbedarfsermittlung.

Alle Stellen der öffentlichen Hand stehen zu Recht in der kritischen Beobachtung der Bürger und der Medien. Deshalb ist es wichtig, besonders für die Entscheidungsträger vor Ort, über vergleichbare Standards für die Verwaltungskosten zu verfügen und damit besser für eine wirtschaftliche und sparsame Mittelverwendung sorgen zu können.

Auch hier zeigt sich, dass es uns auf eine handhabbare Rechtsvorschrift ankommt. Insoweit ist auch den Bedenken von Rentenversicherungsträgern, die im Rahmen einer Anhörung im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung geäußert wurden, Rechnung getragen worden.

(A) So ist über einen entsprechenden Änderungsantrag noch mal verdeutlicht worden, dass bei der Anwendung dieser Maßstäbe die Besonderheiten der einzelnen Versicherungsträger zu berücksichtigen sind. So bleibt den Trägern ein weiter Spielraum und Flexibilität für eigene Entscheidungen und zur Ausübung ihres Selbstverwaltungsrechts.

Des Weiteren soll mit dem vorliegenden Gesetzentwurf das Problem der selbstständigen Lehrer, Pflegepersonen und auch Hebammen gelöst werden, die eigentlich seit 1922 rentenversicherungspflichtig waren bzw. sind und ihrer Versicherungspflicht nicht nachgekommen sind.

Durch die Neuregelungen zur Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit und die Einführung der Rentenversicherungspflicht für so genannte arbeitnehmerähnliche Selbstständige sah sich die BfA genötigt, im Rahmen der Verjährung erhebliche Beitragsnachforderungen zu stellen.

Zu Recht warfen die Lehrer ihren Auftraggebern und den Sozialversicherungsträgern mangelnde Aufklärung vor. Die Mehrzahl der Lehrer sei gutgläubig davon ausgegangen, nicht der Rentenversicherungspflicht zu unterliegen, und hatte zum Teil anderweitige Altersvorsorge getroffen.

Nun schaffen wir für selbstständige Lehrer, aber auch für selbstständige Pflegepersonen und Hebammen eine befristete Befreiungsmöglichkeit von der Rentenversicherungspflicht unter denselben Voraussetzungen, unter denen auch arbeitnehmerähnliche Selbstständige ein Befreiungsrecht haben. (B) Dazu müssen sie in einem Antrag glaubhaft machen, dass sie von der Versicherungspflicht keine Kenntnis hatten, und sie mussten am 1. Januar 1999 das 50. Lebensjahr vollendet haben oder vor dem 10. Dezember 1998 eine anderweitige Vorsorge getroffen haben.

Ich will nicht verhehlen, dass es auch weitere Forderungen vonseiten der Betroffenen gab. Aus Gerechtigkeitsgründen ist es aber nicht möglich, die Gruppen, die schon lange der Versicherungspflicht unterliegen, wie das bei den selbstständigen Lehrern der Fall ist, besser zu stellen als diejenigen, die bis zum In-Kraft-treten der neuen Regelungen tatsächlich nicht rentenversicherungspflichtig gewesen sind.

Durch eine weitere Ergänzung sollen alle Bürger der Europäischen Union, die für eine begrenzte Zeit im Ausland beschäftigt sind, die Möglichkeit der Pflichtversicherung erhalten unter der Voraussetzung, dass sie zuvor in der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung die allgemeine Wartezeit von fünf Versicherungsjahren zurückgelegt haben und nicht in einem anderen Mitgliedstaat versichert sind. Bisher stand diese Möglichkeit nur Entwicklungshelfern und deutschen Staatsangehörigen zu, die für eine begrenzte Zeit im Ausland beschäftigt sind. Die darin liegende Diskriminierung von Unionsbürgern soll mit der vorgeschlagenen Änderung beseitigt werden.

Alle drei Regelungssachverhalte sind zustimmungswürdig, weil sie zu mehr Transparenz und Sparsamkeit führen – der erstgenannte –, weil sie aus einem Dilemma (C) heraushelfen, nämlich den versicherungspflichtigen Selbstständigen enorme Nachzahlungen ersparen – der zweite –, und weil sie mehr Gerechtigkeit in die EU-Landschaft bringen.

Heinz Schemken *(CDU/CSU):* Das Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch geht von mehr Kontrolle über die Sozialversicherungsträger aus. Es sieht vor, dass von den Aufsichtsbehörden die Haushaltspläne der Rentenversicherungsträger beanstandet werden können, wenn diese die Bewertungs- und Bewirtschaftungsmaßstäbe des Bundes bzw. der Länder nicht beachten. Aus der Gesetzesbegründung zum 1. SGB IV-Änderungsgesetz ergibt sich mittelbar, dass die Rentenversicherungen ihre Mittel unwirtschaftlich verwenden.

Die Notwendigkeit einer strengeren aufsichtlichen Kontrolle der Rentenversicherungsträger wird unter anderem mit der Erhöhung des Bundeszuschusses an die Rentenversicherung begründet. Damit liegen bei den Bewertungs- und Bewirtschaftungsmaßstäben teilweise reine Zweckmäßigkeitserwägungen zugrunde. Für die selbstverwalteten Sozialversicherungsträger ist allerdings nur eine Rechtmäßigkeitskontrolle zulässig. Die Versicherungsträger sind bereits nach jetziger Rechtslage an die Grundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit streng gebunden. Sie stehen unter der Aufsicht des Prüfungsrechtes des Bundes und der Länder durch die jeweiligen Rechnungshöfe. Dieses Recht wird auch nachdrücklich, wie die die Vergangenheit zeigt, wahrgenommen.

Viel gewichtiger ist die Frage zu stellen, wie es die (D) Bundesregierung und die Koalition SPD-Bündnis 90/Die Grünen mit der Selbstverwaltung hält. Diese Einschränkung der Selbstverwaltungskompetenzen geht im Grunde genommen in eine völlig falsche Richtung. Mehr Mitwirkung und Teilhabe an Verantwortung ist in einer Zeit gefordert, in der die Fragen der Zukunft unserer Sozialsysteme immer mehr auch eine Herausforderung für die Gesellschaft insgesamt werden. Deshalb wäre ein größeres Vertrauen gegenüber den Selbstverwaltungsträgern die richtige Antwort. Stattdessen soll hier mehr staatliche Kontrolle eingeführt werden. Die geplante Bindung an Bewertungsmaßstäbe von außen bedeutet einen Eingriff in die Finanzorganisation und Personalhoheit der Selbstverwaltung. Ein Kernbereich unseres sozialen Rechtsstaates wird hier empfindlich getroffen. Hier wird der Kontrolle mehr Gewicht beigemessen als dem Grundsatz der Selbstverwaltung, wo die Arbeitnehmer und Arbeitgeber in Partnerschaft mit großem Verantwortungsbewusstsein am Konsens in der schwierigen Lage unserer sozialen Sicherungssysteme mitwirken.

Die ungleiche Behandlung der Träger der Rentenversicherung, zu denen die Unfall- und Krankenversicherungen gehören, bringt im Übrigen eine weitere Spaltung des Selbstverwaltungsrechtes. Die CDU/CSU steht ohne Abstriche zur Selbstverwaltung und deren Kompetenzen, die bisher mit viel Engagement und großer Verantwortlichkeit wahrgenommen werden. Dies ist für uns ein Herzstück im Sozialstaat, der in seiner Verpflichtung auch die uneingeschränkte Mitwirkung der Menschen in der Selbstverwaltung respektieren sollte.

(A) Es geht bei dieser Gesetzesänderung letztlich nur um eine stärkere Einflussmöglichkeit des Bundes. Auch das Argument, dass die Größenordnung des Bundeszuschusses eine stärkere Einflussmöglichkeit erforderlich macht, zieht nicht. Denn immerhin wird die eigentliche Gewichtung der Verantwortung und Aufgaben, die bei den Beitragszahlern liegen, über die Selbstverwaltung auch wirtschaftlich und sparsam organisiert und verwaltet. Im Übrigen werden die Mittel des Bundes im Wesentlichen durch die Vorgaben des Bundes reguliert, da sie sich aus nicht beitragsgedeckten Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung rekrutieren. Hinzu kommt das Argument, dass durch diesen Gesetzeseingriff mindestens mittelfristig mehr Verwaltungsaufwand und damit Kosten entstehen, die zu Beitragserhöhungen und weiterer Belastung der Löhne führen.

All das sollte uns mehr Zurückhaltung auferlegen, wenn es um immer mehr staatlichen Einfluss geht, denn im Spannungsverhältnis zwischen Selbstverwaltung und staatlichem Einfluss liegt der Anreiz, die Möglichkeit und das Recht der Mitwirkung der Versicherten. Dies zu sichern wäre das Gebot der Stunde.

Gerne hätten wir noch eine bessere Regelung zum Thema der Freiberufler gehabt, dies insbesondere bei der Stichtagsregelung. Wir vertrauen aber auf eine der Rentenversicherungsträger, dies insbesondere, wenn es um die Nachzahlungspflicht zur Rentenversicherung geht. Der betroffene Personenkreis, der über eine zusätzliche Altersversorgung verfügt, sollte von Rentenversicherungsbeiträgen befreit werden. Dies gilt auch für die Betroffenen aus den EU-Ländern.

(B) Die CDU/CSU lehnt diesen Gesetzentwurf ab, insbesondere weil die Selbstverwaltung durch weitere staatliche Eingriffe in ihrer ureigensten Aufgabe eingeschränkt wird.

Ekin Deligöz *(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):* Der heute zur Debatte stehende Entwurf hat eigentlich die Einführung von Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen sowie die Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung für die Sozialversicherungsträger zum Gegenstand. Dazu fand am 25. Oktober 2000 eine Anhörung statt.

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der CDU/CSU, Drucksache 14/1058, vor. Danach sollen entgegen dem Entwurf die Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder die Haushaltspläne der Rentenversicherungsträger bei fehlender Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeits- und Bewertungsmaßstäbe gar nicht beanstanden. Das läuft dem Anliegen des Gesetzes völlig zuwider und ist daher abzulehnen.

Im Änderungsantrag der Regierungskoalition, Drucksache 14/1119, wird dagegen den Bedenken der Rentenversicherungsträger Rechnung getragen, indem bei der Aufsicht ausdrücklich „die Besonderheiten der Versicherungsträger zu berücksichtigen sind“. Dieser Antrag sieht also eine Interessenabwägung vor!

Ein weiteres wichtiges Thema ist das Befreiungsrecht in der Rentenversicherung. Mit einem bisherigen Änderungsantrag, Drucksache 14/863, wollten die Regierungsfraktionen bestimmten Gruppen von Selbstständigen, die (C) in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert sind, eine zeitliche begrenzte Befreiungsmöglichkeit in § 231 Abs. 3 SGB VI (neu) auf Antrag einräumen. Voraussetzung ist, dass die Betroffenen glaubhaft machen können, von der Versicherungspflicht nichts gewusst zu haben, und 50 Jahre und älter sind oder vor der dritten Lesung des Scheinselbstständigengesetzes eine ausreichende anderweitige Altersvorsorge getroffen haben.

Die vorgesehene Regelung ist vor allem durch Proteste von selbstständigen Lehrern ausgelöst worden, die zum Beispiel an Volkshochschulen unterrichten. Die bisherige Änderung war zwar formal auf alle Selbstständigen in § 2 SGB VI anwendbar, wegen der Beschränkung auf solche Selbstständige, die selbst keinen versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen, und der erforderlichen Glaubhaftmachung faktisch auf eine „Lex Privatlehrer“ beschränkt.

Dies ist auch aus den Reihen des Koalitionspartners in der Koordinierungsrunde kritisiert worden, da zum Beispiel nicht auch alle Hebammen von der Möglichkeit Gebrauch machen könnten.

Im Dezember sind wir seitens eines Berufsverbandes auf eine weitere Fallgruppe aufmerksam gemacht worden: In § 229 a SGB VI wird die Versicherungspflicht geregelt, die aufgrund eines DDR-Überleitungsgesetzes (SWG) als Selbstständige und mitarbeitende Familienangehörige rentenversicherungspflichtig geworden sind. Diese Gruppe hatte von Mitte 1991 bis 31. Dezember 1994 die Möglichkeit, aus der Versicherungspflicht zu kommen. Einigen der Betroffenen scheint aber weder die Versicherungspflicht noch die Befreiung davon bis 1994 (D) bekannt gewesen zu sein. Offenbar liegen zur Zeit circa 50 bis 60 Fälle im Streit mit der BfA wegen Beitragsnachforderungen. Die Streitfälle haben sogar gute Chancen auf Glaubhaftmachung, da die BfA in Sozialgerichtsverfahren schon eingeräumt hat, nicht hinreichend informiert zu haben.

Diese Erfahrungen und Erkenntnisse haben wir in einen neuen Änderungsantrag eingearbeitet. Dieser modifizierte Änderungsantrag, der Drucksache 14/863 ersetzt, sieht nun noch vor, auch den Selbstständigen nach § 229 a SGB VI die Möglichkeit einer Befreiung einzuräumen, wenn diese die Unkenntnis über die Versicherungspflicht glaubhaft machen können und eine adäquate Altersvorsorge selbst getroffen haben. Weiterhin sind explizit genannt: Lehrer und Erzieher (§ 2 Satz 1 Nr. 1 SGB VI), Pflegepersonen (§ 2 Satz 1 Nr. 2 SGB VI), Hebammen und Entbindungspfleger (§ 2 Satz 1 Nr. 3 SGB VI).

Ausgeschlossen sind richtigerweise Handwerker, Künstler und Publizisten – die ja die Künstlersozialversicherung haben – sowie hausgewerbetreibende und außerdem die Küstenschiffer und Küstenfischer.

Somit sind nun alle Gruppen, die sich mehr oder minder berechtigt darauf berufen können, von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung nichts gewusst zu haben, von der bis zum 30. September 2001 geltenden „Amnestieregelung“ begünstigt. Damit dürften nun aber wirklich alle Streitfälle bereinigt sein!

(A)

Im gleichen Zusammenhang hat die FDP einen Änderungsantrag, Drucksache 14/1033, eingebracht, der nun entweder obsolet – durch die Gesetzesbegründung klargestellt – ist oder aber inhaltlich abzulehnen ist: Die Auslegung der „andersweitigen Vorsorge“ ist zu weitgehend, und die Ausdehnung des „Handwerkerprivilegs“ auf andere Selbständige ist unsinnig. Prinzipiell bedenkenswert ist dagegen der Vorschlag, anstelle des bisherigen Stichtags – dem 10. Dezember 1998, der Lesung des „Scheinselbstständigengesetzes“ – einen Stichtag erst nach dem In-Kraft-Treten des Gesetzes zu nehmen.

Insgesamt ist es der Koalition gelungen, in dieser komplizierten Materie in allen strittigen Einzelpunkten Lösungen zu finden, die vernünftig, sachgerecht und transparent sind. Wir danken dabei insbesondere auch den beteiligten Sachverständigen für ihre konstruktive Mitarbeit.

Dr. Irmgard Schwaetzer *(F.D.P.):* Der vorliegende Änderungsantrag der Regierungsfraktionen zur Versicherungspflicht von freiberuflichen Lehrern und selbstständigen Dozenten ist geradezu ein Paradebeispiel dafür, wie SPD, aber auch die Grünen mit den Selbstständigen und freien Berufen in Deutschland umgehen. Die vielen Bedingungen, unter denen diese sich nach dem rot-grünen Antrag von der Versicherungspflicht sollen befreien können, führen im Ergebnis dazu, dass sich an der Sozialversicherungspflicht von selbstständigen Lehrern grundsätzlich nichts ändert. Während die SPD dies mit einem vermeintlichen Schutzbedürfnis begründet, empfinden die Betroffenen dies zu Recht als Bevormundung. Ich kann dazu nur schlicht feststellen: Der rot-grüne Gesetzentwurf ist einer modernen Gesellschaft nicht würdig.

(B)

Worum geht es im Kern? Aufgrund einer Norm aus den 20er-Jahren des letzten Jahrhunderts, im Jahre des Heils 1922, möchte die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte selbstständige Lehrer und Dozenten in die gesetzliche Rentenversicherung zwingen. Das eigentlich Interessante daran ist: Nicht nur die Betroffenen, sondern auch offenbar die Bundesversicherungsanstalt selber wussten bislang nichts von der Existenz dieser Norm und damit von einer etwaigen Versicherungspflicht. Daher ist diese bislang auch nie angewandt worden. Aber es kommt noch besser: Jetzt fordert die Bundesversicherungsanstalt sogar Beitragsnachzahlungen von den Betroffenen ein, die existenzbedrohende Ausmaße annehmen können. All dies soll nun durch den rot-grünen Antrag sanktioniert werden.

Für die F.D.P. gilt demgegenüber: Entscheidend muss für Selbstständige die freie Wahl ihrer Vorsorgeform sein, wie auch eine freiwillige Mitgliedschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung davon unbenommen bleibt. Daher hat die F.D.P. einen eigenen Antrag vorgelegt.

Erstens. Nach dem rot-grünen Antrag können sich all diejenigen nicht befreien lassen, die erst nach dem 2. Januar 1949 geboren sind und erst nach dem 10. Dezember 1998 eine private Rentenversicherung abgeschlossen haben. Dies bedeutet: Sie müssen alle monatlichen Beiträge seit dem 1. Januar 1999 rückwirkend entrichten. Bei einem Regelbeitrag von rund 865 DM pro Monat sind dies für die Jahre 1999 und 2000 allein 20 760 DM!

(C)

Die F.D.P. fordert hiergegen: Da viele Versicherungspflichtige hiervon nichts wussten oder wissen konnten, sollte hier ein Stichtag nach In-Kraft-Treten dieses Gesetzes gewählt werden. Denn das Erfordernis, wonach bereits eine eigene Altersvorsorge aufgebaut worden sein müsse, kann – insbesondere in den neuen Bundesländern – nicht zum Tragen kommen. Dann werden auch die Nachforderungen obsolet.

Zweitens. Die F.D.P. fordert, dass zur anerkannten Vorsorge auch und gerade kapitalgedeckte Vorsorgeformen gehören müssen. So sollten zum Beispiel Kapitalversicherungen, die seinerzeit unter steuerrechtlichen Gesichtspunkten empfohlen worden sind, Berücksichtigung finden. Denn für die meisten Betroffenen sind etwa private kapitalgedeckte Lebensversicherungen deutlich günstiger. Auch kann es nicht angehen, dass zum Beispiel manche ihr Haus verkaufen müssten, um in die gesetzliche Rentenversicherung einzuzahlen.

Drittens fordert die F.D.P. darüber hinaus noch folgende Erweiterung: Der Gesetzgeber geht davon aus, dass alle Freiberufler, die einen versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen, versicherungsfrei sind; denn sonst würde es keinen Sinn machen, diese Gruppe von der Befreiungsmöglichkeit auszunehmen. Allerdings vermag nicht einzuleuchten, dass freiberuflich tätige Pflegepersonen, die in der Wochenpflege oder in der Säuglingspflege tätig sind und einen versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen, selbst versicherungsfrei sein sollen (§ 2 Nr. 2 SGB VI), während freiberuflich tätige Hebammen, die dieselbe Tätigkeit verrichten und einen versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen, gleichwohl versicherungspflichtig bleiben sollen.

(D)

Diese Ungleichbehandlung hat keine sachliche Rechtfertigung. Nicht nur Pflegepersonen beschäftigen häufig andere Pflegepersonen und überschreiten damit den Bereich der höchstpersönlichen freiberuflichen Tätigkeit. Auch Hebammen betreiben Geburtshäuser und Entbindungsheime und beschäftigen dabei andere angestellte Hebammen. Insoweit besteht zwischen Pflegepersonen und Hebammen kein Unterschied, der eine unterschiedliche gesetzliche Regelung der Versicherungspflicht rechtfertigen würde.

Daher sollten Hebammen in die Reihe derer aufgenommen werden, die bei Beschäftigung eines versicherungspflichtigen Arbeitnehmers versicherungsfrei sind. Denn was für Lehrer und Erzieher, was für Pflegepersonen gilt, kann Hebammen und Entbindungspflegern, schlechterdings nicht verwehrt werden.

Ich bedaure, dass im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung unser Änderungsantrag von beiden Volksparteien, also nicht nur von SPD und Grünen, sondern auch von der Union abgelehnt worden ist. Offensichtlich bedeuten Ihnen der Fleiß, das Engagement und die Kreativität der freien Berufe nicht viel. Ich sichere den betroffenen Selbstständigen zu: Ab Herbst 2002 werden wir dies ändern.

Pia Maier *(PDS):* Im Zusammenhang mit dieser SGB IV-Änderung hat die Regierungskoalition auch eine Änderung der Rentengesetzgebung beschlossen. Diese Änderung bewahrt wenigstens einige freiberufliche Leh-

(A) rerinnen und Lehrer vor horrenden Nachzahlungen in die Rentenkasse, die vorher nicht absehbar waren. Ein Schritt in die richtige Richtung, aber ein viel zu kurzer Schritt.

Zum Hintergrund: Freiberufliche Lehrkräfte sind Selbstständige und wurden schon in der Weimarer Republik in die gesetzliche Rentenkasse aufgenommen. Allerdings hatte die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte diese Tatsache jahrzehntelang nicht zur Kenntnis genommen und folglich auch keine Rentenbescheide verschickt. Die Honorarkräfte kann man für ihre Unwissenheit hier sicher nicht in Haftung nehmen. Durch das Gesetz gegen die Scheinselbstständigkeit fiel die Versicherungspflicht wieder auf und die freiberuflich tätigen Lehrerinnen und Lehrer, die nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung waren, sollten massive Nachzahlungen leisten – es geht hier um mehrere Zehntausend DM. Für Menschen, die an Volkshochschulen lehren und zumeist in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, ist das verdammt viel Geld.

Die Koalition hat nun den Vorschlag gemacht, ältere Honorarlehrkräfte, die eine andere Alterssicherung nachweisen, von der gesetzlichen Rente auf Antrag auszunehmen. Damit helfen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, nur einigen Härtefällen. Aber als Stichtag haben Sie den 10. Dezember 1998 bestimmt, den Tag der Verabschiedung des Scheinselbstständigengesetzes. Und das bedeutet, dass nur diejenigen, die schon zu diesem Zeitpunkt für sich eine anderweitige Altersvorsorge geschaffen hatten, befreit werden können. Das hilft all jenen, die erst beim Erhalt ihres ersten Rentenbescheides aus allen Wolken fielen, überhaupt nicht und es stürzt (B) viele Dozentinnen und Dozenten in finanzielle Notlagen. Besonders hart trifft es die freiberuflichen Lehrerinnen und Lehrer, die in der Annahme eine Alterssicherung eingegangen sind, dass ihnen eine gesetzliche Rentenversicherung nicht zustünde. Oftmals haben sie kaum eine Möglichkeit, aus dieser privaten Altersversorgung wieder heraus zu kommen.

Im Gegensatz zu vielen Lehrerinnen und Lehrern, die Ihnen sicher auch in den vergangenen Wochen geschrieben haben, gehe ich davon aus, dass diese Honorarkräfte in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden sollten – und das selbstverständlich zu zumutbaren Bedingungen. Und darum müssen auch hier die Rahmenbedingungen für eine paritätische Finanzierung geschaffen werden. Sicher, eine Volkshochschule kann die Honorare nicht anheben – jedenfalls nicht ohne eine direkte Umlage auf die Kosten für die Kursteilnehmer und -teilnehmerinnen. Dasselbe gilt auch für die Anbieter von Deutschkursen und andere Träger. Wenn das kostengünstige Bildungsangebot der Volkshochschulen weiter bestehen soll – wofür ich mich hier ausdrücklich ausspreche –, dann muss der Bund für den Arbeitgeberanteil seinen Beitrag leisten.

In diesem Sinne hat die PDS-Fraktion einen Entschließungsantrag gestellt. Wir treten dafür ein, die Stichtagsregelung so zu verändern, dass die Dozentinnen und Dozenten keinerlei Nachzahlungen leisten müssen! Das ist der wichtigste Punkt, weil Nachzahlungsforderungen in bis zu fünfstelliger Höhe für die überwiegende Mehrheit der Betroffenen existenzbedrohend sind. Außerdem fordern wir die Bundesregierung auf, eine Regelung zu schaffen, die (C) vorsieht, dass der Bund – analog dem System der Künstlersozialkasse – einen Zuschuss übernimmt, denn die jetzt geplante Regelung gefährdet nicht nur die Existenz der Dozentinnen und Dozenten, sondern auch das Kursangebot der Bildungsträger. Wenn Bildung von allen Fraktionen in .diesem Hause immer wieder eingefordert wird, dann dürfen wir den Abbau der Bildungsangebote der Volkshochschulen nicht auch noch befördern. Gerade an den Volkshochschulen hat schon immer das berühmte lebenslange Lernen stattgefunden und darum müssen wir dafür sorgen, dass sich auch weiterhin Menschen das VHS-Angebot leisten können, die zwar nur über einen schmalen Geldbeutel verfügen, die sich aber dennoch weiterbilden möchten.

Aus all diesen Gründen fordere ich Sie auf: Stimmen Sie unserem Entschließungsantrag zu und tragen Sie damit zum Zustandekommen einer für alle Betroffenen sozialverträglichen Lösung bei.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einige wenige Worte zum eigentlichen Gegenstand des Gesetzes verlieren: Die Versicherungsträger arbeiten schon lange nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Sie werden auch mit der Einführung von Kosten- und Leistungsrechnungen ihre Arbeit weiter gut leisten. Dass sie sich gegen eine Umstellung wehren, ist verständlich. Es gibt allerdings einen guten Grund, diese Umstellung zu fordern: Für die Aufsichtsbehörde ist die Arbeit einfacher, wenn überall nach denselben Grundsätzen geprüft werden kann. Und für die wenigen Bürgerinnen und Bürger, die es wagen, sich näher mit dem öffentlichen Haushaltswesen einzulassen, zum Beispiel um eine Kontrollfunktion in Aufsichtsgremien auch tatsächlich und nicht nur formal (D) auszuüben, wird es auch einfacher: Hat man das System dann einmal verstanden, kann man es immer anwenden. Im Sinne des Abbaus und der Vereinfachung von Bürokratie, im Sinne von Transparenz und Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger sind gleiche Haushaltsführungsgrundsätze ein Fortschritt. Und darum wird die PDS-Fraktion diesem Gesetzentwurf zustimmen.

Anlage 4

Zu Protokoll gegebene Rede

zur Beratung des Entschließungsantrags: Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Tourismuswirtschaft in Euro-Land (Tagesordnungspunkt 21)

Rosel Neuhäuser *(PDS):* Seit dem Einbringen des Entschließungsantrags der F.D.P. zu Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Tourismuswirtschaft im Euro-Land ist geraume Zeit vergangen. Seit dieser Zeit hat sich in der Entwicklung der Tourismusbranche einiges getan. Es gibt in den neuen Ländern eine positive Entwicklung. Nicht nur die Angebote, sondern auch der Umweltschutz haben im Ausbau und der Weiterentwicklung des Tourismus in Deutschland einen wichtigen Platz eingenommen.

Dieser Aufwärtstrend ist erfreulich, weil er unter anderem für viele Menschen, besonders in strukturschwachen Regionen, einen wichtigen Faktor für Beschäftigung und wirtschaftlichen Aufschwung signalisiert. Aber we-

(A) der Euphorie noch eindeutige Rückschlüsse sind in diesem Zusammenhang berechtigt. Die Tourismuswirtschaft muss sich in den nächsten Jahren noch auf enorme Veränderungen einstellen. Nicht nur die Einführung des Euro, sondern die Fragen des Strukturwandels und die Frage der Qualität der Angebote sind in der Entwicklung des Tourismus in Deutschland von ausschlaggebender Bedeutung.

Zu allen Fragen kann ich keine Ausführungen machen. Daher stelle ich zwei Fragen in den Mittelpunkt, die aus meiner Sicht weiterzuentwickeln sind, die ich allerdings nicht ausführen kann.

Erstens: die Frage der Arbeitsmarktsituation. Eine weite Anerkennung der beruflichen Abschlüsse aus meiner Sicht genauso notwendig wie die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Befristete oder auf dem zweiten Arbeitsmarkt funktionierende Strukturen sind auf Dauer keine Lösung. Deshalb fordere ich die Verantwortung auf, Lösungswege zur Lösung dieser Frage zu suchen.

Zweitens: die Fragen der Harmonisierung bzw. ermäßigter Mehrwertsteuersatz für arbeitsintensive Arbeiten. Über dieses Anliegen wurde bereits in der 13. Wahlperiode diskutiert. Es wurde von der F.D.P. abgelehnt. Inzwischen wurde der Inhalt von der Geschichte eingeholt. Entsprechend einer Initiative des Europaparlamentes ist es möglich, unter anderem arbeitsintensive Leistungen mit einem ermäßigten Mehrwertsteuersatz zu belegen. Tatsächlich entschieden sich nur neun europäische Länder – ohne Deutschland –, diese Möglichkeit mit eventuellen (B) positiven Auswirkungen für den Arbeitsmarkt wenigstens auszuprobieren.

Wir sind uns in diesem Haus sicher darüber einig, dass Deutschland ein preiswertes, aber kein billiges Reiseland ist. Das deutsche Gastgewerbe sei insbesondere im Vergleich zu anderen EU-Mitgliedstaaten durch die Anwendung des vollen Umsatzsteuersatzes gravierend benachteiligt. Es gibt Reiseländer in der EU, in denen die Preise kaum unter den Preisen in Deutschland liegen. Im Gegenteil: Sie liegen höher.

Die Umsatzsteuer ist ein Faktor, der preisbestimmend wirkt, aber in den seltensten Fällen ausschlaggebend ist für die Entscheidung, wo jemand Urlaub macht. Daher ist aus meiner Sicht eine Insellösung für Deutschland nicht sinnvoll. Meine Fraktion ist vielmehr der Überzeugung, dass die Harmonisierung aller Finanz- und steuerpolitischen Fragen im Rahmen der EU gelingen muss, um die Wettbewerbschancen zu gewährleisten.

Anlage 5

Zu Protokoll gegebene Reden

zur Beratung des Antrags: UMTS-Milliarden für die Einführung einer kommunalen Investitionspauschale des Bundes (Tagesordungspunkt 23)

Hans Georg Wagner *(SPD):* Es ist wohl zu beklagen, dass die Verfahrensabläufe im Bundestag so sind, wie sie (C) sind. Ende November 2000 hat der Bundestag mit den Stimmen der Koalition beschlossen, die Zinsersparnisse aus den UMTS-Verkäufen in einer Größenordnung von 15 Milliarden DM beginnend mit dem 1. Januar 2001 für ein dreijähriges Investitionsförderungsgesetz, das Zukunftsinvestitionsprogramm, zu verwenden.

Im Wesentlichen geht es um Investitionen im Baubereich: Straßenbau, Schienenausbau, Altbau-Energiesanierung, die soziale Stadt sowie um die Bildungs- und Forschungspolitik als Zukunftsprogramm für unsere Kinder. Dies war der politische Wille der Koalition.

Dabei waren wir natürlich offen für Vorschläge der anderen Fraktionen. Daher bedauere ich, dass der Antrag der PDS erst heute, zwei Monate nach dem Beschluss des Bundestages, diskutiert wird. Das haben eigentlich alle Fraktionen so nicht verdient. Der Antrag muss im Zusammenhang mit anstehenden Entscheidungen diskutiert werden; deshalb will ich auch heute auf diese Überlegung noch eingehen.

Die PDS fordert eine kommunale Investitionspauschale von 3 Milliarden DM. Bei der zu Recht angesprochenen Haushaltslage der Kommunen muss jedoch das Gesamttableau öffentlicher Haushalte betrachtet werden. Bei der Klage des Saarlandes und Bremens 1991/1992 wegen des bundesstaatlichen Finazausgleichs und ihre Haushaltsnotlage war ein Wesentliches Kriterium die Zinssteuerlastquote.

Diese Quote muss man genau betrachten: Bund 21 Prozent, Länder 11 Prozent, Gemeinden 7 Prozent. Das heißt: (D) Der Bund hat die schlechteste Haushaltslage aller deutschen Gebietskörperschaften.

Die kommunalen Haushalte unterliegen der Genehmigung der Länderinnenminister. Nur diese haben die Möglichkeit, die Haushaltszügel der Kommunen zu lockern, um damit Investitionen anzuregen. Die vom Zukunftsinvestitionsprogramm ausgelösten Investitionen erfolgen ausschließlich in den Kommunen. Denn der Bau von 125 Ortsumgehungen dient eindeutig den Kommunen. Zudem erfolgt eine regionale Unterstützung der Bauwirtschaft: Die Erhöhung der Städtebauförderungsmittel für die alten Bundesländer bei Beibehaltung der Förderung in den neuen Ländern und die Erhöhung der Mittel „Soziale Stadt“ sind eindeutig auf der Haben-Seite der Kommunen zu verbuchen. Ich erinnere an das Altschuldenhilfegesetz, das auch finanzielle Entlastungen für die Kommunen bedeutet.

Deshalb konnten wir Ihre Forderungen, meine Damen und Herren Kollegen von der PDS-Fraktion, nicht in unsere Überlegungen mit einbeziehen. Mir kommt es jedoch darauf an, Ihre Argumente aufzunehmen und mit Ihnen zu diskutieren, obwohl die Entscheidungen, wie Sie selbst wissen, längst getroffen sind.

Peter Götz *(CDU/CSU):* Wir haben gut die Hälfte der Legislaturperiode hinter uns. Mit Fug und Recht können wir feststellen: Diese rot-grüne Regierung macht eine kommunalfeindliche Politik.

(A) Der Umgang mit den UMTS-Erlösen ist nur ein gutes Negativbeispiel für rot-grüne Politik. Diese Regierung will die kommunale Selbstverwaltung immer weiter aushöhlen und lebt alte sozialistische Staatsreflexe ungehemmt aus: möglichst alles von der Zentrale her kontrollieren und steuern, kein Vertrauen in die Kreativität und das Verantwortungsbewusstsein der örtlichen demokratischen Gemeinschaften.

Ich will Ihnen anhand einiger Zahlen die kommunalfeindliche rot-grüne Politik verdeutlichen. Die Daten kommen übrigens aus dem Hause von Finanzminister Eichel, der unverdächtig ist, Zahlen für die Argumentation der Union liefern zu wollen.

Zunächst zur Steuerschätzung vom November 2000. Danach verlieren die Kommunen von 2000 auf 2001 – von 112,2 Milliarden DM auf 110,2 Milliarden DM – 2 Milliarden DM. Das scheint auf den ersten Blick nicht dramatisch zu sein. Aber wenn wir die Auswirkungen aller Bundesgesetze, die seit 1998 verabschiedet wurden, auf die kommunalen Haushalte betrachten, dann ergeben sich für 2001 unmittelbare Einnahmeausfälle von knapp 6,5 Milliarden DM. Dazu kommen mittelbare Einnahmeausfälle in Höhe von knapp 5 Milliarden DM, die sich automatisch über den Mechanismus des kommunalen Finanzausgleichs ergeben. Dies ergibt sich aus der DStGB-Dokumentation Nr. 16, 4. Januar 2001, auf der Grundlage von Zahlen des BMF.

Die Bundesregierung hat den Kommunen seit 1998 fast 11,5 Milliarden DM aus den kommunalen Steuerhaushalten herausregiert. Das ist eine riesige Summe. Das (B) Geld fehlt in den Städten und Gemeinden bei der Förderung von Vereinsarbeit, bei Investitionen in Schulen, Kindergärten und vielem mehr.

Ein Weiteres kommt hinzu: Wenn wir uns über die Zukunft der Städte und Gemeinden unterhalten, dürfen den Kommunen nicht laufend neue Aufgaben übertragen und gleichzeitig die Gelder weggenommen werden. Es kann und darf nur nach dem Motto gehen: Wer bestellt, bezahlt.

Ich möchte Sie an Ihre eigene Koalitionsvereinbarung erinnern. Dort steht:

> Wir wollen die Finanzkraft der Gemeinden stärken und das Gemeindefinanzsystem einer umfassenden Prüfung unterziehen. Aber genau das Gegenteil tun Sie hier im Deutschen Bundestag: Sie schaffen immer neue Gesetze zulasten der Kommunen und eine umfassende Prüfung des Gemeindefinanzsystems haben Sie bis heute nicht in Angriff genommen. Stattdessen handeln Sie regelmäßig gegen Ihre eigenen Ankündigungen. Sie missbrauchen die kommunalen Haushalte als Verschiebebahnhof für originäre Aufgaben des Bundes.

Lassen Sie ich nur einige Beispiele nennen – Basis ist die Steuerschätzung von Mai 1998 –: Das Steueränderungsgesetz 1998 kostet die Gemeinden im Jahre 2001 DM 1,66 Milliarden DM. Mit dem Steuerentlastungsgesetz 1999 belasten Sie die Kommunen im Jahr 2000 und 2001 jeweils um weitere 1,06 Milliarden DM.

(C) Es geht noch weiter: Die Familienförderung, mit der Sie sich immer loben, finanzieren die Kommunen mit über 700 Millionen DM, das Steuerbereinigungsgesetz mit 305 Millionen DM. Die Einführung der Entfernungspauschale kostet die kommunalen Haushalte 135 Millionen DM. Aber die Ökosteuer streicht der Finanzminister ohne eine Miene zu verziehen ein. Und letztlich belastet die rot-grüne Bundesregierung mit dem so genannten Steuersenkungsgesetz die Kommunen mit 4,46 Milliarden DM.

Fast 100 Milliarden DM hat der Bund im letzten Jahr durch die Versteigerung der UMTS-Lizenzen eingenommen, zum Teil zulasten der Kommunen. Es war nicht verwunderlich, dass daraufhin hier in Berlin viele gute Ideen zur Finanzierung wichtiger Aufgaben genannt worden sind. Letztendlich hat die Bundesregierung die gesamte Summe selbst in ihrem Haushalt belassen. Es wird verfahren nach dem Motto: Erst alles selbst kassieren, dann Weihnachtsmann spielen und an die braven Kinder verteilen. Die Haushaltsbalance zwischen Bund, Ländern und Gemeinden wird weiter verzerrt.

Gewerbesteuerausfälle und Effekte aus dem Finanzausgleich treffen die Kommunen insgesamt, vor allem in einzelnen Gemeinden, auf dramatische Weise. Dies wird zunehmend konkret. Ich will Ihnen das am Beispiel des Amts Stahnsdorf, einer Gemeinde mit 12 000 Einwohnern in Brandenburg, einmal vor Augen führen: In dieser Gemeinde sind Unternehmen angesiedelt, die UMTS-Lizenzen ersteigert haben. Gewerbesteuereinnahmen der Gemeinde von bisher jährlich über 4 Millionen DM fallen weg. Im Dezember 2000 ist die Gemeinde über ihre Gewerbesteuervorauszahlung für 2001 informiert worden: (D) Sie bekommt nichts, null. Der Grund ist das negative Betriebsergebnis wegen der hohen an den Bund zu zahlenden UMTS-Lizenzen. Ebenso wird es 2002 sein und wir wissen, dass diese Situation noch viele Jahre anhalten wird. Finden Sie das gerecht?

Von den Steuermindereinnahmen für die Kommunen bei der Einkommensteuer habe ich noch gar nicht gesprochen. Dies ist ein Beispiel aus den neuen Ländern, die dringend auf eigene kommunale Einnahmen angewiesen sind.

Die Menschen in den neuen Ländern wollen keine Almosen. Aber sie haben einen Anspruch darauf, dass die Früchte einer erfolgreichen Kommunalpolitik nicht von Gerhard Schröder abkassiert werden.

Die CDU/CSU-geführte Bundesregierung hat den Aufbau Ost massiv betrieben. Dabei ging es vor allem um die Stärkung der Kommunen. Und es ist sicher kein Zufall, dass die wirtschaftlich besonders erfolgreichen Wachstumszentren in den neuen Ländern genau dort sind, wo die Christdemokraten in Ländern und Kommunen die politische Verantwortung tragen.

Und wie sieht es seit dem Regierungswechsel aus? In der rot-grünen Bundesregierung hat der Kanzler, im Nebenberuf SPD-Parteivorsitzender, die Förderung der neuen Länder zur Chefsache erklärt. Der Bundestagspräsident, im Nebenberuf stellvertretender SPD-Vorsitzender, sagt nach gut zwei Jahren rot-grüner Regierungsverant-

(A) wortung, die Neuen Länder stünden auf der Kippe. Was heißt das? Weder PDS noch Rot-Grün tun den neuen Ländern gut.

Zum Schluss will ich noch auf eine tagesaktuell anstehende Parlamentsentscheidung und ihre Wirkung auf die Gemeinden, Städte, Kreise zu sprechen kommen: die Rentenreform. Ein klares Bild fehlt bis heute. Nur eines wird zunehmend deutlich: Sie planen einen erneuten Angriff auf die kommunalen Haushalte. Die so genannte Rentenreform wird die Kommunen nach Schätzung des Deutschen Städtetages weitere 3,2 Milliarden DM kosten.

Völlig unakzeptabel ist für uns ihr Konzept für eine leistungs- und beitragsfreie Grundrente. Wenn sie so kommt, wie sie es sich vorstellen, bestrafen Sie alle, die für ihr Alter vorsorgen; denn wer vorsorgt, wird versorgt und wer nicht vorsorgt, wird auch versorgt. Dieses Gesetz hat katastrophale Folgen auf die Selbstverantwortung der Menschen für Ihre Altersvorsorge. Sozialistisches Gedankengut führt zum unmündigen Bürger. Wir haben ein anderes Gesellschaftsbild.

Die vorgeschlagene Grundversorgung hat auch katastrophale Folgen für die Kommunen, die Sie für die Grundsicherung verantwortlich machen wollen. Erneut werden die Städte und Gemeinden zum Zahlmeister für großzügige Sozialleistungen des Bundes. Diesen Verschiebebahnhof machen wir nicht mit.

Ein Weiteres kommt hinzu: Sie wollen bei den Kommunen neue Grundsicherungsämter schaffen – zusätzlich zu den Sozialämter – das heißt neue Bürokratie. Und damit greifen Sie in die kommunale Organisationshoheit ein.

(B)

Skandalös ist Ihre Arroganz gegenüber den kommunalen Spitzenverbänden. Sie verweigern den Kommunen jede Beteiligung am Gesetzgebungsverfahren in der Sache dieser Grundsicherungsämter. Die kommunalen Spitzenverbände müssen zumindest angehört werden. Sie hätten sogar schon bei der Erarbeitung des Referentenentwurfs beteiligt werden müssen. Aber das alles interessiert Rot-Grün nicht. Die Schaffung von Grundsicherungsämtern greift empfindlich in die Sphäre der kommunalen Selbstverwaltung ein.

Sie haben mit Ihrer rot-grünen Mehrheit im Bundesausschuss für Arbeit und Sozialordnung eine Einladung der kommunalen Spitzenverbände zu der heutigen Anhörung verweigert, weil Ihnen die Kommunen lästig sind. In Sonntagsreden das Hohe Lied der kommunalen Selbstverwaltung singen und hier, wo die Entscheidungen zu treffen sind, genau entgegengesetzt handeln – dieses Spiel lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

Die finanzielle Sicherung der Menschen im Alter ist keine kommunale Aufgabe. Sie darf auch keine kommunale Aufgabe werden.

Lassen Sie mich zusammenfassend sagen: Im Jahr 2000 gaben die Kommunen über 47 Prozent ihrer Steuereinnahmen – 55 Milliarden DM – für soziale Leistungen aus. Im Jahr 2001 werden es über 50 % sein. Steigerungen sind vorprogrammiert. – Diese Leistungen sind übertragene Staatsaufgaben, die nach Bundesgesetzen von den Kommunen erledigt werden müssen. Für eigene Selbstverwaltungsaufgaben bleibt immer weniger übrig. Die Bürgerinnen und Bürger werden bei der Gestaltung des örtlichen kommunalen Lebensraums zunehmend entmündigt. Die im Grundgesetz garantierte kommunale Selbstverwaltung bleibt auf der Strecke.

(C)

Der Umgang mit den Erlösen aus den UMTS-Lizenzen ist also nur eines von vielen Beispielen für die sozialistische Politik dieser rot-grünen Bundesregierung. Die 100 Milliarden DM haben Sie teilweise zulasten der Kommunen kassiert. Das ist unanständig. Geben Sie den Gemeinden das ihnen zustehende Geld zurück! Wir brauchen in unserem Land lebensfähige Städte und Gemeinden, die eigenverantwortlich entscheiden können.

Antje Hermenau *(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):* Gerade auf dem Feld der Finanzpolitik macht es mir jedes Mal Freude, feststellen zu können, dass wir mit unserer Politik Erfolge haben und einfach besser als die Opposition sind. Immer mehr hat sich die Finanzpolitik für uns als ein Heimspiel entwickelt.

Der Erfolg unserer nachhaltigen und soliden Finanzpolitik ist für jedermann greifbar: Wir haben wieder Vertrauen in der Bevölkerung und in der Wirtschaft geschaffen. Die Konjunktur gewinnt an Fahrt, der Euro erholt sich, die Arbeitslosenzahlen sinken und die Beschäftigung steigt. Dies sind Fakten, die nicht kleingeredet werden können.

Mit dem Haushalt 2001 halten wir an unserem Konsolidierungskurs fest. Die Neuverschuldung wird weiter gesenkt. Unser Zukunftsprogramm 2000 war im letzten Jahr keine einmalige Kraftanstrengung. Die Konsolidierung des Bundeshaushalts ist für uns vielmehr eine konsequent zu verfolgende langfristige Daueraufgabe.

(D)

Ziel bleibt, in 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und danach mit dem Schuldenabbau zu beginnen. Wir können nicht immer mehr Lasten auf zukünftige Generationen verschieben. Wir wollen den Schuldenberg überwinden und ihn nicht einfach hinnehmen – wie die alte Regierungskoalition es jahrelang getan hat. Erfolgloses Durchwursteln ohne echten Reformwillen und ohne Durchsetzungsfähigkeit wäre für die Zukunft Deutschlands tödlich.

Gesunde Bundesfinanzen sind erforderlich. Bei unserer Regierungsübernahme vor zwei Jahren haben wir ein katastrophales Finanzchaos vorgefunden. Die Bundesfinanzen befanden sich nach 16 Jahren Kohl-Regierung in einer jämmerlichen Verfassung.

In den letzten Jahren der Regierungskoalition hatte der Bundeshaushalt eine chronische Unterdeckung von 80 bis 90 Milliarden Mark. Waigel konnte die Haushaltslücken nur mit enormen Neuverschuldungen und Privatisierungseinnahmen schließen.

Mit einem Schuldenberg von 1,5 Billionen sitzen wir daher nun in der schwarz-gelben Schuldenfalle. Mehr als jede fünfte Steuermark müssen wir jährlich für Zinsen ausgeben. Das sind jährliche Steuerzahlungen der Bürger und Bürgerinnen in Höhe von 80 Milliarden DM. Diese

(A) Steuerzahlungen hat die alte Regierungskoalition zu verantworten. Ihre Rolle als Steuersenkungsparteien ist daher völlig unglaubwürdig.

Durch unseren Kurswechsel in der Finanzpolitik haben wir den Sinkflug bei der Neuverschuldung eingeleitet und die Handlungsfähigkeit des Staates wieder hergestellt. Schritt für Schritt bringen wir den Bundeshaushalt wieder in ein gesundes Gleichgewicht.

Nun zu den Zukunftsinvestitionen mit Zinsersparnissen aus UMTS-Einnahmen: Die UMTS-Einnahmen von 99,4 Milliarden DM haben wir, wie von Anfang an von uns gefordert, vollständig zur Tilgung von Bundesschulden verwendet. Der Bund hat damit zum ersten Mal seit 1970 eine echte Nettotilgung geleistet. Die Bundesrepublik wird deshalb in diesem Jahr beim Schuldenstand mit 58 Prozent wieder unter der „Maastricht-Grenze“ von 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegen.

Wir stellen damit erneut eindringlich die Solidität unserer Finanzpolitik unter Beweis. Dies wird von unserer Bevölkerung auch anerkannt, was uns freut und die CDU-Opposition zunehmend ärgert. Sie kann nur noch durch haltlose persönliche Angriffe gegenüber unserem Bundesfinanzminister in Erscheinung treten, wie wir gerade diese Woche im Haushaltsausschuss feststellen konnten.

Bei einem Schuldenberg von 1,5 Billionen ist Ihre Behauptung widersinnig, der Bundesfinanzminister würde in Geld schwimmen und könnte daher riesige Steuersenkungen umsetzen. Mit der Tilgung bereinigen wir von den (B) 16 Jahren Kohl-Regierung lediglich 18 Monate Schuldenaufwuchs. Weitere 170 Monate müssen noch aufgeholt werden.

Immer steigende Zinsausgaben haben die Ausgaben für Zukunftsinvestitionen zunehmend beschnitten. Daher müssen wir die Investitionen verstärken, aber auch durch Sparen die Ursache der Investitionsbeschränkungen bekämpfen. Nur so können wir die Gestaltungsspielräume langfristig absichern.

Nach dieser Leitlinie haben wir uns bei der Frage der Verwendung der UMTS-Einnahmen ausgerichtet. Die durch die Tilgung entstehenden Zinsersparnisse von rund 5 Milliarden DM wollen wir vorrangig für Zukunftsinvestitionen einsetzen, die auch den neuen Ländern zugute kommen. Für die Umweltpolitik ist es ein großer Erfolg, dass neben Bildung und Forschung ein Löwenanteil für ökologische Investitionen zur Verfügung gestellt wird.

Die Grünen haben sich schon immer für die Bahn stark gemacht. Daher freuen wir uns, dass die Mittel für die Schiene um 2 Milliarden DM aufgestockt wurden. Mit diesen Mitteln können wir sofort mit der Beseitigung von Langsamfahrstellen im Bestandsnetz beginnen. Die ehemals 200 Langsamfahrstellen sind auf über 1000 angewachsen. Dies hat verheerende Auswirkungen auf den Fahrplan und die Attraktivität der Bahn. Um die Zukunft der Bahn sicherzustellen, besteht hier ein dringender Handlungsbedarf.

Ein ebenso dringender ökologischer Handlungsbedarf besteht bei der Energieeinsparung in Altbauten. Wie die (C) Eisflächen am Nordpol zeigen, ist derzeit der Klimawandel die größte umweltpolitische Herausforderung der Menschheit.Um unser Klimaziel zu erreichen, die $C0_2$-Emissionen bis 2005 gegenüber 1990 um 25 Prozent zu reduzieren, muss insbesondere der Trend zu steigenden $C0_2$-Emissionen im Bereich der privaten Haushalte gebrochen und umgekehrt werden. Auch hier gilt, Durchwursteln wie bei der alten Regierungskoalition geht nicht mehr.Daher legen wir in den nächsten Wochen mit einem Teil der Zinsersparnisse ein Altbausanierungsprogramm auf, mit dem wir die Trendumkehr erreichen. Wie beim Schuldenberg wollen wir auch hier einen Kurswechsel und nicht einfach die derzeitige Situation hinnehmen.

Die Modernisierung Deutschlands im Sinne nachhaltiger Politik ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, die nur von allen staatlichen Ebenen gemeinsam bewältigt werden kann. Gerade für die neuen Länder sind Konzepte zu entwickeln, die gesamtstaatlich auch umsetzbar sind. Im Rahmen der nun anstehenden Diskussion zur Neuordnung des Länderfinanzausgleichs und zur Fortsetzung des Solidarpakts wollen wir uns daher dafür einsetzen, dass die Rahmenbedingungen für die kommunalen Investitionen in den neuen Ländern nachhaltig verbessert werden. Mit der einmaligen Bereitstellung von 3 Milliarden DM ist den neuen Ländern nicht gedient. Hier benötigen wir vielmehr einen langen Atem.

Gerhard Schüßler *(F.D.P.):* Das Anliegen, das dem Antrag der PDS zu Grunde liegt, ist nachvollziehbar und verdient im Grundsatz Unterstützung. Die ausreichende finanzielle Ausstattung der Gemeinden muss sichergestellt (D) werden. Wir erleben viel zu oft, dass auf Bundes- oder Landesebene Gesetze beschlossen oder sonstige Maßnahmen getroffen werden, die zum Teil gravierende Auswirkungen auf die kommunalen Finanzen haben.

Trotzdem wird die F.D.P. dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen. Ich will das begründen: Grundsätzlich ist die finanzielle Ausstattung der Gemeinden Länderangelegenheit. Eine kommunale Investitionspauschale, die ich grundsätzlich begrüße, muss von den Ländern beschlossen werden. Die Belange der ostdeutschen Gemeinden, die die PDS insbesondere anspricht, sollten eine wichtige Rolle im Rahmen des Solidarpaktes II spielen. Adressat dieser Forderung sind Bund und Länder.

So weit zu diesem Antrag.

Die Finanzverfassung und damit auch die finanzielle Ausstattung der Kommunen sind viel grundsätzlicher anzugehen. Es wird immer weniger akzeptiert, dass zum Beispiel der Bund Gesetze beschließt, deren finanzielle Auswirkungen die Gemeinden zwar tragen müssen, dafür aber nicht genug Finanzzuweisungen von den Ländern erhalten. Auch ist das Geflecht von öffentlichen Aufgaben und Ausgaben mittlerweile undurchdringlich und unverständlich geworden. Im Rahmen des neu zu regelnden Länderfinanzausgleichs sollte daher nach Auffassung der F.D.P. auch die Finanzverfassung reformiert werden. Ziel dabei muss sein, die Aufgaben, die Ausgaben, aber auch die Einnahmen der verschiedenen Gebietskörperschaften zu entzerren. Bund, Länder und Gemeinden müssen wissen, mit welchen Ausgaben und mit welchen Einnahmen sie zu

(A) rechnen haben. Damit verträgt sich nicht das hochkomplizierte Gefüge aus Gemeinschaftsaufgaben. Wir haben jetzt die einmalige Gelegenheit, unser Finanzsystem grundlegend zu reformieren. Wir sollten diese Chance nutzen.

Anlage 6

Amtliche Mitteilungen

Der Bundesrat hat in seiner 757. Sitzung am 1. Dezember 2000 beschlossen, gemäß Artikel 76 Absatz 2 Grundgesetz gegen den folgenden Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben:

– **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung von Vorschriften auf dem Gebiet der Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen**

Der Bundesrat hat in seiner 758. Sitzung am 21. Dezember 2000 beschlossen, den nachstehenden Gesetzen zuzustimmen, bzw. einen Antrag gemäß Artikel 77 Absatz 2 Grundgesetz nicht zu stellen:

– **Gesetz zur Einführung einer Entfernungspauschale**

– **Fünftes Gesetz zur Änderung des Strafvollzugsgesetzes**

– Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2001 **(Haushaltsgesetz 2001)**

– Gesetz zur Neuregelung der sozialversicherungsrechtlichen Behandlung von einmalig gezahltem Arbeitsentgelt **(Einmalzahlungs-Neuregelungsgesetz)**

(B)

– **Gesetz zur Einführung des Euro im Sozial- und Arbeitsrecht sowie zur Änderung anderer Vorschriften (4. Euro-Einführungsgesetz)**

– Gesetz zur Einführung einer Vergütung der Mineralölsteuer für die Land- und Forstwirtschaft **(Agrardieselgesetz – AgrdG)**

– **Gesetz zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes, insbesondere zur Durchführung der EG-Richtlinie 98/78/EG vom 27. Oktober 1998 über die zusätzliche Beaufsichtigung der einer Versicherungsgruppe angehörenden Versicherungsunternehmen sowie zur Umstellung von Vorschriften auf Euro**

– **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Fonds „Deutsche Einheit“ und des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern**

– **Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung**

– Gesetz zur Namensaktie und zur Erleichterung der Stimmrechtsausübung **(Namensaktiengesetz – NaStraG)**

– Gesetz zu dem Gemeinsamen Protokoll vom 21. September 1988 über die Anwendung des Wiener Übereinkommens und des Pariser Übereinkommens **(Gesetz zu dem Gemeinsamen Protokoll über die Anwendung des Wiener Übereinkommens und des Pariser Übereinkommens)**

(C)

– Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes **((Neuntes) Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes)**

– **Gesetz über die Zusammenlegung des Bundesamtes für Wirtschaft mit dem Bundesausfuhramt**

– **Gesetz über Funkanlagen und Telekommunikationseinrichtungen (FTEG)**

– Gesetz über die Feststellung des Wirtschaftsplans des ERP-Sondervermögens für das Jahr 2001 **(ERP-Wirtschaftsplangesetz 2001)**

– **Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge und zur Änderung und Aufhebung arbeitsrechtlicher Bestimmungen**

Der Bundesrat hat in seiner 758. Sitzung am 21. Dezember 2000 beschlossen, zu dem vom Deutschen Bundestag am 16. November verabschiedeten Gesetz einen Antrag gemäß Artikel 77 Abs. 2 des Grundgesetzes nicht zu stellen. Der Bundesrat hat ferner die nachstehende Entschließung gefasst:

Da das Gesetz in vielen Unternehmen die Betriebsorganisation, die betrieblichen Abläufe und die Kostensituation beeinflussen kann, wird die Bundesregierung gebeten, dessen Wirkungen zu überprüfen und zwei Jahre nach In-Kraft-Treten des Gesetzes einen entsprechenden Bericht vorzulegen. In die Überprüfung sollte neben der Beschäftigungswirkung insbesondere einbezogen werden, ob

– durch die Festlegung des Schwellenwertes auf 15 Arbeitnehmer in § 8 Abs. 7 Kleinbetriebe mit bis zu 50 Arbeitnehmern übermäßig belastet werden,

(D)

– aus Gründen der Rechtsklarheit eine Bezugnahme auf Vollzeitarbeitnehmer (statt Arbeitnehmer) in § 8 Abs. 7 erfolgen sollte,

– die in § 8 Abs. 4 genannten betrieblichen Gründe geeignet sind, eine flexible und effektive Betriebsorganisation zu entwickeln bzw. beizubehalten und

– die Regelung des § 7 Kleinbetriebe unzumutbar belastet.

Der Bundesrat hat in seiner 758. Sitzung am 21. Dezember 2000 beschlossen, der Bundesregierung wegen der Haushaltsrechnung und Vermögensrechnung des Bundes für das Haushaltsjahr 1999 **(Jahresrechnung 1999)** aufgrund der Bemerkungen des Bundesrechnungshofes Entlastung gemäß Artikel 114 des Grundgesetzes und § 114 der Bundeshaltsordnung zu erteilen.

Die Fraktion der F.D.P. hat mit Schreiben vom 16. Januar 2001 den Antrag **„Wehrpflicht aussetzen“ – Drucksache 14/4968 –** zurückgezogen.

Die Vorsitzenden der folgenden Ausschüsse haben mitgeteilt, dass der Ausschuss gemäß § 80 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung von einer Berichterstattung zu den nachstehenden Vorlagen absieht:

Haushaltsausschuss

– Unterrichtung durch die Bundesregierung

Haushaltsführung 2000
Überplanmäßige Ausgabe bei Kapitel 12 22 – Eisenbahnen

(A)

des Bundes – Titel 639 01 – Erstattungen von Verwaltungsausgaben des Bundeseisenbahnvermögens –

– Drucksachen 14/4295, 14/4440 Nr. 1.2 –

– Unterrichtung durch die Bundesregierung

Haushaltsführung 2000
Überplanmäßige Ausgaben im Einzelplan 23
a) Kapitel 23 02 Titel 836 02 – Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an Einrichtungen der Weltbankgruppe –
b) Kapitel 23 02 Titel 896 09 – Entwicklungswichtige, multilaterale Hilfen im Rahmen internationaler Vereinbarungen zum weltweiten Umweltschutz –

– Drucksachen 14/4296, 14/4440 Nr. 1.3 –

– Unterrichtung durch die Bundesregierung

Haushaltsführung 2000
Überplanmäßige Ausgabe bei Kapitel 10 02 Titel 686 05 – Beiträge an nationale und internationale Organisationen – bis zur Höhe von 14 200 TDM

– Drucksachen 14/4297, 14/4440 Nr. 1.4 –

– Unterrichtung durch die Bundesregierung

Haushaltsführung 2000
Weitere überplanmäßige Ausgabe bei Kapitel 05 02 Titel 686 30 – Beitrag an die Vereinten Nationen

– Drucksachen 14/4476, 14/4571 Nr. 1.4 –

– Unterrichtung durch die Bundesregierung

(B)

Haushaltsführung 2000
Überplanmäßige Ausgabe bei Kapitel 11 13 Titel 646 21 – Erstattung von Aufwendungen der BfA aufgrund der Überführung von Zusatzversorgungssystemen in die Rentenversicherung in den neuen Ländern (einschließlich ehemaliges Ost-Berlin)

– Drucksachen 14/4477, 14/4571 Nr. 1.5 –

– Unterrichtung durch die Bundesregierung

Haushaltsführung 2000
Einwilligung in eine überplanmäßige Ausgabe bei Kapitel 11 13 Titel 656 26 – Beteiligung des Bundes in der knappschaftlichen Rentenversicherung

– Drucksachen 14/4663, 14/4864 Nr. 1 –

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

– Unterrichtung durch die Bundesregierung

Berichte für die Europäische Kommission zur Umsetzung des Europäischen Sozialfonds in der Bundesrepublik Deutschland
– Zeitraum 1997 bis 1999 –

hier: Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt

– Drucksachen 14/4091, 14/4308 Nr. 1.1 –

Die Vorsitzenden der folgenden Ausschüsse haben mitgeteilt, dass der Ausschuss die nachstehenden EU-Vorlagen bzw. Unterrichtungen durch das europäische Parlament zur Kenntnis genommen oder von einer Beratung abgesehen hat.

Auswärtiger Ausschuss

Drucksache 14/4092 Nr. 2.1
Drucksache 14/4092 Nr. 2.2
Drucksache 14/4170 Nr. 1.4
Drucksache 14/4170 Nr. 1.10
Drucksache 14/4170 Nr. 1.11
Drucksache 14/4170 Nr. 1.12
Drucksache 14/4170 Nr. 2.16
Drucksache 14/4170 Nr. 2.19

(C)

Rechtsausschuss

Drucksache 14/272 Nr. 17
Drucksache 14/2009 Nr. 2.7
Drucksache 14/3341 Nr. 2.37
Drucksache 14/3723 Nr. 2.1
Drucksache 14/4092 Nr. 1.3
Drucksache 14/4170 Nr. 1.5
Drucksache 14/4170 Nr. 2.45
Drucksache 14/4170 Nr. 2.81
Drucksache 14/4309 Nr. 1.18

Finanzausschuss

Drucksache 14/4170 Nr. 2.34
Drucksache 14/4309 Nr. 1.20
Drucksache 14/4441 Nr. 1.15
Drucksache 14/4570 Nr. 2.7

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Drucksache 14/3859 Nr. 2.28
Drucksache 14/4170 Nr. 2.28
Drucksache 14/4170 Nr. 2.35
Drucksache 14/4170 Nr. 2.42
Drucksache 14/4170 Nr. 2.74
Drucksache 14/4441 Nr. 1.10
Drucksache 14/4441 Nr. 1.14
Drucksache 14/4441 Nr. 1.25
Drucksache 14/4441 Nr. 1.27
Drucksache 14/4441 Nr. 1.29
Drucksache 14/4570 Nr. 1.3
Drucksache 14/4570 Nr. 2.4
Drucksache 14/4570 Nr. 2.5
Drucksache 14/4570 Nr. 2.6
Drucksache 14/4570 Nr. 2.18
Drucksache 14/4570 Nr. 2.19
Drucksache 14/4570 Nr. 2.21

(D)

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Drucksache 14/4570 Nr. 2.17

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Drucksache 14/1188 Nr. 1.1
Drucksache 14/1188 Nr. 2.6
Drucksache 14/1579 Nr. 1.6
Drucksache 14/1579 Nr. 2.2
Drucksache 14/3428 Nr. 2.24

Ausschuss für Gesundheit

Drucksache 14/4309 Nr. 1.32

Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Drucksache 14/3859 Nr. 2.3
Drucksache 14/4092 Nr. 1.2
Drucksache 14/4092 Nr. 2.4
Drucksache 14/4092 Nr. 2.5
Drucksache 14/4092 Nr. 2.6
Drucksache 14/4170 Nr. 2.30

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Drucksache 14/4309 Nr. 1.9
Drucksache 14/4309 Nr. 1.25
Drucksache 14/4570 Nr. 2.8
Drucksache 14/4570 Nr. 2.9
Drucksache 14/4570 Nr. 2.10

(A)

Drucksache 14/4570 Nr. 2.11
Drucksache 14/4570 Nr. 2.15
Drucksache 14/4570 Nr. 2.16

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Drucksache 14/4309 Nr. 1.6
Drucksache 14/4570 Nr. 1.6

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

(C)

Drucksache 14/3341 Nr. 2.11
Drucksache 14/3341 Nr. 2.19
Drucksache 14/3859 Nr. 2.20
Drucksache 14/4309 Nr. 1.41
Drucksache 14/4309 Nr. 1.45
Drucksache 14/4309 Nr. 1.49

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Drucksache 14/3341 Nr. 1.1
Drucksache 14/4092 Nr. 2.10
Drucksache 14/4170 Nr. 2.29

Druck: MuK. Medien- und Kommunikations GmbH, Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28 / 3 82 08 40, Telefax: 02 28 / 3 82 08 44
ISSN 0722-7980